

Antisemitismus

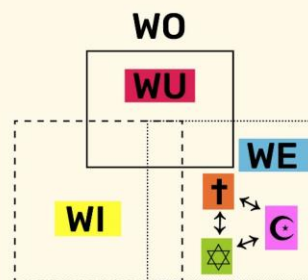
bis 1945

**Antimuslimismus
Antichristianismus
Antitürkismus
Antiwestmoderne**

seit 1970

in ÖSTERREICH

Ein Handbuch der *Migrationskrise*



Gruppe Or-Om (S.P.)

Juli 2018

Kein©, Kein CC

Inhalt

0 Position und Präzisierung.....	5
0.1 Jenseits von Links und Rechts – Die Idee der Universalen Menschheit.....	6
0.1.1.1 Migration und Neuer Universalistischer Humanismus	9
0.1.2 Konstruktion der Andersheit - Kulturalisierung	9
0.2 Grundstatement	12
1. Antisemitismus und Antimuslimismus in Österreich.....	14
1.1. Ideologiemilieus Österreichs und ihr Antisemitismus	14
1.1.1 Historisches Milieu	14
1.1.2 Arten des Antisemitismus	15
1.1.2.1 Stellung der Juden	15
1.1.2.2 "Christlichsozial konservatives Lager"	18
1.1.2.2.1 Christlichsoziale Partei und Vaterländische Front.....	18
Lueger	20
Seipel	22
1.1.2.3 Die Heimwehrbewegung	27
1.1.3 "Nationales Lager"	29
1.1.4 Antisemitenbund	32
1.1.5 Nationalsozialisten	33
1.1.6 Katholisch-Nationale	34
1.2 "Sozialistisches Lager"	35
1.2.1 Viktor Adler.....	35
1.2.2 Der Antisemitismus der Sozialdemokratie	40
2 Ideologiemilieus Österreichs 2018 –Antimuslimismus und Antitürkismus	42
3 Migrationstypen.....	46
3.1 Migrationstyp 1 Die Pinzettenmigration.....	46
3.1.1 Soziologie der Gastarbeiter und ihrer Nachfahren	52
3.1.1.1 Muslimische Diversität	60
3.1.2 Januskopf „Opfer“	66
3.2 Migrationstyp 2 Die Massenfluchtmigration	75
3.2.1 Rechtliche Probleme	76
3.2.2 ASYL UND SCHICHTMODELL.....	77
3.2.3 ASYL – GESELLSCHAFTSMODELL UND POLITISCHE LANDSCHAFT	79
3.2.4 IDENTITÄT DER FLÜCHTLINGE	81
3.3 Jenseits von Links und Rechts - IDEE DER UNIVERSALEN MENSCHHEIT	82
3.3.1 Kurzformel für das „Kulturkampf-Dilemma“	86
3.3.2 Vernunft und Religion	90
4.1 Religion und Diskriminierung 5 Thesen, angeschlagen am Tor aller Staaten	93
4.1.1 Der Fall Breivik.....	104
4.2 Antisemitismus und Anti-Muslimismus	111
4.2.1 Integration der bisherigen Forschungsansätze zum Antisemitismus.....	113
4.2.2 Historische Varianten des Antisemitismus	113
4.2.2.1 Geschichtliche Analyse	114
4.2.2.2 Antisemitismus in der Antike.....	114

4.2.2.3 Vorurteil – wirtschaftliche Aspekte (Ebene Wirtschaft)	114
4.2.2.4 Vorurteil – jüdische religiöse Exklusivität (Ebenen Kultur und Religion)	115
4.2.2.5 Antijudaismus im christlichen Mittelalter	116
4.2.2.5.1 Wirtschaftliche Aspekte im Mittelalter	117
4.2.2.5.2 Das Gesellschaftssystem des Mittelalters	119
4.2.2.6 Antisemitismus in der Neuzeit	121
4.2.2.6.1 Wirtschaftlicher Antisemitismus nach Gamm	121
4.2.2.6.2 Der politische und kulturelle Antisemitismus nach Gamm	123
4.2.2.6.3 Der rassistische Antisemitismus nach Gamm	124
4.2.2.7 Der Weg in die Vernichtung	125
4.2.2.7.1 Wirtschaftliche Ebene	125
4.2.2.7.2 Politisch-national-rassistische Ebene	125
4.2.2.7.3 Eingriffe in die bürgerliche politische Identität	126
4.2.2.7.3.1 Wirtschaftliche Ebene	126
4.2.2.7.3.2 Weitere politische Entrechtung und physische Bedrohung	126
4.2.2.7.3.3 Ausdehnung auf Europa	127
4.2.2.7.3.4 Polen	127
4.2.2.7.3.5 Gesamtlösung	128
4.2.2.7.3.6 Frankreich und Holland	128
4.2.8 Antisemitismus und Anti-Muslimismus	129
4.3.2.8.1 Aspekt des Staates	129
4.2.8.3 Aspekt der religiös-kulturellen Exklusivität (Ebene Kultur und Religion)	131
4.2.8.4 Aspekte des rassistischen AS	136
4.3. Rassistisches Multitasking im Anti-Türkismus (AT)	137
4.3.1 a) Rollentheorie – Die Rolle der Türken	138
4.3.1.1 a1) Rollentheorie – Repressionstheorem	139
4.3.1.2 a2) Rollentheorie – Diskrepanztheorem	140
4.3.1.3 a3) Rollentheorie – Rollendistanztheorem	140
4.3.2 b) Familienstruktur	141
4.3.3 c) Geschlechtsidentität	142
4.3.4 d) Bezugsgruppen im weiteren Lebenszyklus	143
4.3.5 e) Schichtidentitäten, bestimmt durch die Ebenen	144
4.3.6 e1) Religion	144
4.3.7 e2) Politik – Ideologien	148
4.3.8 f) Innerpsychische Gegensätzlichkeit	150
4.3.9 g) Konflikt- und Herrschaftsstrukturen in der Gesellschaft	150
4.3.10 h) Position des Staates in der Weltgesellschaft	151
5. Von Diskriminatorik zu Universalität	155
5.1 Grundideen der Universalität – Der ideale Bereich	158
5.1.1 Eingangsmotiv	158
5.1.2 Grundlagenkatalog	160
5.1.3 Gesellschaftsmodell	163
5.1.3.1 Vorurteilstheorie	164
5.2 Universalität und Funktionen der Diskriminatorik	164
5.2.1 a) Rollentheorie	164
5.2.2 a1) Rollentheorie – Repressionstheorem	165
5.2.2.1 Verhältnis der Funktion 1 zu den Grundideen	165

5.2.2.1.2 Verhältnis der Funktion 2 zu den Grundideen.....	165
5.2.3 a2) Rollentheorie – Diskrepanztheorem	166
5.2.3.1 Verhältnis der Funktion 3 und 4 zu den Grundideen.....	166
5.2.4 a3) Rollentheorie – Rollendistanztheorem	166
5.2.4.1 Verhältnis der Funktion 5 zu den Grundideen.....	167
5.2.5 b) Familienstruktur.....	168
5.2.5.1 Verhältnis der Funktion 6 zu den Grundideen.....	168
5.2.6 c) Geschlechtsidentität	169
5.2.6. 1 Verhältnis der Funktion 7 zu den Grundideen	169
5.2.7 d) Bezugsgruppen im weiteren Lebenszyklus	170
5.2.7.1 Verhältnis der Funktion 8 zu den Grundideen.....	170
5.2.8 e) Schichtidentitäten, bestimmt durch die Ebenen	172
5.2.8.1 Verhältnis der Funktion 9 zu den Grundideen.....	172
5.2.9 e1) Religion	173
5.2.9.1 Verhältnis der Funktion 9a zu den Grundideen	175
5.2.10 e2) Politik – Ideologien.....	175
5.2.10.1 Verhältnis der Funktion 9b zu den Grundideen.....	176
5.2.11 f) Innerpsychische Gegensätzlichkeit	177
5.2.11.1 Verhältnis der Funktion 10 bis 12 zu den Grundideen	177
5.2.12 g) Konflikt- und Herrschaftsstrukturen in der Gesellschaft.....	177
5.2.12.1 Verhältnis der Funktion 13 zu den Grundideen	178
5.2.13 h) Position des Staates in der Weltgesellschaft	179
5.2.13.1 Verhältnis der Funktion 16 zu den Grundideen	180
5.3 Grundlagen der Minderheitenpolitik	181
5.3.1 Der Rassenbegriff	182
5.3.2 Vor lauter Bäumen kein Wald?	184
6 Der universalistische Humanismus – eine neue Aufklärung	185
6.1 Einleitung	185
6.2. Der Aspekt einer neuen Aufklärung.....	186
6.2.1 Gibt es Universalität?	188
6.2.1.1 Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Universalität	193
6.2.1.1.1 Etienne Balibar	194
6.2.1.1.2 Hakan Gürses	199
6.2.1.1.3 Nora Sternfeld	204
6.2.2. Universalistischer Humanismus im Neoidealismus.....	206
7 LITERATUR.....	209

0 Position¹ und Präzisierung

Die im Frühjahr 2018 zum Gedenken an den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich publizierten Beiträge zeigen ein herausragendes Ereignis. Sofort nach dem Anschluss kam es in Österreich, vor allem in Wien, zu brutalsten Übergriffen auf Juden, ihre körperliche Integrität und ihr Vermögen durch die Bevölkerung. Die privaten Beutezüge und Eigentumsverletzungen nahmen ein derartiges Ausmaß an, dass die Zentralregierung in Berlin genötigt war, diesem Treiben ein Ende zu setzen, natürlich um dann unter ihren organisatorischen Vorgaben selbst Enteignungen und Vertreibungen abzuwickeln.

Diese privaten widerrechtlichen Übergriffe sind natürlich nur dadurch erklärbar, dass der Grad eines noch mehr oder weniger „verdeckten“ Antisemitismus sich durch den Vorgang des Anschlusses offene Bahn brach und Ausmaße annahm, die vorher nicht vorstellbar waren.

Abgesehen davon, dass diese Vorkommnisse alle Maßnahmen fordern, um die Herausbildung neuer Formen des Antisemitismus möglichst zu vermeiden, stellen wir uns hier die Frage, wie es in Deutschland und Österreich mit der Entwicklung und dem Ausmaß des **Antimuslimismus** und **Antitürkismus** steht. Wäre es denkbar, dass diese beiden Strömungen auch subkutan wachsen und sich bei einer bestimmten Gelegenheit so brutal Bahn brechen, wie dies im Anschlussjahr 1938 in Österreich gegen die Juden der Fall war.

Nun wäre es sicherlich naiv, Antisemitismus vor 1945 und Antimuslimismus und Antitürkismus nach 1945 direkt zu vergleichen. Wir analysieren hierbei die Ideologiemilieus in der ersten Republik und ihren Antisemitismus und zeichnen die historischen Varianten und Funktionen des Antisemitismus in der Geschichte nach.

Antimuslimismus und Antitürkismus werden ebenfalls auf der Folie geschichtlicher Ideologiemilieus vor allem des Kolonialismus einerseits und des Kulturkonfliktes „Westliche Kultur-Islam“ andererseits dargestellt. Inhalt und Funktion dieser beiden Strömungen unterscheiden sich deutlich von jenen des Antisemitismus. Um dies präzise herauszuarbeiten wird mit einem Gesellschaftsmodell gearbeitet, welches alle Stellen und Funktionen sichtbar macht, welche bei der Bildung von Antisemitismus, Antimuslimismus und Antitürkismus aktiviert werden.

¹ Die meisten Punkte dieser Einleitung werden im Inneren des Aufsatzes wiederholt, hier aber markant und gekürzt zusammengefasst.

Der Umstand, dass ein Teil der Migrationsforschung es bei der Beurteilung der Spannungen zwischen einheimischer Bevölkerung und muslimischen Migranten strikte ablehnt, eine Kulturdivergenz überhaupt zum Gegenstand der Forschung zu machen (Kulturalisierung), hat diese Arbeit den rechten Kräften überlassen. Der Konflikt hat in Deutschland und Österreich eindeutig zu einer politischen Machtverschiebung nach rechts geführt. Damit hat die Rechte aber noch mehr Gestaltungsmöglichkeiten im Ausbau ihrer Positionen, was wiederum zu einer Verschärfung der Haltung jener führen wird, welche dem Antitürkismus und Antimuslimismus ausgesetzt sind (Radikalisierungen im Antichristianismus und der Antiwestmoderne²).

Und genau an dieser Stelle müssen wir unsere Position klären. Stehen wir links oder rechts, oder stehen wir evolutionslogisch bereits in einer neuen Phase, die jenseits vom heutigen Links und Rechts gebildet werden könnte und auch sollte? Rechte und Linke werden gebeten, bei der Beurteilung unserer Arbeit die folgenden Basics zu berücksichtigen.

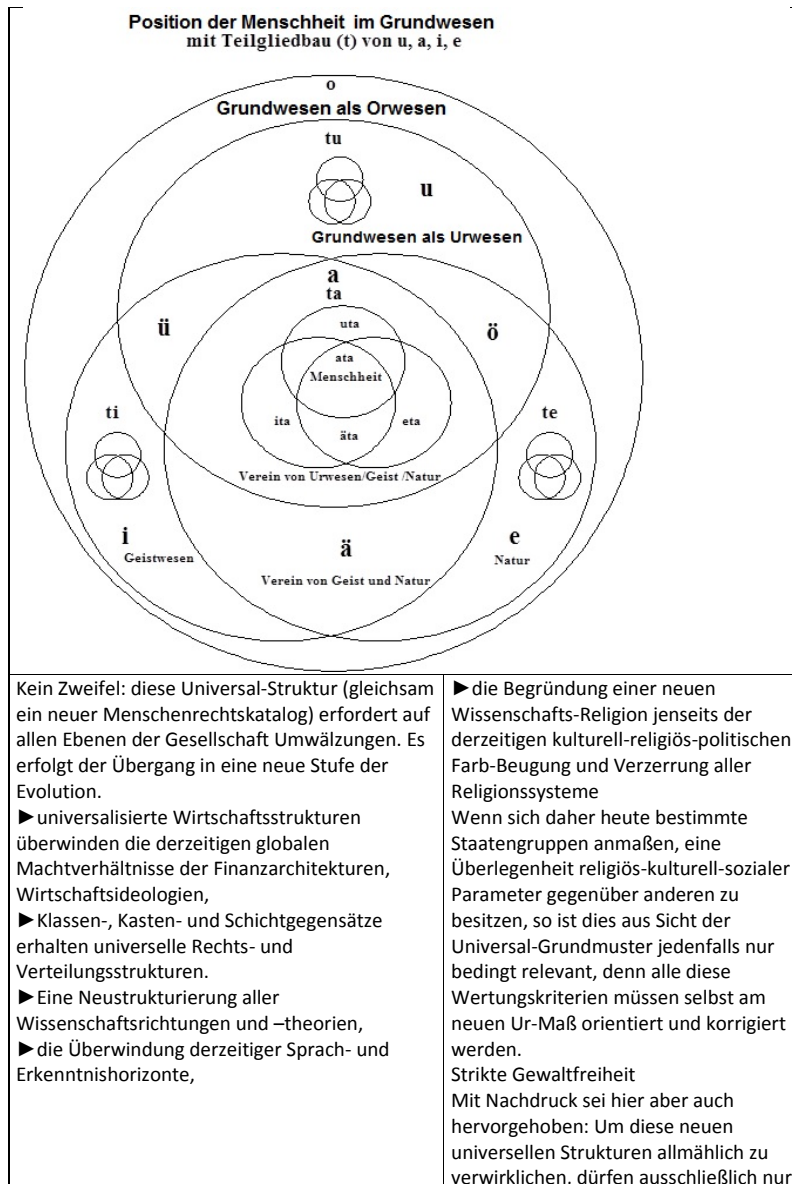
0.1 Jenseits von Links und Rechts – Die Idee der Universalen Menschheit

JENSEITS VON LINKS UND RECHTS – IDEE DER UNIVERSALEN MENSCHHEIT	
Die dramatischen humanen und sozio-kulturellen Auswirkungen der gegenwärtigen Migrationsströme auf die Flüchtlinge einerseits und die betroffenen Staaten Europas andererseits führen zu einer derart krassen Polarisierung innerhalb der Nationalstaaten, dass nur eine ÜBER allen Haltungen stehende theoretische Universal-Struktur eine letztlich zufriedenstellende neutrale Rolle des Theoretikers ermöglichen könnte. Man fordert heute etwa: Öffnet unverzüglich die Grenzen! Nein zu Zäunen, Mauern und der Festung Europa! Allen Menschen umgehend ein Dach über dem Kopf und menschenwürdige Behandlung von Flüchtlingen! Alle Abschiebungen beenden! Kein Mensch ist illegal! Rücktritt der verantwortlichen Minister_innen!	In dieser Forderung schlummert, - allerdings noch völlig unentwickelt - eine tiefe Wahrheit und Idee. In der Menschheit dieser Erde besitzen alle Menschen bestimmte universale Grundrechte, die in keiner partiellen Rechtsordnung in Familien, Stämmen, Staaten mit Völkern (Nationen), Staatenbünden und der Weltmenschheit als illegal abgelehnt werden dürfen. Es gibt farblose, universelle, über den Einzelkulturen und ihren Farbschattierungen stehende, für alle Menschen unabhängig von ihren kolorierten Lebensbezügen geltende Strukturen. Die Einführung dieser kosmischen Grundstrukturen einer jeden menschlichen Persönlichkeit ist aber die unabdingbare Voraussetzung für eine gesunde und harmonische Weiterbildung derjenigen Inhaltskonflikte, mit die in der gegenständlichen Migrationsdebatte und auch in der damit zusammenhängenden Weltpolitik zu diskutieren sind.

² Die Spannung zwischen Westmoderne und Antiwestmoderne haben wir gründlich in der Arbeit [9] Islam-Hybride. Imame und Integration. 2015. URL: <http://or-om.org/Imameundintegration.pdf> behandelt. Dies ist das Kräftefeld das sich mit dem Anti-Muslimismus der heimischen Bevölkerung trifft.

--	--

Es ist daher theoretisch bereits möglich, im Rahmen der Errichtung einer harmonischen Weltgesellschaft die psycho-sozialen Identitäten aller monochromen wie auch multichrom-hybriden Menschen im Weltsystem mittels der erwähnten Meta-Kategorien so aufeinander abzustimmen, dass Familien, Stämme (Clans), Staaten, Staatenbünde eines Kontinentes und schließlich die Planetenmenschheit in einem Einheitsstaat so harmonisiert miteinander leben, dass einerseits die neuen universellen Grundrechte aller etabliert und andererseits die chromatischen Eigenheiten der einzelnen Untereinheiten nicht vernichtet, sondern maximal aufeinander abgestimmt sind.



	gute Mittel eingesetzt werden. Jegliche Art von geistiger oder physischer Gewalt, Drohung mit Gewalt, Aufruhr und Revolution, Unterdrückung, Kritik durch zynischer Herabwürdigung, Unterdrückung und Geringschätzung ist zu unterlassen. Es sind die Moralregeln anzuwenden, die wir etwa unter http://orom.org/krsitt.pdf aus der WESENLEHRE entnehmen.
--	---

01.1.1 Migration und Neuer Universalistischer Humanismus

Der obige Grundriss zeigt, dass unser Ansatz keineswegs als reaktionär rechts gelten dürfte. Unser kritisches Potential erreicht und überschreitet vielmehr auch das Progressive an vielen linken Thesen.

0.1.2 Konstruktion der Andersheit - Kulturalisierung

Wie unser im Weiteren entwickeltes Gesellschaftsmodell zeigt, gibt es nicht einmal in einem Nationalstaat ein homogenes WIR, sondern die Menschen sind nach Schichten und in den Schichten nach Männern, Frauen und Kindern – gebunden über strukturelle Schichtmechanismen der Über- und Unterordnung – sozial gekennzeichnet (systeminterne orange Andersheit durch strukturelle Gewalt). Auf diese systeminternen Andersheiten stößt **von unten** die lila Andersheit der Migrant_innen.

Die linke Migrationsforschung kritisiert etwa: Wir-Sie-Argumentationsmuster, andere Kultur und Werte, Unvereinbarkeit mit den europäischen Kulturtraditionen (Kulturkonflikte), „der Westen als das hegemoniale Wertesystem, Kulturalisierung des Diskurses“; Ablenkung von sozioökonomischen Schieflagen, Konstrukt: der „Westen“ [fortschrittlich] und der Rest [rückständig]“. Überwindung dieser Differenzkategorien durch postmigrantische Kategorien der Hybridität [produktive Spaltung, Mehrfachzugehörigkeiten] wobei das Postmigrantische als ein Kampfbegriff gegen „Migrantisierung“ fungiert. Auch das Männer- und Frauenbild werde hegemonial instrumentalisiert (Femonationalismus; das Selbstbild einer geschlechtergerechten und sexuell

emanzipierten Gesellschaft wird gegenüber einem kulturalisierten und rassifizierten Gegenbild frauenverachtender und patriarchal erzogener Fremder in Stellung gebracht. Andererseits erfolge eine Kulturalisierung der „verhüllten“ Muslima.

So respektabel der Versuch ist, die universelle Menschenwürde der Entrechteten, hier der Migrant_innen und Flüchtenden zu schützen und zu bewahren, indem man jeden Diskurs über Andersheit verweigert, strikte und radikal ablehnt, so gefährlich kann diese Haltung werden, wenn sie die Handlungsstrategien ganzer Parteien (Grüne³) oder linker Flügel derselben (Sozialdemokraten) erfasst. Vergegenwärtigt man sich im Gesellschaftsmodell die Unterschichtlage der Migranten und Flüchtenden, so zeigt sich, dass die universalistisch tolerante Analysehaltung der linken Theoretiker **auch von den „heimischen“ Fach- und Hilfsarbeiterschichten erwartet werden müsste**, um diese humanistischen Ziele für die Migrant_innen und Flüchtenden zu erreichen und zu verwirklichen. **Man verlangt also letztlich von jenen zahlenmäßig größten „heimischen“ Unterschichten diese humanistisch-tolerante Haltung, obwohl sie selbst in der Gesellschaft dem größten Abgrenzungsdruck ausgesetzt sind.** Die Wahlverluste 2017 der Grünen und zu einem bestimmten Teil der Sozialdemokraten sind darauf zurückzuführen, dass der Interessenkampf zwischen den beiden Unterschichtgruppen unterschätzt wurde. Der Theoretiker erzeugt nicht die Andersheit, er schafft nicht durch Theorie die neuen Unterschichten von Migranten und Flüchtenden. Diese Schichten entstehen infolge der andauernden Ausgrenzung und Abwertung u.a. durch Antimuslimismus und Antitürkismus, als **äußerst aufgefücherte** reaktive Widerstandsstrategie.

Was die linke Migrationstheorie weiterhin übersieht, ist der Umstand, dass es nicht nur **eine** (linke) Form kämpferischer Widerstände und Bewusstseinsstrategien gibt, sondern eine selbst wiederum politisch ausdifferenzierte **Vielzahl von Varianten**. Die ideologische Einholung und „Heimholung“ der türkischstämmigen Migranten durch ATIB (Erdoğan) und andere **rechte postmigrantische Verortungen** sollten nicht ausgeblendet werden, was aber regelmäßig geschieht.

Wie die Grundkonzepte zeigen, teilen wir auch nicht die Positionen der Rechten, stellen aber mit Bedauern fest, dass das Schweigen der Linken die Differenz zwischen Migranten/Flüchtenden und Einheimischen den politischen

³ Der Versuch von Peter Pilz, das Thema „Islam“ doch irgendwie zu thematisieren, indem er auf extremistische Strömungen und die ideologischen Aktivitäten Erdoğans und seines Geheimdienstes hinwies, stellt eine populistische Ausnahme dar.

Aktionsraum der Rechten so weit erhöht hat, dass sie die letzten Wahlen 2017 gewinnen konnten („mit kulturrassistischer Überlegenheitsrhetorik und Bedrohungsszenarien“), womit **ihre Steuerungskapazität in der Migrationsfrage deutlich erhöht wurde**.

Sollte die Linke ihren Humanismus verraten und verleugnen? Sicher nicht! Aber sie wird genötigt sein, ihn in einer pragmatischen Balance zwischen Ideal und Geschichte (Pragmatik in unserem Gesellschaftsmodell) inhaltlich politisch historisch abzuschwächen. Schon jetzt entzieht ihr der gesellschaftliche Rechtsruck politischen Spielraum.

Unsere Kritik ist vielschichtig. Vergewenigt man sich die soziale Stellung der betroffenen Migrant_innen als unterste Unterschicht unter den heimischen Unterschichten mit äußerst komplexen und inhaltliche gestreuten Hybrididentitäten zwischen orangen (österreichisch oder deutsch) und lila (migrantisch) Wertsystem in Wirtschaft, Politik, Kultur-Religion und Sprache, dann wird klar, dass sowohl religiöse als auch andere kulturelle, wirtschaftlich-politische und sprachliche Ebenen der integrationstechnischen Bearbeitung bedürfen. Es sei aber davor gewarnt, die Religion gleich wieder aus dem Diskurs hinauszudrängen. Zumindest das Spannungsverhältnis zwischen Euro-Islam und „Ghetto-Islam“ (Tibi) sowie die Studien von Aslan sollten als Kriterienraster herangezogen werden⁴. Es genügt nicht, mit den *anerkannten Religionsvertretern* zu verhandeln. Diese vertreten keineswegs alle Variationen der muslimischen Religionspraxis. Weiterhin weist der „Kulturkampf“ zwischen „Christentum“ (18-Jährige) und „Islam“ (15-jährige), mit dem politisch instrumentalisierten Überlegenheitsduktus des „jüdisch-christlichen“ Abendlandes über sich hinaus auf die Frage: wie sieht eine neue universale Weltreligion aus, die von vollerenwachsen Menschen gelebt und sozial implementiert wird?

Die folgende Tabelle zeigt: Wir, als die 18-Jährigen (Westen) haben überhaupt kein Recht, hegemonial gegen die 15 Jährigen (Osten, Islam usw.) aufzutreten, mit denen wir auch durch den Würgegriff des Kolonialismus und heutiger Unterdrückung verbunden sind. Für beide Jugendgruppen gilt, sich allmählich mit den sozialtheoretischen Grundlagen des Erwachsenenalters vertraut zu machen (<http://or-om.org/krurbild.pdf>).

Die Sozialforschung sollte auch nicht zögern, die Kräfte des Anti-Muslimismus und Anti-Türkismus in *allen* Schichten der „heimischen“ Bevölkerung zu messen.

⁴ Unsere Literatur im Anhang bietet ausreichend Material.

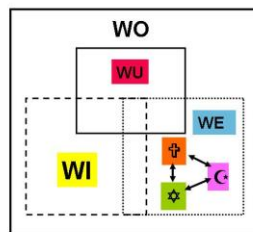
Evolutionsstufen

EVOLUTIONS-STUFE	Sozialstrukturen	Religion und politisch-rechtliche Ordnungen
C Vollerwachsene Menschheit Integration alles bisher konzis ausgebildeten Einzelnen in neuen All-Synthesen und – Harmonien	Menschheitsstaat, kontinentale Staatenbünde, Einzelstaaten, Stämme, Clans, Familien, Einzelpersonen	Neue Universale Wissenschaftsreligion (wissenschaftlicher Theismus) anstelle von Offenbarungsreligionen, Verbrüderung aller Menschen in Einer Menschheitsreligion. Neue Aufklärung mit neuer Metaphysik und darin neuem a) Naturrecht, b) Geistreht, c) Menschheitsrecht. Staatliche Grund- und Verfassungsrechte vom Menschheitsstaat bis zum Einzelmenschen. Neue Eigentums- und Persönlichkeitsrechte mit differenzierten Sozialsolidaritäten. Materielle Rechtsgleichheit, Allsynthetische Wirtschaftsformationen
B 18 Jährige Pubertierende Entwicklung alles Einzelnen als Einzelnen ohne Rücksicht auf anderes derselben Optimierter Individualismus, Autonomie, individualistischer Liberalismus	Nation, „Volk“, Klassen, Schichten, Minderheiten, Kleinfamilien	Säkularer demokratischer Rechtsstaat, Laizistische Verfassung, Religionsoffene und neutrale Säkularität in der BRD, strenger Laizismus in Frankreich. Liberalistisch-kapitalistische Wirtschaftsformationen. Autonomie als Struktur aller inneren Strukturen im Staat (z.B. Verhältnis Mann-Frau). Exzesse des Finanzliberalismus
Übergang von A nach B im Islam	„Modernisierungen des Islam, Euro-Islam, Austro-Islam, Islam-Hybride	Austro-Islam: Islamgesetz 2015, Versuche der Bildung von Euro-Islam-Varianten
A 15 jährige Pubertierende stärkere Bindung des Einzelnen in autoritären Strukturen, autoritär-vertikal strukturierte Solidaritäten,	Stamm, Clan, Großfamilien, Einzelfamilie in Clanverbund, Individuum mit überwiegenden Gruppen-Solidaritäten und - Identitäten	Herrschaftsformen: Kalifat, Sultanat. Theokratien, Dynastische islamische Monarchien, Ethnisch-religiöse Legitimationsformen, keine Gewaltenteilung (z.B. oberster Rechtsgelehrter hat oberste geistige und rechtliche Führung). Sharia und Fikih (z.B. http://www.enfal.de/fiqh.htm religiöse Minderheiten im Islam Betroffene Menschenrechte

0.2 Grundstatement

Unsere Position ist in der Lage, aus ihrer universalistischen Sicht alle in diesen Kräftefeldern enthaltenen Positionen als evolutionslogisch an bestimmten Stellen angesiedelte Teilvariante zu erkennen, ihre Wechselwirkungen (Spannungen) sichtbar zu machen und in den Universalbegriff einzuordnen. Das gilt für die Kräfte des Antisemitismus, Antimuslimismus und Antitürkismus ebenso wie die gegen die betroffenen Gesellschaftssysteme gerichteten Kräfte des Antichristianismus und radikale antiwestliche Strömungen des Islam. Wenn wir alle diese Partialkräfte erfassen, so heißt dies nicht, dass wir sie anerkennen oder unterstützen. Wir

stehen allen diesen Phänomenen kritisch gegenüber, relativieren sie als geschichtliche Ausprägungen bestimmter – teils unterschiedlicher Entwicklungsstufen – und setzen sie im Gesamtbegriff in Relation zu jenen politischen, religiösen und kulturellen Vorgaben, die sich aus der nächsten Evolutionsstufe der Menschheit als Richtmaß ergeben.



Was sieht das farblose Universal-Auge? Der Gesamtbegriff WO enthält in sich das Ideal WI (<http://portal.or-om.org/society/Grundrechtskatalog.aspx>) einer harmonisch lebenden sozialen Einheit vom Einzelmenschen bis zum Weltstaat, den es noch nicht gibt. Der empirische Begriff WE enthält in sich die verschiedenen zivilisatorischen Systemtypen, in denen sich auch die "westlichen" und muslimischen Gesellschaftsformationen in allen ihren Schattierungen und Mischungen befinden. Der Urbegriff WU steht über den Begriffen WI und WE und ist mit beiden verbunden. Erst mit der Einleitung der Umsetzung der Ideale WI wird sich der interkulturelle Diskurs über das derzeitige Niveau hinaus weiterbilden. Wir nehmen eher an, dass in den nächsten Jahrzehnten der schwelende Konflikt sich weltweit zunehmend verschärfen wird.

Der Islam ist im Sinne der orangenen Werte vormodern, nicht orange aufgeklärt. Das Christentum-(Judentum?), der Westen, ist orange-modern und orange aufgeklärt. Beide Systeme sind im Sinne der farblosen Grundbegriffe (Ideale WI) vormodern und farblos-unaufgeklärt.

1. Antisemitismus und Antimuslimismus in Österreich

Ein prominenter Verlag benutzt Karten, Genealogien und grafische Darstellungen, verbunden mit einem detaillierten chronologischen Abriss, um historische Epochen rasch und gründlich darstellbar zu machen.⁵ Auch ein Folienatlas der Zeitgeschichte von 1900 bis zur Gegenwart verarbeitet das historische Material überwiegend grafisch.⁶ Wir wollen dies hier in ähnlicher Weise für eine bestimmte geschichtliche Phase in Österreich versuchen. Es sei daher betont, dass es nicht um eine erschöpfende historische Darstellung gehen soll, sondern um einen ideologischen Aufriss einer Epoche.⁷

Da sich unsere Arbeit mit gesellschaftlicher Diskriminatorik, Ausgrenzung und Rassismus beschäftigen wird, soll für diesen geschichtlichen Zeitraum auch die Dimension des Antisemitismus und Antimuslimismus in der Gesellschaft beleuchtet werden.

Es wird sichtbar, dass aus verschiedenen ideologischen Positionen die unterschiedlichsten Diskriminierungsstrategien gegen Minderheiten mobilisiert werden können. Überdies bestehen auch noch Konfliktpotentiale zwischen diesen ideologischen Diskriminierungsfronten.

1.1. Ideologiemilieus Österreichs und ihr Antisemitismus

1.1.1 Historisches Milieu

Politische Herausforderung des historischen Hintergrundes: Wirtschaftsliberalismus als Ausfluss des allgemeinen Liberalismus (Freiheit der Persönlichkeit), der sich aus der idealistischen Phase in den materialistischen Liberalismus (Darwinismus, Manchesterlehre), "freies Spiel der Kräfte", "Kampf aller gegen alle", "natürliche Zuchtwahl" weiterentwickelte. Auch in Österreich kam es zur "industriellen Revolution", Grosstadtproletariat, wirtschaftliche Bedrohung des Kleinbürgertums, des Handwerks und Gewerbes; Börsenkrach 1873; Millionenarmee von Unzufriedenen; Vertrauenskrise in den Liberalismus⁸.

⁵ [Kinder](#), Hermann/[Hilgemann](#), Werner: "dtv-Atlas der Weltgeschichte". München 1999.

⁶ Kriechbaumer, Robert/Watzl, Franz: "Folienatlas Zeitgeschichte: 1900 – Gegenwart". Salzburg 1992.

⁷ Eine Auswahl an Literatur enthält Malina, Peter/Spann, Gustav: "Bibliographie zur österreichischen Zeitgeschichte 1918 – 1985". Wien 1985.

⁸ Eine Zusammenfassung des Verhältnisses von Juden und Liberalismus bzw. Liberalismus und Juden enthält Bunzl 1983, 24 f.

Gleichzeitig kam es zur Auflösung und Destabilisierung der Monarchie durch Nationalismen, welche die deutschsprachigen Angehörigen des Reiches als bedrohte, zum Teil privilegierte Minderheit erscheinen ließen, der nunmehr eine Desozialisierung drohte; vor allem in der Bürokratie und im Heerwesen.

Politisch wichtig ist zu beachten, dass sich bis 1938 die meisten Österreicher als Deutsche fühlten, dass es einen *deutschen*, aber keinen *österreichischen* Nationalismus gab (Carsten). Nach dem Zusammenbruch 1918 waren alle österreichischen Parteien für den Anschluss, weil sie das kleine Deutschösterreich nicht für lebensfähig hielten.

1.1.2 Arten des Antisemitismus

Pauley versucht, bestimmte traditionelle Kategorien des Antisemitismus (religiös, wirtschaftlich, sozial und rassisch) den verschiedenen Parteien und Bewegungen zuzuordnen.⁹

1.1.2.1 Stellung der Juden

Nach dem scheinbaren Rückgang des Antisemitismus in der Zeit von 1897 bis 1914 hofften die Juden auf generelle Besserung. Die Juden bewiesen ihre Loyalität zur Dynastie der Habsburger und dem Staat Österreich-Ungarn.¹⁰ Die Zuwanderung von Ostjuden, vor allem aus Galizien, schon vor dem Ersten Weltkrieg und in seiner Folge führte zu Spannungen zwischen den assimilierten Juden und der Majorität. Auch wenn die überwiegende Zahl der Flüchtlinge nach dem Krieg zurückkehrte, bildete und hielt sich der Vorwurf, die Ostjuden verursachten Wohnungsnot, Lebensmittelknappheit und seien die Kriegsgewinnler, Schieber, Spekulanten und Wucherer. Allgemein wurde den Juden Bereicherung aus dem Krieg vorgeworfen. Das 1917 neu eröffnete Parlament war bereits wieder ein Forum antisemitischer Abgeordneter der Christlichsozialen Partei und etlicher deutschnationaler Parteien. "Der Erste Weltkrieg erwies sich als ein wichtiger Wendepunkt in den

⁹ Wichtige frühere Analysen bietet vor allem Bunzl 1983.

¹⁰ "In der Stunde der Gefahr fühlen wir uns als vollberechtigte Bürger dieses Staates. Mit dem Blute unserer Kinder, mit unserem Hab und Gut wollen wir dem Staat beweisen, daß wir seine getreuen Bürger sind, so gut wie irgendeiner ... Nach diesem Kriege mit allen seinen Schrecken darf es keine antisemitische Hetze mehr in Österreich geben ... Wir werden uns den Anspruch auf volle, ungeschmälerte Gleichberechtigung, auf die rückhaltlose Anerkennung unserer staatsbürgerlichen Rechte erkämpfen." (Pauley 1993, 100 f., wo sich weitere Details finden.)

Beziehungen zwischen den Juden und der deutschsprachigen Bevölkerung sowohl in Österreich als auch in Deutschland" (Pauley 1993, 112).

Das Ende der autoritären politischen Struktur der Monarchie und deren Überführung in eine demokratischere beseitigte in Österreich den relativ erhöhten Schutz der Juden. Die *Demokratisierung* bis zur Errichtung des Ständestaates durch Dollfuß führte durch die Ausweitung des Zeitungswesens und die Bildung zahlreicher doktrinärer Parteien zu einer starken Belebung des Antisemitismus. Keineswegs aber war die Demokratie die Ursache des Antisemitismus.

"Einen Zusammenhang zwischen Demokratie und Antisemitismus herzustellen, wirkt bereits ernüchternd; vollends deprimierend ist, daß auch eine Parallele zwischen Antisemitismus, Erziehung und Religiosität festzustellen ist. Daher war die Wahrscheinlichkeit, daß Sozialisten mit nur achtjähriger Schulbildung und atheistischer Lebenseinstellung Antisemitisten waren, weitaus geringer als bei regelmäßigen Kirchengängern und Personen mit akademischem Grad" (Pauley 1993, 115). Der Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Krisen und Angst vor den Juden ist offensichtlich. Daher gab es die Höhepunkte in den wirtschaftlich schlimmsten Zeiten von 1918 bis 1923, dann wieder nach 1930. Der akademische Antisemitismus zu Ende der Monarchie und am Beginn der Republik war zum Teil durch einen – allerdings nur vorübergehend – objektiv hohen Anteil "jüdischer" Studenten stark angestiegen.¹¹ Die Universitäten waren generell deutlich überfüllt. Es gab Vorschläge wie *numerus clausus* für Juden und Ostjuden. Bedroht fühlten sich insbesondere Kinder von Regierungsbeamten, Offizieren und kleinen Kaufleuten, die durch die Übergangsphase existentiell labilisiert waren (z. B. Entlassung tausender Beamter im Zuge eines 126-Millionen-Dollarkredites in den Genfer Protokollen). Ab 1919 kam es zu einem Zusammenschluss völkischer und katholischer Studenten mit antisemitischen, rassistischen Prinzipien. Im Weiteren bildete sich 1919 die Deutsche Studentenschaft. Auch die Forderung nach einem *numerus clausus* für jüdische Professoren sowie deren Ausschluss von Universitätsfunktionen verbreitete sich. Sowohl in Wien als auch in anderen Städten kam es zu antisemitischen Ausschreitungen. Es ist auch nachzuweisen, dass von den österreichischen Studentenorganisationen Druck auf deutsche Vergleichsverbände ausgeübt wurde, ihre radikaleren und rassistischen Ansichten zu übernehmen. Seit der Verbesserung der Wirtschaftslage im Jahr 1924 kam es zu einer Abnahme der Studentenzahlen allgemein und der jüdischen im Besonderen. Die Unruhen flauten ab.

¹¹ Details siehe etwa Pauley 1993, 132 f.

1925 kam es zum Mord am Romanschriftsteller jüdischer Herkunft Hugo Bettauer, dem Autor des satirisch-prophetischen Romans "Die Stadt ohne Juden. Ein Roman von übermorgen." Er wurde von den Parteien des konservativen Lagers als "roter Dichter", "schamlosester Jugendverderber" und "Vater der erotischen Revolution" bezeichnet. Das Urteil im Mordprozess war offensichtlich bereits ideologisch gefärbt.

Der XIV. Zionistische Weltkongress, der im August 1925 in Wien abgehalten wurde, führte zu gewalttätigen politischen Ausschreitungen, die auch international Beachtung fanden.¹²

Auch 1925 bis 1934 kam es zu akademischem Antisemitismus, der 1931 einen Höhepunkt mit den schwersten Ausschreitungen in der Ersten Republik erreichte, weil der Verfassungsgerichtshof eine Verordnung der Universität Wien aufhob, in welcher die Studenten nach "Nationen", darunter eine jüdische, gegliedert wurden. Dies führte zu einer Deklassierung der jüdischen Studenten. Auch hier kam es zu ausländischen, vor allem amerikanischen Interventionen.

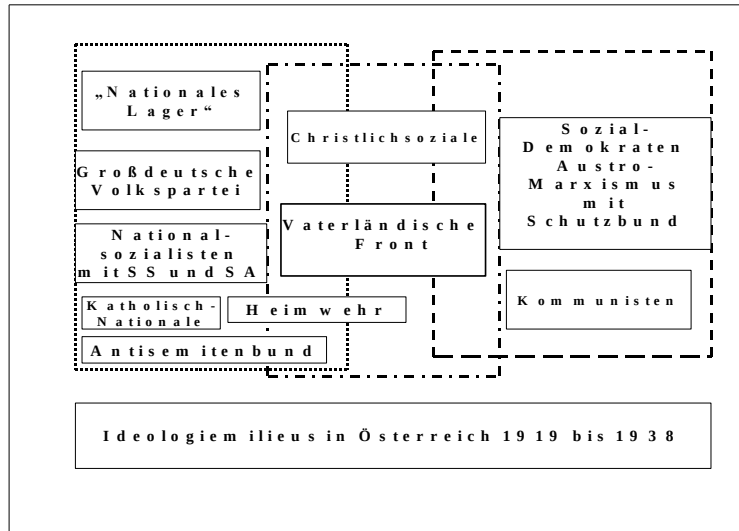
Kampf aller politischen Gruppierungen¹³ um die gleichen Schichten. Man kämpfte um unbemittelte Intelligenz, Kleinbürgertum und Arbeiterschaft.¹⁴ In der weiteren Entwicklung kam es zu einer deutlicheren Verteilung:

- Sozialisten Industriearbeiterschaft,
- Christlichsoziale christliche Arbeiterschaft, Kleinbürgertum, seit 1918 auch größter Teil der Bauernschaft und des Großbürgertums,
- Nationale vor allem Akademikerschaft.

¹² Details siehe etwa Pauley 1993, 152 f.

¹³ Ein Teil der Historiker benützt den Begriff der "drei Lager", der aber offensichtlich nicht in der Lage ist, die Vielfalt der Gruppierungen, das Schwanken ihrer Positionen und ihre Verflechtungen adäquat zu erfassen. Der Begriff wird daher hier mit Anführungszeichen benutzt, um diesen Vorbehalt anzudeuten.

¹⁴ Im "nationalen Lager" bemühten sich erst die Nationalsozialisten um die Arbeiterschichten.



Durch die faktische politische Ausdifferenzierung der drei "Lager" kam es zunehmend zur Zurückdrängung der liberalen Tradition in Bürokratie, Wirtschaft, Presse und Wissenschaft, Kunst und Literatur.

1.1.2.2 "Christlichsozial konservatives Lager"

Bekenntnis zum Katholizismus¹⁵, starker klerikaler Einfluss und Instrumentalisierung der Politik durch die Kirche.

1.1.2.2.1 Christlichsoziale Partei und Vaterländische Front¹⁶

Vorgeschichte

Hofbauerkreis: Katholische Erneuerung, katholische Vereinsbewegung, katholisches Pressewesen, politische Tätigkeit durch die Kirche und für die Kirche. Politische Romantik: Schlegel und Müller. Zentrum politischen Konservatismus

¹⁵ Vgl. etwa Hanisch, Ernst: "Die Ideologie des politischen Katholizismus in Österreich 1918 – 1938". Wien/Salzburg 1977.

¹⁶ Vgl. auch die Analysen bei Bunzl 1983, 19 f. und 27 f.

und werdenden österreichischen Patriotismus, der *sich zur Rechtfertigung des österreichischen Reichsgebildes spätromantischer, hochkonservativer und religiöser Argumente bedient*. Getragen von Persönlichkeiten des Adels und protestantischer, aus Deutschland zugezogener Konvertiten.

a) Patriarchalischer Autoritätsgedanke (Gott als Vater, Gott als König, der Monarch als gottgeweihtes Bild des himmlischen Herrschers auf Erden, Bündnis von Thron und Altar) gegen

b) Idee der christlichen Brüderlichkeit (Wurzel der christlichen Demokratie).

1848 vorübergehende christlich-demokratische Bewegung, die aber in der neoabsolutistischen Ära durch hochkonservative Strömungen verdrängt wurde. Die Spannung der beiden oben dargestellten Richtungen bleibt weiterhin bestehen.

Die Restauration nach dem Sieg über Napoleon führte zur Betonung von a).

Integration der Partei in die reichspolitische Dimension, Übergreifen derselben auf Provinzstädte und ins flache Land. 1907 Zusammenschluss der Konservativen mit den Christlichsozialen zur *Christlichsozialen Reichspartei*. Mit der Integration in die Reichspolitik Zunahme konservativer Positionen und Verlagerung des Schwergewichtes auf die "besitzenden" sozial-konservativen Schichten der Bauern und Wirtschaftskreise bei Unterdrückung des Arbeiterflügels; staatserhaltend und sozial-konservativ. Verlust der Stellung in der Großstadt und der kleinbürgerlichen und proletarischen Massen. Nach dem Tod Luegers (1911) Vernachlässigung der großstädtischen Bevölkerung und der Intelligenz, Verlust der Wahlen und der Mehrheit in Wien an die Sozialdemokraten. Erster Weltkrieg.

Geistige und kulturelle Erneuerungsbewegungen der christlichsozialen Volksbewegung. Schindler entwickelte christlich-reformerische Ideen. Kralik belebte die christlich-germanische Ideenwelt Richard Wagners und der Spätromantik (Festspielgedanke). Eine extrem-konservative und romantische Position vertrat der "Gralbund". Daneben lebte die Tradition der katholischen Aufklärung und des Josephinismus weiter.

Vor allem von den Ländern ausgehend, schlug die zuerst monarchistische Haltung nach dem Krieg letztlich in eine republikanische um, wobei aber der Gegensatz der Haltungen innerhalb der Partei bestehen blieb.

Von 1922 bis 1938 stellte die Christlichsoziale Partei überwiegend den Regierungschef, von 1928 bis 1938 den Bundespräsidenten. Besetzung wichtiger Ministerien. *Politische Beherrschung der Bundesländer außer Wien*. Zahllose innere Spaltungen und Widersprüche. Unterschiedlichste Positionierungen gleichzeitig nebeneinander. Opportunismus, politische Romantik und ideologischer Traditionalismus, konservative Eigentums- und Ständepolitik neben sozialreformerischen Ansätzen, monarchistische neben demokratisch-republikanischen Strömungen, österreich-patriotische neben großdeutsch-anschlussfreundlichen Tendenzen. Christliche Arbeiterschaft neben Kapitalisten, politische Bindung von Adel, Bauern, Großbürgertum, Kleinbürgertum, Teilen der Industriearbeiterschaft, starke Verbindung mit der katholischen Kirche, als deren politischer Arm sie häufig dargestellt wird, daneben aber auch Einbindung von Nichtchristen usw.

*Katholisch-politischer Antisemitismus:*¹⁷ Für seine Entwicklung war die Emanzipation der Juden maßgebend. Säkularisierung und Modernisierung der Gesellschaft durch Demokratie, Marxismus und Kapitalismus brachte man mit den Juden in Verbindung. Die Revolution 1848/49 und vor allem die antiklerikale Gesetzgebung, die von den Deutschliberalen vorgeschlagen und unterstützt wurde (1867 und 1870), wurde auf jüdische Einflüsse zurückgeführt. Frühe Antisemiten unter den Klerikern waren Prälat Sebastian Brunner und Albert Wiesinger ("Wiener Kirchenzeitung"), Vorläufer des weit einflussreicheren Politikers Vogelsang ("Vaterland").

Lueger

Massenführer einer christlichsozialen Volksbewegung des Wiener Kleinbürgertums. Rechtsanwalt der "kleinen Leute". Stand dem Linzer Programm nahe. Den *Antisemitismus*¹⁸ übernahm er von den antisemitischen gewerblichen Reformern (Mechaniker Schneider, Uhrmacher Buschenhagen, "Gesellschaft zum Schutze des Handwerks", [1881] und "Österreichischer Reformverein", [1882]). Der Boykott jüdischer Geschäfte mit Losungen "Kauft nicht bei Juden" wurde propagiert. Im März 1882 sprach Schönerer in einer Versammlung des Reformvereins. Lueger

¹⁷ Vgl. hierzu etwa Pauley 1993, 72 f.

¹⁸ "Im Gegensatz zu Schönerer trat Lueger für Habsburg und für den Katholizismus ein. Er hoffte, alle Christen und alle Nationalitäten der Monarchie gegen den gemeinsamen jüdischen Feind zu einen ... Während Schönerer, zumindest ab etwa 1885, ein rassistischer Antisemit war, kompromisslos in seiner Intoleranz gegenüber den Juden, hatte Luegers Antisemitismus opportunistische, religiöse und kulturelle Hintergründe." Andererseits aber: "Luegers altmodischer religiöser, kultureller und ökonomischer Antisemitismus blieb ein halbes Jahrhundert lang die integrierende Kraft des politischen Katholizismus" (Pauley 1993, 75).

erkannte die Zugkraft antisemitischer Parolen unter den Wiener Gewerbetreibenden. 1888 Kampfbündnis "Vereinigte Christen" (antiliberale und antisemitische Kreise um Lueger, Pattai, Schönerer usw.).

Der Antisemitismus der Christlichsozialen ist durch die Dimension des traditionellen christlichen Antijudaismus zu ergänzen. Unter den österreichischen Katholiken war der Antisemitismus in der Übergangszeit und in der Ersten Republik äußerst verbreitet. Katholische Zeitschriften und die Tageszeitung "Schönere Zukunft" (Herausgeber Eberle, Dr. Mager) enthielten regelmäßig antisemitische Positionen mit Restriktionsforderungen für Juden usw. Neben anderen Zeitungen besaß vor allem die "Reichspost" Bedeutung, die eine prozionistische Position vertrat, ansonsten aber die üblichen antisemitischen Klischees publizierte. In diesen Medien fand sich auch ständig die These von der jüdischen Weltherrschaft. Der antisemitische Tenor dieser Zeitschriften verlief gleichlaufend mit den allgemeinen Wellen desselben in Österreich. Mit den sozialistischen Politikern gab es auch heftige Diskussionen hinsichtlich der Zurückdrängung des Einflusses der Kirche im öffentlichen Leben (Ehescheidung, Bau von Kirchen mit öffentlichen Mitteln, Einfluss in den Schulen usw.).

Der Antisemitismus der Christlichsozialen Partei verstärkte sich nach der schweren Wahlniederlage in Wien 1919. Für die Wahlniederlage wurden die Ostjuden verantwortlich gemacht, obwohl deren Zahl dies nicht rechtfertigte und sie auch nicht alle wahlberechtigt waren. Die Christlichsozialen erließen keine antisemitischen Gesetze, nahmen aber Antisemitismus in ihre offiziellen Programme der Bundesländer auf.

Kampf gegen Liberalismus: Positivismus und Materialismus in der Wissenschaft; schrankenloser Hochkapitalismus, Manchesterliberalismus und Individualismus in der Wirtschaft. Wirtschaftlich argumentierender Antisemitismus des Wiener Kleinbürgertums, das im jüdischen Element antichristliche, laizistische und antiklerikale Tendenzen sah. Dieser Antisemitismus förderte den Gegensatz zu den "jüdischen" Führern der Sozialdemokratie und erleichterte manchen ideologischen Brückenschlags ins "nationale Lager".

Hof, Bürokratie, Adel, Großbürgertum und Heer standen den christlichsozialen "antisemitischen Radaubrüdern" distanziert gegenüber. Auch der Klerus, im Reichsaufbau stark an den Staat und die den Staat beherrschenden Gewalten gebunden, trat gegen diese Tendenzen auf (zweimalige Anzeige Luegers in Rom). Letztlich kam es zu einer Überwindung dieser Widerstände und zu einer Anerkennung Luegers. Enzyklika "Rerum novarum". Kunschaks Gründung des

"Christlichsozialen Arbeitervereins Niederösterreichs". Beginn christlicher Gewerkschaften.

Kunschak blieb, anders als Schönerer, den Habsburgern und der Monarchie gegenüber loyal, vertrat aber einen gegenüber Schönerer noch irrationaleren und mythischen Antisemitismus. Er glorifizierte das Mittelalter und wollte die Juden wieder ins Ghetto schicken. Seine Arbeiterbewegung war antikapitalistisch und antimodernistisch, wandte sich daher nur gegen den *jüdischen* Kapitalismus, womit er einen Konflikt mit den kapitalistischen Anhängern der Christlichsozialen vermeiden konnte. Sowohl Kapitalismus als auch Marxismus wären von Juden geschaffen. Um sich von den sozialistischen Angriffen auf das jüdische Kapital zu unterscheiden, gab er seinem Antisemitismus eine religiöse und eine rassische Komponente (Begriffe wie "Abstammung", "bodenständig", "Kulturgemeinschaft des deutschen Volkes"). Juden seien unmoralische, unehrliche Zwischenhändler, Profiteure und Schmuggler. Die militärische Niederlage sei Schuld der Juden. Er forderte die Ausweisung der ostjüdischen Flüchtlinge oder deren Internierung in Konzentrationslagern. 1919 legte er einen Gesetzesentwurf zur Judenfrage vor. Die Juden sollten als eigene Nation mit beschränkten Bürgerrechten behandelt und von der "deutschen" Mehrheit abgesondert werden. Er forderte eigene Schulen für Juden und den limitierten Zugang derselben zu öffentlichen Ämtern. Sein extremer Antisemitismus wurde nach seinem Rücktritt als Parteiobermann 1922 nur von einer Minderheit in der Partei vertreten, blieb aber weiterhin ein wichtiger Faktor in der Partei, weil ihn Kunschak auch weiterhin vertrat. Der Aufstieg der Nationalsozialisten bestärkte ihn noch weiter. Einen rassischen Antisemitismus vertrat auch Pater Bichlmair, Jesuit und Leiter einer Missionsgruppe zur Bekehrung von Juden.

Seipel

Er vertrat vier aufeinanderfolgende politische Positionen:

1. "großösterreichisch-konservativ" am Ende der Monarchie;
2. "Links"-Kurs mit republikanisch-sozialistischen Konzessionen in der ersten Zeit der Republik;
3. "kapitalistischen" Kurs der "bürgerlichen Einheitsfront" während der Sanierungsphase und Kanzlerschaft 1922 – 1924;
4. "ständisch-autoritär" mit Annäherung an die Heimwehr.

Starke Verschränkung von Kirche und Politik, was infolge zunehmender Kritik an dieser Vorgangsweise letztlich zur Eliminierung von Priestern aus der Politik führte (Bischofskonferenz 1933). Den weltlichen Schutz der Kirche durch den Staat in der Monarchie wollte Seipel in der Republik wieder herstellen. Dadurch verdächtige Nähe zur Heimwehr.

Seipels Antimarxismus war auch für die Heimwehrbewegung wichtig. Gegen den marxistischen Klassenkampfgedanken stellte er den Gedanken der Harmonie und Zusammenarbeit der verschiedenen Klassen. Organischer Aufbau der Gesellschaft nach ständischen Prinzipien im Sinne der erwähnten Traditionen gegen klassenkämpferische, letztlich auf Umsturz gerichtete Position. Kampf gegen die prinzipielle Kirchen- und Religionsfeindlichkeit des Marxismus und auch der österreichischen Sozialdemokratie (Kampf linksradikaler Kreise mit Attentat 1924). Seipel vertrat daher die Auffassung, dass gegen den Marxismus letztlich alle Mittel, auch Gewalt, zulässig wären, was im Weiteren politisch bestimmend wurde.

Seipel trat stets gegen den rassistischen Antisemitismus auf, sprach sich gegen Zwangsausweisungen aus und schwächte auch das Parteiprogramm diesbezüglich ab. Er wurde daher von radikalen Antisemiten als Verräter bezeichnet. Er betrachtete die Juden als nationale Minderheit spezieller Art ohne Land, aber auch als Klasse, die das mobile Kapital repräsentiere. Der Kampf der Nichtjuden gegen die Juden sei daher eine Art Klassenkampf. Juden sollten als eigene Nation mit nationaler Autonomie anerkannt werden, was die Zionisten schon länger forderten. Obwohl sich in seinen gemäßigten Antisemitismus bisweilen zweideutige und rassistische Nuancen mischten, wurde er von den österreichischen Juden überwiegend positiv bewertet.

Seit 1929, nach Verhärtung der Fronten, Verstärkung der Ständeideologie (Kritik am parlamentarischen Parteienstaat und der "Formaldemokratie"). Gegen das Linzer Programm der Sozialdemokraten mit den Begriffen Klasse, Klassenkampf und Klassendiktatur benutzten die Christlichsozialen Begriffe wie Stand, Beruf und Berufsstand. Seit 1927 Anwachsen der Heimwehrbewegung, des innenpolitischen Kampfes, Gegenoffensive der "antimarxistischen" Front. Neben diesem Kampf auf der Straße versuchte man dem Marxismus eine Gegenideologie entgegenzusetzen. Kämpferischer Flügel der "Wiener Richtung". Die neuromantische Philosophie und Staatslehre Othmar Spanns wurde zur Ideologie der Heimwehr und wirkte sowohl auf die nationale als auch auf die christlich-konservative Jugend. Der Ständegedanke diente aber auch als Sicherung gegen Faschismus, Nationalsozialismus und Bolschewismus mit deren starker Betonung der Staats-

macht, aber auch gegen die "Auswüchse des Parteienstaates und der Formaldemokratie", gegen Parteienstreit und Parteienherrschaft. Es erfolgte eine Idealisierung des mittelalterlichen Ordo-Gedankens und der Reichs-Idee auch in Antithese gegen den siegreichen "Westen", der die Monarchie zerschlagen hatte. Bestätigung der Ständeideologie durch die Enzyklika "Quadragesimo anno" 1931. Gleichzeitig Streben nach erhöhter staatlicher Autorität (Verfassungsreform 1929).

Der Tod Seipels 1932 bildet eine Zäsur. Abspaltung der katholisch-nationalen Gruppe der Anschlussfreunde unter Hugelmann. Die "Frontgeneration" gelangt an die Macht. In umliegenden Staaten zunehmend korporative Ordnungen, Ständestaatsversuche, Diktaturen und diktaturähnliche Formationen. Suche nach dem "starken Mann" (Idee des guten Regenten). Im Cartell-Verband herrschten Ideen Spanns und Seipels sowie Misstrauen gegen die älteren Parlamentarier ("Kompromissler", "Packler" usw.). Der mit Unterstützung der Heimwehr reüssierende Dollfuß gründete gegen Zunahme des nationalsozialistischen Einflusses und als Gegengewicht gegen die Heimwehr die *Vaterländische Front* als Einheitspartei (1933). Dies kam in Verbindung mit dem Verbot aller anderen Parteien im Jahre 1934¹⁹ der Zerstörung der parlamentarischen Demokratie gleich ("*Austrofaschistische Diktatur 1932 – 1938*"). Europäisch verankerte, neuösterreichische Ideologie, "Österreich über alles, wenn es nur will". Eine Reichsideologie als "säkularisierte, rückwärtsgewandte Prophetie". Gegen die NS-Ideologie vom "Dritten Reich" gerichtet (defensive Funktion), war es eine "Österreich"-Ideologie, die in einer besonderen Interpretation der Habsburgermonarchie in der Vergangenheit für die Zukunft die Errichtung eines "Heiligen Reiches" postulierte. Die kleinstaatlichen Bedingungen wurden als befristet angesehen und die Errichtung des "Wahren Reiches" zur "Österreichischen Mission" erklärt (Errichtung eines universellen, über die deutschbevölkerten Gebiete hinausreichenden "gesamtdeutschen" Reiches in mitteleuropäischen Dimensionen). Ein Reich, das spezifisch katholisch-österreichisch und nicht protestantisch-preußisch oder heidnisch-nationalsozialistisch gestaltet wäre (österreichische Variante der deutschen Volkstumsideologie).

Durch einen "Staatsstreich von oben" Ausschaltung des Parlamentes im Jahre 1933, Aufhebung der parlamentarischen Verfassung, Regierung mit "Kriegswirtschaftlichem Ermächtigungsgesetz 1917", Beendigung des innenpolitischen Zweifrontenkrieges durch Verbot der Nationalsozialistischen Partei, nach Straßen-

¹⁹ Vgl. Fröschl, Erich/Zoitl, Helge (Hg.): "Februar 1934". Wien 1984.

kämpfen in Wien und anderen Städten Verbot der Sozialdemokraten und aller anderen Parteien.

Schuschnigg begründete vor allem außenpolitisch, gezwungen durch den Druck der Achse Rom – Berlin, mit dem Abkommen vom 11. Juli 1936 eine deutliche Annäherung an das "nationale Lager" (Geheimklausel mit Zusage "weitreichender politischer Amnestie" für alle verhafteten Nationalsozialisten und Emigranten, Heranziehung von Vertretern der nationalen Opposition in politische Funktionen in Österreich).²⁰

Ideologisch schien er in der Tradition der alten "Reichsidee", des "Heiligen Reiches" und "großdeutschen Gedankenerbes" eine kulturelle und geistige Verbindung mit dem gesamten deutschen Volk – *bei schärfster prinzipieller Ablehnung der "völkischen" Ideologie des Nationalsozialismus* – anzunehmen, wobei er für Österreich die Aufgabe in der Bewahrung einer humanistisch-christlichen Tradition und der damit verbundenen Werte sah. Die Betont-Nationalen, die bereits stark unter Hitlers direkter Autorität standen, wurden politisch eingebunden, teilweise auch, weil die Basis des autoritären Regimes in der Bevölkerung äußerst schmal geblieben war. Der ständische Aufbau erfolgte weitgehend nicht.

Die Überführung der ehemaligen christlichsozialen Parteifunktionäre in die Vaterländische Front gelang nicht reibungslos (innere christlichsoziale Opposition). Andererseits gewannen in derselben die altösterreichisch-konservativen Kreise, die seit der Luegerbewegung aus sozialen Gründen der Partei reserviert gegenüberstanden, erhöhten Einfluss.

In der Erkenntnis, dass das innenpolitische Schicksal des Ständestaates davon abhing, ob es gelingen werde, die *ehemals sozialistische Arbeiterschaft zu gewinnen*, konzentrierten sich die christlichsozialen Aktivisten auf diese Aufgabe. Hierbei kämpfte man gegen ähnliche Versuche der Nationalsozialisten. Man setzte hier den auf Lueger zurückgehenden nicht "rassischen", sondern "sozialen" *Antisemitismus* ein (Kunschak und Czermak). Propaganda gegen die "jüdischen Führer" der Sozialisten, die im Februar 1934 ihre Anhängerschaft in Stich gelassen hätten.

Czermak erhielt von den Christlichsozialen den Auftrag, das Judenproblem zu "bearbeiten". Mit Karbach verfasste er 1933 das Buch "Ordnung in der Judenfrage: Verständigung mit dem Judentum". Die Vermischung von Juden und Deutschen sei schlecht für beide Völker. Das liberale, sozialistische und bolschewistische

²⁰ Was auch als Versuch der Integration zum Zwecke der politischen Zähmung interpretiert wird.

Judentum sei degeneriert, was auch von jüdischen Nationalisten bestätigt würde. Ideologien des Humanismus und Pazifismus, aus dem jüdischen Liberalismus entstanden, seien starr und seelenlos, weil sie vom Begriff der brüderlichen Liebe entfernt wären. Die assimilierten Juden seien nach dem Ende der Liberalen Partei in das "marxistische Lager" gewechselt. Der Marxismus versuche, eine internationalistische Welt aufzubauen, er wolle die Religion überhaupt ausrotten. Da auch hier die Assimilation forciert werde, sei das jüdische Volk vom totalen Zerfall bedroht. *Ein Jude könne nicht Angehöriger einer anderen Nation werden, indem er dem Judentum den Rücken kehre, wenn ihn das Gastvolk ablehne.*

Palästina bilde eine Teillösung für die Judenfrage. Da dort nicht alle Juden aufgenommen werden könnten, müsste ein Minderheitengesetz geschaffen werden, das die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten innerhalb der Gastnation regelt (Grenze zwischen Juden und Nichtjuden in der Wirtschaft, in kulturellen Angelegenheiten nur Gaststatus, Rückkehr der Juden zu ihrem traditionell konservativen Charakter, Forderung nach Loyalität gegenüber dem christlichen Staat, Führung des Staates ausschließlich in der Hand der Christen). Die Reaktion der jüdischen Assimilationsanhänger wies auf die Ähnlichkeit der Vorschläge zu den in Deutschland bereits geltenden Gesetzen hin. Die Aufgabe der Gleichberechtigung wurde abgelehnt.

Wenn der Antisemitismus während des Austrofaschismus auch nicht staatlich normiert war, so war der noch aus der Monarchie tradierte, aus konfessionellen, wirtschaftlichen und rassischen Komponenten geprägte österreichische Antisemitismus im Ständestaat wirksam. Der abzulehnende "Judengeist" manifestiere sich als Materialismus, Marxismus, Liberalismus und sei in jüngster Zeit vor allem in verschiedensten Formen der Revolutionierung des sozialen und staatlichen Lebens in Erscheinung getreten. Berücksichtigung der Judenfrage bei Ämtervergabe, Auftragserteilung, Kauf und Verkauf am Geldmarkt. Bevorzugung von Personen aus der bodenständigen Bevölkerung. Kunschak veröffentlichte 1936 einen schon im Jahre 1919 verfassten Gesetzesentwurf, der die Juden in Österreich unter Sondergesetz stellen sollte. Die "jüdische Nation" sollte als nationale Minderheit vom deutschen Mehrheitsvolk getrennt werden (numerus clausus im öffentlichen Dienst, in bestimmten akademischen Berufen und Wirtschaftsunternehmungen, eigene Vertretungskörper im politischen Bereich, eigene Schulen im kulturellen Bereich).

Der Begriff "Rasse" wurde zur Abgrenzung von den Nationalsozialisten durch "leibliche Abstammung" und ähnliche Formulierungen umschrieben. Liegt keine leibliche Abstammung vor, sondern erfolgt lediglich ein Hineingeborenwerden in

eine Sprache, so schließe dies die Zugehörigkeit zu einem Volkstum aus. Bei solchen Personengruppen handle es sich um "Fremdlinge", was für die Juden angenommen wurde.

Angeichts der Faszination, welche die skrupellose antisemitische Propaganda der Nationalsozialisten auf junger Katholiken²¹ und Christlichsoziale ausübte, kam die Partei überdies unter Druck im Wettstreit darum, wer am besten dazu in der Lage sei, die Judenfrage zu "lösen".

Im letzten Abschnitt der Ersten Republik akzentuierte sich nochmals, wenn auch kaum mit politischer Bedeutung, die Frage der *Habsburgerrestauration*. Im Rahmen der Mobilisierung aller traditionellen Kräfte gegen den Druck der Nationalsozialisten seit 1934 Rückkehr von Mitgliedern des Herrscherhauses. Restaurative Tendenzen der *legitimistischen Bewegung, die in der Rückkehr zur Monarchie den Garant für Stabilität erblickte*. In den liberalen Kreisen des jüdischen Bürgertums in Wien war diese Haltung ebenfalls verbreitet. Auch die Idee einer "sozialen" Monarchie wurde vertreten.

1.1.2.3 Die Heimwehrbewegung²²

Bildung auf lokaler Ebene (z. B. Gemeinde) zum Schutz gegen innere und äußere Bedrohung; z. B. in Tirol gegen Räterepublik in Bayern, in Kärnten und der Steiermark im Abwehrkampf gegen jugoslawische Ansprüche. Christlich-konservativ oder deutschnational geführt, mit starkem Akzent gegen das "rote Wien" (Betonung der föderalistischen Note und tiefreichende Tradition der *Länderindividualitäten*). Anschluss an frühere Formationen wie Turnvereine, Feuerwehr usw. Weißen der Fahnen der Heimwehr durch die Kirche. Organische Vielfalt und stets beachtliche Rivalitäten unter den Landesführern.

Wiener Ereignisse vom 15. Juli 1927 und Generalstreik der sozialdemokratischen Gewerkschaften brachten Eingriff der Heimwehr und erstmalige Dimension von politischer Macht und Aufstieg (Korneuburger Eid, Regierungsbeteiligung von Heimwehrführern). Es gab in ihr Vertreter fast aller nichtmarxistischen Bewegungen (Christlichsoziale, Großdeutsche und Landbändler, Anschlussfreunde und

²¹ Hinsichtlich der Haltung der Kirche zum Nationalsozialismus vgl. etwa die Analysen des Hirtenbriefes des Linzer Bischofs Gföller vom 23.1.1933 und des Werkes des österreichischen Bischofs Alois Hudal über die "Grundlagen des Nationalsozialismus", 1937, in Pauley 1993, 219 f. Durch ihre traditionellen antisemitischen Muster konditioniert, konnte die Kirche gegen den national-sozialistischen Antisemitismus nicht deutlich genug auftreten, ohne in Widerspruch zu ihren eigenen Positionen zu geraten, was ihre Handlungsfähigkeit deutlich einschränkte.

²² Vgl. hierzu auch die Analysen bei Bunzl 1983, 45 f.

Anschlussgegner, radikale Antisemiten und bürgerliche Juden, Exponenten der Industrie und der christlichen Arbeiterschaft, Frontkämpfervereinigung, Bund Oberland, Wehrzüge des deutschen Turnerbundes, Studentenfreikorps, Freiheitsbund der christlichsozialen Arbeiterschaft, christlich sozialer Bauernbund).

Folgende Schichten waren vertreten:

Offiziere, Landadel, desozialisierte Bürokratie, Bürgertum, bäuerliche Schichten und nichtmarxistische Arbeiter. Finanzielle Unterstützung besonders durch Industrie und Gewerbe. Gemeinsamkeiten: *Antimarxismus, Antisemitismus in wirtschaftlicher und rassistischer Form, Antibolschewismus. Die Heimwehr war eine paramilitärische, außerparlamentarische Kraft der antimarxistischen Front.*

Die größte politische Eigenheit bestand darin, dass die Gemeinsamkeit nur im Negativen, nämlich in der Ablehnung des Marxismus, später auch der "roten" demokratischen Verfassung der Republik bestand. Keine Möglichkeit der Formulierung positiver politischer Programme. Hinwendung zum italienischen Faschismus, wobei die neuromantische, korporativistische Lehre vom "wahren Staat" des Othmar Spann zur Ideologie der Heimwehr und Vertreter des Spannkreises deren Berater wurden. *Die vertikale Gliederung dieser Lehre wollte man der horizontalen der marxistischen Klassenlehre entgegenhalten.* Während theoretische Konzepte (Sozialismus, Faschismus, Nationalsozialismus) üblicherweise in vergrößerter Form bei politischen Massenbewegungen von Anfang an benutzt wurden, ist hier eine Ideologie in ausgereifter Form einer Bewegung aufgepfropft worden (z. B. im Korneuburger Eid vom 11. Mai 1930), wodurch die Ideen nicht in die Tiefe gingen und eigentlich der Ausgangspunkt für weitere Splitterungen waren. Es folgte der Konflikt mit der Regierung Schober, die Ausweisung von Major Pabst. 1931 misslungener Staatsstreich durch steirischen Heimatschutz. Dollfuß stützte sich bekanntlich wiederum auf die Heimwehr. Umgekehrt suchte die Heimwehr eine Verbindung zu den Nationalsozialisten. Dollfuß und im Weiteren Schuschnigg betrieben die Entmachtung. Letzterer stützte sich hierbei auf die "Ostmärkischen Sturmsharen" und die erbitterten Heimwehrgegner beim christlichsozialen Gewerkschaftsflügel und seinem Wehrverband, dem "Freiheitsbund".

Der Antisemitismus der Heimwehr, die mit je einem Bein im "Lager" der Christlichsozialen und der Nationalsozialisten stand, war entsprechend gemischt zwischen demagogisch-religiös und nichttrassistisch einerseits und rassistisch-

gewalttätig auf der anderen Seite. Das Thema wurde noch weiter dadurch verkompliziert, dass die Heimwehrbewegung durch jüdische Bankiers (Sieghardt), jüdische Industrielle (Mandl) und die jüdisch dominierte Versicherungsanstalt Phönix finanziell unterstützt wurde. Es gab Sympathien der konservativen Juden gegenüber der Heimwehr und deren Antimarxismus. Ab 1934 kam es wegen des zunehmenden Antisemitismus zum Austritt der Juden, umgekehrt wurden ab diesem Zeitpunkt auch keine mehr aufgenommen. Auch Starhemberg, der 1930 bis 1936 die beiden Flügel der Heimwehr zu integrieren versuchte, war einerseits von jüdischen Financiers abhängig, wollte aber die Stimmen der Antisemiten gewinnen. Seine antisemitischen Strategien schwankten daher.

Ein paramilitärischer Verband, in der jüdischen Frage wesentlich geeinter als die Heimwehr, war die *Frontkämpfervereinigung*, die einen radikalen Antisemitismus vertrat.

1.1.3 "Nationales Lager"²³

Wurzel in 4 Gruppen, die auf der nächsten Seite aufgeführt sind. Die völkische Ideologie wurde aber für alle anderen Gruppierungen des nationalen Lagers in bestimmten Dosen und Aspekten von Bedeutung.

Großösterreichisch

Österreich als Kernstück eines wiedererstandenen Heiligen Reiches. Katholizismus, Anhänglichkeit an die Dynastie, universalistische Reichsgesinnung.

Großdeutsch

Betonung des Deutschen gegenüber dem Österreichischen, deutsche Einheit mit Erhaltung der Habsburgermonarchie.

Deutschnational

Lösung der deutschen Frage durch eine Zerschlagung Österreichs und einen Anschluss der deutschen Provinzen an ein einiges, freiheitliches Deutschland. Neigung zur Republik, Misstrauen gegen Dynastie und Hof. Abneigung gegen das zentralistische Wien, später im Vordringen des Rassegedankens als "übernationales, verjudetes Völker- und Rassenbabel" bezeichnet, deutsches Nationalbewusstsein. In manchen Bundesländern Bedrohung durch das Slawentum

²³ Vgl. hierzu auch die Analysen bei Bunzl 1983, 17 f., 31 f. und 50 f.

("Majorisierung durch die Slawen"). Protestantische Traditionen, Ideengut der Aufklärung, eingewurzelter Antiklerikalismus.

Kleindeutsch

Am äußersten Flügel. Einigung Deutschlands unter preußischer Führung, Ausschluss der Habsburgermonarchie, als Fernziel deren Zerschlagung und Anschluss ihrer deutschen Provinzen an das deutsche Kaiserreich. Führung durch Schönerer²⁴, dessen Ideen später Hitler entscheidend beeinflussten. Protestantische Traditionen und spätere Los-von-Rom-Bewegung (gegen das Joch einer internationalen Hierarchie, Angriffe auf die Judenbibel; Übertritt zum Protestantismus). Betonung sozialer Elemente, was zu nationalem Sozialismus führte. Verneinung des österreichischen Staatswesens, leidenschaftliche Ablehnung seiner führenden Schichten als "entnationalisiert", Streben nach Lösung von den nichtdeutschen Ländern. Schönerers Anti-semitismus war nicht wirtschaftlich oder religiös, sondern bereits rassistisch begründet.

Schönerer vertrat eine seinen aus dem "demokratischen Lager" stammenden Ansichten widersprechende, idealisierende Schwärmerei für preußischen Konservatismus und Militarismus. Gemäßigtere deutschnationale Gruppe um Steinwender.

Rassenideologie (Gobineau, Wagner), Antichristentum Nietzsches, von Dühring und Stöcker übernommener Rassen-Antisemitismus und radikaler, bis zur Feindschaft gegen das Christentum gesteigerter Antiklerikalismus (die katholische ist die deutschfeindliche Kirchengemeinde, die evangelische die Nationalkirche des deutschen Volkes). Die Tendenz wurde bis zur Ablehnung des Christentums überhaupt fortgesetzt.

1920 wurde die *Großdeutsche Volkspartei* aus 17 Partei- und Ländergruppen gebildet, eine "Art Sammelbecken für alle jene, die keine ideologische Heimat in

²⁴ Hinsichtlich des rassistischen Antisemitismus Schönerers vgl. etwa die Darstellung Pauleys und die dort erwähnte Literatur (Pauley 1993, 69 f.). Für die radikale Wende Schönerers zum Antisemitismus von 1882 bis 1885 hält Pauley die Wahlreform verantwortlich, welche besonders den antikapitalistisch eingestellten kleinen Gewerbetreibenden erstmals das Recht auf Wahlbeteiligung bescherte. Die Industriearbeiter waren weiterhin vom Wahlrecht ausgeschlossen. "Es ist eine ernüchternde Tatsache, daß das plötzliche Ins-Kraut-Schießen des politischen Antisemitismus nach 1882 Ergebnis der teilweisen Demokratisierung der österreichischen Politik war. Schönerer war nicht der einzige Politiker, der jetzt den neuen Wählerschichten durch antielitäre, antiindividualistische und antiintellektuelle Demagogie zu Gefallen sein wollte, aber er spielte eine immer wichtigere Rolle dabei" (ibidem, 70).

einer der beiden großen Parteien finden konnten" (Pauley). Die Nationalsozialisten unter Riehl blieben dem Bündnis fern. Hieraus ergab sich von Anfang an die mangelhafte Durchgestaltung der von "oben her" verfügbaren Einheit unter einer Vielzahl von Gruppen und Orientierungen der Basis (Schulvereine, Turnvereine, Alpenvereine, Touristenklub, Schiverband, Studentenverbindungen²⁵, vom Reich her übergreifende Jugendbewegungen, Berufsorganisationen von Ärzten und Anwälten).²⁶ Ideologisch wirkte die Anschlussidee, eine Haltung gegen Individualismus und Sozialismus. Dem Klassenkampfgedanken wurde die Idee der "Volksgemeinschaft" entgegengesetzt. Bekämpfung des roten und schwarzen Internationalismus und Kampf gegen den verderblichen Einfluss des Judentums. Sie ist für Aufklärungsarbeit über den verderblichen Einfluss des jüdischen Geistes und die dadurch bedingte Notwendigkeit des Rassenantisemitismus.²⁷ Das einzige Mittel, die schlechten Eigenschaften der jüdischen Rasse und die Bedrohung, die sie für die "Volksgemeinschaft" darstellten, zu bekämpfen, bestünde darin, sie als eigene Nation anzuerkennen, was bekanntlich auch die Zionisten forderten. Das Anschlussverbot wurde von den Nationalen bitter bekämpft.

In der Jugend kam es unter dem Einfluss korporatistischer und faschistischer Ideen sowie der antidemokratischen "Konservativen Revolution" zur Abwanderung zur Heimwehr und später zu den Nationalsozialisten.

Koalitionsvertrag 1922 zwischen Großdeutschen und Christlichsozialen: Wirksamer Schutz der einheimischen deutschen Bevölkerung gegen die "zunehmenden schädlichen Einflüsse des Judentums auf alle Gebieten des öffentlichen Lebens" entsprach dem Antisemitismus der Großdeutschen wie den Traditionen der Christlichsozialen seit Lueger. Im Weiteren Sicherung einer Anschlusspolitik.

Es erfolgte der Abbau von 100.000 Staatsbeamten. Die folgenden Mandatsverluste vergrößerten die Kluft zwischen Führung und Basis. Es erfolgte eine Radikalisierung des nationalen Lagers, Vordringen antidemokratischer und totalitärer Strömungen (Einflussfaktoren: Faschismus in Italien; Anwachsen des Nationalsozialismus in Deutschland; autoritäre Regime in umliegenden Ländern;

²⁵ Hinsichtlich der Wurzeln des rassistischen akademischen Antisemitismus in Österreich vgl. Pauley 1993, 64 f. Ansteigen der jüdischen Studentenzahlen Ende der Siebzigerjahre; Einfluss der Professoren Billroth und Wahrmund. Bald Trend zu judenreinen Verbindungen. Duellierungsverbot ("Waidhofner-Prinzip").

²⁶ Vgl. auch das Kapitel "Private Vereine" (Pauley 1993, 163) und deren antisemitische Grundhaltung.

²⁷ Pauley weist darauf hin, dass die bäuerlich dominierte Heimwehr eher (aus katholischer Tradition) religiös-antisemitisch war, während die Großdeutschen als eine bourgeoise Partei extrem rassistisch antisemitisch waren.

die Ideen der "Konservativen Revolution" aus Deutschland; Ideengut Othmar Spann; Traditionen des Abwehrkampfes in Kärnten und im Burgenland; Abneigung gegen Parteipolitik bei Fortwirken der Großreich-Tradition; Idee der Elitenbildung, die sich auf den Führer vorbereiten sollten, fernab vom Parteipolitischen; der Staat als Provisorium, welches von den "Feindmächten" verordnet worden war; antibürgerliche und antidemokratische Haltung desozialisierter ehemaliger bürgerlicher Schichten; Problem der "Kriegsgeneration").

Der politische Nachwuchs band sich nicht, wie erwähnt, an Großdeutsche und Landbund, sondern in Splitterorganisationen und wanderte zu Heimwehr und den Nationalsozialisten ab.

Von 1922 bis 1933 zunehmende Radikalisierung dieser Gruppierungen; Ideen der Demokratie und des Pluralismus wurden durch Ideen des Führerprinzips, der Herrschaft der Eliten, der Minderheiten, welche die Weltgeschichte machen usw., bestimmt. Sehnsucht nach dem Führer, messianische Einstellung, gefördert durch die Weltwirtschaftskrise.

1933 führte die Machtübernahme Hitlers in Deutschland zu entscheidendem Überwechseln zu den Nationalsozialisten. Abschluss der großdeutschnationalsozialistischen Kampfgemeinschaft.

Der Landbund versuchte, noch weiterhin eine gesonderte Politik zu betreiben. Ende 1934 war das "nationale Lager" aber bereits überwiegend von den Nationalsozialisten eingenommen. Hierbei spielte die allgemeine Tendenz der Nationalen, sich weitgehend am deutschen Vorbild zu orientieren, und der typische Grenz- und Auslandsdeutschenkomplex eine wichtige Rolle (Blick über die Grenze ins "große Vaterland"). Als Hintergrundfaktor war auch die Ideologie Schönerers in der Tradition der Intellektuellen und der nationalen Studentenverbindungen wirksam.

1.1.4 Antisemitenbund

An dieser Vereinigung, dem Deutsch-Österreichischen Schutzverein der Antisemiten, nahmen Mitglieder aus allen bürgerlichen Parteien, den paramilitärischen Verbänden einschließlich Landbund, Heimwehr, Frontkämpfervereinigung und Nationalsozialisten teil. 1919 gegründet, entwickelte er sich entsprechend den Wellen des Antisemitismus in Österreich (Anstieg bis 1925, Abnahme und Wie-

derbelebung in der Weltwirtschaftskrise). Nach dem Verbot der Nationalsozialisten wurde er zu einer Tarnorganisation derselben. Ziel war der Schutz aller Antisemiten vor dem wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Einfluss der Juden. Rassenantisemitische Definition der Juden über jüdische Urgroßeltern, Definition der Juden als eigene Nation, Aufruf zum Boykott jüdischer Geschäfte, Forderung nach Trennung der Juden und Nichtjuden im Erziehungswesen, in der Justizverwaltung und bei der sozialen Fürsorge, Ausweisung aller Juden, die nach 1914 eingewandert waren, Zuwanderungsstopp für neue Juden, Kenntlichmachung aller jüdischen Zeitungen und Unternehmen, numerus clausus in den Geisteswissenschaften, Ausschluss der Juden von medizinischen, juristischen und Lehrberufen, Aberkennung des Stimmrechtes, Verweigerung des Rechtes auf öffentliche Ämter und auf Grundbesitz. Es wurde ein Denunziationsprinzip für Juden praktiziert.

1.1.5 Nationalsozialisten²⁸

Bis zum Beginn der Dreißigerjahre und dem Durchbruch der Hitlerbewegung in Deutschland eher unbedeutend. Zugang besonders von: Großdeutschen, dem Landbund, dem nationalen Flügel der Christlichsozialen, aus den nationalen Heimwehrgruppen, Turnverein und Schulverein, aus Waffenstudententum und bündischer Jugendbewegung. Die beachtlichen Erfolge bei den Wahlen führten bei den Gegnern zur Ansicht, weitere Wahlen würden den Nationalsozialismus "auf demokratischem Weg" an die Macht bringen.

Die Aufhebung der parlamentarischen Verfassung und später das Verbot des Nationalsozialismus führte zu ihrer illegalen Radikalisierung (Terror) im Sinne des anarchistischen Flügels. Antisemitismus und Judenpolitik der Nationalsozialisten unterschieden sich vor dem Anschluss in ihren Inhalten keineswegs von denjenigen der bisher geschilderten Parteien und Organisationen. Nur die größere Bereitschaft, gegen Juden Gewalt anzuwenden, unterschied sie vom übrigen Spektrum der Rechtsparteien. Es handelte sich bei diesem Antisemitismus um eine Kombination verschiedener Aspekte anderer Parteien: Antikapitalismus wie bei den Sozialdemokraten, Angriffe gegen die jüdischen Führer der Sozialdemokratie wie bei den Christlichsozialen und der Heimwehr, Beschuldigung des "jüdischen Materialismus" wie bei den Großdeutschen und dem Antisemitenbund, Kritik der Juden in Presse und Kultur wie bei allen anderen Parteien, Rassismus wie bei Schönerer und den Großdeutschen, bei Antisemitenbund und Teilen der

²⁸ Vgl. hierzu auch die Analysen bei Bunzl 1983, 50 f.

Heimwehr. Sie waren gegen *alle* Juden und nahmen kein Geld von jüdischen Financiers. Während die Christlichsozialen das Christentum verteidigten und die Sozialdemokratie die klassenlose Gesellschaft erreichen wollte, war der Antisemitismus der Nazis "irrational und pseudoreligiös" (Pauley). Der Antisemitismus war zweifelsohne eine wichtige Ursache für den Erfolg der österreichischen Nationalsozialisten nach 1930.²⁹ Neben Antisemitismus und Antimarkanismus waren vor allem die radikale Vorgangsweise Hitlers in Deutschland gegen die Juden und die Weltwirtschaftskrise für den Erfolg der Partei verantwortlich.

1.1.6 Katholisch-Nationale

Diese Gruppe bildete sich innerhalb der Christlichsozialen seit der Lausanner Anleihe mit der Klausel des weiteren Anschlussverbotes (katholische Jugendbewegung, Bund "Neuland", Studentenverbindung "Academia", national-katholisches Farbstudententum). Ideologisch wichtig waren der Reichsgedanke (Sacrum Imperium), katholischer Universalismus und Organismusgedanke der Romantik, den eine Reihe von Wiener Professoren vertrat und in eine "universalistisch" neu- oder spätrömantische Ganzheitslehre (Spann) philosophisch einbaute. Es erfolgte eine Ablehnung der Parteien- und "Formal"-demokratie zu Gunsten einer organischen Volksordnung mit Anleihen bei der Konservativen Revolution und Othmar Spann. Der Spannkreis bildete aber eine Art "geheimen Orden", der mit dieser Bewegung nicht identisch war. Einfluss besonders in der gesamten Studentenschaft. Erst in der illegalen Zeit der Nationalsozialisten bis 1938 wurde dieser Einfluss zurückgedrängt. Man war gegen die Verhandlungstaktiker und Kompromisspolitiker. *Die Nation stand über dem Staat*. Die Katholisch-Nationalen sahen in der Nation einen naturhaften Organismus, eine Schöpfung Gottes, während der Staat Österreich den Makel einer Schöpfung aus Menschenhand "durch den Unverstand der Sieger von 1918" besaß. Sie suchten weniger einen "Anschluss" als einen Zusammenschluss der "beiden deutschen Staaten" in einem ersten Schritt zu einer "volkhaft organischen" Neuordnung Mitteleuropas, zu einem Wiedererstehen des "Heiligen Reiches". Es entstand die überparteilich nationale Organisation des "Deutsch-Österreichischen Volksbundes" und später die lose Bildung mehrerer Gruppen der sogenannten "National-Betonen", die man mit den illegalen Nationalsozialisten

²⁹ Riehl bemerkte 1932 etwa: "Die meisten bürgerlichen Stimmen (wurden) genau genommen zum Teil irrtümlich abgegeben ..., weil die Leute die wahre Natur unserer Bewegung nicht kennen und nur die antisemitische und vor allem die antimarkistische Einstellung schätzen ... Nicht nur die gesamte arische Intelligenz und gerade ein Großteil der akademischen und höheren Beamten (hat uns gewählt), sondern merkwürdigerweise vom Gewerbe- und Kaufmannsstand besonders Architekten, Baumeister." Zitiert bei Pauley 1993, 251 f.

unter dem Begriff der "nationalen Opposition" zusammenfasste. Schuschnigg näherte sich bekanntlich politisch diesen Gruppierungen mit dem Beginn des "deutschen Weges" ab 1936 (ideologische Ähnlichkeiten hinsichtlich der Reichsidee, Aussöhnung mit den Nationalsozialisten). Mit dem Anschluss wurden diese Gruppierungen politisch entmachteter.

1.2 "Sozialistisches Lager"³⁰

Eine Arbeiterbewegung bestand seit der industriellen Revolution, zuerst in Wien. Es kam zum Gegensatz zwischen dem "roten Wien" und den bürgerlich-antimarxistischen Bundesländern. Es bildeten sich zwei Flügel:

gemäßigt	radikal
Staatshilfler (Lasalle)	Selbsthilfler (Schultze-Delitsch)
Lasalleaner	Marxisten
sozialdemokratisch Gemäßigte	(anarchistisch) Radikale
rechter Flügel	linker Flügel
demokratisch	totalitär
Revisionismus (Bernstein)	leninistisch-stalinistische Orthodoxie

Vor allem hinsichtlich der Haltung zum Staat, zum Problem der Demokratie und zur Diktatur gab es dauernde Richtungsstreitigkeiten.

1.2.1 Viktor Adler

Er schuf eine Volksbewegung mit straffer Organisation, Bildung der Parteikader. Am Hainburger Parteitag erreichte er eine Einigung zwischen Gemäßigten und Radikalen. Diese Einigung – als österreichischer Kompromiss bezeichnet – musste künftig immer wieder erhalten und verteidigt werden. Adler fand eine eigene Balance zwischen radikaler Theorie und pragmatisch-gemäßigter Praxis. Die Sozialdemokratie bekannte sich zum Marxismus und wehrte sich gegen das Eingeständnis eines offenen Revisionismus. Von den Kommunisten wurde diese Haltung als "schleichender, verdeckter Revisionismus" bezeichnet. Marxismus blieb aber höchstes Ideal als Ethos und Pathos einer diesseitigen Glaubenslehre.

³⁰ Vgl. hierzu auch die Analysen bei Bunzl 1983, 34 f. und 54 f.

Adler steht zwischen Renner (betont pragmatisch) und Bauer (betont theoretisch). Die Erhaltung der Einheit auch in der Zeit des Schismas zwischen Zweiter und Dritter Internationale wurde international anerkannt. Das wichtigste Problem in der innenpolitischen Auseinandersetzung war die Benutzung *radikaler politischer Polemik und Phrase (propagandistischer Radikalismus), die mit den wirklichen Handlungspositionen nicht übereinstimmten* (Konzessionen an die radikalen Elemente, auch um im Einzelnen den Kurs zu verschärfen). Die leuchtenden Zukunftsvisionen vom Endsieg des Sozialismus und der "klassenlosen" Gesellschaft wurden propagiert, um die Kampf- und Opferbereitschaft der Mitglieder zu erhalten. Andererseits wurde immer wieder erklärt, weshalb die wirtschaftlichen Daten in Österreich die Revolution nicht ermöglichten.

Haltung zum Staat

Auf der einen Seite stand die Marx'sche These vom Absterben des Staates, der revolutionären Ablehnung des Obrigkeits- und Klassenstaates, auf der anderen staatssozialistische Ideen Lasalles und der Gedanke, die Arbeiterschaft müsse den Staat für sich erobern. Die Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechtes brachte eine Linie der Mitbestimmung und Mitverantwortung für das Staatswesen. Diese Idee wurde vor allem durch Renner stark realisiert (bürokratischer Etatismus).

Auch den Sozialismus ergriff die Nationalitätenfrage. Die Tschechen etwa setzten im Rahmen ihrer nationalen Befreiungsbewegung auf die Sozialisten und ihre internationalistischen Ansätze. Letztlich kam es jedoch zur Bildung tschechischer national-sozialistischer Parteien und Gewerkschaften. Auch die Bildung einer "Deutschen national-sozialistischen Arbeiterpartei" im sudetendeutschen Kampfgebiet erwies sich als typisch. In der Minderheitenpolitik vertrat die Sozialdemokratie damals die Idee des "Personalprinzips" mit einer personellen Kulturautonomie, da man die Unterdrückung im Territorialitätsprinzip erkannte. Wichtig ist auch die Betonung kultureller Elemente und eine breite Bildungsarbeit.

Im Zuge des Ersten Weltkrieges kam es zu einer entscheidenden Spannung zwischen:

"Sozialpatrioten"	und	"Internationalisten"
rechts		links

Rechts standen die bisherige Parteiführung und vor allem die Gewerkschaften, die Großösterreicher wie Renner und die Nationalen wie Adler, Pernerstorfer sowie Anhänger der auch nach Österreich eindringenden Naumann'schen "Mittel-

europa"-Ideen. Links standen die sozialistischen Akademiker unter Dannersberg und die jüngere Führungsgeneration, Bauer, Deutsch und Friedrich Adler. Hierbei gab es auch nationale und antisemitische Äußerungen "rechter" Persönlichkeiten. Die Verschlimmerungen während des Krieges (Kriegswucher, Schwarzhandel, Schiebertum) führte zur Stärkung der Linken. Die Ermordung des Ministerpräsidenten Stürgkh durch Friedrich Adler als Protest gegen die herrschende Klasse, Regierungsmethoden, Kriegspolitik und gegen den sozialpatriotischen Flügel zeigt die Erhöhung der Spannung nach innen und außen in der Partei. Die Oktoberrevolution in Russland und die Intervention Amerikas engte die ideologische Basis der Sozialpatrioten weiter ein. Bei Verstärkung des Linksextremismus mit Revolution fürchtete man nicht nur eine gegenrevolutionäre Reaktion im Inland, sondern auch ein Eingreifen der Entente.

Im Frühjahr 1919 nach dem Ausrufen der Räterepublik in Ungarn und Bayern wäre ein revolutionärer Schritt unter Führung der "Linken" möglich gewesen. Die linke Führung begnügte sich aber mit einer Politik der Einschüchterung durch radikale Parolen und Drohungen (Resolution des Vollzugsausschusses der Arbeiterräte 1919), mit pathetischen Sympathieerklärungen für die Zustände in Ungarn und der Proklamation der eigenen Kampfbereitschaft. Im Übrigen listete man Gründe für den Verzicht auf revolutionäre Taten auf (antirevolutionäre Haltung der Bauernschaft, die Macht der Entente und die Gefahr eines konterrevolutionären Gegenschlages).

Auf die umfangreichen militärischen Vorbereitungen der Rechten antworteten die Sozialdemokraten 1923 mit der Gründung des Republikanischen Schutzbundes.

Otto Bauer sprach damals von einem "Gleichgewicht der Klassenkräfte", was ihm gegenüber Kelsen und anderen ein Rechtfertigungsproblem eintrug. Er musste schließlich betonen, dass er dieses Gleichgewicht nicht für einen Endzustand halte. Er bezog Stellung gegen Renner, der die unmittelbaren Vorteile der Regierungsbeteiligung sah, die dadurch zu erringenden Machtpositionen sowie den Ausbau derselben im Auge hatte und von der Eroberung der Macht im Staate und der Errichtung des Sozialismus ausging. *Er erkannte letztlich in der konservativen Haltung der Bauernschaft und im Einfluss der katholischen Kirche die wesentlichen Hindernisse für die Ausbreitung des Sozialismus* und versuchte, hier Änderungen zu erreichen.

Am Linzer Parteitag 1926 verhinderte Bauer das Einfließen der radikalen Thesen von der *Diktatur des Proletariats* in das Parteiprogramm, wohl aber findet sich darin der Satz:

"Wenn sich aber die Bourgeoisie gegen die gesellschaftliche Umwälzung, die die Aufgabe der Staatsmacht der Arbeiterklasse sein wird, durch planmäßige Unterbindung des Wirtschaftslebens, durch gewaltsame Auflehnung, durch Verschwörung mit ausländischen gegenrevolutionären Mächten widersetzen sollte, dann wäre die Arbeiterklasse gezwungen, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen."

Es spiegelt dies die These Bauers: Prophezeiung der Erreichung des sozialistischen Endzieles durch die zwangsläufige geschichtliche Dialektik der Erringung einer sozialistischen Mehrheit auf demokratischem Wege, der reaktiven Zuflucht der Bourgeoisie zur Gewalt, worauf schließlich die Sozialdemokratie, gestützt auf den Volkswillen, als Verteidigerin der Demokratie ihrerseits zur Gewaltanwendung berechtigt, mit der *Diktatur des Proletariats* die bürgerliche Gesellschaft endgültig vernichten sowie die sozialistische Gesellschaft, die klassenlose Gesellschaft, verwirklichen würde. Diese vermittelnde Stellung ist typisch für den Austromarxismus.³¹ Sie enthält in der These, sich zur Gewalt nötigen zu lassen, ein fatalistisches und deterministisches Element, was sie sowohl vom voluntaristisch-revolutionären Bolschewismus Lenins als auch vom gewerkschaftlich parlamentaristischen Aktivismus des westlichen Sozialismus und schließlich auch vom rechten Flügel der österreichischen Sozialdemokraten unterschied. Diese Haltung führte aber in ihren passiven Elementen zu einer gewissen doktrinären Erstarrung und Verkapselung in der Erwartung der künftigen zwangsweisen Entwicklung und zu reduzierter Manövrierfähigkeit. Der Zusammenbruch des Generalstreiks am 15. Juli 1927³² führte zu einem Anwachsen der Heimwehrbewegung und der konservativen Kräfte. Bauer begründete diese Entwicklung mit der These von der "Pause der revolutionären Entwicklung", in welcher die vom Proletariat begründete Republik in eine Bourgeoisie-Republik umgewandelt würde.

Zweifelsohne war die Manövrierfähigkeit der Partei insgesamt durch den inneren Gegensatz zwischen *evolutionären und revolutionären Strömungen* offensichtlich gerade in Krisen strukturell beengt.

Renner und Hanusch vertraten den Typ des Praktikers: Ausbau der sozialen Gesetzgebung, Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung sowie der wirtschaftlichen Parteiunternehmen, also schrittweise Verwirklichung sozialistischer Wirtschaftsformen und Organisationsprinzipien innerhalb einer grundsätzlich kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Diese Tätigkeit stand in Widerspruch zur Verelendungstheorie und zur Marxistischen These des historischen Materialismus.

³¹ Vgl. etwa Leser, Norbert: "Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis". Wien 1985.

³² Vgl. Botz, Gerhard: "Der 15. Juli 1927". Wien 1979.

Für Renner war auch die unterschiedliche Bewertung der Staatsfunktion und Staatsgewalt typisch. In der Renner-Bauer-Kontroverse am Parteitag 1927 fielen Renners Sätze: "Es ist eine Gefahr und ein Widerspruch, immer von Revolutionen zu reden und zugleich behaupten zu müssen, dass man sie nicht machen könne." Renners Ablehnung der These, dass die Eroberung des Staates der archimedische Punkt sei, an dem allein das wirtschaftliche System umgewälzt werden könne, begründete er mit dem Satz: "Eine generelle Sozialisierung ist ein genereller Unsinn." Er war der Ansicht, dass schon im Schoße der kapitalistischen Wirtschaft sozialistische Organisationen und Machtstellungen auf- und ausgebaut werden müssten. Auch die bedeutende Hanusch-Gesetzgebung ist diesem rechten Flügel zuzurechnen. Die Anpassung an die realen Macht- und Wirtschaftsverhältnisse besaß umgekehrt die Gefahr des Opportunismus und der "Verbürgerlichung".

Im Sinne des Antiklerikalismus und der Gegnerschaft zum Konservatismus sowie gegen kleinbürgerliche und philisterhafte Tendenzen der Christlichsozialen richtete sich die Bildungs- und Kulturpolitik, welche alle modernen Bewegungen, die konservative Kräfte und Autoritäten angriffen, unterstützte. Die antiklerikale Tendenz stammte aus antimetaphysischen, positivistischen, materialistischen, realistischen und naturalistischen Zeitströmungen der Moderne, die in den Rahmen des atheistischen, junghegelianischen Materialismus der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus eingepasst werden konnten. Die Erhöhung der Bildung der Arbeiterschichten ersparte allerdings auch der Sozialdemokratie nicht die Entwicklung, dass eine Verbürgerlichung der nächsten Generation eintrat und dass die Kinder auf den Hochschulen in das "nationale Lager" wechselten. Der atheistische Duktus wurde übrigens bereits durch eine Diskussion am Parteitag 1926 problematisiert, die Kirchengaustrittsbewegung bildete den Höhepunkt dieses Aspektes eines "Kulturkampfes". Im Weiteren aber zeigten sich auch innerhalb der Partei religiöse Strömungen, "religiöse Sozialisten" (z. B. Metallarbeiter Otto Bauer³³).

Wien, wo damals fast ein Drittel der Bevölkerung Österreichs lebte, wurde für die Sozialdemokratie zum "Staat im Staate". Infolge des politischen Einflusses wurden dort die sozialistischen Modelle und utopischen Konzepte retortenhaft erprobt. Das "rote" Wien bildete jedoch im ideologischen Kampf für die Rechten einen starken Bezugspunkt und der Wiener Flügel der Christlichsozialen war der radikalst antimarxistische.

³³ Nicht zu verwechseln mit dem Parteiführer.

Der Alarmplan des "Republikanischen Schutzbundes" ging davon aus, dass Wien im Falle eines Angriffs von den Bundesländern her angegriffen würde. Motorisierte Kräfte des Bundesheeres und der Polizei aus den Wiener Kasernen gingen jedoch letztlich im Februar 1934 gegen die Gemeindebauten vor. Es folgte die Zeit der Illegalität.

1.2.2 Der Antisemitismus der Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratie war sicherlich am wenigsten antisemitisch. Es fand sich kein Antisemitismus im offiziellen Programm. Rassistischer Antisemitismus wurde abgelehnt. Der Angriff richtete sich vor allem gegen die jüdischen Kapitalisten, nicht gegen die Juden allgemein. Der Antisemitismus war weniger radikal als der anderer Parteien und hatte oft *defensiven* Charakter gegen die antisemitischen Angriffe der anderen Parteien auf die "verjudete" Sozialdemokratie.

Die Frage, ob Marxens Äußerungen in seinem Aufsatz "Zur Judenfrage" und seine sonstigen Äußerungen über Juden als antisemitisch zu werten seien, ist heftig umstritten.³⁴ Zweifelsohne hat aber seine Junktimierung der Juden mit der Geldwirtschaft (Koppelung von Kapitalismus und Judentum) den rechten und linken Antisemiten reichlich Argumente geliefert. Der Sozialist Ehrenfreund und andere glaubten etwa, man könne den Antisemitismus dazu benutzen, den Kapitalistenhass im Proletariat noch zu verstärken. Engels wiederum kritisierte diese österreichische sozialistische These des Antisemitismus als rückschrittlich. (Der Antisemitismus sei eine Reaktion absterbender mittelalterlicher Klassen auf die moderne Gesellschaft wie z. B. der Handwerker gegen die Kapitalisten.) Die Sozialdemokratie schwankte ständig zwischen Gleichsetzung von Judentum mit Kapital (Zirkulation) bei Marx, einer Instrumentalisierung des Antisemitismus im Sinne Ehrenfreunds und einer Ablehnung wie bei Engels. Im Sinne der Dialektik ging man allerdings davon aus, dass der Antisemitismus, die "Judenfrage" und die Juden selbst mit dem Sieg des Sozialismus und dem Verschwinden des Kapitalismus überholt sein würden. Die "Geschichte" allein werde den Antisemitismus eliminieren, die Juden würden in der allgemeinen Gesellschaft assimiliert sein, da die nationale Exklusivität überwunden sein würde und damit auch jene der Juden. Dies führte zu heftigen Reaktionen der Zionisten (Vorwurf des Antisemitismus und Antizionismus). Zweifelsohne führten die antisemitischen Beschuldigungen der

³⁴ Vgl. hierzu apologetisch vor allem Claussen: "Das Ich und das Andere; ein neomarxistischer Diskurs". Im Weiteren auch Pauley 1993, 182 f. und Reiter 1998, 345 f. Es lassen sich allerdings neben den rein auf Zirkulation abstellenden Äußerungen gegen Juden bei Marx zweifelsohne auch rassistische und Einzelpersonlichkeiten als Juden abwertende Äußerungen (z. B. gegen Lasalle) finden.

Christlichsozialen zur Reaktion der Sozialdemokratie. Man benutzte Begriffe wie "jüdische Banken", die Christlichsozialen wurden als "Judenschutztruppen" bezeichnet, die Juden hätten die liberale Presse in Wien, die Großindustrie, die Universitäten, Kunst und Wissenschaft sowie die großen Banken unter Kontrolle ("Arbeiter-Zeitung").³⁵ Wenn Otto Bauer versuchte, den Bürgerlichen den antisemitischen Wind aus den Segeln zu nehmen, indem er behauptete, die Sozialdemokratie sei der bessere Widersacher des jüdischen Großkapitalismus und der jüdischen Hochfinanz, so näherte sich dieses Argument der katholischen Philosophie eines Karl Vogelsang (Pauley).

Die marxistischen Attacken auf den Kapitalismus waren häufig nur gegen den jüdischen Kapitalismus und hier, um andere jüdische Wähler nicht zu verlieren, gegen die *reichen* jüdischen Kaufleute (das reiche jüdische Großbürgertum, Bankjuden, jüdische Börsenpresse, Börsenjuden) gerichtet. Den Antisemiten wurde häufig vorgeworfen, sie ließen sich von jüdischen Geldgebern finanzieren und bildeten eine einheitliche Front gegen die Arbeiter.

Die Angriffe der Antisemiten gegen die Sozialdemokratie in den Zwanzigerjahren wollten vor allem in Pamphleten und Zeitungen darauf hinweisen, dass die Sozialdemokratie total "verjudet" sei und dass die "Volksgenossen" der Arbeiterklasse durch Rassenfeinde, nämlich die Juden, in die Irre geführt würden. Auf rassistischer Basis etwa führt Paumgarten in "Judentum und Sozialdemokratie" aus: Sozialismus und Liberalismus seien nur Mittel zur Erreichung der jüdischen Weltherrschaft. Diesem Vorwurf begegnete man mit dem Argument, in anderen Parteien gäbe es auch Juden; man wollte nicht als "Judenschutztruppe" gelten. Jeder latente oder offen vorhandene Antisemitismus in der Sozialdemokratie wurde andererseits sowohl von der österreichischen Regierung als auch von den Nationalsozialisten politisch genutzt.

Der Sozialismus übte Anziehungskraft auf die Juden Österreichs aus, vor allem nach dem Zusammenbruch der Liberalen Partei (1895). Pauley spricht von einem "Übertritt zum Marxismus" durch Juden, welche die Tradition verließen. 75 Prozent der Juden Österreichs stimmten für die Sozialisten (alle anderen Parteien waren offen antisemitisch und lehnten teilweise die Aufnahme von Juden ab). Auch in führende Positionen nahmen die Sozialdemokraten Juden auf. 80 Prozent der sozialistischen Intellektuellen waren jüdischer Herkunft.

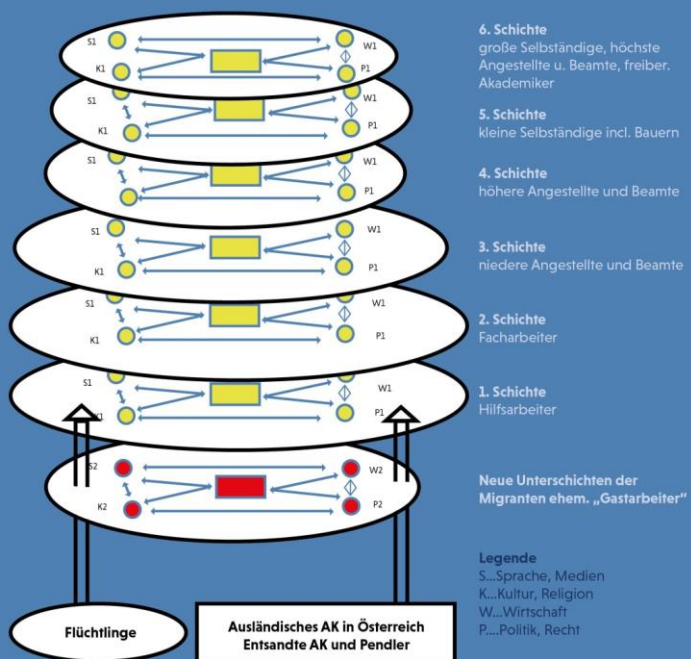
³⁵ Zitiert nach Pauley 1993, 187.

2 Ideologiemilieus Österreichs 2018 –Antimuslimismus und Antitürkismus



GASTARBEITER UND FLÜCHTLINGE

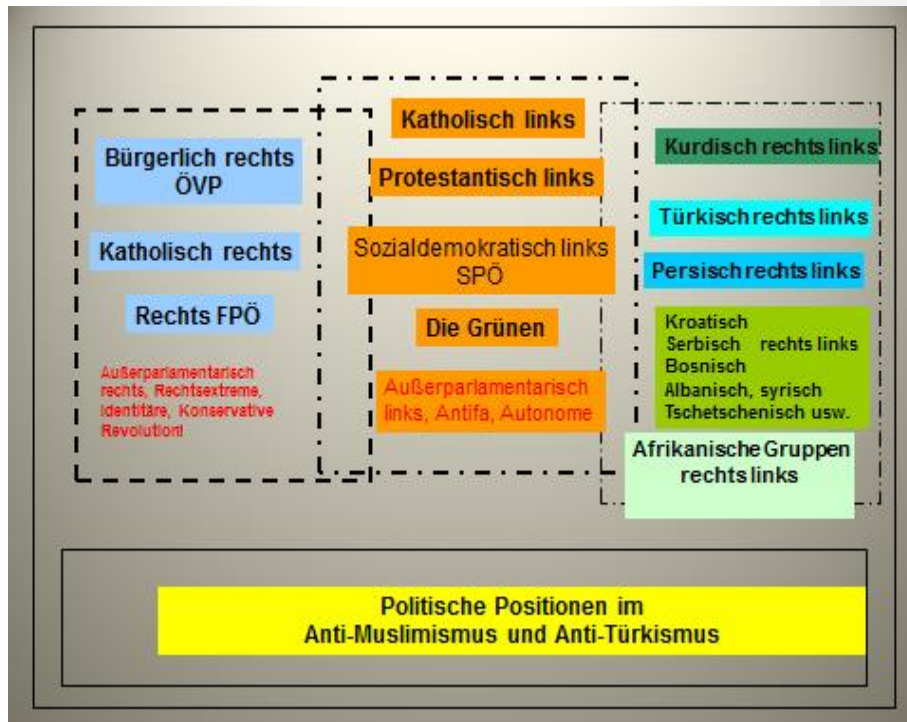
Eine kritische Migrationstheorie



Siegfried Pflegerl

Kein © und kein 

Beschäftigte nach Schichtung	Zahl	%
Selbständige im Gewerbe	345.448	9,3
Bauern und Bäuerinnen	96.675	2,6
Angestellte	1,777.341	47,5
Beamte und Beamtinnen	208.791	5,5
Arbeiter und Arbeiterinnen	1,313.397	35,1



Wir behandeln hier zwei Typen der Migration, welche miteinander letztlich auch relevant verknüpft sind und weiter bleiben werden: die „Pinzettenmigration“ der Gastarbeiterbeschäftigung seit etwa 1960 und die sturmartige Flüchtlingsmigration der Gegenwart.

Beide Migrationstypen führen zu Umstrukturierungen in politischer, ökonomischer und sprachlich-kultureller Hinsicht. Derzeit ist die österreichische Gesellschaft noch nicht einmal bereit, sich der vollen Tragweite und sozialen Realität der Umstrukturierung durch das Entstehen neuer muslimischer Unterschichten unter den beiden heimischen Schichten der Fach- und Hilfsarbeiter im Rahmen der Gastarbeiterbeschäftigung zu stellen. Da bricht der neue Typ einer Migration der Verzweiflung mit völlig anderen Motiven, Strategien

und Faktizitäten in die durch eine Wirtschaftskrise bereits labilisierten Sozialsysteme Europas mit voller Wucht ein. Die Destabilisierung der Nationalstaaten, ihr Verlust an Souveränität und Kohäsion weist darauf hin, dass die Evolution nunmehr den Aufbruch in eine globale, durch neue Ideen bestimmte – jenseits derzeitiger rechter und linker Positionen gelegene – ausgewogene Sozialstruktur erforderlich macht.

3 Migrationstypen

Für Leser*innen, die sich weiter in unsere bisherigen Arbeiten einlesen wollen, gibt es hier in Zusammenfassung, die unsere Rezension zu Abdel-Samads Buch vertiefen könnten.

Wir sehen uns aber auch dazu genötigt, unsere theoretischen Positionen deshalb klar und strukturiert vorzulegen, damit sichtbar wird, dass wir zwar bemüht sind, ALLE in diesem heiklen Feld wirksamen Kräfte darzustellen, dass wir uns aber letztlich mit diesen Partialkräften und Subrationalitäten keineswegs identifizieren, oder dass wir uns mit diesen identifizieren. Wir bekennen uns zu einem evolutiv neuen universalistischen Humanismus, der in der unendlichen und unbedingten göttlichen Vernunft verankert ist. Darin sind die derzeitigen Evolutionsstufen der verschiedenen Sozialsysteme der Erde noch unvollständige Teilsysteme mit den für diese Konfrontationen im Weltsystem typischen inhaltlichen Konflikten. Nach unserem Dafürhalten sind diese Spannungen, Konflikte und letztlich Kriege zwischen den Systemtypen in einem evolutiv neuen Globalsystem mit den neuen Maßstäben letztlich friedlich und mit guten Mitteln harmonisier- und überwindbar. Das gilt vor allem auch für die Kräfte des Anti-Muslimismus, Anti-Türkismus, Anti-Christianismus, und der Anti—Westlichkeit. In gleicher Weise können unsere Positionen weder als links oder als rechts identifiziert werden.

3.1 Migrationstyp 1 Die Pinzettenmigration

Wir nennen das Verfahren der Gastarbeiterbeschäftigung als Pinzettenmigration, weil die Sozialpartner in Österreich, aber auch die Politiker in Deutschland ursprünglich davon ausgingen, sie könnten in Zeiten erheblichen Wirtschaftswachstums oder einer Hochkonjunktur (Konjunkturpuffer) aus weniger entwickelten Ländern punktgenau entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte in Beschäftigung bringen, wobei stillschweigend mitgeplant war, im Falle struktureller Verschiebungen oder Verflachung der Konjunktur die Arbeitskräfte entweder wieder in die Heimat zurückzuschicken oder ihre

freiwillige Heimkehr vorauszusetzen. Um eine soziale Verfestigung der Arbeitskräfte zu verhindern, war in beiden Ländern ursprünglich sogar daran gedacht, in Form einer Rotation die ArbeiterInnen jährlich auszuwechseln.

Die Pinzettenmigration war in Österreich durch die Balance der beiden inkompatiblen Partialrationalitäten von Kapital und Arbeit (Sozialpartner) in Grundkonzept und in der zunehmenden rechtlichen Ausgestaltungen bestimmt. Die beiden Partialrationalitäten versuchten auch in dieser Sachfrage einerseits bestimmte Grade der Destabilisierung der Balance zu verhindern und andererseits jeweils eine Optimierung ihrer eigenen Konstellation zu erreichen.

Hier wollen wir unter zeitlicher Straffung die Steuerungselemente der Pinzettenmigration vor allem durch Bremsvorschriften der Arbeitnehmerseite zusammenfassen. Während die Arbeitgeberseite seit 1962 eine möglichst liberale Einstellung ausländischer Arbeitskräfte forderte, wollte die Arbeitnehmerseite durch eine Vielzahl von Regulierungen eine möglichst präzise Begrenzung des Zuganges gewährleisten. Die Arbeitnehmerseite war hierbei bestrebt, ihre Stammklientel, die Schicht der heimischen Fach- und Hilfsarbeiter vor Lohndumping und Arbeitsplatzverlust durch Verdrängung zu schützen. Die Inländer wanderten in höher qualifizierte Berufe ab. Die Ausländer übernahmen die Jobs, welche den Inländern zu schwer oder zu schmutzig und unattraktiv waren. Betroffen waren vor allem die Bereiche Bauwirtschaft, Fremdenverkehr, Handel und Reinigung, Textil und Metall. In manchen Branchen mit offenen Strukturproblemen, wurde durch die Gastarbeiterbeschäftigung die Bereinigung nur hinausgezögert (z.B. Textil-Ost).

Die Mechanismen der Steuerung des Zuganges ausländischer Arbeitskräfte, stets vor allem von der Arbeitnehmerseite „erfunden“, bestanden etwa in der Festsetzung von jährlich festzulegenden Kontingentzahlen pro Bundesland und Branche. Im Rahmen dieser Jahresquoten durften auf ein Jahr befristete Beschäftigungsbewilligungen ausgestellt werden, wenn die Arbeitskraft nach einer amtsärztlichen Untersuchung, in einer vom Arbeitgeber zur Verfügung gestellten ortsüblichen Unterkunft, mit einem Arbeitsvertrag zu den gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen wie ein Inländer beschäftigt wurde. Grundsätzlich galt, dass Ausländer vor Inländern gekündigt werden mussten.

Waren keine Kontingente für die Branche vereinbart, konnten Beschäftigungsbewilligungen nur erteilt werden, wenn die Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes die Beschäftigung zulässt (Arbeitsmarktprüfung), sowie wichtige öffentliche und gesamtwirtschaftliche Interessen nicht entgegenstehen. Das Pinzettenartige dieses Konzeptes bestand darin, dass man meinte, man könnte mit der genauen „Bewirtschaftung“ der jährlichen Beschäftigtenzahlen der AusländerInnen den Aus- und Einschub der Gastarbeiter in den Arbeitsmarkt immer den momentanen strukturellen und konjunkturellen Produktionsbedingungen anpassen. Gastarbeiterpolitik war nicht Einwanderungspolitik sondern temporäre Pufferpolitik. Niemand plante eine Aufenthaltsverfestigung der beschäftigten Gastarbeiter, selbst die Ausländer selbst gingen immer davon aus, dass sie maximal für ein paar Jahre in der Fremde Ersparnisse sammeln würden, um dann in die Heimat zurückzukehren.

Selbst als bereits erhebliche Gastarbeitergruppen ihren Aufenthalt verfestigten und oft ihre Familien nachgebracht hatten, blieben die legistischen Hintergründe dieses Paradigmas der arbeitsmarktpolitischen Konjunktursteuerung als Pinzettenstrategie voll aufrecht, wurden sogar noch subtil ausgebaut. Bereits als sich soziologisch bereits neue Migrantenunterschichten unter den heimischen Fach- und Hilfsarbeiterschichten verfestigten, verfasste man im politischen System immer noch Ausländerbeschäftigungsgesetze mit verfeinerten Steuerungsinstrumenten, welche substantiell von einer temporären Beschäftigungszeit der Ausländer ausgingen, also der Planung entsprachen, mit der Pinzette die GastarbeiterInnen im Gefüge des Arbeitsmarktes nach eigener Rationalität einzusetzen oder wieder heraus zu nehmen.

Wie aber kamen die ausländischen Arbeitskräfte auf die inländischen Arbeitsplätze? Nach einem Flop des Abkommens mit Spanien wurden mit Jugoslawien und der Türkei staatliche Anwerbeabkommen abgeschlossen, in denen die Errichtung von Anwerbestellen in Belgrad und Istanbul vorgesehen waren. Diese beiden Stellen, im Anwerbeabkommen rechtlich fundiert, wurden von der Wirtschaftskammer Österreich personal beschickt und erledigten die Anwerbevorgänge. Wir wollen hier die Anwerbestelle in der Türkei näher beschreiben, die Bedingungen und Verfahren waren in Jugoslawien ähnlich

gelagert, es handelte sich aber um andere Verhältnisse in der Beziehung zwischen Zentrale und den Regionalstellen der Arbeitsmarktverwaltung.

Der Anwerbevorgang begann damit, dass die Firma für eine anzuwerbende Arbeitskraft beim örtlich zuständigen Arbeitsamt eine Einzelsicherungsbescheinigung für die Erteilung einer Beschäftigungsbewilligung beantragte. Zusammen mit einem Arbeitsvertrag, der kollektivvertraglichen Lohn und eine ortsübliche Unterkunft zusagte, wurde der Anwerbeauftrag, nach Bezahlung eines Anwerbepauschales über eine Stelle in Wien an die Anwerbekommission in die Türkei übermittelt. Diese suchte nicht etwa auf eigene Faust geeignete Arbeitskräfte, sondern übergab einen Anwerbeauftrag an das Türkische Arbeitsamt in Istanbul. Dieses stellte der Anwerbekommission entsprechende Fach- oder Hilfsarbeiter vor. Auch Anforderungen bestimmter namentlich genannter Personen war erlaubt.

In der Türkei waren um 1970 zumindest 770.000 Personen als Hilfsarbeiter und 300.000 Personen als Facharbeiter bei den 67 regionalen Arbeitsämtern des Landes für eine Vermittlung ins Ausland vorgemerkt. (Die Zahl der Arbeitslosen vor allem unter Berücksichtigung der verdeckten Arbeitslosigkeit war zu diesem Zeitpunkt bereits sehr hoch. Sie dürfte übrigens derzeit [2015] mindestens 8 Millionen betragen). Die Aufnahme in die Liste der Facharbeiter erfolgte bei der Vormerkung nicht nach beruflichen Qualifikationsprüfungen sondern durch Vorlage von Zeugnissen, deren Relevanz oft jedoch gering war. Umgekehrt waren die Chancen, eine Arbeit im Ausland zu finden in den Facharbeiterlisten größer als in der Hilfsarbeiterliste. Die Anwerbekommission in Istanbul stellte anfangs Anträge auf die Vermittlung der gewünschten Facharbeiter vor allem für Bau, Textil und Metallberufe, ohne die fachliche Qualifikation zu prüfen; die Arbeitskräfte wurden zu den Firmen gebracht, erwiesen sich aber oft als fachlich untauglich und kehrten wieder in die Türkei zurück. Dies führte dazu, dass die Anwerbekommission selbst praktische fachliche Prüfungen der Arbeitskräfte in Betrieben, Baustellen oder durch geeignete sonstige Verfahren durchführen musste.

War die fachliche Qualifikation gegeben, erfolgte eine gesundheitliche Untersuchung (Lungenröntgen, Blut- und Urinuntersuchung und eine allgemeine Abschlussuntersuchung). Die Anwerbekommission bereitete die Ausstellung eines

Arbeiter-Visums vor, welches vom Österreichischen Generalkonsulat in Istanbul ausgestellt wurde.

Ausgestattet mit einem Verpflegungspaket (oder einem Geldbetrag) erfolgte eine Beförderung der angeworbenen Arbeitskräfte mit Zug oder Bus nach Wien, von wo die weitere Verteilung in die Bundesländer erfolgte. Die Firma ließ sich nach der Ankunft der Arbeitskräfte beim zuständigen Arbeitsamt die Beschäftigungsbewilligung für ein Jahr ausstellen.

Erst gegen Ende der 60er Jahre kam es zu einer raschen Steigerung der Ausländerbeschäftigung. 1970 wurden erstmals mehr als hunderttausend Bewilligungen gezählt und 1973 mit 226.800 ein vorläufiger Höchststand erreicht, der einem Anteil von 8,7% an der Gesamtbeschäftigung entsprach. 78,5% der ausländischen Beschäftigten kamen aus Jugoslawien, 11,8% aus der Türkei. In dieser Phase änderten sich auch die Anwerbemuster grundlegend. Unternehmen und bereits in Österreich beschäftigte Migranten warben Verwandte und Freunde an und umgingen dabei zunehmend die institutionalisierten Anwerbestellen im Wege der Touristenbeschäftigung.

Die neuen Arbeitskräfte kamen als Touristen nach Österreich; Beschäftigungsbewilligungen wurden in der Hochkonjunktur großzügig erteilt. Das System der Zugangskontrolle durch direkte Bereitstellung über die Anwerbestellen hatte sich als zu starr und ineffizient erwiesen. Das galt auch für die geplante Rotation. Die Unternehmen waren nicht bereit, einmal angelernte Arbeitskräfte durch frisch angeworbene zu ersetzen und die Migranten selbst verlängerten ihren Aufenthalt solange ihnen Beschäftigung geboten wurde und sie ihre Sparziele (teils aufgrund der relativ hohen Lebenshaltungskosten) noch nicht erreicht hatten. Auch Arbeitsämter und Gewerkschaften forderten unter diesen Umständen keine Beendigung bestehender Beschäftigungsverhältnisse.

Die als Touristen nach Österreich eingereisten Personen konnten sich 3 Monate sichtvermerksfrei im Bundesgebiet aufhalten. In dieser Zeit konnte der Arbeitsgeber die fachliche Qualifikation der Arbeitskraft prüfen, eine amtsärztliche Untersuchung durchführen lassen und beim zuständigen Arbeitsamt eine Beschäftigungsbewilligung besorgen.

Die geschilderten Pinzettenrestriktionen des Zugangs auf den Arbeitsmarkt ermöglichten einen drastischeren Abbau der beschäftigten Ausländer in Zeiten ökonomischer Krisen. 1974–76 wurde die Zahl der beschäftigten Ausländer per Saldo um ca. 55.000 reduziert; 1982–84 sank sie noch einmal um 33.000.

Andererseits konnte auch in Österreich Niederlassung und Familiennachzug für den Großteil der Ausländer nicht verhindert werden.

Die Rezession nach dem »Ölschock« des Jahres 1973 führte in ganz Westeuropa zu einer Reduktion der Ausländerbeschäftigung. In Österreich forderten die Gewerkschaften eine neue gesetzliche Regelung, die ihre Kontrollkompetenzen ausbauen sollten.

Das neue Ausländerbeschäftigungsgesetz (AuslBG) <http://goo.gl/SLkYg> wurde erst 1975 beschlossen und trat am 1.1.1976 in Kraft. Der massive Abbau der ausländischen Beschäftigten wurde also noch unter den alten Regelungen eingeleitet. Das AuslBG schrieb in wesentlichen Punkten die Struktur der alten Regelungen fest, verstärkte aber den Einfluss der Sozialpartner auf allen Ebenen von der Festlegung der Kontingente bis zur den Einzelbewilligungen durch die Einrichtung paritätisch besetzter Kommissionen. Kernbestimmung des Gesetzes war und ist der Generalvorbehalt, dass Ausländer nur dann beschäftigt werden dürfen, wenn die Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes und wichtige öffentliche und gesamtwirtschaftliche Interessen dies zulassen (AuslBG §4(1)). Innerhalb der beschlossenen Kontingente entfiel die Prüfung im Einzelfall. Nach acht Jahren ununterbrochener Beschäftigung konnten Ausländer einen auf zwei Jahre befristeten (und bei wiederum fast durchgängiger Beschäftigung erneuerbaren) Befreiungsschein beantragen, der ihnen erlaubte, selbst eine neue Arbeit zu suchen. Eine Arbeitserlaubnis berechtigt den/die AusländerIn zu jeglicher Beschäftigung in einem Bundesland, für das die Arbeitserlaubnis ausgestellt wurde. Der Geltungszeitraum beträgt 2 Jahre. Wir stehen vor der Feinmechanik der Kompromisse in den konfligierenden Partialrationalitäten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Dem Korsett der Beschäftigungsregulierung konnte der ausländische Arbeitnehmer erst entkommen, wenn er durch den Erhalt der österreichischen Staatsbürgerschaft nicht mehr dem Ausländerbeschäftigungsgesetz unterlag. Letztlich führte die Entwicklung zur Bildung der beiden Beschäftigungsgruppen: a) weiterhin dem AuslBG unterliegende ausländische Beschäftigte und ihre Familienangehörigen und b) eingebürgerte österreichische Arbeitnehmer samt Familienangehörigen, mit Migrationshintergrund. Im Jahre 2015 gilt etwa: 57% der 262.000 türkischstämmigen Bevölkerung in Österreich haben auch die österreichische Staatsbürgerschaft – also 148.000 – der Rest – 114.000 – die türkische.

Mit dem EU-Beitritt war Österreich automatisch verpflichtet, den Beschluss 1/80 des Assoziationsrates EWG-Türkei über die Entwicklung der Assoziation vom 19. September 1980 <http://goo.gl/bP1Nx> in seinen Rechtsbestand zu übernehmen. Dieser Beschluss gewährt türkischen Staatsbürgern erhebliche Begünstigungen im Beschäftigungs- und Aufenthaltsrecht. Diese Bestimmungen wurden von Österreich nie korrekt umgesetzt, die Rechte daher trotz gegenteiliger höchstgerichtlicher Entscheidungen systematisch beschnitten [5]. Dies führte 2015 dazu, dass Österreich von der Europäischen Kommission beim Europäischen Gerichtshof geklagt wurde.

Mit dem Beitritt zur EU musste Österreich aber – wenn auch mit Verzögerung – seinen Arbeitsmarkt den osteuropäischen Ländern öffnen, was weitere strukturelle

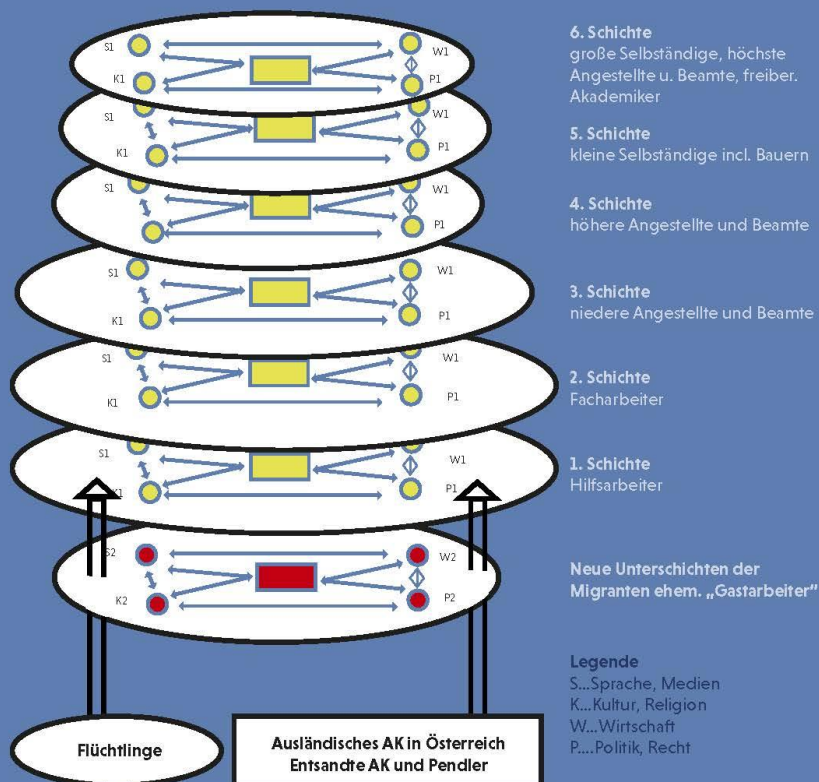
3.1.1 Soziologie der Gastarbeiter und ihrer Nachfahren

Wir stellen also die Frage: Wo in der Gesellschaft sind die mit der Arbeitsmarktpinzette hereingenommenen Arbeitskräfte und ihre Familien hingestellt worden? Wo in der Gesellschaft fanden Sie ihren Platz? Zur Beantwortung benötigen wir ein Modell der Gesellschaft, welches uns zeigt, was es heißt: „Platz in der Gesellschaft“.

Hier nur die grafische Darstellung des Modells. Ausführliche Darstellungen desselben erfolgen unter [2, 7 und 8].

Die Schichten 1 bis 6.: Schichte 1 Hilfsarbeiter und angelernte Arbeiter; Schichte 2 Facharbeiter; Schichte 3 niedere Angestellte und Beamte; Schichte 4 mittlere Angestellte und Beamte; Schichte 5 kleine Selbständige inklusive Bauern; Schichte 6 große Selbständige, höhere Angestellte und Beamte, freiberufliche Akademiker. Die Haltung der 6 Schichten orientiert sich an den Schichttransformationen. Inwieweit wird meine Stellung in der Gesellschaft in dieser Schicht wirtschaftlich, politisch, sprachlich, kulturell-religiös durch den Zustrom positiv oder negativ beeinflusst?

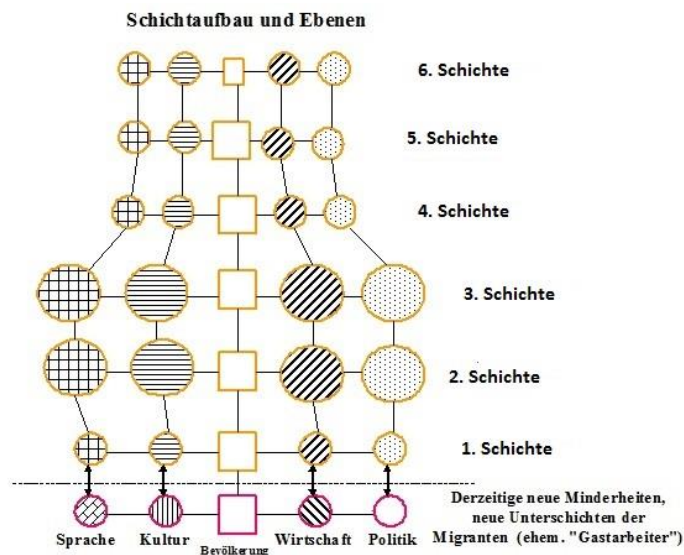
Das ist Österreich als Gesellschaft



Siegfried Pflegerl

Kein © und kein 

Grafik 1



Grafik 2

Diese zeigen, dass die Lebensebenen der Einheimischen in SCHICHTEN über und untereinander angelegt sind. Jede Schichte ist durch bestimmte wertemäßige Determinanten in sprachlicher, rechtlich-politischer, wirtschaftlicher und kulturell-religiöser Hinsicht geprägt. Das Wesen der Unterdrückung innerhalb eines Schichtsystems liegt eben darin, dass schon die "heimischen" Unterschichten der Fach- und Hilfsarbeiter keineswegs die volle Freiheit der Lebensstilgestaltung besitzen und dass sie umso weniger gewillt sind, den neuen Unterschichten der Gastarbeitermigranten und ihren Nachfolgern eine Gestaltung ihrer Lebensstile unter Beeinträchtigung ihrer eigenen Lebensspielräume zu ermöglichen.

Wir halten fest: die mit der Pinzette ins System genommenen Ausländer als Gastarbeiter erhalten einen Platz UNTER DEN HEIMISCHEN FACH UND

HILFSARBEITERN. Unserem Modell zeigt die harte Essenz: die Lebens- und Kulturmodelle der „Gastarbeiter“-MigrantInnen können sich sozial, politisch, rechtlich, religiös und kulturell nicht einfach am offenen Feld NEBEN den heimischen Schichten oder IN ihnen etablieren, sondern durch ihre Position im Schichtsystem UNTER DEN UNTERSTEN SCHICHTEN DER HEIMISCHEN BEVÖLKERUNG sind sie einem brutalen Abgrenzungsdruck vor allem und nachweislich durch die beiden untersten Schichten der heimischen Bevölkerung ausgesetzt, der ihnen einerseits die geforderten Anpassungsleistungen erschwert und daher ihre gesellschaftliche Identitätslage destabilisiert. Wo sollen sich der türkische Hilfsarbeiter und seine Nachkommen schichtspezifisch verorten, wenn sie nachweislich von den beiden Referenzschichten der Österreicher und den politischen Eliten, welche die Interessen dieser Schichten vertreten, am Aufstieg behindert werden? Diese These wird keineswegs durch die Tatsache entkräftet, dass ein sehr geringer Prozentsatz der Migranten in der 2. und 3. Generation einen sozialen Aufstieg erreichte.

Was ist die Folge der geschilderten Ausgrenzungsdynamik? Die Gastarbeiternachfolge-migranten bilden als neue Unterschichten unter den heimischen Unterschichten neue Lebensstile mit hybriden Identitäten aus.

Zwischen den "heimischen" Unterschichten und den darunter positionierten neuen österreichischen Unterschichten der Migranten (7. Schichte) besteht ein **ernster und realer Ressourcenkonflikt** im Bereich des Zugangs zu Arbeitsplätzen, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, Wohnung und Freizeitbereichen. Es kommt zur Ausbildung von **Anti-Muslimismus** und **Anti-Türkismus**.

a) Statistische Fakten

- Armutsgefährdung
- Nettojahreseinkommen
- Arbeitslosenquote
- Bildungsstand
- Zugehörigkeitsgefühl der Migranten
- Integrationsbewertung der Einheimischen

b) Soziologische Fakten nach ESSER

„Nach wie vor sind die Bildungssysteme aber an gewissen national, regional, teilweise auch sozial spezifischen kulturellen Vorgaben gebunden, die in aller Regel nicht die der fremdethnischen Migranten sind. / Von daher wird – indirekt – auch eine gewisse kulturelle Assimilation der Migranten, spätestens bei den Folgegenerationen, zur Bedingung sowohl der Systemintegration der Aufnahmegesellschaft insgesamt, wie der nachhaltigen Sozialintegration der Akteure. Der Preis für die volle kulturelle Eigenständigkeit der Migranten wäre aus individueller Sicht ihr Verbleiben in den unteren Positionen, aus gesellschaftlicher Sicht die dauerhafte Etablierung einer „neofeudalen“ ethnischen Schichtung.“

Er spricht also von einer ethno-religiösen Subnation im Rahmen einer „neofeudalen“ ethnischen Schichtung!

Die entsprechenden Parameter lassen sich für Österreich unschwer auch aus den Werten des Statistischen Jahrbuches 2015 „migration und integration“ ablesen: 57% der 262.000 türkischstämmigen Bevölkerung in Österreich haben auch die österreichische Staatsbürgerschaft (also 148.000), der Rest (114.000) die türkische. Obwohl sich 44% der Türkischstämmigen hier heimisch fühlen, und 37% eher heimisch, fühlen sich 50% dieser Gruppe dem Staat zugehörig, aus dem sie stammen, also der Türkei! 50% fühlen sich strukturell benachteiligt. 43% meinen, dass sich ihre Lebensverhältnisse verschlechtert hätten. 60% der Türkischstämmigen haben nur Pflichtschulabschluss. 32% dieser Pflichtschulabsolventen sind arbeitslos. 23% der Türkischstämmigen sind armutsgefährdet. Der Umstand, dass in der letzten Zeit der im Zuge der Freizügigkeit der Arbeitskräfte in der EU mögliche Zustrom von billigen Arbeitskräften aus Bulgarien und Rumänien die gleichen Beschäftigungssegmente erfasst, erschwert ihre Lage zusätzlich.

Dieses Faktum wird im wissenschaftlichen Diskurs und in der politischen Praxis gerne immer noch verschwiegen und verleugnet. Die sozio-kulturellen Elemente in diesen neuen Unterschichten sind häufig durch Islam-Hybride gekennzeichnet, die ebenfalls gerne in ihrer Ausprägung unterbelichtet bleiben, umgekehrt aber zur politischen Auseinandersetzung zwischen bestimmten Varianten des Islams und der westlichen Wertegesellschaft führen. Ausführlich unter [9].

Vereine der türkischen Linken nach [20]	
Türkisch Zuerst an Linksparteien in der Türkei orientiert; später Orientierung an sozialen Bedingungen der Migranten	Kurdisch um 1970 eigenständige Organisierung neben den türkischen Linksvereinen. Zuerst Studentenorganisationen Ende der 1970 er Jahre auch kurdische Arbeitervereine.

Vereine der türkischen Rechten nach [20]	
politisch	religiös

Graue Wölfe Ülkücüler, (Idealisten) Türkische Föderation in Österreich ATF Europäische Dachorganisation ADÜTDF	Union Islamischer Kulturzentren IKM Opposition zur offiziellen laizistischen Politik (1980)	Islamische Gesellschaft Milli Görüs (IGMG) 1988 Zusammenschluss zu Islamischer Föderation IF	Türkisch Islamische Union für kulturelle und soziale Zusammenarbeit in Österreich ATIB	Hizb-ut Tahrir In Deutschland verboten
---	---	---	---	---

Organisationen der alevitischen Minderheiten

Dachverband der Türkischen Vereine in Österreich ATB

Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich IGGiÖ

Initiative Liberaler Muslime Österreich ILMÖ

Ethnische Verteilung der Moscheen³⁶

Name	Jahr	Ethnischer Hintergrund	Orientierung	Moscheen	Imame
Türkisch-islamische Union für kulturelle und soziale Zusammenarbeit ATIB	1990	Türkisch	Diyanet Türkei	63	65
Islamische Föderation IF	1987	Türkisch	Milli Görüş	60	41
Union bzw. Vereinigung Kulturzentren UIKZ/VIKZ	1980	türkisch	Süleymanci Bewegung	42	45
Verband bosniakisch-islamischer Vereine in	2012	bosniakisch	IGGBiH Bosnien	40	44

³⁶ Vgl. die Analyse unter [9] Islam-Hybride. Imame und Integration. 2015. URL: <http://orom.org/Imameundintegration.pdf>

Österreich IZBA					
Türkische Föderation in Österreich	199 4	türkisch	Ülkücü Bewegung	29	26
Union Albanischer Muslime UAMÖ	200 6	Albanisch (mazedonisch/kosovarisch/ albanisch		14	14

3.1.1.1 Muslimische Diversität

Eine Aktuelle Studie: Ednan Aslan u.a.: Muslimische Diversität. Ein Kompass zur religiösen Alltagspraxis in Österreich liefert den Versuch, die Varianten der Religiositätsgrade der Muslime in Österreich diversifiziert darzustellen. Eine Fundgrube für pragmatische Zugänge. Unter https://www.yenivatan.at/wp-content/uploads/alsan.kolb_yildiz_muslimische.diversita%CC%88t.2017.pdf auch direkt zugänglich.

Muslimische Diversität in Österreich: Von strengreligiös bis religionsfern Factbox

- Größte Gruppe der MuslimInnen passt Religiosität an Lebensrealität an
- Kleinste Gruppe ist strengreligiös, wertekonservativ und traditionalistisch
- Religionsferne MuslimInnen öfters jünger und in Österreich geboren
- Kein Zusammenhang zwischen Gläubigkeit und Bildungsstand

Bewahrende, pragmatische, offene Religiosität, Religiosität als kulturelle Gewohnheit und ungebundene Restreligiosität – mit diesen fünf Kategorien beschreibt eine aktuelle Studie des „Instituts für Islamisch-Theologische Studien“ wie in Österreich lebende MuslimInnen ihren Glauben ausleben und zeigt dabei, dass MuslimInnen keineswegs eine homogene Gruppe sind.

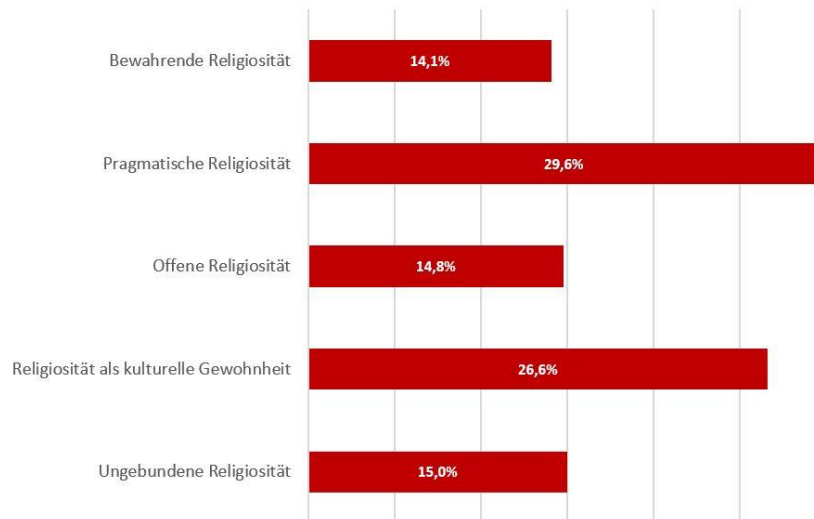
So finden sich in Österreich strenggläubige MuslimInnen ebenso wie religionsferne MuslimInnen, die ihre Religion als eine kulturelle Gewohnheit

verstehen. Dabei praktizieren ältere MuslimInnen stärker hochreligiöse Formen, während jüngere sowie Angehörige der zweiten und dritten Zuwanderungsgeneration eher zu den religionsfernen MuslimInnen gezählt werden können. Zudem zeigt sich, dass Gläubigkeit nicht zwingend mit Bildung zusammenhängt. Die Medien-Service-Stelle Neue Österreicher/innen (MSNÖ) fasst wesentliche Ergebnisse der Studie bezüglich den unterschiedlichen Kategorien und deren demographischen Zusammensetzung zusammen.

Fünf verschiedene Praxisformen – drei hochreligiös

Für die Studie zur muslimischen Diversität in Österreich wurden von den Autoren 719 Befragungen, 71 ausführliche Interviews und weitere 648 standardisierte Fragebögen ausgewertet. Das Sample besteht repräsentativ aus unterschiedlichen Bildungsniveaus, Nationalitäten, Geschlechtern und Ethnien. Besonderes Augenmerk bei der Auswertung lag auf MuslimInnen, die sich nicht in Vereinen organisieren sowie auf MuslimInnen der zweiten und dritten Zuwanderungsgeneration.

Das Ergebnis der Befragungen und Interviews lässt sich mit fünf Praxisformen der Religiosität kategorisieren. Mit 29,6 Prozent ist die größte Gruppe jene der „pragmatischen Religiosität“, die die Autoren als hochreligiös einstufen, wobei muslimische Vorschriften und Regeln an die jeweilige Lebensrealität angepasst werden. An zweiter Stelle folgt die religionsferne Kategorie „Religiosität als kulturelle Gewohnheit“. Zu den kleineren Gruppen gehören die „ungebundene Restreligiosität“ (religionsfern), die „offene Religiosität“ (hochreligiös) und die „bewahrende Religiosität“ (hochreligiös/strenggläubig).



Quelle: Institut für Islamisch-Theologische Studien, eigene Darstellung

Bewahrende Religiosität: VertreterInnen älter als Durchschnitt

Unter Personen der Kategorie „bewahrende Religiosität“ zählen strenggläubige MuslimInnen mit traditionellen und konservativen Wertvorstellungen. „Religiöse Regeln und Vorschriften werden rigide eingehalten, der Glaube stellt einen zentralen Bestandteil des persönlichen Selbstbildes dar, die alltägliche Lebensgestaltung wird vorrangig nach religiösen Prinzipien ausgerichtet“, heißt es dazu in der Studie. Es ist die Praxisform, die medial die breiteste Aufmerksamkeit erfahre, tatsächlich handle es jedoch um die kleinste Gruppe.

Bei dieser Praxisform kommt es zu einer Distanzierung gegenüber Nicht-MuslimInnen. Das Leben findet zu einem großen Teil in der Familie und in der Moschee bzw. in anderen religiösen Organisationen statt, wobei auch die Vorstellungen zu Beziehung, Familie und Erziehung aus religiösen Quellen stammen. Der Islam wird als „einzig wahre Religion“ bezeichnet, anderen Religionen wird die Legitimität aberkannt und ein säkulares Prinzip wird kritisch betrachtet oder abgelehnt.

Die Studie zeigt zudem, dass Vertreter der bewahrenden Religiosität mit einem Durchschnittsalter von 41,6 Jahren deutlich älter sind als der Durchschnitt der befragten MuslimInnen (35,1 Jahre). Ein Blick auf die Staatsangehörigkeit zeigt, dass 84,7 Prozent der Befragten, die als Vertreter der bewahrenden Religiosität gelten, nicht in Österreich zur Welt kamen. 29,5 Prozent wurden in der Türkei und 26,0 Prozent in Bosnien-Herzegowina geboren. 89,4 Prozent sind sunnitischen Glaubens. Verbreitet ist die bewahrende Religiosität hauptsächlich bei der ersten Generation, nur 11,8 Prozent gehören der zweiten, 3,5 Prozent der dritten Generation an.

Entgegen der These, die in medialen und öffentlichen Debatten immer wieder vorgebracht wird, gehen traditionalistische muslimische Einstellungen nicht mit einem niedrigen Bildungsniveau einher: Etwa die Hälfte von ihnen besitzt die Matura als höchsten Bildungsabschluss.

Pragmatische Religiosität: Zwischen wertekonservativ und liberal

Auch die „pragmatische Religiosität“ ist laut den Studienautoren eine hochreligiöse Praxisform. Der Unterschied zur bewahrenden Religiosität ist jedoch, dass der Umgang mit Religion in den Alltag und in die jeweiligen Lebensbedingungen integriert wird. „So werden die rituellen Pflichtgebete und andere religiöse Vorschriften im privaten, familiären Bereich zumeist pflichtgemäß erfüllt, im öffentlichen Raum, im beruflichen, schulischen oder universitären Umfeld jedoch den Umständen angepasst. Dies führt oftmals zu einer auffallenden Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis“, so die Studienautoren.

Die Wertevorstellungen bewegen sich dementsprechend zwischen einem moderaten sozialen Wertkonservatismus und einer teilweise liberalen Haltung. Der Islam wird als Religion der Toleranz und Freiheiten und als offen für verschiedene Interpretationen verstanden. Hinsichtlich politischen Fragen wird eine Trennung von Politik, Gesellschaft und Religion gefordert. Gegenüber der nicht-muslimischen österreichischen Mehrheitsgesellschaft ist laut Studie keine ablehnende Haltung erkennbar.

Wie auch bei den „BewahrerInnen“ sind pragmatische MuslimInnen etwas älter als der Durchschnitt: Die Verteilung der Altersgruppe zeigt, dass pragmatische Religiosität öfters bei Personen über 41 Jahre und seltener bei Personen bis 20 Jahre anzutreffen ist. 48,3 Prozent der PragmatikerInnen besitzen die österreichische Staatsangehörigkeit, gefolgt von der türkischen (18 Prozent), der bosnischen (6,7 Prozent) und der ägyptischen (5,1 Prozent). 78,3 Prozent sind im

Ausland geboren – ein höherer Anteil findet sich nur bei der Gruppe der bewahrenden Religiosität. Bei allen anderen ist die erste Generation deutlich schwächer repräsentiert. 20,6 Prozent der pragmatischen MuslimInnen zählen zur zweiten und 1,1 Prozent zur dritten Zuwanderungsgeneration.

Offene Religiosität: Kritik an religiösen Riten und muslimischer Organisationsstruktur

Die dritte hochreligiöse Praxisform und eine der kleineren Gruppen ist jene der „offenen Religiosität“. Hier trifft die Gläubigkeit stärker auf weltoffene und liberale Wertvorstellung als bei den anderen beiden hochreligiösen Praxisformen und wird gleichzeitig individueller gelebt. So werden eigene Traditionen zwar gewahrt, gleichzeitig besteht Offenheit gegenüber anderen Lebens- und Beziehungsformen.

Dabei wird laut Studie „ein rein pflichtbewusster oder regelgeleiteter Zugang zu Religion abgelehnt – eine partielle Distanz gegenüber dem verpflichtenden Charakter der religiösen Säulen des Islams und der selbstbestimmte, autonome Umgang mit bestehenden religiösen Regeln und Vorschriften ist der gemeinsame Nenner“. So wird Kritik an bestimmten religiösen Riten und der muslimischen Vereinslandschaft in Österreich geübt und eine Neuverhandlung bezüglich dieser Punkte gefordert.

Anders als bei den anderen beiden hochreligiösen Praxisformen sind die VertreterInnen der offenen Religiosität vor allem bei MuslimInnen unter 41 Jahren zu finden. Das Durchschnittsalter liegt bei 28,9 Jahren. Zudem ist mit einem Anteil von 60,7 Prozent der Großteil weiblich (bei den anderen hochreligiösen Formen ist das Geschlechterverhältnis ausgeglichen) und deutlich mehr Personen (41,4 Prozent) wurden in Österreich geboren. Ein Anteil von 34,5 Prozent zählt zur zweiten Zuwanderungsgeneration und 6,9 Prozent zur dritten. So identifizieren sich viele VertreterInnen dieser Gruppe mit Österreich, vertreten säkulare Positionen und verstehen Religiosität als Privatsache.

Religiosität als kulturelle Gewohnheit: MuslimIn als Relikt des Migrationshintergrunds

Als religionsfern eingestuft wird die Gruppe der „Religiösen aus kultureller Gewohnheit“. Religiöse Riten (wie etwa das fünfmalige Gebet) werden hier nur selten ausgeübt – nicht, um sich an bestimmten Arbeits- und Lebenssituationen anzupassen (wie bei den Pragmatischen), sondern aufgrund einer kritischen und

reservierten Haltung gegenüber der Religiosität. Wie der Name dieser Gruppe bereits verrät, ist Religiosität keine bewusste Entscheidung, sondern ein „Relikt des Migrationshintergrundes, das die Betreffenden um der Wahrung der Familientradition willen aufrechterhalten“.

Die Wertevorstellungen in dieser Gruppe sind sehr uneinheitlich – liberale und weltoffene Zugänge finden sich hier ebenso wie traditionalistische und konservative. Auch die Religiosität selber ist nicht statisch, sondern tritt bei spezifischen Anlässen wie bei bestimmten Feiertagen, Familienfesten oder dem Ramadan stärker in Erscheinung.

In Bezug auf die demographische Zusammensetzung gibt es starke Abweichungen gegenüber den hochreligiösen Praxisformen. 25,2 Prozent dieser Gruppe sind älter als 41 Jahre, gleichzeitig sind 20,1 Prozent 20 Jahre alt oder jünger. 31,6 Prozent der Gruppe zählen zur zweiten Migrationsgeneration, wurden also in Österreich geboren und wuchsen hier auf. Zur dritten Generation zählen 3,2 Prozent.

Laut den Studienautoren wird bei dieser Gruppe immer wieder angenommen, dass die VertreterInnen ein höheres Bildungsniveau aufweisen. Doch der Anteil jener mit Matura oder Hochschulstudium ist niedriger als beim Durchschnitt des Gesamtsamples. Gleichzeitig liegt der Anteil jener mit 18,9 Prozent an PflichtschulabgängerInnen ohne Lehre sowie mit 22 Prozent PflichtschulabgängerInnen mit Lehre über dem Gesamtdurchschnitt wie auch über dem Durchschnitt bei der bewahrenden Religiosität.

Ungebundene Restreligiosität: MuslimIn auf dem Papier

Eine weitere religionsferne Praxisform ist jene der „ungebundenen Restreligiosität“. Der distanzierte Umgang mit Religion betrifft dabei die rituelle Ebene ebenso wie religiöse Pflichten und Vorschriften. Die Lebensgestaltung wird nicht nach muslimischen Regeln ausgerichtet. So sind viele der Ehen in dieser Gruppe bi-religiös bzw. mehrkulturell. Kurzum bestehe die Religionszugehörigkeit der VertreterInnen der ungebundenen Restreligiosität – ähnlich wie bei „Taufscheinchristen“ – „nur auf dem Papier“.

Solidarität bzw. Bekräftigen des Muslimisch-Seins kommt allenfalls bei der Konfrontation mit Islamophobie zutage. Gleichzeitig werden muslimische Einrichtungen und Organisationen kritisch betrachtet und ein säkulares System

gefordert, da Religion als Privatsache verstanden wird. Viele der VertreterInnen sind zudem der Meinung, dass der Islam nicht in eine westliche Welt passt.

Bezüglich dem Alter sind in dieser Gruppe viele junge Menschen vertreten, aber auch Personen mittleren Alters. So sind 34,4 Prozent zwischen 21 und 30 Jahre alt, weitere 26,7 Prozent sind zwischen 41 und 50 Jahre alt. Auffällig ist der hohe Anteil der in Österreich Geborenen: Liegt dieser im Gesamtsample bei 31,6 Prozent, macht er bei den VertreterInnen der ungebundenen Restreligiosität 44,4 Prozent aus. 33,3 Prozent zählen zur zweiten und 11,1 Prozent zur dritten Generation.³⁷ Die Daten dieser Studie müssen natürlich noch in die von uns dargestellten Systemzusammenhänge (Schichten) in ihren Varianten hybrider Identitäten im Spannungsfeld von Anti-Muslimismus und Anti-Türkismus einerseits und Anti-Westmoderne andererseits gebracht werden.

Mit dem Einbruch der Flüchtlingswelle 2015 und etwa 95.000 Asylanträgen im Jahre 2015 wird bei der Diskussion um die INTEGRATION dieser Flüchtlinge gerne folgende Floskel benützt: Seinerzeit, als die Gastarbeiter kamen, haben wir versäumt, gleich klar zu machen, welche Werte und Rechtsprinzipien unverzichtbarer Teil unseres westlichen Systems sind. Wir wollten ja kein Einwanderungsland für die Gastarbeiter sein. Was bei den Gastarbeitern versäumt wurde und zur Bildung konziser neuer hybrider Unterschichten führte, muss jetzt vermieden werden. Wir müssten den Flüchtlingen sofort klar machen, wie unser System tickt. Daher werden etwa workshopartige Wertekurse geplant.

3.1.2 Januskopf „Opfer“

Unsere soziologisch erhärtbare These von der Bildung ethnisch orientierter neuer Unterschichten wird etwa durch Esser bestätigt. Diese neofeudale Unterschichtung wird ausdrücklich – auch von Abdel Samad – nicht anerkannt.

Wir sehen in dieser sozialen Lage letztlich ein Phänomen struktureller Gewalt, welches den sozialen Aufstieg dieser ethnischen Unterschichten erheblich

37 Weitere Informationen und Kontakte: Ednan Aslan, Jonas Kolb, Erol Yildiz: Muslimische Diversität. Ein Kompass zur religiösen Alltagspraxis in Österreich. Springer 2017, 506 Seiten. Institut für Islamisch-Theologische Studien, Projektleiter Jonas Kolb, Tel.: 01-4277-46763, jonas.kolb@univie.ac.at Politikwissenschaftler Farid Hafez, farid.hafez@univie.ac.at

behindert. Was aber sind die Kräfte, welche diese Unterdrückung eines sozialen Ausgleichs in diesen Segmenten behindert.

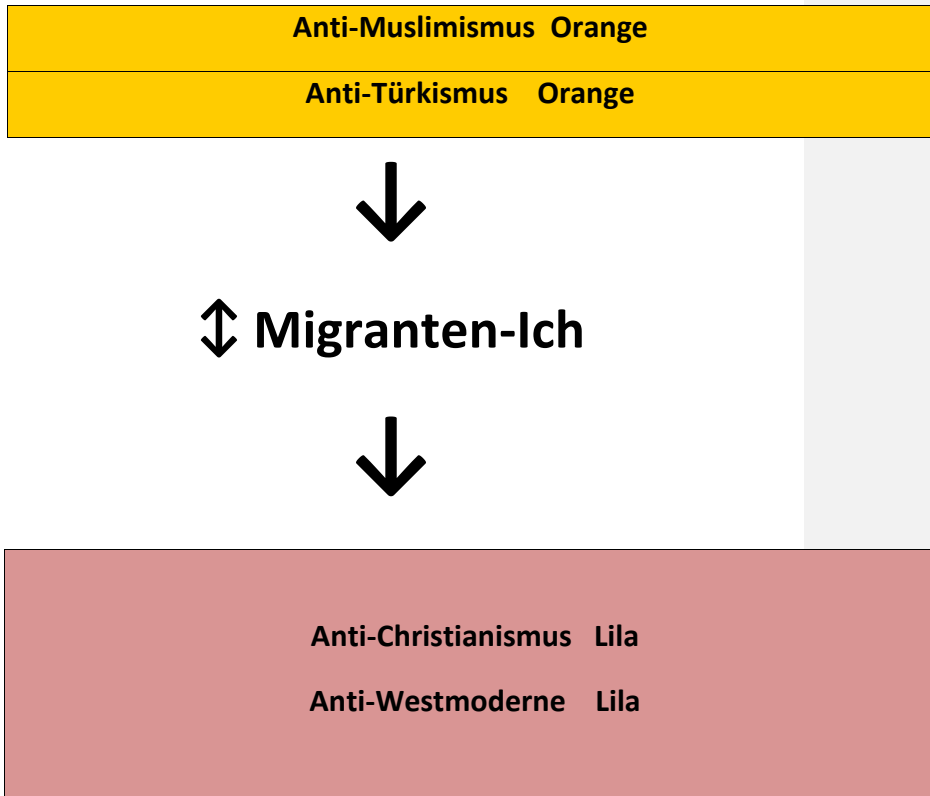
Immer, wenn man das Argument vorbringt, dass die Abgrenzungskräfte vor allem der heimischen Schichten der Fach- und Hilfsarbeiter und ihrer **politischen Vertretungsinstitutionen** (als Ablehnung der Konkurrenten im Kampf um gesellschaftliche Ressourcen, wegen des fremdartigen anderen Aussehens, durch Anti-Muslimismus und Antitürkismus usw.) den Aufstieg der Migranten maßgeblich behindern, wird davon gesprochen, Integration bedürfe vor allem der Anstrengung der Migranten (Bring- und Holschuld-Debatte), **die sich aber in eine Opferrolle flüchten** und die Schuld bei der Aufnahmegesellschaft finden. Verschleiert also die Aufnahmegesellschaft das Ausmaß ihrer rassistischen Ausgrenzung der Neuen (seit 50 Jahren!) durch Einsatz struktureller Gewalt, oder sind die neuen Migrantengruppen (im Unterschied zu den Zuwanderern aus Vietnam, China, Südamerika o.ä.) von sich aus gar nicht gewillt, eine ausreichende Assimilations- oder Integrationsanstrengung vorzulegen?

In diesem Spannungsfeld hat sich in den letzten 50 Jahren eine innere Dynamik entwickelt. Während die erste Generation „ganz unten“ schweisgsam eine Verbesserung ihrer konkreten Lebensverhältnisse zu erreichen versuchte, haben sich auch bei ihr, dann aber vor allem in den beiden nächsten Generationen eine Vielzahl von **hybride Identitäten** entwickelt. Manche haben den Ausgrenzungsdruck und der Abwertung durch die **Verstärkung** ihrer traditionellen lila Persönlichkeitselemente aus der „alten“ Heimat auszugleichen versucht. In den neuen Unterschichten bildeten sich aber auch unterschiedliche religiöse Milieus (mit extremistischen Varianten)³⁸, sowie hybride Rap-Kulturen der Jugendlichen. Wir finden die „Erdogan-Türken“, die sich politisch der Türkei zugehörig fühlen. Die Zahl derjenigen Migranten, welche sich durch Über-Identifikation mit den orangen Werten hyperassimilierten, ist sicherlich geringer. Tatsache ist daher eine breite Streuung der Hybriditätsvarianten.

38 Die ausgezeichnete Studie (Ad 17) Ednan Aslan u.a.: Muslimische Diversität. Wien 2017 Unter https://www.yenivatan.at/wp-content/uploads/alsan.kolb._yildiz_muslimische.diversita%CC%88t.2017.pdf auch direkt zugänglich, ist der erste Versuch diese Diversität der hybriden religiösen Identitäten der Muslime pragmatisch zu erfassen.

Der einzelne Migrant, der in das neue orange System einsteigen, in diesem aufsteigen will, steht also nach unserer Sicht der Dinge in folgenden Kräftefeldern:

Geschichtete orange Gesellschaft



Die orangenen Referenzschichten der „Einheimischen“ und auch der Rest der orangenen Gesellschaft entwickeln gegen die „vordringenden“ Abgrenzungskräfte als Anti-Muslimismus und Anti-Türkismus u.ä. Seine eigene lila Community hat bereits ethnisch-religiöse Subkulturen gebildet, und versucht eine Assimilierung des Betroffenen in Richtung orange als Verrat, Ausbruch aus traditionellen kollektiv-orientierten Solidaritätsgefügen von patriarchalen Familienkodex und der politischer Religionsethik zu deklarieren und den Delinquenten gesellschaftlich zu ächten.

Sind diese „Gastarbeiterschichten“ jetzt also Opfer, oder benützen sie nur die Strategie, sich als Opfer darzustellen, um über diese Taktik die allmähliche Durchsetzung aller ihrer religiösen Forderungen auf Umgestaltung des westlichen orangen Lebens in ihr lila Wertsystem zu verwirklichen?

Diesen Eindruck könnte man gewinnen, wenn man die folgende Stelle Mansours bei Abdel-Samad liest:

„Wir können uns gerne in zehn Jahren wiedertreffen, wenn in Schulen und Gerichtsgebäuden Beamtinnen mit Kopftuch zum Alltag gehören. Die Grundhaltung der Kränkung wird bei vielen Muslimen nach wie vor bestehen, egal in welche Richtung die Debatte geht, und egal, welche Angebote man ihnen macht. Der politische Islam lebt von der Opferrolle, sie wird beliebt, weil sie wenig mit den Taten und Einstellung der Mehrheitsgesellschaft zu tun hat. Wenn das Kopftuch überall getragen werden darf, wird es etwas anderes geben, weshalb man sich ausgegrenzt fühlt oder sich abgrenzen muss.“

Diese Gewichtung der Faktoren geht natürlich zu weit. Die Behauptung, dass die verstärkte Re-Islamisierung und Radikalisierung des Islams in Europa nichts mit dem Verhalten der Mehrheitsgesellschaft zu tun habe, ist sicher nicht haltbar. Die strukturelle Gewalt der Unterschichtung der neuen Gruppen, vor allem durch die Schichten, in welche hinein sich die Migranten assimilieren oder „integrieren“ sollten, sollte nicht in Abrede gestellt werden.

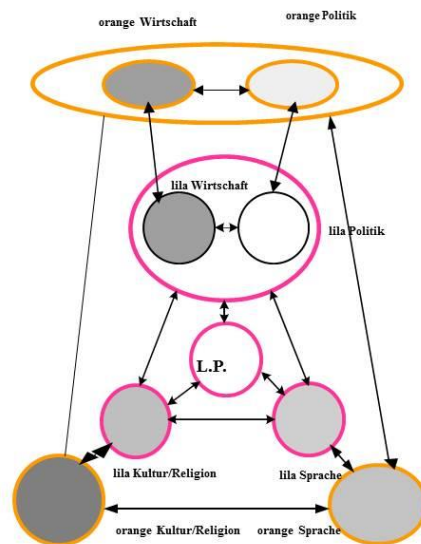
Wird also das oben skizzierte Kraftfeld (Anti-Muslimismus,-Türkismus,-Christianismus, -Westen) anerkannt, dann bleibt noch die heikle Frage: Hat sich der Anti-Muslimismus und Anti-Türkismus durch das schlimme radikal-muslimische Verhalten der Muslime, darin etwa der Türken, gebildet, oder hat die rigide Diskriminierung und Marginalisierung der Gastarbeiter diese erst gezwungen, sich in der neuen Umgebung Identitätssicherungen heranzubilden, indem sie ihre lila muslimisch-ethnischen Wertbezüge zum Teil aggressiv gegen die orangen Abgrenzungskräfte zu verstärken und zu behaupten und eine Parallelgesellschaft zu etablieren.

„Wie soll Integration auch gelingen, wenn die beiden Seiten sich offensichtlich nicht wirklich wollen. Was nun zuerst da war, die Ablehnung der Gesellschaft oder die bewusste Ablehnung der Migranten, das ist ein wenig wie die Frage nach der

Henne und dem Ei. Beide Aspekte sind in den vergangenen Jahren eine schier unentwirrbare Verbindung eingegangen“ schreibt Abdel-Samad.

Da aber im Verhältnis der neuen Unterschichten zu den heimischen orangen Schichten typische Verhältnisse struktureller Gewalt bestehen, ist im Konfliktgefüge sicherlich nicht ein horizontal ebenmäßiges Verhältnis der Gegner zueinander gegeben, sondern ein deutlich asymmetrisches Ungleichgewicht zugunsten der heimischen orangen Schichten.

Die hybride Identität ist eine komplexe Konstellation mit vielen Variationsmöglichkeiten der einzelnen Module. Hier nur ein Grundgerüst. Näheres unter [2, 5 und 8]:

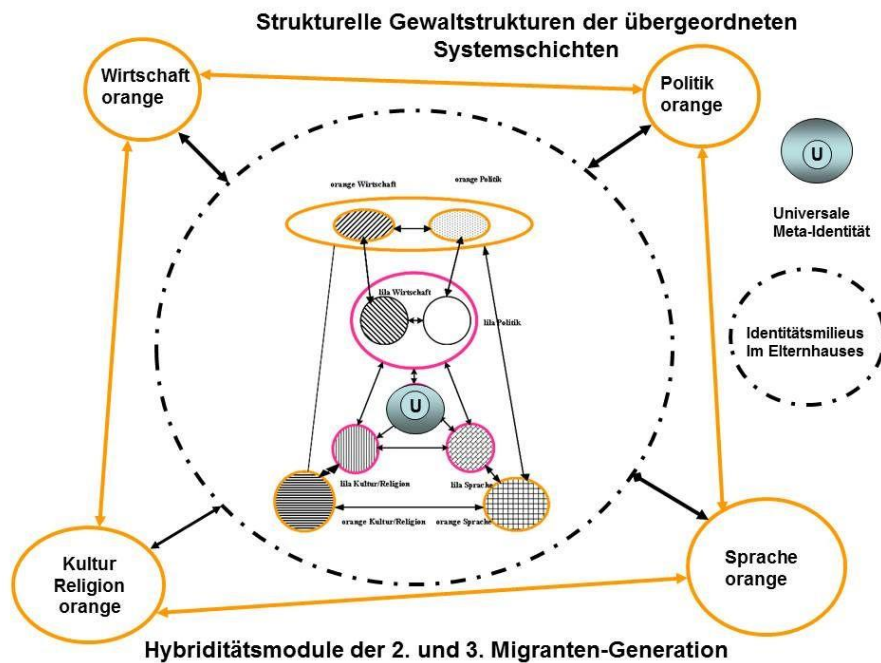


Grafik 3

Die lila Persönlichkeit des Gastarbeiters (LPS.) ist durch lila kulturell-religiöse, sprachliche und wirtschaftliche Determinanten der Schicht bestimmt, in welcher er in der lila Heimat gelebt hat. Er wird nun irgendwo unten in der orangen, österreichischen Gesellschaft eingefügt, sieht und erlebt daher das orange österreichische System durch lila Brillen. Seine Integration oder auch nur Assimilation soll daher darin bestehen, dass er seine lila Persönlichkeit in Richtung orange umwandelt, oder neue orange Elemente zu seinen lila Elementen hinzufügt. Eine Vielzahl von Varianten bei der Kombination von lila und orange ist möglich und auch sozial wirklich.

Was übrigens besonders oft übersehen wird: Die Umwandlung von lila auf orange oder die Hinzunahme oranger Werte und Haltungen zu den lila Elementen wurde/wird besonders durch die diskriminierende und abwertende Haltung der heimischen Fach- und Hilfsarbeiterschichten **erschwert**. Es soll die Übernahme von Wertsystemen derjenigen Schichten erfolgen, welche die Ankommenden aggressiv ablehnen! Der Gastarbeiter übernimmt daher nicht nur die „positiven“ orangen Werte, sondern zu Teil auch die Pattern des aggressiven Abgrenzungsverhaltens der Einheimischen (Identifikation mit dem Aggressor).

Noch komplexer wird die Identitätslage der Kinder der Gastarbeiter:



Die Eltern haben bereits hybride Identitätsfigurationen, welche die Kinder bei ihrem Aufwachsen über das Verhalten der Eltern in ihrer Komplexität erkennen und sich aneignen. Mehr als unsere theoretischen Analysen belegt bereits die folgende Sendung Rabiat die hier geschilderten Identitätsvarianten <https://www.youtube.com/watch?v=0FyWV3tYrAM&t=368s>. Unsere Hybriditätsmodelle sind eine wichtige Erkenntnisstruktur, mit der die Persönlichkeitsprofile etwa der Muslime im Spannungsfeld zwischen orange und violett gebildet werden. Hier hat die Studie (Ad 17) Ednan Aslan u.a.: Muslimische Diversität. Wien 2017. Unter https://www.yenivatan.at/wp-content/uploads/alsan.kolb_yildiz_muslimische.diversita%CC%88t.2017.pdf auch direkt zugänglich, wichtiges Forschungsmaterial geliefert. Es erfolgen offensichtlich pragmatische Anpassungen der muslimischen violetten Religionstraditionen an die „modernerer“ orangen Lebensformen.

Wir sehen auch mit Genugtuung, dass wir mit der deutlichen Betonung dieser neuen Unterschicht-Kultur- und Werte-Realität nicht allein sind. Esser hat dies etwa unter http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2014/5134/pdf/wp_40.pdf dargestellt:

Sowohl auf dem Arbeitsmarkt wie insbesondere im Bildungsbereich zeigen sich weiterhin deutliche, und teilweise sogar zunehmende, systematische Unterschiede zur einheimischen Bevölkerung. Dabei sind insbesondere die Türken (und die Italiener) in einer besonders schlechten Situation, wobei es bei den Türken zusätzlich noch deutliche Anzeichen auch einer sozialen und emotionalen Segmentation und der Ausbildung einer Art **von ethno-religiöser Sub-Nation** gibt.“

„Nach wie vor sind die Bildungssysteme aber an gewissen national, regional, teilweise auch sozial spezifischen kulturellen Vorgaben gebunden, die in aller Regel **nicht die der fremdethnischen Migranten sind**. Das wird sich auf absehbare Zeit auch unter den Vorgaben gewisser supra- oder transnationaler Entwicklungen nicht ändern. Auch können die Bildungseinrichtungen nicht gesondert und immer wieder neu auf jeweils andere Gruppen systematisch reagieren. Von daher wird – indirekt – auch eine gewisse kulturelle Assimilation der Migranten, spätestens bei den Folgegenerationen, zur Bedingung sowohl der Systemintegration der Aufnahmegesellschaft insgesamt, wie der nachhaltigen Sozialintegration der Akteure. Der Preis für die volle kulturelle Eigenständigkeit der Migranten wäre aus individueller Sicht ihr Verbleiben in den unteren Positionen, aus gesellschaftlicher Sicht die dauerhafte Etablierung einer **„neofeudalen“ ethnischen Schichtung**.

Er spricht also von einer ethno-religiösen Subnation im Rahmen einer „neofeudalen“ ethnischen Schichtung!

Die entsprechenden Parameter lassen sich für Österreich unschwer auch aus den Werten des Statistischen Jahrbuches 2015 „migration und integration“ ablesen: 57% der 262,000 türkischstämmigen Bevölkerung in Österreich haben auch die österreichische Staatsbürgerschaft (also 148.000), der Rest (114.000) die türkische. Obwohl sich 44% der Türkischstämmigen hier heimisch fühlen, und 37% eher heimisch, fühlen sich 50% dieser Gruppe dem Staat zugehörig, aus dem sie stammen, also der Türkei! 50% fühlen sich strukturell benachteiligt. 43% meinen, dass sich ihre Lebensverhältnisse verschlechtert hätten. 60% der Türkischstämmigen haben nur Pflichtschulabschluss. 32% dieser Pflichtschulabsolventen sind arbeitslos. 23% der Türkischstämmigen sind armutsgefährdet. Der Umstand, dass in der letzten Zeit der im Zuge der Freizügigkeit der Arbeitskräfte in der EU mögliche Zustrom von billigen Arbeitskräften aus Bulgarien und Rumänien die gleichen Beschäftigungssegmente erfasst, erschwert ihre Lage zusätzlich.

Dieses Faktum wird im wissenschaftlichen Diskurs und in der politischen Praxis gerne immer noch verschwiegen und verleugnet. Die sozio-kulturellen Elemente in diesen neuen Unterschichten sind häufig durch Islam-Hybride gekennzeichnet, die ebenfalls gerne in ihrer Ausprägung unterbelichtet bleiben, umgekehrt aber zur politischen Auseinandersetzung zwischen bestimmten Varianten des Islams und der westlichen Wertegesellschaft führen. Ausführlich unter [9].

Mit dem Einbruch der Flüchtlingswelle 2015 und etwa 95.000 Asylanträgen im Jahre 2015 wird bei der Diskussion um die INTEGRATION dieser Flüchtlinge gerne folgende Floskel benutzt: Seinerzeit, als die Gastarbeiter kamen, haben wir versäumt, gleich klar zu machen, welche Werte und Rechtsprinzipien unverzichtbarer Teil unseres westlichen Systems sind. Wir wollten ja kein Einwanderungsland für die Gastarbeiter sein. Was bei den Gastarbeitern versäumt wurde und zur Bildung konziser neuer hybrider Unterschichten führte, muss jetzt vermieden werden. Wir müssten den Flüchtlingen sofort klar machen, wie unser System tickt. Daher werden etwa workshopartige Wertekurse geplant.

3.2 Migrationstyp 2 Die Massenfluchtmigration

Zur Zeit der Pinzettenmigration gab es sowohl in der Türkei als auch im damaligen Jugoslawien ein Heer von arbeitslosen Fach- und Hilfsarbeitern. Die Beschäftigung in Österreich erfolgte in Abstimmung und durch Verträge mit den Abgabeländern. Auch dann, als die Beschäftigung nicht in einen Anwerbevorgang durch die Anwerbestellen Österreichs begründet war, sondern über die Beschäftigung von Touristen eingeleitet wurde, konnten wir doch zeigen, in welchem Korsett an arbeitsmarktrechtlichen Restriktionen, Kontrollen und Vorgaben stets unter Berücksichtigung der Gesamtbeschäftigungsniveaus auch der Inländer der Zuzug und der Abbau dieser ausländischen Arbeitskräfte erfolgte. Das Heer der Arbeitslosen in der Türkei setzte sich aber nicht, wie die jetzigen Flüchtlinge, in einem Migrationsstrom in Bewegung nach Europa. Die EU hatte der Türkei zwar 1963 die stufenweise Freizügigkeit der Arbeitskräfte in Aussicht gestellt, dieses Versprechen aber nie eingehalten!

Die Bundesrepublik Deutschland erliess 1973 einen genrellen Anwerbestopp und auch Österreich schränkte den Zuzug etwa türkischer Staatsbürger ein, indem die sichtvermerksfreie Einreise verbunden mit einem Inlandsaufenthalt für 3 Monate schlagartig beendet wurde. Im Monat vor der Beendigung der Sichtvermerksfreiheit waren allein am Flughafen in Schwechat 15.000 Türken eingereist.

Die derzeitige Massenmigration wird vor allem durch Staatsbürger aus Staaten geprägt, in denen eine rechtsstaatliche Struktur, soziale und kulturelle Kohäsion und intakte Verwaltungsstrukturen nicht funktionieren.

Zum Teil sind diktatorisch geführte Staaten (sehr oft ehemals mit dem Lineal gezeichneter Kolonialgebilde wie Syrien und Irak) zerfallen und es wird um das Erbe und die Bildung neuer Staatsgebilde gekämpft, zum Teil haben sich aus Stammesstrukturen noch nicht Staaten im Sinne westlicher Demokratien durch Überwindung und Integration der Stammesidentitäten gebildet. Destabilisierungen, Verelendung und Perspektivenlosigkeit der Jugend spielen sowohl in Afghanistan und Pakistan wie auch in Eritrea, Nigeria und Somalia und letztlich auch in Kosovo, Albanien, Mazedonien und Serbien entscheidende Faktoren zur massenhaften Flucht. Der Platz dieser Studie erlaubt nur eine skizzenhafte Darstellung der komplexen Unterschiede zwischen der Pinzettenmigration und der jetzigen Massenfluchtmigration. Der derzeitige Strom an Flüchtlingen hat mit einem geordneten Zuzug unter international geregelten Verfahren nichts zu tun.

3.2.1 Rechtliche Probleme

Neben den chaotischen Zuständen des Durchstroms der Flüchtlinge ohne Registrierung wird eine strukturierte Aufnahme in einem EU-Land erhebliche Probleme bereiten. Die Abgrenzung zwischen ECHTEN Flüchtlingen (anerkannter Asylberechtigter oder anerkannter Flüchtling) nach der Genfer Flüchtlingskonvention und reinen „Wirtschaftsflüchtlingen“ wird für die Behörden beträchtlichen administrativen und durch den Rechtsweg zeitlichen Aufwand erzeugen. So genannte „allgemeine“ Notsituationen wie zum Beispiel eine Hungersnot oder eine Umweltkatastrophe werden nicht als Asylgründe anerkannt. Wer sich ausschließlich auf fehlende Existenzgrundlagen in seinem Herkunftsland beruft, läuft Gefahr, dass sein Asylantrag im Schnellverfahren als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt wird. Unter bestimmten Voraussetzungen kann allerdings ein Abschiebungsverbot bestehen. Werden die Aufnahmestaaten jeweils nach 3 Jahren konsequent eine erneute Prüfung über das Fortbestehen der Voraussetzungen durchführen, was eine fortgesetzte labile Aufenthaltslage bedingt (Integrationswarteraum), oder wird man von Anfang an eine „aktive“ Integrationspolitik zur dauerhaften Aufnahme der Flüchtlinge als neue Staatsbürger durchführen (Asyl auf Zeit oder Einwanderung)? Bekanntlich hat man diese Frage bei der Pinzettenmigration nie entschieden, sondern die Herausbildung ethnischer Unterschichtmilieus, die man jetzt nicht so bezeichnen darf, in Kauf genommen. Derzeit (November 2015) nimmt Deutschland die 3-Jahresregelung wegen des administrativen Aufwandes zurück, wobei gleichzeitig die Herabstufung der syrischen Flüchtlinge auf „subsidiären Schutz“ mit nur 1 jährigem Aufenthalt mit Entfall eines Familiennachzuges erwogen wird. Österreich und Schweden führen das Asyl auf Zeit für 3 Jahre und eine Begrenzung des Familiennachzuges ein. Es kommt also wieder – wie seinerzeit bei den Gastarbeitern - zur Politik des befristeten Aufenthalts versus Einwanderung.

Die Dublin-III-Verordnung, welche die Zuständigkeit zur Durchführung des Asylverfahrens regelt, hat sich bei dieser Massenfluchtmigration rein funktionell als völlig unbrauchbar erwiesen, da die selbst wirtschaftlich schwerstens belasteten Außengrenzstaaten der EU im Süden nicht in der Lage sein können, diese Aufgaben zu erfüllen. Ob dem derzeitigem ungezügelter Einstrom neuer Migranten über diese Routen jemals erfolgreich Einhalt geboten werden kann, bleibt abzuwarten. Der Umstand, dass Deutschland – angesichts der menschenunwürdigen Behandlung der Flüchtlinge in Ungarn – für Flüchtlinge aus Syrien Dublin-III einseitig ausgesetzt hat, führte nachweislich zu einem weiteren Pull Effekt in den verelendeten Flüchtlingslagern im Nahen Osten. Deutschland wird zum Zielland Nummer 1 der Flüchtlinge und gerät bereits in eine Regierungskrise. Die politische Zielvorstellung der BRD, es müsste – anders als im Abkommen Dublin III – zu einer quotenmäßigen Verteilung der in die EU einreisenden Flüchtlinge – und wohl auch eines Teils der bereits in Deutschland befindlichen – kommen, erweist sich als offensichtlich nicht leicht realisierbar. Unabhängig von derartigen Fehleinschätzungen hält der Flüchtlingsstrom über den Balkan weiterhin an. Der Zustrom aus Afrika erreichte im Oktober 2015 neue Rekorde.

3.2.2 ASYL UND SCHICHTMODELL

Was bei der Pinzettenmigration überwiegend bis heute nicht offen festgestellt werden darf, nämlich die Positionierung der zweiten und dritten – teils jüdischen - vor allem aber türkischen Migrantengenerationen überwiegend als neuer Unterschichten unter den heimischen Fach- und Hilfsarbeiterschichten, soll bei der Fluchtmigration gleich am Anfang thematisiert werden:

Wo im Schichtaufbau der Gesellschaft befinden sich die Asylwerber bis zum Abschluss des Asylverfahrens unter welchen wirtschaftlichen, politischen, sprachlichen und kulturell-religiösen Bedingungen? In welche Schichten der Gesellschaft treten sie mit Erlangung des Asylstatus ein und welchen Ressourcenkonflikten und Ablehnungskräften sind sie bei der Bemühung des Schichteintritts sprachlich, politisch, wirtschaftlich und kulturell-religiös ausgesetzt? Wir weisen überzeugend nach, dass der Ressourcenkonflikt zwischen einheimischen Fach- und Hilfsarbeiterschichten und den neu ankommenden GastarbeiterInnen ab 1965 zu einer ethnischen Untersichtung und nicht zu einer Integration in die heimischen Referenzschichten führte. Wird dies nicht auch jetzt wieder Platz greifen? Für die niederen Qualifikationsbereiche der Flüchtlinge (82 % haben nur Pflichtschulabschluss) kommt derzeit – bei hohen Arbeitslosenzahlen (Oktober 2015 in Österreich 411.000) – noch die Konkurrenz aus den östlichen EU-Staaten hinzu. Wie leicht wird eine „Integration“ von Architekten und Ärzten –

allgemein höher Qualifizierten – aus Syrien oder Afghanistan in IHREN REFERENZSCHICHTEN möglich sein? Bei Ihrer Ankunft werden ihre Qualifikationen nicht anerkannt und sie fühlen sich „komplett degradiert“ (Bichl).

Während bei der Pinzettenmigration die fachliche Qualifikation, die für eine Schichtzuordnung essentiell ist, entweder von einer Anwerbestelle im Ausland oder bei der Touristenbeschäftigung informell vom „künftigen“ Arbeitgeber konkret und praktisch festgestellt wurde, erweist sich die Qualifikationseinstufung der neuen Asylwerber in der Praxis als schwierig (Kompetenzchecks). Einfache Fach- und Hilfarbeiterqualifikationen können noch leichter ermittelt werden. Bei Berufen mit höheren Bildungsniveaus und akademischen Abschlüssen ist eine unmittelbare Platzierung der Betroffenen nicht möglich. Da die Dauer des gewährten Asyls anfangs oft gar nicht feststeht, ergibt sich überdies die Frage ob und in welchen Ausmaß eine sprachliche Einarbeitung und eine berufliche Vorbereitung für die Zeit nach der Gewährung des Asyls eingeleitet werden soll. Welchen Sinn hat diese Einarbeitung, wenn beim Asyl auf Zeit nach 1 oder 3 Jahren eine Rückführung in die Heimat erfolgen soll/kann?

Das aus der Zeit der Pinzettenmigration stammende Ausländerbeschäftigungsgesetz findet auch auf die in Ausmaß und Inhalt völlig andere Zuwanderung Anwendung. Die Aufnahme einer Beschäftigung durch einen Asylwerber ist nach drei Monaten lediglich für Saisonarbeiten möglich. Eine andere Beschäftigung kann faktisch kaum angetreten werden, weil in einem Ersatzkraftverfahren geprüft werden muss, ob nicht andere inländische oder privilegierte ausländische Arbeitnehmer für die Beschäftigung vermittelt werden können. Asylwerber dürfen auch infolge der Restriktionen keine Lehre antreten. Der Zugang zu arbeitsmarktpolitischen Massnahmen ist erst nach Erwerb eines Leistungsanspruches nach dem Arbeitslosengesetz möglich. Die Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit ist nur in nicht reglementierten Berufen, etwa in der Zeitungskolportage oder für Sexarbeit möglich.

Die Grundversorgung regelt seit 2004 auf der Basis einer Vereinbarung zwischen Bund und Ländern u. a. die Unterbringung in geeigneten Unterkünften unter Achtung der Menschenwürde und unter Beachtung der Familieneinheit, die Versorgung mit angemessener Verpflegung, die Gewährung eines monatlichen Taschengeldes sowie die Sicherung der Krankenversorgung.

Wird es wiederum zur Bildung neuer Unterschichten mit ethnisch-religiös-kulturellen Parametern kommen, die schon allein durch die Eigengestaltung ihres wirtschaftlich-sozialen Milieus spezifische Unternehmer- und

Beschäftigtengruppen erzeugen und etablieren (ethnische Communities)? Sind Konflikte zwischen türkischen, bosnischen, syrischen, afghanischen und sonstigen Sub-Schichten möglich?

Werden die Kinder, wie derzeit die türkisch-stämmigen, in unterprivilegierten Schultypen entgegen ihren faktischen Fähigkeiten in ihren Aufstiegschancen behindert werden?

Wie wird man den Familiennachzug Asylberechtigter regeln? In Deutschland will man diesen für 2 Jahre aussetzen. Auch Österreich will des Zugang beschränken.

Ausländer, denen der Status eines Asylberechtigten oder der Status eines subsidiär Schutzberechtigten zuerkannt wurde, sind aus den Korsett-Regelungen des AuslBG ausgenommen. Damit ist aber keineswegs sichergestellt, dass auch eine Beschäftigungsaufnahme möglich ist. Als Arbeitsuchende reihen sich diese Personen entsprechend ihren Qualifikationen in eine Schar von arbeitslosen autochthonen oder Inländern mit Migrationshintergrund oder hier ansässigen Bürgern aus EU-Staaten ein. Besonders in den Niedrigqualifikationsbereichen gibt es einen harten Konkurrenzdruck. Ende 2015 gibt es bereits 20.000 arbeitslose Asylberechtigte, 5.000 befinden sich in Schulung.

3.2.3 ASYL – GESELLSCHAFTSMODELL UND POLITISCHE LANDSCHAFT

Wir benützen das obige Modell in Grafik 1 und 2 und bezeichnen hier die Schichten 1 bis 6.: Schichte 1 Hilfsarbeiter und angelernte Arbeiter; Schichte 2 Facharbeiter; Schichte 3 niedere Angestellte und Beamte; Schichte 4 mittlere Angestellte und Beamte; Schichte 5 kleine Selbständige inklusive Bauern; Schichte 6 große Selbständige, höhere Angestellte und Beamte, freiberufliche Akademiker. Die Haltung der 6 Schichten orientiert sich an den Schichttransformationen. Inwieweit wird meine Stellung in der Gesellschaft in dieser Schicht wirtschaftlich, politisch, sprachlich, kulturell-religiös durch den Zustrom positiv oder negativ beeinflusst?

Das politische System – vor allem die Regierungen – sind genötigt, aus der Summe dieser politischen Schichtvorgaben einen gesamtgesellschaftlichen Weg und entsprechende Lösungen zu erarbeiten, welche ein Mindest- bzw. Minimalmaß an sozialer Kohäsion zwischen den Schichten gewährleisten und eine bestimmte Systemstabilität sicherstellen. Meinungsumfragen, Wahlen und

Wählerstromanalysen sind die Mittel, um die Haltungen der Schichten festzustellen.

Wir haben deutlich gezeigt, dass die Fach- und Hilfsarbeiterschichten (seien sie indigen oder „neue“ Staatsbürger mit Migrationshintergrund in neuen ethnischen Unterschichten) in allen Ressourcenniveaus (sozialstaatliche Leistungen, Jobsicherheit, Bildung, Wohnung, gesundheitliche Versorgung usw.) am unmittelbarsten durch die Flüchtlinge bedroht werden. Auch in den darüber befindlichen Schichten gibt es infolge der wirtschaftlichen Krise von Abstiegsängsten geplagte Gruppen, die durch die Zuwanderung verunsichert erscheinen. Der politische Rechtsruck durch das Flüchtlingsproblem in diesen Segmenten des Systems ist in mehreren EU-Staaten deutlich. In Österreich kam es bereits zu einer Destabilisierung der beiden Großparteien, die auf Landesebene schon mit der FPÖ Regierungsbündnisse eingingen.

Hier noch ein Wort zum Rechtsruck der „niederen“ Schichten. Ein Teil der politischen Theoretiker und Aktivisten fordert im Sinne der Menschlichkeit:

Öffnet unverzüglich die Grenzen! Nein zu Zäunen, Mauern und der Festung Europa! Allen Menschen umgehend ein Dach über dem Kopf und menschenwürdige Behandlung von Flüchtlingen! Alle Abschiebungen beenden! Kein Mensch ist illegal! Rücktritt der verantwortlichen Minister_innen!

Der institutionalisierten Linken (also linken Parteien wie der SPÖ, aber auch ÖGB und Arbeiterkammer) wird vorgeworfen, anders als das global agierende Kapital, lediglich national zu handeln. Die berechtigten Interessen der Flüchtlinge würden zum Schutze der nationalen Klientelschichten mangelhaft wahrgenommen. Dass die Klientelschichten aber den Schutz durch die institutionalisierte Linke für nicht ausreichend halten, beweist der Erfolg der Rechtsparteien, hier der FPÖ, die sich erfolgreich als die Schützer dieser und auch noch anderer Schichten vor den Zumutungen der „Regierenden“ in der Flüchtlingspolitik aufspielen können.

Es stellt übrigens eine beachtliche Anmaßung dar, wenn die nicht-institutionalisierte Linke den im System am meisten benachteiligten und diskriminierten unteren Schichten ihre liberale Flüchtlingspolitik („Kein Mensch ist illegal!“) zumuten, und diese Schichten negativ beurteilen, weil sie nicht so denken wie sie und den Rattenfängern der Rechten auf den Leim gehen.

Unsere persönliche Haltung in dieser Frage ist weder die rechte noch die linke und wird unten skizziert.

3.2.4 IDENTITÄT DER FLÜCHTLINGE

Hier steckt die Theorie der hybriden Persönlichkeit noch in den Kinderschuhen. Die obige Grafik 3 ist wiederum Grundlage. Man akzeptiert, dass die Flüchtlinge aus deutlich anderen Kulturkreisen kommen. Wir müssten ihnen aber – so die derzeitige politische Rede – gleich deutlich aufzeigen, dass sie sich „bei uns“ nach unseren Regeln zu verhalten hätten. Damals, bei den Gastarbeitern hätte man das versäumt und dies führte zu Parallelgesellschaften. Die Flüchtlinge müssen sich daher - psychisch sozialisiert in einem lila System – nun nach den neuen orangen Kultursystemen orientieren und sich danach richten. Das ist, wie wenn jemand mit lila Brillen plötzlich orange zu sehen lernt.

Ohne hier auf die Frage von Assimilation und Integration und deren Varianten einzugehen, muss festgehalten werden, dass es eine Vielzahl von Variationen gibt, wie Migranten diesen inhaltlichen Konflikt (die konfligierende Wertsemantik) lösen. Selbst eine Person kann im Laufe ihres Lebens die Gewichtungen und Akzente zwischen lila und orange ändern.

Bei den Gastarbeitern und Ihren Folgegenerationen erfolgte unter dem starken negativen Abgrenzungsdruck durch die heimischen Fach- Und Hilfsarbeiterschichten letztlich eine Verstärkung von lila kulturell-religiösen Wertbezügen, was zu ethnisch-religiösen – oft auch nationalistischen – Unterschichten führte. Ausführlich unter [9] . Es bleibt abzuwarten, wie die Flüchtlinge, von denen man offensichtlich im Kulturkonflikt zwischen westlichen und islamischen Werten eine klare Westorientierung einfordern will, diese soziologischen Hybride gestalten werden. Das Verhalten der heimischen Schichten, in welche sie letztlich integriert werden sollten, wird hier eine maßgebliche Bedeutung besitzen. Wiederholen sich in den Niedrigbeschäftigungssegmenten der Flüchtlinge die Marginalisierungs- und Ausgrenzungskräfte, die gegen die ehemaligen Gastarbeiter und ihre Folgegenerationen mobilisiert wurden/werden, sind neue Unterschichtbildungen zu erwarten.

Wird die Bildung neuer Unterschichten nicht auch jetzt wieder Platz greifen?

2015 kamen **90.000** Flüchtlinge. Für die niederen Qualifikationsbereiche der Flüchtlinge (82 % haben nur Pflichtschulabschluss) kommt derzeit – bei hohen Arbeitslosenzahlen (Mai 2016 in Österreich **500.000/ähnlich Jänner 2017**) – noch die Konkurrenz aus den östlichen EU-Staaten hinzu. Der Ausländeranteil (Ausländer mit Hauptwohnsitz in Österreich und beschäftigt oder arbeitslos in Österreich) am AM Angebot ist sehr hoch (14,5%). Es gibt **60.000** Einpendler, die in Osteuropa leben und über die Grenze nach Österreich pendeln.

133.600 sind „entsandte“ Arbeitskräfte: davon kommen 86.4000 Personen aus den neueren EU-Mitgliedländern und 38.800 aus den EU-15 Staaten.

Es gibt derzeit bereits **30.000 arbeitslose Asylberechtigte bzw. Personen mit subsidiärem Schutz (3/2018)**.. In den Folgejahren werden etwa **40.000** aus den derzeitigen Antragsverfahren hinzukommen. Die Wartezeiten auf einen Job werden infolge der geringen Qualifikation und der geschilderten Konkurrenz sehr lange sein. Bereits jetzt haben die „heimischen“ Fach- und Hilfsarbeiterschichten ihre Abgrenzungskräfte gegen die Neuankömmlinge gewaltig verstärkt.

3.3 Jenseits von Links und Rechts - IDEE DER UNIVERSALEN MENSCHHEIT

Wir nehmen in Anspruch, **alle** Positionierungen die in einem – hier dem österreichischen – Gesellschaftssystem zur Frage der Migration und ihren Wirkungen vertreten werden, in das System selbst aufzunehmen und darzustellen. Dies führt natürlich zur Frage: Welche politisch-ethische Position besitzen wir selbst in dieser letztlich interkulturellen Frage im System und jenseits des Systems? Die dramatischen humanen und sozio-kulturellen Auswirkungen der gegenwärtigen Migrationsströme auf die Flüchtlinge einerseits und die betroffenen Staaten Europas andererseits führen zu einer derart krassen Polarisierung innerhalb der Nationalstaaten, **dass nur eine ÜBER allen Haltungen stehende theoretische Universal-Struktur eine letztlich zufriedenstellende neutrale Rolle des Theoretikers ermöglichen könnte.** Die Destabilisierung der „reichen, westlichen“ Staaten durch die Flüchtlinge weist deutlich darauf hin, dass die derzeitigen globalen Ordnungen über diese Herausforderung in Richtung auf eine ausgewogene Menschheitsintegration hin verändert werden müssen [6].

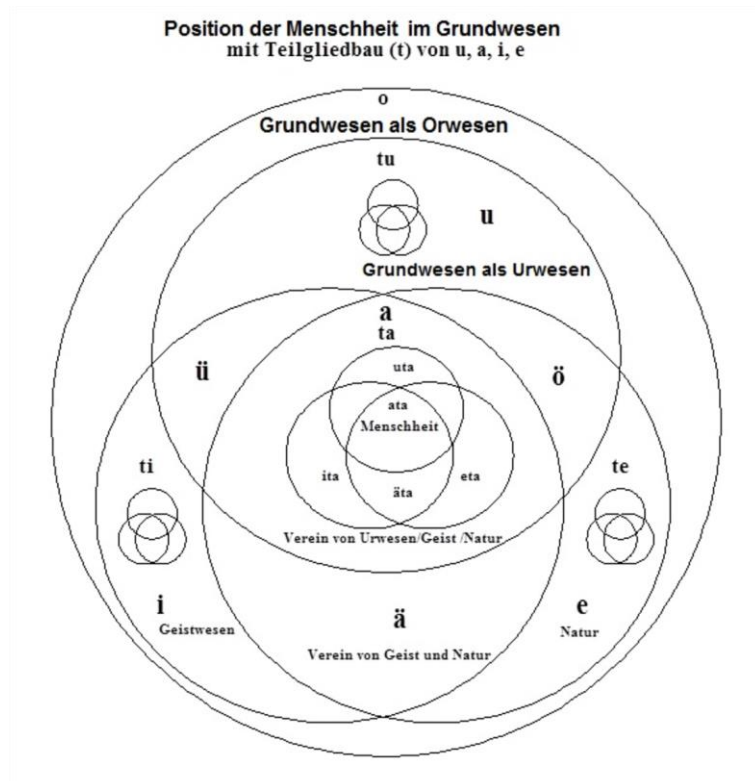
Einen wichtigen philosophischen Hintergrund unserer Position bilden farblose, universelle³⁹, über den Einzelkulturen und ihren Farbschattierungen stehende, für alle Menschen unabhängig von ihren kolorierten Lebensbezügen geltende Strukturen. **Die Einführung dieser kosmischen Grundstrukturen einer jeden menschlichen Persönlichkeit ist aber die unabdingbare Voraussetzung für eine gesunde und harmonische Weiterbildung derjenigen Inhaltskonflikte, mit denen wir uns in der darzustellenden Migrationsdebatte und auch in der damit zusammenhängenden Weltpolitik auseinandersetzen.**

Wir wären theoretisch also bereits in der Lage [3, 6, 8 und 9], im Rahmen der Errichtung einer harmonischen Weltgesellschaft die psycho-sozialen Identitäten aller monochromen wie auch multichrom-hybriden Menschen im Weltsystem mittels der erwähnten Meta-Kategorien so aufeinander abzustimmen, dass Familien, Stämme (Clans), Staaten, Staatenbünde eines Kontinentes und schließlich die Planetenmenschheit in einem Einheitsstaat so harmonisiert

³⁹ Aus dem postkolonialen Diskurs ist bekannt, dass man versucht, jegliche Art von Universalität als kolonialistisch-weiße Herrschaftsstrategie zu entlarven. Ob das auch bei der hiesigen Struktur möglich ist, hat jeder selbst zu prüfen.

miteinander leben, dass einerseits die neuen universellen Grundrechte aller etabliert und andererseits die chromatischen Eigenheiten der einzelnen Untereinheiten nicht vernichtet, sondern maximal aufeinander abgestimmt sind.

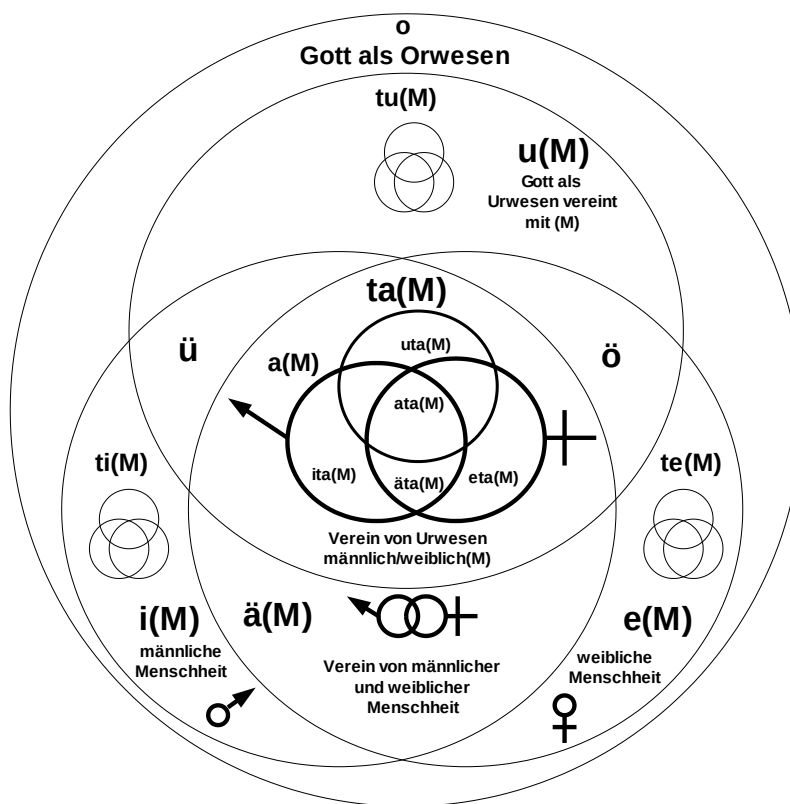
Hier möchten wir nur eine Skizze dieser Struktur als Orientierung vorlegen:



Die Menschheit ata erscheint als das innerste Vereinwesen (die innerste Synthese) von Urwesen u , Geist i und Natur e. Die obersten geistig-körperlich-religiösen Energie-Elemente des Menschen ergeben sich aus dieser Struktur.

In dieser Grundstruktur sind die männliche und die weibliche Menschheit innere Teile, die in bestimmten Gegensätzen (Gegenähnlichkeiten) und Harmonien zueinander stehen.

**Position der männlichen und weiblichen Menschheit
im Teilgliedbau ata der Menschheit (M)**



Diese Ur-Strukturen berühren bisher nicht berücksichtigte Meta-Ebenen und stehen auch über den Lila-, Blau- oder Orange-Modulen bisheriger

Gesellschaftlichkeit aller Staaten der Welt. Sie stehen jenseits des Gegensatzes von Schwarz und Weiß. Jeder einzelne Mensch wird durch Aktivierung dieser Bereiche gleichsam ein *neuer* Mensch und vor allem ist er auch in der Lage, alle anderen Menschen und Gesellschaften derselben aus einer nicht mehr nur durch den Schliff einer monochrom oder polychrom gefärbten Kultur-Brille der Hybridität zu betrachten, sondern sie alle in einem **universellen** Rahmen zu begreifen, zu empfinden und sozial mit ihnen umzugehen.

Kein Zweifel: diese Universal-Struktur (gleichsam ein neuer Menschenrechtskatalog) erfordert auf allen Ebenen der Gesellschaft Umwälzungen. Die derzeitigen globalen Machtverhältnisse der Finanzarchitekturen, Wirtschaftsideologien, Klassen-, Kasten- und Schichtgegensätze erhalten neue, universelle Rechts- und Verteilungsstrukturen. Eine Neuausrichtung aller Wissenschaftsrichtungen und -theorien, die Überwindung derzeitiger Sprach- und Erkenntnishorizonte, die Begründung einer neuen Religion jenseits der derzeitigen kulturell-religiös-politischen Farb-Beugung und Verzerrung aller Religionssysteme sind weitere Elemente. Wenn sich daher heute bestimmte Staatengruppen anmaßen, eine Überlegenheit religiös-kulturell-sozialer Parameter gegenüber anderen zu besitzen, so ist dies aus Sicht der Universal-Grundmuster jedenfalls nur bedingt relevant, denn alle diese Wertungskriterien müssen selbst am Ur-Maß orientiert werden.

Um diese neuen universellen Strukturen allmählich zu verwirklichen, dürfen ausschließlich **nur gute Mittel** eingesetzt werden. Jegliche Art von geistiger oder physischer Gewalt, Drohung mit Gewalt, Aufruhr und Revolution, **Unterdrückung**, Kritik durch zynischer Herabwürdigung, und Geringschätzung sind unzulässig.

Kommentiert [o1]:

Weiterhin sind diese Ideale der Universal-Strukturen der Menschheit die eine Seite der politischen Betrachtung: Die andere ist die sorgfältige Analyse der historisch gegebenen sozialen Zustände einer Person, der Familien, der Clans und Stämme, Völker (Nationen), Staatenbünde und der Weltgesellschaft. Schließlich sind Ideal und Geschichtsbild miteinander zu vergleichen und aus dem Vergleich ist ein Orientierungsmuster für eine Weiterbildung des Bestehenden zu erarbeiten.

Der derzeitige Flüchtlingsdiskurs ist durch zwei gleichermaßen unvollständige und daher mangelhafte Positionen gezeichnet. Die einen sagen: Alle Flüchtlinge sind aufzunehmen, eine Limitierung ist menschenunwürdig. Die anderen fordern: Man kann uns nicht zur Aufnahme kulturell-religiös so anderer Menschen zwingen. Sie passen nicht in unser Kulturschema und sind im Übrigen größtenteils keine echten

Flüchtlinge nach der Genfer Konvention sondern Menschen, die wirtschaftlicher Not entgehen wollen (etwa das Verhalten der derzeitigen ungarischen Regierung).

Jeder der beiden Standpunkte ist gleichermaßen überzogen. Bei Erzwingung einer grenzenlosen Zuwanderung können die neuen Universalstrukturen nicht einmal teilweise erreicht werden, weil bestimmte Belastungen jedes **derzeitige** Sozialsystem zu stark destabilisieren. Andererseits führt die völlige Ignorierung der erwähnten Universal-Ideale zu einer **Verrohung** der gesellschaftlichen Beziehungen und einer Absenkung der Menschenrechtsstandards.

Ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt darf hier erwähnt werden. Den Migranten mit lila Wertsystemen wird in den Aufnahmegesellschaften schonungslos vor Augen geführt, dass ihre wirtschaftlich-politischen, kulturell-religiösen und sprachlichen Wertsysteme **rückständig** seien, und dass sie sich daher in die moderneren und somit „wertvolleren“ orangen Systemidentitäten der Aufnahmeländer umwandeln sollten (Wertekurse). Die Idee des Euro-Islams ist nur eines der Beispiele. Die lila Sozial-Parameter der Herkunftsländer erleiden daher einen **Entwertungsschub** und stehen unter **Modulationsdruck**. Die Grundlagen unserer Universalstruktur zeigen aber, dass die orange-westlichen Systeme keineswegs die höchste Entwicklungsstufe der Wertsysteme darstellen, sondern dass die universellen Grundrisse menschlicher Gesellschaftlichkeit einen weiteren wichtigen Entwicklungsschub erforderlich machen, den *alle* bisherigen Gesellschaftsformationen vollziehen müssten, wenn die Menschheit einen entsprechend ausgewogenen Zustand erreichen will.

3.3.1 Kurzformel für das „Kulturkampf-Dilemma“

18 Jährige Pubertierende (Entwicklung alles Einzelnen als Einzelnen ohne Rücksicht auf anderes derselben oder anderer Art unter Bruch autoritärer entwicklungshemmender Bindungen) haben 15 Jährige Pubertierende (stärkere Bindung des Einzelnen in autoritären Strukturen, autoritär-vertikal strukturierte Solidaritäten) am Schulhof im Würgegriff.

Beide wissen aber noch nicht, wie die gesellschaftlichen Strukturen der nächsten Evolutionsstufe der **erwachsenen Menschheit** gestaltet sind (Integration alles bisher konzis ausgebildeten Einzelnen in neuen All-Synthesen und –Harmonien).

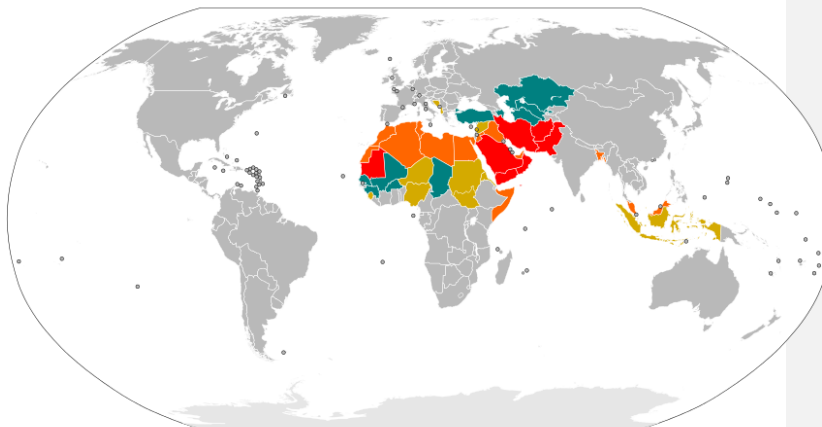
Der Kulturkampf der beiden Gruppen wird daher mit Paradigmenwaffen geführt, die selbst auf unterschiedlichen Evolutionsstufen stehen und sich inhaltlich in einem Wirrwarr gegenseitiger Argumente inkompatibel verfangen. Erst die Paradigmen der nächsten Evolutionsstufe können diese in der Zukunft sicher noch ansteigenden Spannungen in neuen Sozialformen auflösen.

EVOLUTIONSSTUFE	Sozialstrukturen	Religion und politisch- rechtliche Ordnungen
C Vollerwachsene Menschheit Integration alles bisher konzis ausgebildeten Einzelnen in neuen All-Synthesen und – Harmonien	Menschheitsstaat, kontinentale Staatenbünde, Einzelstaaten, Stämme, Clans, Familien, Einzelpersonen	Neue Wissenschaftsreligion (wissenschaftlicher Theismus) anstelle von Offenbarungsreligionen, Verbrüderung aller Menschen in Einer Menschheitsreligion Neue Aufklärung mit neuer Metaphysik und darin neuem a) Naturrecht, b) Geistrecht, c) Menschheitsrecht. Staatliche Grund- und Verfassungsrechte vom Menschheitsstaat bis zum Einzelmenschen. Neue Eigentums- und Persönlichkeitsrechte mit differenzierten Sozialsolidaritäten ⁴⁰ . Materielle Rechtsgleichheit.
B 18 Jährige Pubertierende Entwicklung alles Einzelnen als Einzelnen ohne Rücksicht auf anderes derselben oder anderer Art unter Bruch autoritärer entwicklungshemmender Bindungen, Optimierter Individualismus	Nation, „Volk“, Klassen, Schichten, Minderheiten, Kleinfamilien,	Säkularer demokratischer Rechtsstaat, Laizistische Verfassung, Religionsoffene und neutrale Säkularität in der BRD, strenger Laizismus in Frankreich.
Übergang von A nach B im Islam	„Modernisierungen des Islam, Euro-Islam, Austro-Islam, Islam-Hybride „Protestantischer“ Islam	Austro-Islam: §2 Islamgesetz 2015: Schutz von Lehren, Einrichtungen und Gebräuchen, sofern sie nicht mit gesetzlichen Bestimmungen in Widerspruch stehen! §6 Abs.2 Die Aufbringung der Mittel für die gewöhnliche Tätigkeit zur Befriedigung der religiösen Bedürfnisse ihrer Mitglieder hat durch die Religionsgesellschaft, die Kultusgemeinden bzw. ihre Mitglieder aus dem Inland zu erfolgen. Juni 2018 Schließung von Moscheen und Ausweisung von Imamen Die Entscheidung Österreichs, Moscheen zu schließen, bringe die Welt in Richtung eines Krieges zwischen Kreuzrittern und Halbmond, sagte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan am Samstagabend (9.6.2018) bei einem Fastenbrechen. Der Westen selber müsse seine Leute zur Ordnung rufen. Wenn das nicht geschehe, würden die Rechnungen "auf andere Art beglichen". Verwestlichter Islam „Freiheit, Gleichberechtigung, Rechtsstaatlichkeit, das allgemeine Wahlrecht, Verantwortlichkeit und Gewaltenteilung (in Staat und Religion) sind unsere Prinzipien als Muslime des 21. Jahrhunderts. Die normative Basis der Institutionen und Konzepte wie Familie, Eigentum, Rechte, Pflichten, Kriminalität, ziviler Gehorsam, soziale Ordnung, Religiosität, internationale Beziehungen, Krieg, Frieden und Bürgerlichkeit hat sich in den vergangenen zwei Jahrhunderten signifikant gewandelt." Eine Neuinterpretation aber wird nicht ausreichend sein. Wir müssen einen langen, scharfen

⁴⁰ Details siehe unter <http://or-om.org/GADELANG.pdf> , Kapitel 7: Onlinequellen zur Grundwissenschaft

		und ehrlichen Blick auf jene Texte richten, die Teil des Curriculums unserer renommiertesten Lehrstätten sind.“ Euroislam bei Bassam Tibi (Abschaffung von Scharia und Cihat), Tarik Ramadan, u.a. 4 Typen von Imamen bei Aslan im Verhältnis Westen-Islam! Muslimischer Feminismus
A 15 jährige Pubertierende stärkere Bindung des Einzelnen in autoritären Strukturen, autoritär-vertikal strukturierte Solidaritäten, Betonung der Gruppenidentität gegenüber der Individualentwicklung	Stamm, Clan, Großfamilien, Einzelfamilie, Individuum	Herrschaftsformen: Kalifat, Sultanat. Theokratien, Dynastische islamische Monarchien, Ethnisch-religiöse Legitimationsformen, keine Gewaltenteilung (z.B. oberster Rechtsgelehrter hat oberste geistige und rechtliche Führung). Sharia ⁴¹ und Fikih (z.B. https://sorularlaislamiyet.com/kaynaklar/fikih-ansiklopedisi) Religionsfreiheit / religiöse Minderheiten im Islam Betroffene Menschenrechte Religionsfreiheit Gedanken-, Gewissens- und Meinungsfreiheit Minderheitenrechte Ehefreiheit

41



Müslüman çoğunluğa sahip ülkelerde şeriat ve laiklik /Scheriat und Laizismus in den überwiegend muslimischen Ländern

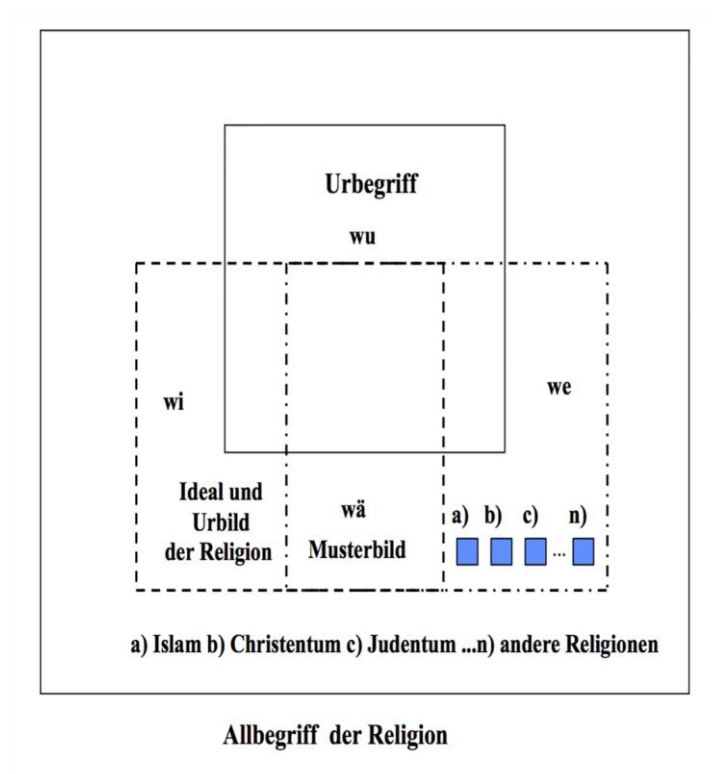
- Şeriat devletleri/ Staaten mit Scheriatsrecht
- Devlet dini/Staatsreligion
- Tanımlama yok/keine Kriterien
- Seküler/laik devletler/Säkular/laizistische Staaten

		Gedanken-, Gewissens- und Meinungsfreiheit Religionsfreiheit: Gedanken- und Gewissensfreiheit Meinungsäußerungsfreiheit / Informationsfreiheit Plichten des Staates Menschenrechte: Pflichten der Staaten Erläuterungen zur Unterscheidung von Achtungs-, Schutz- und Gewährleistungspflichten Gleichberechtigung von Frau und Mann im islamischen Recht Heirat und Ehe/ Scheidung, Ehevertrag/Vorbehalte gegenüber der UNO Frauenrechtskonvention Betroffene Menschenrechte Rechtsgleichheit / Diskriminierungsverbot Ehefreiheit Verfahrensrechte Kinderrechte im islamischen Recht Vorbehalte gegenüber der UNO Kinderrechtskonvention Betroffene Menschenrechte Anerkennung als Rechtsperson / Rechtsfähigkeit Schutz der Familie Recht auf Bildung Verbot der Ausbeutung von Kindern Körperstrafen im islamischen Recht Betroffene Menschenrechte Recht auf Leben Folterverbot Weitere Problemfelder im islamischen Rechts Blutgeld, Vergeltungsmaßnahmen/Homosexualität als Straftat/Tahsir Straftatbestände (unislamische, unsittliche Handlungen) Betroffene Menschenrechte Rechtsgleichheit / Diskriminierungsverbot Verfahrensrechte Extremposition: Demokratie widerspricht theologischen Grundsätzen der Souveränität Gottes, Demokratie als System der Blasphemie usw.
--	--	--

3.3.2 Vernunft und Religion

Ein grundsätzliches Wort noch zum Verhältnis von Vernunft zu Religion:

Im Sinne unseres oben erwähnten universalistischen Ansatzes ergibt sich: Religion ist nicht evolutiv durch Entwertung überflüssig geworden [1]. Aus dem Rahmen des neuen Universalismus ergibt sich ein neuer, *wissenschaftlicher* Religionsbegriff, in welchen die bisherigen Religionen, vor allem die Offenbarungsreligionen und ihre Inhalte als innere, begrenzte und teilweise mangelhafte Konstellationen enthalten sind. Die evolutive Weiterbildung aller bisherigen Religionssysteme als einzelner so wie auch der Religionen in ihrem Verhältnis zueinander, ergibt sich durch den inhaltlichen Vergleich derselben mit dem neuen Urbild der Religion:



Dieser Konflikt ist daher mit begrifflichen Instrumentarien der westlich-modernen Evolutionsstufe nicht lösbar. Es müssen nämlich letztlich die Inhalte der sich auf aufklärerisch etablierten Vernunftkriterien stützenden Grund- und Freiheitsrechte einerseits und die Inhalte der Offenbarungsreligionen andererseits durch die Instanz einer neuen, wissenschaftlich in einem absolut unendlichen Grundwesen begründeten **Vernunftstruktur** überprüft und koordiniert werden. Wir schlagen daher hier vor, die Möglichkeit der Aufsuchung in der absoluten Essentialität gelegener, wissenschaftlich abgeleiteter Vernunftstrukturen zu prüfen [1]. Im Falle dass diese Strukturen auffindbar sind, würde dies bedeuten, dass die Strukturen der menschlichen Vernunft aus diesen höheren abzuleiten sind. Ist dies möglich, wären sowohl die Inhalte der Grundrechte in den modernen Verfassungen, erweitert durch neue und die Inhalte bisheriger Religiosität in diesem neuen System zu integrieren und semantisch abzustimmen. Dies sind die Strukturen aus denen die höchste Bedeutung des Satzes ableitbar ist: „Kein Mensch ist illegal!“

4. Der Kulturkonflikt: Westliche Kultur-Islam

Sarrazin fordert das Recht und die Pflicht, die muslimischen Staaten mit westlichen Augen (orange) zu sehen und an unseren Werten zu messen. Umgekehrt beanspruchen die muslimischen Staaten das Recht, den Westen mit ihren lila Augen und Werten zu sehen. Wer durch lila Augen orange Systeme bewertet, wer mit orangen Augen lila bewertet, wird Verzerrung ernten. Der interkulturelle Farbenstreit führt die Wertdebatte nicht über ein bestimmtes Niveau hinaus.

Hier sei eine neue, **universelle** Perspektive angeboten. Mit dem universellen farblosen Auge werden die farbigen Gesellschaftsformationen (orange, lila, grün, usw.) als **unreife evolutive Stufen** erkannt, die keineswegs die vollendeten farblosen universellen Sozialparameter enthalten.

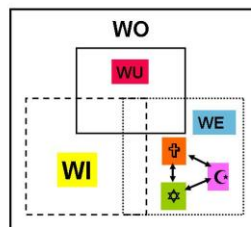
Mit den farblosen Augen betrachtet zeigt sich: Auf dem Schulhof haben die 18-Jährigen (orange, Westen) die 15-Jährigen (lila, muslimische Staaten) im Würgegriff. Beide aber wissen noch nicht, wie die Lebensformen eines reifen 30-jährigen Menschen (<http://portal.om.org/society/Grundrechtskatalog.aspx>)

zu gestalten sind. Die 18-Jährigen, gleichsam die **Aristokratie im Weltsystem**, welche die lila Mitschüler in Formen des Kolonialismus und Neo-Kolonialismus strukturell gewaltsam an ihrer Entwicklung maßgeblich behinderten und verzerrten, haben in ihrem orangen System weder die

Wertmaßstäbe noch die **Legitimation**, die evolutiven Mängel der lila Systeme adäquat zu beurteilen.



Ihre Expertise ist durch die evolutive Farbe ihrer eigenen Augen und durch ihre strukturelle Unterdrückung der anderen Staatengruppen verfälscht. Das gleiche gilt umgekehrt für die lila Augen der muslimischen Systeme.



Was sieht das farblose Universal-Auge? Der Gesamtbegriff WO enthält in sich das Ideal WI (<http://portal.or-om.org/society/Grundrechtskatalog.aspx>) einer harmonisch lebenden sozialen Einheit vom Einzelmenschen bis zum Weltstaat, den es noch nicht gibt. Der empirische Begriff WE enthält in sich

die verschiedenen zivilisatorischen Systemtypen, in denen sich auch die "westlichen" und muslimischen Gesellschaftsformationen in allen ihren Schattierungen und Mischungen befinden. Der Urbegriff **WU** steht über den Begriffen **WI** und **WE** und ist mit beiden verbunden. Erst mit der Einleitung der Umsetzung der Ideale **WI** wird sich der interkulturelle Diskurs über das Niveau Sarrazin hinaus weiterbilden. Wir nehmen eher an, dass in den nächsten Jahrzehnten der schwelende Konflikt sich weltweit zunehmend verschärfen wird.

Der Islam ist im Sinne der orangen Werte **vormodern**, nicht **orange aufgeklärt**. Das Christentum-(Judentum?), der Westen, ist **orange-modern** und **orange aufgeklärt**. Beide Systeme sind im Sinne der farblosen Grundbegriffe (Ideale **WI**) **vormodern** und farblos-**unaufgeklärt**.

Sarrazin erweist sich sowohl werttheoretisch als auch empirisch-pragmatisch als mangelhaft und schürt einen Konflikt, den er nicht einmal genau erkennt.

4.1 Religion und Diskriminierung 5 Thesen, angeschlagen am Tor aller Staaten

"Mag sein, dass menschliches Sprechen nicht jene göttliche Macht hat, eine neue Welt zu schaffen".
Hakan Gürses

1. These

Von Religion zu sprechen setzt eine absolute unendliche Essentialität als Grundwesen Höchster Bewusstheit in Form von Glauben, These oder wissenschaftlich erkennbarem Begriff voraus. Wird der Religionsbegriff wissenschaftlich und politisch negiert, bedeutet dies eine inhumane diskriminatorisch-ideologische Verkürzung. Evolutiv mangelhafte Religionsbegriffe sind andererseits selbst eine Quelle von Diskriminierung, Instrumentalisierung und Inhumanität. Gesucht wird ein ausreichend progressiver, nicht affirmativer Religionsbegriff.

2. These

Was ist Diskriminierung? Vorurteilsmäßig artikulierte, abwertende Einstellungen, die durch differenzierte Mittel im Verhalten mobilisiert werden und zu einer sprachlich-kulturell (religiös)-wirtschaftlich-politisch asymmetrischen, inadäquaten Fixierung (Theorie der sozialen Symmetrie und Harmonie) von Einzelpersonen oder Gruppen führen, welche hierdurch eine Beschädigung ihrer Ich-Identität erleiden. Die Frage nach der **Adäquanz sozialer Beziehungen** ist eigentlicher Gegenstand dieser Thesen.

Für die Feststellung und Bewertung der Summe aller auch verschleierte strukturellen (damit gewaltsamen) wirtschaftlichen, politischen, kulturell-religiös-sprachlichen(medialen) Diskriminierungen innerhalb aller sozialen Einheiten vom Einzelmenschen bis zur Weltgesellschaft ist erforderlich:

[a] **Knotenpunkte der Diskriminierung:** eine historisch reale Erfassung derselben in einem differenzierten Rahmen (Persönlichkeit [Rollentheorie], Familienstruktur, Geschlechtsidentität [Gender- und Emanzipationstheorien], Bezugs- und Antigruppen, Minderheiten, Schichten, Ebenen der Gesellschaft [Wirtschaft, Politik, Sprache –Medien, Kultur-Religion], Konflikt-, Herrschafts- und Dominanzstrukturen innerhalb des Staates [Tribal-, National-, Volks- und Rassenideologien], Hierarchie im Weltsystem .

und [b] **die Elaborierung eines progressiven Religionsbegriffes als Maßstab**, welcher alle etablierten Religionsbegriffe und –systeme und deren konkreten, sozialen und politischen Ausformungen überschreitet. **Der neue, Universelle Religionsbegriff ([URB]) ist der farblose Maßstab für die evolutive Weiterbildung der in den sozial gefärbten Gesellschaftssystemen der Erde etablierten Religionen und ihren sozialen teils diskriminatorischen Auswirkungen. Aus**

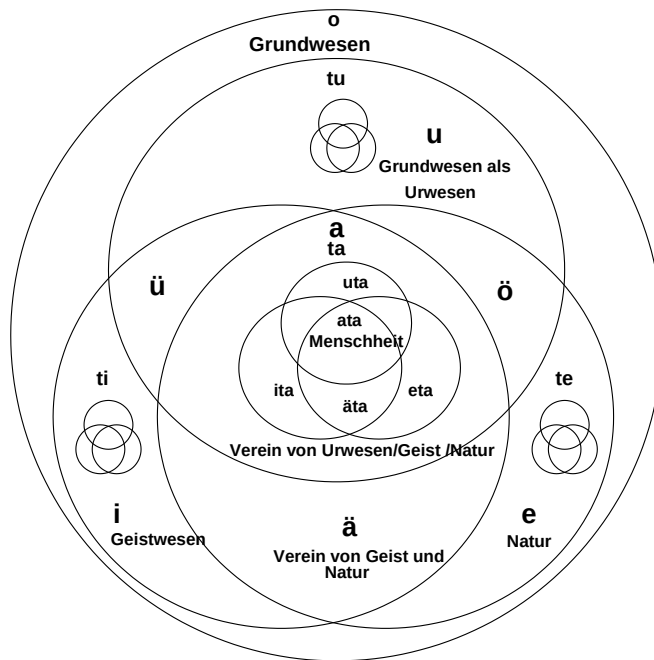
ihm ergibt sich die Universalkultur der Zukunft, dem Reifestadium sozialer Beziehungen. Religionsbegriffe, welche nicht diesen Grad an Universalität besitzen, sind selbst in einem Verblendungs- und Verschleierungszusammenhang gefangen, und verbergen Diskriminierungsstrukturen.

3. These - Universalistischer Religionsbegriff – Universalistischer Humanismus und Sozialismus

Die Grundlage des **[URB]** ist die Stellung der globalen Menschheit im absoluten Grundwesen und dessen Struktur.

a. Die Menschheit ist eine Menschheit, die im unendlichen Grundbau der absoluten, unendlichen Essentialität u in sich, in den unendlichen Grundwesen des Geistes, (Geist-Alls) i und der Natur (Materie, Leib-Alls) e die unendliche innere Synthese a darstellt.

**Position der Menschheit im Grundwesen
mit Teilgliedbau = (t) von u,a,i,e**



Die Menschheit dieser Erde ist darin ein endliches Glied. Die Herstellung der gesellschaftlich allharmonischen Einheit aller Glieder der Menschheit unter sich und in Vereinigung mit den unendlichen Grundwesen u, i und e kann und soll ausgebildet werden. Die Grundlage der Harmonien und Balancen liegt in der existenziellen Verankerung aller Lebewesen in der Unendlichkeit der absoluten Essentialität u und der relativen Unendlichkeit der Grundwesen i und e und in den (mathematischen) Stufungen der Unendlichkeiten; (Näheres unter <http://portal.om.org/society/Grundrechtskatalog.aspx> .

b. Aus dieser Struktur sind grundsätzliche Rechte aller Menschen in religiöser, geistiger und leiblicher, wirtschaftlicher, politischer, religiöser und kultureller Hinsicht anzuerkennen, die über die geltenden Menschenrechtskataloge weit hinausreichen. Das Ur-

Ich des Menschen u1 steht über Geist i1 und Leib e1 im Sinne des obigen Schemas. Geist und Leib stehen nebeneinander und sind mit der absoluten Essentialität über das Ur-Ich verbunden.

Es besteht die Möglichkeit der Ausbildung bisher unentwickelter psychischer und physischer Harmonien und Balancen zwischen u1, i1 und e1 bei gleichzeitig hochgradig differenzierten Einzel-, Paar- und Gruppen-Identitäten, die erst in den dargestellten Parametern erreicht werden können.

Alle strukturellen und funktionellen wirtschaftlichen, politischen, sprachlichen und religiösen Verhältnisse aller Menschen zueinander im unendlichen Grundwesen (unabhängig von Geschlecht, Alter, Beruf, Stand, Schichte, Klasse, Rasse, Stamm, Volk, Nation, Staat usw.) basieren auf **reiner Nebenordnung**. Daraus ergibt sich eine klare **formelle und materielle Rechtsgleichheit**, die alle Privilegierung einzelner Menschen (unabhängig von Geschlecht, Alter, Beruf, Stand, Schichte, Klasse, Rasse, Stamm, Volk, Nation, Staat usw.) hinsichtlich **aller Ressourcen im absoluten Grundwesen u, in Geist i und Natur e ausschließt**.

c. Sind in einem einzelnen Sozialsystem (Staat und auch im Weltsystem) diese Prinzipien eingeführt, werden die allgegenwärtigen diskriminatorischen Spannungen, Konflikte und Strukturen (2 a.) zunehmend evolutiv eliminiert und durch Strukturen von Synthese, Ausgleich, Harmonie und Balance bei hochgradiger Individualität, Pluralität und Polymorphismus ersetzt. Der Grundriss eines solchen Gesellschaftsmodells müsste eine **Nebenordnung** aller Schichten in einem Staat und aller Staaten im Weltsystem beinhalten. Auch die **Minderheiten** sind bei Anerkennung und Aufrechterhaltung maximaler multikultureller Pluralität und Wahlmöglichkeit in der Identitätsstrategien undiskriminiert integriert.

Hieraus ergibt sich nicht eine klassenlose Gesellschaft sondern eine egalitär ausgeglichene funktionelle Differenzierung aller Systeme nach universalistischen Grundsätzen und Balancen.

d. Die Überleitung aller diskriminatorisch strukturierten menschlichen Beziehungen, Strukturen, Institutionen und

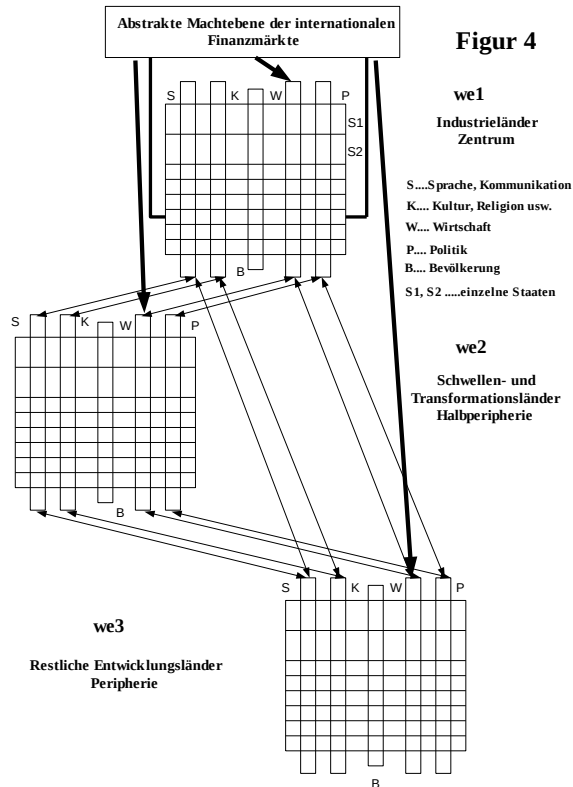
Organisationen in Weltsystem in diese Universalität darf **ausschließlich nur durch gute und friedliche Mittel erfolgen**. Politische Gewalt, psychischer und physischer Terror, Umsturz, List, Intrige, Subversion, politische Instrumentalisierung, Ideologisierung und alle ähnlichen negativen Mittel sind auszuschließen. Die Theorie der Wahl der Mittel für evolutive Veränderungen unterliegt selbst evolutiven Fortschritten.

e. Die Evolutionslogik aller sozialen Systeme vom Individuum bis zum Staatenbund ergibt sich ebenfalls aus den Prinzipien unter These 3: **Phase 1 These** [Einheit] – **Phase 2 Antithese** [Partialdifferenzierungen, Vielheit] – **Phase 3 Synthese** [Allharmonie und Allsynthese des Differenzierten, Viel-Einheit]. An die Stelle der Evolutionsdialektik von Hegel und Marx tritt jene der neuen Grundwissenschaft.

Es gibt aber kein ehernes Gesetz, wonach die Universalstrukturen der These 3 tatsächlich einmal verwirklicht werden. Dies hängt allein davon ab, ob gesellschaftliche Einheiten, vom Einzelmenschen bis zu Staatenbünden, sich dafür entscheiden, sie zu verwirklichen. Jedenfalls sind sie bereits wissenschaftlich ausgearbeitet und jeder kann sich danach orientieren. Ohne prophetische Gabe, allein aus dem Vergleich zwischen den geschichtlichen Gegebenheiten und den Grundideen, wird aber klar, dass die Nichtbeachtung derselben die Menschheit ständigem Leid, Kampf, radikalen (bis bewaffneten) Auseinandersetzungen zwischen Ideologien, Vernichtungsbedrohung und Krieg, brutalen Aufständen Unterdrückter usw. aussetzen wird.

4. These – Pragmatik des Weltsystems 2011

Im Jahre 2011 hat das Weltsystem folgende durch Unterdrückungs- und Dominanzpotentiale gekennzeichnete Schichtstruktur:



Figur 4

Sprachliche, kulturelle (religiöse), wirtschaftliche und politische Differenzen im Zusammenhang mit den Unterdrückungs- und Dominanzpotenzialen bilden im Weltsystem in seiner derzeitigen Form bedrohliche Konfliktherde und Zonen, welche zu einer Destabilisierung des Gesamtsystems führen. Erst wenn sich das Weltsystem unter allmählicher Aufhebung der Diskriminierungsstrukturen in die Form gemäß These 3 verändert, wird die Harmonisierung von Teilsystemen und letztlich der Weltgesellschaft im Sinne des Universalistischen Humanismus und Sozialismus voll wirksam. Die Leidtragenden der Unterdrückung sind derzeit nicht Minderheiten, sondern in allen Systemen **überwiegend Mehrheiten.**

Keine "Kultur" oder "Zivilisation" kann von sich sagen, dass sie evolutionslogisch so vollkommen ist, wie es dem Zeitalter der Reife entspricht. Auch der Umstand dass sich die Teilsysteme auf unterschiedlichen Evolutionsstufen der Phase 2 befinden, legitimiert keineswegs die bestehenden Dominanz- und Unterdrückungsstrukturen.

Die Dominanz der "1. Welt" und ihrer Wertsysteme ("westliche Zivilisation") müsste selbst zunehmend durch die Prinzipien des Universalistischen Humanismus und Sozialismus der nächsten Evolutionsstufe **bestimmt begrenzt, legitimiert und eliminiert werden. Dies ist eine wichtige Aussage im Rahmen der Diskussion um den "Kampf der Kulturen".**

Die "Universalkultur" der Zukunft steht daher in friedlich-kritischem Kontrast zu allen Teil-Kulturen die es im Jahre 2011 auf dem Planeten gibt. Sie ist in keiner Weise affirmativ, lässt aber nur friedliche Mittel zur Herstellung der Veränderungen zu.

Der Kampf erfolgt offensichtlich zwischen Teilsystemen mit **unterschiedlichen Positionen** im vertikalen Schichtsystem und **unterschiedlichen Evolutionsständen** der politischen, sozialen und kulturellen Struktur der einzelnen Einheiten. Die in der Hierarchie des Weltsystems höchsten Staatengruppen, nämlich USA, Westeuropa und Japan bilden – zahlenmäßig eine Minderheit- eine Art "Aristokratie im Weltsystem". Evolutionslogisch sind sie bildlich 18 - Jährige, welche andere "jüngere" Staatengruppen, die sich in anderen Entwicklungsstufen befinden, dominieren.

Die Feststellung, dass die Staatengruppen der ersten Welt eine "höhere" Evolutionsstufe innehaben als die anderen Systeme, könnte selbst wieder als typischer westlicher Rassismus angesehen werden. Dem, ist jedoch entgegenzuhalten, dass unsere Thesen mit äußerster Deutlichkeit betonen, wie mangelhaft entwickelt, monströs und fehlentwickelt die westlichen Systeme letztlich sind und wie notwendig es wäre, sie weiter zu bilden.

Im Sinne unserer Metapher der unreifen 18-Jährigen, welche ihre zivilisatorische Überlegenheit mittels in Kulturalisierung gekleidete

brutale Ressourcenkonflikte argumentativ geltend machen, noch eine Stelle aus Foroutan Naikas Aufsatz in (Fo 11, S. 101): "Die Einteilung von Zivilisationen in unterschiedliche Stufen der Entwicklung und somit die Hierarchisierung von Zivilisationen beinhaltet den Kern der Zivilisationskonflikte, denn jede Zivilisation neigt dazu, sich in Abgrenzung zu anderen als tendenziell höher positioniert einzuschätzen. Diese Positionierung hängt mit der Ursprungsassoziation zusammen, dass Zivilisation von "Zivilisiert-Sein" kommt. Sowohl die westliche, als auch die islamische Zivilisation sind durch diese stufenbedingte Einteilung von Zivilisationen auf unterschiedliche Ebenen und durch Festhalten am soziogenetischen Grundgesetz davon überzeugt, dass ihre Zivilisation gegenüber der anderen auf einer höheren Stufe angesiedelt ist. In besonders auffälliger Weise ist dies auch im Judentum zu sehen, wo die Abgrenzung gegenüber den anderen Zivilisationen daraus resultiert, dass man sich als das auserwählte Volk wahrnimmt. Im Gegensatz zur westlichen und islamischen Zivilisation ist die jüdische Zivilisation allerdings nicht universalistisch. "

Im Sinne unserer Argumentationslinien ist jedoch zur Überwindung der zeitgenössischen Zivilisationskonflikte und ihren mangelhaften Universalitätsrhetorik nur in einer über allen jetzigen Philosophien und Religionssystemen stehenden neuen Grundwissenschaft möglich, die über den Verdacht, mit Universalismus Macht zu generieren oder zu stützen oder zu erweitern erhaben ist. Dann wird auch das bisherige Kernziel einer kulturell, religiös oder ethno-politisch aufgeladenen Argumentationsrhetorik, die "Definitionsmacht über eine universale Weltordnungstruktur zu erlangen und dabei moralische Wertmaßstäbe vorzugeben, um dadurch machtpolitische, sozio-ökonomische oder geostrategische Optimierungschancen zu erzielen" (Fo 11, S. 102), durch eine neue Universalität ersetzt, welche auf die Bildung einer harmonischen Menschheit ausgerichtet ist.

Die Kultur der Zukunft ist jene des Voll-Erwachsenen 30-Jährigen. Ist diese Kulturstufe im "Kampf der Kulturen" erreicht, erfolgt eine **global harmonische Ausbildung.** **Die Zivilisationsparameter des 18-Jährigen sind nicht das Maß für diese neue Entwicklungsstufe.** **Die Erkenntnis dieses Zusammenhanges bildet die evolutionstheoretische Grundlage für die Überwindung der Krise, die nach dem 11. September 2001 global sichtbar wurde.**

Dem nähert sich Bassam Tibi, zitiert nach (Fo 11, S. 93): "Die heute fortschreitende Entwestlichung der Welt beschränkt sich nicht allein auf eine Beanstandung westlicher Macht in Politik und Wirtschaft. Entwestlichung meint auch, dass die bisher als universell angenommenen Normen und Werte und damit die Form des Diskurses selbst angefochten werden."

Die erwähnten aristokratischen Systeme besitzen erhöhte Differenzierung, Autonomisierung aller gesellschaftlichen Faktoren (institutionelle Trennung von Religion und Politik, demokratische Strukturen, Trennung von Gesetzgebung, Justiz und Verwaltung, verfassungsrechtlich verankerte Individualrechte, formale (**nicht materielle**) Rechtsgleichheit, Mechanismen des sozialen Ausgleichs usw.). Trotzdem sind sie vertikal geschichtet und enthalten bereits in sich wesentliche Elemente struktureller **interner** Diskriminierung und Unterdrückung. Die in den Systemen als zivilisatorische Hochkultur betonte und anderen Systemen gegenüber mit moralischer Überlegenheit betonten Wertsysteme verschleiern die durch diese Systeme ausgeübten politischen Dominanz- und Unterdrückungspotentiale (besonders in Ressourcenkonflikten) gegenüber den **unter** der "Aristokratie" gelegenen Staatengruppen. Diese Vormachtstellung und ihre Privilegien stellen **externe** Elemente struktureller Diskriminierung und Gewalt dar. Im Laufe der Geschichte haben Aristokratien stets ihre moralische, kulturelle und zivilisatorische Überlegenheit als politische Doktrin zur Ausweitung und Erhaltung von Machtpositionen gegenüber "minderen" anderen Gruppierungen und Staaten eingesetzt. Erfahrungsgemäß haben Aristokratien kaum jemals freiwillig und von sich aus auf ihre Privilegien zugunsten der unterprivilegierten Gruppen verzichtet und mit ihnen einen gesellschaftlichen Ausgleich gesucht. Es ist auch nicht sicher, dass die Staaten der 1. Welt in der Lage sein werden, die Phase 3 der Evolution zu erreichen.

Selbstverständlich besitzen die dominierten und diskriminierten Staaten **in sich selbst interne** Dominanz- und Unterdrückungsstrukturen mit einer privilegierten "Aristokratie", die u.U. mit den Machteliten der übergeordneten Staaten Interessenverbindungen pflegt. Dies verkompliziert die Verschachtelung im Schichtsystem.

Die Religionssysteme der Erde sollten sich nach dem universalistischen Urbild der Religion, welches sich aus den Ur-Ideen in der Unendlichen, Absoluten Essentialität ergeben, weiterbilden. Die messianistischen und apokalyptischen Prophetien bestehender Religionssysteme (Puranen, Prophetien, Apokalypse, Weltzeitalter in der Theosophie usw.) sind unbestimmte Ahnungen dieses neuen Evolutionsschrittes. Die Vorstellung religiös auserwählter Stämme, Rassen oder Völker ist ebenso zu überwinden wie die Überlegenheitsvorstellung der einen Religionsform gegenüber der anderen oder die Verbindung von Ethnizität mit Religion. **Die aufklärerische Toleranzthese Lessings in der Ringparabel ist zwar weiterhin eine Basis, reicht jedoch inhaltlich sicher nicht aus, um die bestehenden Religionskonflikte zu lösen und die Universalstrukturen der These 3 zu erreichen.**

4. These - Verhältnis von Ideologien zum Universalismus

Im Verhältnis zum obigen Universalismus erweisen sich alle historischen Denk- und Politschulen, Wirtschafts- und Religionssysteme als partial und damit als teilirrig. Der Vergleich der Partialposition mit den Grundsätzen der These 3 bildet eine **neue Art friedlicher** Ideologiekritik aller ideologischen Positionen im Weltsystem (rechts - links, religiöser Fundamentalismen usw.). Die neue Position enthält alle bisherigen als teilirrige Sonderfälle. Natürlich kann jede Partialposition diesen Universalismus selbst als Ideologie denunzieren und bekämpfen, was auch geschichtlich der Fall ist.

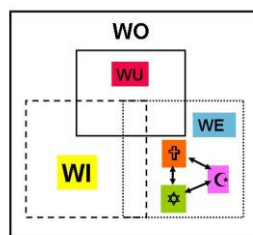
Die Überwindung der dargestellten Partial-Positionen kann im Laufe der weiteren Entwicklung durch folgenden Grundsatz erfolgen:

Alle tribalen, nationalen, rassischen, völkischen, religiösen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Positionen sowie alle kombinatorischen Verbindungen derselben, welche ihre Partialität nicht in einen die gesamte Menschheit und deren Grundrechte umfassenden Universalismus ausgleichend und harmonisierend integrieren, sind mangelhaft, teilirrig und sind auch bei entsprechenden Extremisierungsgraden durch

universalverfassungsrechtliche Grundsätze an einer solchen Zunahme der Extremisierung auf Kosten der anderen Elemente mit universalverfassungsrechtlich adäquaten Mitteln zu hindern.

Es gibt daher eine Verfassung des Universalstaates dieser Erde, der alle Völker in sich enthält. Die Prinzipien dieser Verfassung und dieser neuen Wertegemeinschaft sind in These 3 skizziert.

4.1.1 Der Fall Breivik



Der Kulturkonflikt: Westliche Kultur-Islam

Unter 4.3. haben wir einige Grundlagen dieses Konfliktes und Überwindungsmöglichkeiten angeführt.

Das Ideologiemilieu Breiviks

Es ist der Kampf gegen den "Kulturmarxismus"⁴² (in Folgenden KM) der norwegischen sozialistischen Elite. Es ist nicht vorrangig ein Krieg gegen die muslimische Welt sondern einer gegen den Westen, gegen die vermeintliche Verlottertheit, die offensichtlich durch die Regierungsform der Demokratie gefördert und ermöglicht wird. Krieg gegen die Werte (Sittenverfall in Europa [Quotient für den Grad der Sexualmoral von Frauen in 17 europäischen Ländern und den USA; Frau als Nonne, Prostituierte

⁴² In den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts benützte man für ähnliche Phänomene den begriff "Kulturbolschewismus".

oder Mutter;] , die Demokratie und ihre Offenheit gegen die muslimische Bedrohung.*⁴³ Es ist ein Kreuzzug nicht gegen den Islam, sondern gegen die moderne Welt, die globalisiert und multikulturell ist, tolerant gegenüber den anderen, die keine Christen sind*.

Es ist ein international vernetzter Kampf gegen die muslimische Weltverschwörung und ihre "kulturmarxistischen" Steigbügelhalter, welche der eigenen Kultur den Dolch in den Rücken stößt. Der Islam will Europa unterjochen. Eine willfähige westliche Elite von "Multikulturalisten/Kulturmarxisten" ist den Islam dabei zu Diensten.

Konzept: Eine christlich-konservative Avantgarde muss aufstehen und dagegen kämpfen. "Tempelritter" organisieren den Widerstand, verüben Attentate, greifen schließlich nach der Macht und verjagen die Muslime wieder aus Europa. Um 2083 – 400 Jahre nachdem die Türken vor Wien geschlagen wurden – soll dieses Ziel erreicht sein.

Zu bekämpfen gilt es vor allem die Haltung der "Political Correctness", die in Wahrheit einem 'kulturellen Marxismus' gleichzusetzen sei. Ziel des KM sei es, die alten Werte und Normen Europas, das Christentum, die Männer- und Frauenrolle, die Sexualmoral zu dekonstruieren. Die gefährlichste Seite des KM sei dabei der 'Multikulturalismus', er öffne dem Islam Tor und Tür nach Europa.

Die Position ist nicht antisemitisch! Br. Distanziert sich daher von den Neonazis. Antisemitismus sei verfehlt, die Juden seien Europas Verbündete im Kampf gegen den Islam. *Es gibt einen neuen rechten Mainstream quer durch Europa, der sich vom Antisemitismus abwendet und dafür den Islam zum Feind erklärt.*

Das Angriffsziel waren nicht die Muslime, sondern der Versuch den Hauptfeind zu treffen: Das künftige Establishment der KM. Dazu zählen die allermeisten Politiker Europas, Journalisten, Publizisten, Hochschullehrer. 90% dieser meinungsmachenden Eliten sind

⁴³ Die unter ** gestellten Zitate stammen aus Der Spiegel 31/2011

Anhänger des "kulturellen Marxismus". Die kulturmarxistischen Feinde werden in die Kategorien A bis C eingeteilt:

A führende Meinungsmacher (Chefredakteure und Politiker)
B das Fußvolk der Multikulturalisten *Sie wissen genau, dass sie zu einem indirekten kulturellen und demografischen Genozid beitragen*
C unpolitische Mitläufer.

Weltweit vernetzte antiislamische Netzforen mit rassistischer Islamophobie sind der Hintergrund⁴⁴. *Die Revolution ist eine **konservative Revolution** (konservative Romantiker einer national organisierten Welt aus Recht und Ordnung und Gottvertrauen. Sie richtet sich nicht gegen den Vorposten des Islams, sondern gegen jene, die dem Täter als zu islamfreundlich galten. Sie richtet sich gegen die aufgeklärte, religionsferne, liberale Gesellschaft Norwegens und seiner Politiker.*

Offensichtlich ist auch, dass die Wertvorstellungen Br. und Muammer Attars sehr ähnlich rigide sind und sich beide als "Märtyrer" in ihrer Mission sahen.

Es wird versucht, die Handlungsdirektiven Breiviks und Attars, also ideologisch orientierter Gewaltverbrecher nicht so sehr auf die ideologischen Hintergründe ihrer Tat zu legen, sondern reduktionistisch auf ihre soziale Lage: "Terrorismus ist ein Problem kulturell entwurzelter, oft gebildeter, aber dennoch erfolgloser, politisch radikalisierter, zorniger junger Männer, die gegen eine Welt aufbegehren, die ihnen keine Heimat mehr bietet. Sie hatten sich mehr von der Welt versprochen, als diese halten konnte. Klaus Tøwerweit hat in seinen 'Männerphantasien' den Zusammenhang von **Faschismus und Männlichkeitswahn** plausibel herausgearbeitet. Wer die narzisstischen Ergüsse des Massenmörders von Oslo und Utoya zur Kenntnis nimmt, wird unschwer erkennen, dass auch er den Traum vom männlichen, mutigen und harten, weißen, notfalls grausamen, letztlich aber unwiderstehlichen Ritter und Retter eines als verführbar, weich, nachgiebig, bequem, weiblich vorgestellten Volkskörper träumte,

⁴⁴ Von http://de.wikipedia.org/wiki/Anders_Behring_Breivik aus können unzählige Querverbindungen hergestellt werden.

der dringend gereinigt werden muß. Das Mitleid des Volkes mit den Opfern ist für ihn vermutlich ein weiterer Beweis für seine Dekadenz. Nicht der Kampf gegen die Muslime war das Ziel, sondern die Rettung des eigenen Volkes vor seiner Zersetzung"⁴⁵.

Während die eine Denkrichtung den Grund in den Ansätzen der extremen politischen Rechten sieht, und diese "zur Verantwortung zieht", versucht die andere rein psychologische Gründe beim Täter auszumachen, der sich eben einer beliebigen, in der Gesellschaft etablierten Ideologie als Waffe bedient.

Die Verbindung der beiden Denkrichtungen in unserem Gesellschaftsmodell ist aber leicht herstellbar. Wir leben leider immer noch in Systemen, in welchen Ideologien wie die extreme Rechte und die militanten Linien einer Konservativen Revolution in einer großen Zahl von Staatsbürgern psychisch und politisch real verankert sind. Das gilt in gleicher Weise für radikale und militante muslimische und linke Strömungen. Die Sozialevolution kann daher wohl nur darauf gerichtet werden, Gesellschaften von derartigen Ideologien zu befreien. Das ist aber mit den derzeitigen linken und rechten Ideologien gar nicht möglich. Hierzu müssten etwa die Ansätze des Humanistischen Universalismus unter 5 und 6 implementiert werden. Natürlich nur mit guten und friedlichen Mitteln!

Es bedarf also eines evolutiven Schubes, der die Systeme über derartige Ideologien, deren Konflikte und deren Verbrechen hinaus bringt.

Unsere Analyse ergibt:

Die Wiederkehr der "Neuen Rechten"

Gibt es in den grünen (Sprache-Kultur-Wirtschaft-Politik)-Systemen ideologisch und politisch relevante Nachfolgeströmungen, die sich auf die bei der Konservativen Revolution für die Entwicklung des NS-Regimes relevanten Positionen beziehen und diese wiederum beleben?

⁴⁵ Rolf Schneider im Spiegel 13/2011.

Das folgende Zitat⁴⁶ zeigt deutlich, dass sich auch in den neuen demokratischen grünen (Sprache-Kultur-Wirtschaft-Politik)-Systemen dieses Gedankengut neuerdings etabliert hat:

"Angesichts der Defizite der genannten Definitionsversuche bedarf es einer Begriffsbestimmung⁴⁷, die sowohl demokratie- als auch ideologietheoretisch trennscharf genug ist, um ein klareres Raster zur Erfassung eines politischen Phänomens zu liefern. Ein wichtiger Ansatz, um hier weiterzukommen, ist das politische Selbstverständnis der sich selbst als 'Neue Rechte' verstehenden Rechtsextremisten: Sie verstehen sich als gegenwärtige Anhänger der 'Konservativen Revolution' der Weimarer Republik. (...) 'Neue Rechte' ist demnach eine Bezeichnung für eine bestimmte Ideologievariante des Rechtsextremismus, die sich aus heutiger Sicht an das Gedankengut der 'Konservativen Revolution' anlehnt, also an jene Intellektuellen, die als Vertreter eines 'antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik' (Sontheimer 1962) gelten."

Der Begriff "Konservative Revolution" dürfte aber nicht im weiten Sinne Mohlers verstanden werden, sondern müsste auf die Gruppe der "Jungkonservativen" eingeschränkt werden, mit welcher Gemeinsamkeiten bestünden.

"Dazu gehört über die Gegnerschaft zum politischen Liberalismus und zum politischen System von Weimar hinaus der Anspruch, diese durch einen – so das Selbstverständnis – revolutionären geistigen Akt zu überwinden, um dadurch gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, die dann erst konserviert werden könnten. Politisches Ziel war ein neues Reich, das als autoritär-cäsaristischer Staat ähnlich dem System des italienischen Faschismus konzipiert sein sollte. (...) Über den antidemokratischen Charakter der 'Konservativen Revolution' besteht weitgehender Konsens. Selbst ein späterer Anhänger dieser Intellektuellengruppe wie Armin Mohler sprach von den 'Trotzkisten des Nationalsozialismus' (Mohler 1989: 4), womit sowohl die grundsätzliche politische Nähe wie lagerinterne Distanz zwischen beiden politisch-geistigen Strömungen in eine erkenntnisfördernde Metapher verpackt wurde. **Gemeinsam war ihnen die Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates der Weimarer Republik und der politischen**

⁴⁶ Pfahl-Traugbber in Gessenharter/Fröchling (Opladen 1998).

⁴⁷ Gemeint ist eine Begriffsbestimmung der "Neuen Rechten".

Wertvorstellungen des Individualismus, der Menschenrechte, des Parlamentarismus und des Pluralismus⁴⁸ sowie die Forderung nach Schaffung eines auf Basis der Volksgemeinschafts-Ideologie erwachsenden, autoritär von einer Führergestalt geleiteten neuen Reiches. Abgelehnt wurde von der sich elitär verstehenden 'Konservativen Revolution' die populistische Orientierung an den 'Massen', ein sozialrevolutionäres Pathos sowie der biologistische Rassismus einerseits und die ideologische Grobschlächtigkeit der Nationalsozialisten, das zügellose öffentliche Agieren von Parteiaktivisten und die Unzulänglichkeit führender NS-Funktionäre andererseits."

Darüber hinaus bezieht sich die "Neue Rechte" positiv auf Autoren, die als intellektuelle Sympathisanten und Wegbereiter des italienischen Faschismus gelten können (z. B. Roberto Michels, Gaetano Mosca, Vilfredo Pareto, Julius Evola, Georges Sorel).

"Das Politikerverständnis der 'Neuen Rechten' ist formalistisch und nicht normativ geprägt, d.h. man orientiert sich an Entscheidungs- und nicht an Legitimationsprozessen. Der Diskurs dieser geistigen Strömung zeigt sich dann auch fasziniert vom souverän entscheiden könnenden Politiker, wobei immer wieder geistige Anklänge an die Vertreter des Dezisionismus aus der Weimarer Republik feststellbar sind: Martin Heidegger, Ernst Jünger und Carl Schmitt. *Nicht Diskussion, Konsens oder Werte* bilden die Orientierungsfaktoren für politisches Handeln, sondern die willkürliche, nicht normgebundene Machtentscheidung. Letztendlich läuft ein solches Politikerverständnis auf eine *autoritäre Staatskonzeption* hinaus. (...) Dem Autor gilt darin der Normativismus als reiner Ausdruck der Herrschaftslegitimation. Ganz im Sinne von Carl Schmitt sieht Kunze in politischen Begriffen lediglich säkularisierte theologische Begriffe und *lehnt die Gültigkeit universeller Werte als quasireligiösen Ausdruck ab. Konsequenz dieser Einstellung ist dann auch die Ablehnung der Menschenrechte als individualistisch geprägt, naturrechtlich begründet und universell gültig*. Rechte werden rein funktionalistisch im machtpolitischen Sinne gedeutet. (...) Als inhaltliche Konsequenz aus dieser Auffassung lehnen die Vertreter der 'Neuen Rechten' denn auch den *politischen Liberalismus*, nicht verstanden als Programm einer Partei, *sondern als theoretische Grundlage des demokratischen Verfassungsstaates ab*. (...) Das Individualismus-Prinzip als Ausdruck von Liberalismus und Moderne wird auch für gesellschaftliche Phänomene wie Depressionen,

⁴⁸ Hervorhebungen durch den Autor.

Identitätskrisen, Trennungen oder Vereinzelungen pauschal verantwortlich gemacht und dabei abgelehnt. Alain de Benoist, Cheftheoretiker der französischen 'Neuen Rechten', schreibt ebenfalls in der 'Jungen Freiheit': 'Es sieht so aus, als ob die schleichende Auflösung organischer Strukturen, die seit zwei Jahrhunderten stattfindet, und zwar in einem Rhythmus, der immer deutlicher wurde, und unterhalten von der liberalen Ideologie, ihren Höhepunkt erreicht hätte. ... Die Moderne beschwört den *Triumph der Subjektivität, das heißt die Diktatur des Individuums an sich und das Verschwinden gemeinsamer Werte.*' Hier wird in bekannter Manier der Individualismus gegen den Kollektivismus ausgespielt, wobei die Orientierung an der (Volks-)Gemeinschafts-Ideologie über Formulierungen wie 'organische Strukturen' ideologisch verdeckt wird."

Wir begegnen hier wiederum der rückwärtsgewandten Interpretation der evolutionslogischen Entwicklung zunehmender Differenzierung in allen Bereichen des (Sprache-Kultur-Wirtschaft-Politik)-Systems.

Die liberalisierende und individualisierende Differenzierung als solche ist nicht Verfall, sondern Produkt bestimmter Evolutionsstufen im II. Hauptlebensalter. Sie wird erst dann gefährlich und evolutionslogisch bedenklich, wenn über dieses Stadium nicht in Phasen der Synthese und Integration "nach vorne" weiter vorangeschritten wird.⁴⁹

Auch beim Demokratiebegriff und der Funktion der Parteien bestehen deutliche Unterschiede zum üblichen Verständnis.

Es wird mit Sicherheit nicht schwer fallen, die minoritätenpolitischen Parameter dieser Richtungen und damit auch ihre Tendenzen hinsichtlich des Antisemitismus, Anti-Muslimismus und Anti-Türkismus auszumachen. Unsere Arbeit vermag darzulegen, dass eine Belebung derartiger Ideologien als Fundus derartiger Anti-Bewegungen für eine harmonisierendere und integrativere gesellschaftliche und politische Sicherung minoritärer Bürger ebenso eine Gefahr darstellt wie die faktischen Aggressionen durch radikale Aktionsgruppen.

⁴⁹ Näheres vgl. im Buch des Autors: "Die Aufklärung der Aufklärer" sowie im Kapitel über die Evolutionsgesetze unter 7.4.

Aus Sicht des hier vorgelegten universalen Humanismus erweisen sich derartige Konzepte in ihrer Ablehnung der Optimierung der Individualentfaltung, des Pluralismus und vor allem der Anerkennung allgemeiner Menschenrechte als gefährliche **Beschränkungen der Evolution**. Hinsichtlich der allgemeinen Menschenrechte ergibt sich aus den hier skizzierten Grundlagen das evolutive Gebot einer beträchtlichen Ausweitung derselben im Sinne neuer Rationalitätsstrukturen (z. B. der Herstellung materieller Rechtsgleichheit usw.). Weder autoritäre und totalitäre Regierungsformen der Rechten noch solche der Linken dürfen zur Erreichung "besserer" Gesellschaftsformationen eingesetzt werden. Umgekehrt können liberal-demokratisch pluralistische Strukturen *allein* natürlich keine vollendeten Rechts- und Politstrukturen im Sinne des neuen Universalismus erreichen, wenn nicht die demokratischen Parteien und Kräfte in ihren *inhaltlichen Konzepten* auf einen solchen Zustand hinarbeiten.

Die unter 6 und 7 entwickelten universalistischen Ansätze weisen darauf hin, wo evolutionslogisch die Mangelhaftigkeiten und Verzerrungen rechter ebenso wie linker Ideologien liegen. Gesellschaften können noch lange durch im System ausgetragene Konflikte zwischen linken und rechten Ansätzen oder durch die Bedrohung der Ansätze einer Seite geprägt bleiben. Auch die Verflachung und Verwässerung derartiger Konfliktstrukturen, wodurch die destabilisierenden Potentiale von Ideologien abgeschwächt werden, vermögen eine Gesellschaftsformation nicht über ein bestimmtes evolutives Niveau hinauszubringen. Dazu sind neuere, im letzten Teil skizzierte Grundsätze in die Gesellschaften einzuführen. Es wird daher in unserer Analyse nicht die Rechte aus dem Blickwinkel der Linken und nicht die Linke aus dem Blickwinkel der Rechten betrachtet, sondern beide werden aus einem evolutionslogisch neuen Gesichtspunkt beurteilt. Zu beiden besteht eine kritische Distanz.

4.2 Antisemitismus und Anti-Muslimismus

<http://jahrbuch-islamophobie.de/>

In (Sa 10) belehrt uns Sarrazin über den Unterschied zwischen Antisemitismus und Islamophobie. Der Antisemitismus sei auf "hysterischen Ängsten, Erfindungen, Projektionen und Neidgefühlen" aufgebaut. Die Islamophobie jedoch hat ihre Wurzel in Terroranschlägen, Ehrenmorden, dem Wüten der Taliban, den Kinderehen in Saudi Arabien, Steinigungen der Ehebrecherinnen

und dem Aufhängen von Homosexuellen. Das alles seien Realitäten. "Die ausgeübte Gewalt, wie auch der maßlose und aggressive Ton, der gegenüber Kritikern mancher Erscheinungsformen des Islam angeschlagen wird, wirken einschüchternd und haben bereits schleichend Einfluss genommen auf die Offenheit des europäischen Meinungsklimas".

Wie häufig in seiner Studie, beleuchtet Sarrazin nur Teile des Problems. Unter 4.3 weisen wir nach, dass die Spannungen zwischen dem "zivilisierten" Westen und den islamischen Staaten der zweiten und dritten Welt durch sehr konzise historische und gegenwärtige strukturelle Gewaltverhältnisse bestimmt sind, die man bildlich als Würgegriff bezeichnen kann. Auch ist nachzuweisen, dass der Westen immer dann, wenn es um seine eigenen strategischen und wirtschaftlichen Vorteile ging, nicht die geringsten Hemmungen bei der Kooperation mit muslimischen Systemen hatte und hat, und dass sich in diese westliche Politik keinerlei Islamophobie im Verhalten mischt (z.B. in Saudi Arabien und Afghanistan). Die Islamophobie darf generell also nicht ohne den Würgegriff des Westens analysiert werden, der maßgeblich an der Radikalisierung bestimmter muslimischer Kreise seinen Anteil hat.

Unsere folgende Übersicht über die unterschiedlichen Varianten des Antisemitismus wird überdies zeigen, welche konkreten Pogrome, Massentötungen, -Vertreibungen und brutalen Unterdrückungen der Antisemitismus in seinen verschiedenen Varianten und Kumulierungen im **Namen höherer Werte** dem Judentum angetan hat. Bei all diesen brutalen und zerstörerischen Aktionen des christlichen Westens gegen die Juden liegen die Wurzeln des ANTISEMITISMUS nicht in Ängsten, Erfindungen, Projektionen und Neidgefühlen sondern vor allen in machtheoretisch belegbaren, taktischen Instrumentalisierungen der existentiellen Abhängigkeit einer Minderheit in wirtschaftlicher, politischer, kultureller und religiöser Hinsicht in den sozialen Verschränkungen mit einer mächtigeren Mehrheit. Diese Abhängigkeit und deren Instrumentalisierung war aber bei den Juden bis zur Gründung des Staates Israel eine völlig andere als für die von uns hier behandelten **Unterschicht-Minderheit** der (muslimischen) Migranten.

In beiden Fällen aber übt eine sozial überlegene Mehrheit inadäquate Unterdrückung gegen eine von ihr abhängige Minderheit aus.

Wenn man die Unterschiede zwischen Antisemitismus und dem **Anti-Muslimismus**⁵⁰ genau herausarbeiten will, ist ein Blick auf die Entwicklung der Komponenten des Antisemitismus sehr nützlich. Wie benützen Abrisse aus unserer Arbeit (Pf 01a).

⁵⁰ Wir benützen im Folgenden einen eigenen Begriff **Anti-Muslimismus** weil der Begriff Anti-Islamismus nur Die Anti-Haltung gegen den Islamismus umfassen würde.

4.2.1 Integration der bisherigen Forschungsansätze zum Antisemitismus

Überblicken wir kurz vor dem konkreten Einstieg in die Varianten des Antisemitismus die bisherigen Forschungsansätze, so zeigt sich, dass dieselben in unserem Gesellschaftsmodell alle ihren Platz erhalten, aber auch ihr gesellschaftliches Zusammenwirken darin besser sichtbar gemacht werden kann.

Sottopietra fasst folgende Ansätze zusammen:

- *Soziologischer Ansatz:*

Sozio-psychologische Theorie, Authoritarian Personality bei Adorno und anderen; Ansatz Sartres; soziologische Aggressivitätstheorie, bezogen auf (ökonomische) Krisenzeiten; soziologischer, machtheoretischer Ansatz bezüglich Verhältnis von Mehrheit und Minderheit.

- *Sozio-ökonomischer Ansatz:*

Marxistischer Klassenantagonismus (Jude als Symbol für Kapital usw.), Varianten in der Faschismustheorie Horkheimers und der Totalitarismustheorie Arendts.

- *Religionswissenschaftlicher Ansatz:*

Christlicher Antisemitismus.

- *Dialektik der Aufklärung:*

Horkheimer und Adorno, Befreiung des Denkens von Herrschaft und Gewalt, Beachtung der Mittel und Methoden.⁵¹

- *Sozio-historischer Ansatz:*

Empirische Erfassung des Antisemitismus in konkreten Ländern oder Bereichen und historischen Phasen.⁵²

4.2.2 Historische Varianten des Antisemitismus

Hier sind die vorne erarbeiteten Grundlagen über die Theorie der Vorurteile und des Rassismus neuerlich zu beachten.

Wir gehen, wie dargestellt, davon aus, dass die *negativen Formulierungen* der Mehrheitsgesellschaft den Juden die grünen (Sprache-Kultur-Wirtschaft-Politik)-Werte schon in einer kritischen und ambivalenten Weise entgegenbrachten:

a) durch die Zuweisung bestimmter "negativ" besetzter Rollen (religiöse Kontrastgruppe, gesellschaftlich missachtetes Geldwesen, Sündenböcke usw.),

⁵¹ Auch unsere Arbeit enthält Ansätze einer allerdings weitgehenden Aufklärung.

⁵² Dies wird in unserem historischen Atlas für Österreich in der Ersten Republik versucht.

b) durch die ständig in der Intensität schwankenden negativen Abgrenzungskräfte und einem *Leben im Schatten* der grünen Majorität.

Diese beiden Fakten ergaben für die Juden im politischen, religiösen und sozialen Bereich instrumentell gesteuerte, äußerst *labile, disproportionale und verzerrte Formen einer "Symbiose" bzw. "Koexistenz" oder auch "Anti-Existenz"*, die man keineswegs als "Integration" bezeichnen kann.

4.2.2.1 Geschichtliche Analyse

Die historischen Varianten des Antisemitismus sind wissenschaftlich hauptsächlich vor allem durch jüdische Forscher ausführlichst dokumentiert. Das vorliegende Material ist von unübersichtlicher Vielfalt. Es gibt verschiedene Versuche, die Studien systematisch zu sammeln.

4.2.2.2 Antisemitismus in der Antike

In dieser Phase wird präziser von Antijudaismus gesprochen. Seit Beginn der Diaspora bis zur Gründung des Staates Israel sind die Juden ohne eigenes Staatswesen, also ohne das, was wir hier als (Sprache-Kultur-Wirtschaft-Politik)-System bezeichnen. Vor allem fehlt ihnen die auf ein Staatsgebiet gebundene politische Struktur, also Formen legitimer Herrschaft. Sie leben als **Minoritäten** mit eigenen *lila* (Sprache-Kultur-Wirtschaft-Politik)-Eigentümlichkeiten, -Werten und -Bezugssystemen *in* anders gefärbten Majoritätssystemen, und da sie gleichsam in oder außerhalb leben, ist vor allem ihre *politische und soziale Verankerung in den jeweiligen Systemen labil, durch ambivalente religiöse, wirtschaftliche und soziale Rollen und Definitionen durch die Mehrheit geprägt, sie sind Geduldete, negativ Formulierte*.

Bereits in der Antike waren bestimmte soziale Funktionen in den grünen Systemen für sie vorgezeichnet. Natürlich muss beachtet werden, dass das (Sprache-Kultur-Wirtschaft-Politik)-System Roms anders strukturiert war und daher nicht mit den grünen Begriffen unseres Modells beschrieben werden dürfte; damals gab es bekanntlich noch keine *Schichten im heutigen Sinn usw.* Die labile Verankerung in den grünen Systemen versuchten sie durch "sippenmäßiges Zusammengehörigkeitsbewusstsein" mit internationalen Beziehungsgeflechten und durch die religiöse Identität auszugleichen. Es scheint u. E. viel zu wenig beachtet zu werden, dass eine soziale *Gruppe ohne Staatswesen und Staatsgebiet* infolge dieser – "normalen Staatsbürgern" überhaupt nicht bewussten sozialen Lage – Identitätsfestigungen anzustreben hat, die außerhalb der "üblichen" sozialen Identitätsstrategien liegen müssen.

4.2.2.3 Vorurteil – wirtschaftliche Aspekte (Ebene Wirtschaft)

Die wichtigsten Funktionen der Juden im Römischen Reich bestanden im Handel und Kreditwesen, die Wurzel eines der wichtigsten Argumente des Antisemitismus. "So boten die jüdischen Wechsler und Finanzagenten ein Modell für das Zusammentreffen von Natural- und Geldwirtschaft, eine Situation, die sich im christlichen Hoch- und Spätmittelalter wiederholt und die nachfolgenden Jahrhunderte zuungunsten der Juden prägen sollte. (...) **Man sah in ihnen gefährliche Wirtschaftsmagnaten und Transaktionäre, unbarmherzige Eintreiber ihrer Guthaben, Schröpfköpfe auf der wirtschaftlichen Substanz des Volkes**" (Gamm). In Städten wie Alexandria lebte eine reiche jüdische Schichte, was gegenüber den armen Massen zu Spannungen führte, wodurch Vorurteile verstärkt wurden. Zu fragen ist aber auch, wie hoch der Anteil der Juden war, der ebenfalls in bitterer Armut lebte.

4.2.2.4 Vorurteil – jüdische religiöse Exklusivität (Ebenen Kultur und Religion)

Der Monotheismus, die Ritualgesetze, Speise- und Reinheitsvorschriften erzeugten eine deutliche religiöse und **soziale Distanz** zur "heidnischen" Umwelt und bildeten einen Gegensatz zur fremden Götterwelt. "Dieser *eine* Gott hatte sich ausgerechnet palästinensische Stämme ausgesucht und sie zu einem *ausgewählten Volk* erhoben, indem er mit ihnen durch Moses am Sinai ein *Bundverhältnis* einging und *heilsgeschichtliche* Perspektiven für alle Völker öffnete" (Gamm).

Zu beachten ist, dass diese Thesen von einer Minorität ohne feste soziale Verankerung vorgetragen wurden. Dem jüdischen Auserwähltheitsanspruch wurden Gegen-Auserwähltheiten entgegengesetzt (kulturelle und künstlerische Überlegenheit usw.). Gamm anerkennt auch kompensatorische Tendenzen der Juden, ihre soziale Unterlegenheit durch anmaßendes Verhalten auszugleichen.

Für das grüne (Sprache-Kultur-Wirtschaft-Politik)-System der Römer war überdies essentiell, dass im Sinne einer Verquickung von Politik und Religion die politische Staatsautorität mit dem Kult der Staatsgottheiten verbunden war. **Verbindung von Staat und Kult** mit kultischer Position des Herrschers stehen in deutlichem Kontrast zum jüdischen Monotheismus, der daher als Beleidigung der eigenen Götter und Hochverrat interpretiert wurde. Die Juden waren, von kurzfristigen Ausnahmen abgesehen, vom Kaiserkult befreit. In diesem aber drückte sich die Loyalität zum Kaiser und zur Gesellschaft aus. Die jüdische Religion galt jedoch als *religio licita*, eine zugelassene Religion. Dies galt anfangs für das Christentum nicht, wodurch auch hier bereits Spannungen vorgezeichnet waren.

Auch andere Gruppen mit ähnlichen Merkmalen verfielen Ablehnung und Verfolgung. Eine Fixierung der Juden als Feind gab es jedoch nicht. Dies geschah erst unter *christlicher Vorherrschaft*.

Im Sinne unseres (Sprache-Kultur-Wirtschaft-Politik)-Systems sind daher die Gründe für die Vorurteile und die Spannungspotentiale

- a) auf der wirtschaftliche Ebene,
- b) auf der kulturell-religiösen und
- c) auf der politischen Ebene

und deren faktischer Verknüpfung auszumachen, wobei in der Antike bekanntlich die politische Ebene noch keineswegs so deutlich wie heute von der religiösen getrennt, sondern vielmehr funktionell und inhaltlich deutlich mit dieser verbunden war (religiöse Legitimationspotentiale für politische Strukturen), was insbesondere in den christlich dominierten Systemen zu fatalen Folgen führte.

4.2.2.5 Antijudaismus im christlichen Mittelalter

Der Umstand, dass das Christentum anfangs keine anerkannte Religion im Römischen Reich war, wird etwa von Gamm als Grund für innere Verhärtung des dogmatischen Gefüges verantwortlich gemacht. **"Die Barmherzigkeit, um die sie einst gekommen war und die ihr Wesengesetz bildete, praktizierte sie als anerkannte und später als ausschließliche Kirche nicht selbst.** Sie erhob einen Ausschließlichkeitsanspruch, wie ihn sich selbst die jüdische Religion vergleichsweise nie gestattete" (Gamm). In präziseren Untersuchungen muss auch auf den Unterschied zwischen judenchristlicher und heidenchristlicher Polemik eingegangen werden. Jedenfalls wurde die judenchristliche Polemik auch von den Heidenchristen als ideologische Grundlage ihrer schon vorhandenen antijüdischen Animosität übernommen (Schubert).

Man erblickt zu Recht, insbesondere in den für die Antike typischen Formen der **politischen Struktur**, eines der wichtigsten und tragischsten Elemente in der Entwicklung des Antijudaismus. Die **mythische Reichsidee, der römische Kaiserkult**, das sakrale Pflichtopfer, alle waren sie Instrumente der Legitimitätsbegründung und Loyalitätsverfestigung. Waren zuerst nur die Juden diejenigen, die sich nicht anpassten, waren es jetzt auch die Christen. Mit der Anerkennung des Christentums (Mailänder Edikt 313 n. Chr.) und vor allem mit dem Codex Theodosianus im Jahr 438 n. Chr. und dem Erlass "Über die Juden" (553 n. Chr.) wurde die politisch soziale Stellung der Juden zur Mehrheitsbevölkerung in einem **sakral verfassten christlichen Staat entscheidend bestimmt (Ausschluss der Juden aus öffentlichen Ämtern und Verbot, Freie oder Sklaven zum Abfall vom Christentum zu bewegen).** Der vom Judentum übernommene Erwählungsanspruch wurde gegen das Judentum gekehrt.

Der sich christlich konsolidierende Staat übernahm die mythische Kaiseridee des heidnisch antiken Gemeinwesens. **"Das kaiserlich-christliche Regiment"**⁵³ wurde als Abbild der himmlischen Herrschaft Gottes verstanden."

Damit war die Teilnahme am religiösen Leben (z. B. Messe oder Kommunion) mit entsprechender Anerkennung im Staatswesen verbunden. Dies führte zu einer bis ins 20. Jahrhundert unterschwelligen, aber wirkungsvollen Dämonisierung (bis Verteufelung) des jüdischen Menschen. Über die bis heute vorgebrachte Beschuldigung hinsichtlich des Todes Christi hinaus sind es vor allem immer wieder artikulierte Vorwürfe wie Ritualmord, Hostien- und Reliquienschändung, Lästerung und Brunnenvergiftung. Der Antisemitismus ist daher in dieser Phase eine Folge der **Verchristlichung der Welt**, die zu einer konzisen Typisierung des Juden führte, die in der vorherigen Zeit offensichtlich nicht erfolgte. Sulzbach weist darauf hin, dass der christliche Antisemitismus im Gegensatz zur emotionalen Feindschaft seitens der Heiden einen *intellektuellen Vorgang* darstellt, **"eine logische Deduktion aus gegebenen Prämissen im Rahmen der christlichen Heilslehre"**. Als "Christusmörder", gelegentlich auch Gottesmörder, waren die Juden hinfert eindeutig definiert. Was sie an Vertreibung und Verfolgung hatten erfahren müssen, schien den Christen Beweis der Gerechtigkeit und des Zornes Gottes, der die Verwerfung des von ihm gesandten Messias ahndete.

"Die Juden wurden das einzig *Fremde*, das in der mittelalterlichen Lebenswelt niemals assimiliert werden konnte." Gamm spricht von Aggressionen und Hass, die bei den Christen erzeugt wurden, weil die Juden sich im christlichen Revier bewegten und einen Verfolgungsinstinkt aktualisierten. Soweit auch Christen sozial unterdrückt waren, bildeten diese Thesen der politisch-religiösen Ebene jede Legitimation zur Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung der Verdammten. Schließlich wurde den armen und ausgebeuteten Untertanen auch noch als Trost für das Jenseits die Kontrastgruppe der Juden ständig vorgeführt, welche des Paradieses im Jenseits nicht teilhaftig würde. Daher meinte eben Papst Innozenz III., man könne auf die Juden als didaktische Kontrastgruppe gar nicht verzichten.

4.2.2.5.1 Wirtschaftliche Aspekte im Mittelalter

Hier nur einige Schlagzeilen:

Wirtschaftlicher Einfluss am Karolingerhof, der wiederum antijüdische Eskalationen provozierte; königlicher Judenschutz. Anerkannte Berufe der Juden waren z. B. *Arzt oder Interkontinentalhändler*. In diesen Funktionen erschienen sie ungefährlich, da sie kein politisches Rückgrat hatten; ihre soziale Labilität wurde daher ausgenutzt und erhalten. Im 9. Jh. hatten jüdische Seefahrer fast

⁵³ Wie der Atlas über die Ideologiemilieus in Österreich in der Ersten Republik zeigt, hatte diese Ideologie der Verbindung von Christentum mit weltlicher Herrschaft weit zurückreichende Wurzeln.

eine Monopolstellung im Mittelmeerhandel. Sie waren ein mobiles Element in der sonst immobilen Gesellschaft. Die Kirche machte häufig ihren Einfluss auf die Herrscher gegen die Juden geltend.

Mit dem Zeitalter der Kreuzzüge setzte eine zunehmende Phase eskalierender antijüdischer Ausschreitungen bis zu Progromen ein. Die durch Kreuzzugpredigten aufgehetzten Massen vernichteten zahlreiche Judengemeinden. Die Herrschenden denen an sich der „Judenschutz“ oblag bereicherten sich am Vermögen der erschlagenen Juden, so etwa auch Kaiser Heinrich IV.

Seit 1096 Verschlechterung der rechtlichen Verankerung, Verlust des Rechtsanspruches auf Landbesitz, Juden galten als nicht waffenfähige Personen. In diesem Zusammenhang erfolgten auch massive Angriffe gegen die wirtschaftliche Stellung der Juden (Zinsgeschäft und Pfandleihgeschäft). Bisweilen kam es zu obrigkeitlicher Annullierung der Zinsen.

Im 13. Jahrhundert verfügte Papst Innozenz III., dass die Juden als Strafe für den Tod Christi von Gott für immer zu Sklaven bestimmt seien. Sie wurden zum Tragen einer unterschiedlichen Kleidung verpflichtet.

Eine besondere Rechtsfigur war das *Judenregal* von Kaiser Friedrich II. Damit wurden die Juden zum *Objekt der Wirtschaftspolitik* (Schubert). Die Juden waren im Rahmen des abtretbaren Judenregals des Kaisers nur so weit und so lange geduldet, als sie für den Inhaber des Judenregals von wirtschaftlichem Vorteil waren.⁵⁴

Die Kammerknechtschaft war ein persönlicher Gnadenerweis und wurde mit einer regelmäßigen Kopfsteuer verbunden. Die Juden wurden de facto wirtschaftlicher Besitz derer, die über das Regal verfügten. Dies hatte eine deutliche Labilisierung der sozialen Verankerung der Juden in den Systemen der Mehrheit zur Folge. 'Tötbriefe' konnten mit einem Federstrich Schuldverpflichtungen annullieren und damit ganze jüdische Gemeinden in ihrer Existenz bedrohen.

Mit der Entstehung eines christlichen Handelsstandes wurde diese Funktion des jüdischen Zinsgeschäftes ausgeweitet. Über diese Finanzfunktion hatten die

⁵⁴ "Die Maßnahmen, die dem ersten Kreuzzug folgten, enden in der Erneuerung der römischen Kammerknechtschaft, die nun die Juden zur fiskalischen Ressource der jeweiligen Herrscher machen und sie anderen Waffenlosen gleichstellen: Ausnahmezustand als Dauerzustand. Das sogenannte Judenregal lenkt die Interessen der Herrschenden auf die ökonomische Ausbeutbarkeit der Juden und beflügelt das Motiv, ihre Existenz in die Zirkulation zu bannen. Mit ihnen wurde gemacht, was ihnen vorgeworfen wird: Sie werden 'stückweise verpfändet, verschachert, verschenkt, vererbt, vertauscht', wenn der Kaiser das Judenregal fiskalisch nutzen will. Der Zusammenschluß zwischen zirkulativer Existenz, Waffenlosigkeit, Ausschluß von Grund- und Bodenbesitz ist schon im Hochmittelalter erreicht" (Claussen 1987, 145).

Juden u. U. Einfluss auf die Politik (Mittel zur Kriegsfinanzierung oder für Gebietserweiterungen). Derartige Financiers hatten, wenn auch eine labile, so doch eine hohe gesellschaftliche Stellung und bedeutenden Einfluss. Es darf aber nicht übersehen werden, dass das Gros der Juden arm und daher von noch schlechterer gesellschaftlicher Stellung war als die niedersten Schichten der Mehrheitsgesellschaft. Schubert etwa schließt: "Am Ende des Mittelalters hatten die Juden die Konsequenzen zu spüren aus einer Rechtssituation, die sie nur aus fiskalischen Überlegungen duldete. Auch in der Neuzeit änderte sich daran wenig. Die Stereotypisierung des Judentums als einer der christlichen gegenüber feindlichen Gruppe, deren wichtigste Waffe das Geld sei, führte zu weiteren Verteufelungen bis hin zu den Verbrechen des Nationalsozialismus."

4.2.2.5.2 Das Gesellschaftssystem des Mittelalters

Hierzu schreibt Karady:

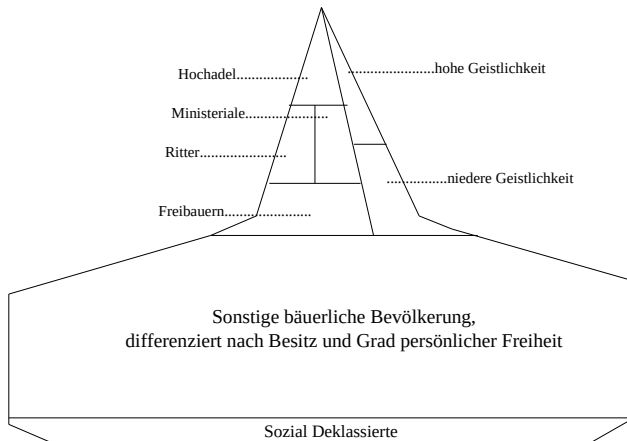
" Die negative Wahrnehmung wurde auch mit dem sozialen Separatismus gerechtfertigt, der in der Tat in den Gesetzen der jüdischen Religion angelegt ist: *im Verbot der Mischehe, in der Schwierigkeit, wenn nicht der Unmöglichkeit des gemeinsamen Essens mit Nichtjuden infolge der Kaschrut (Speisegesetze) oder in den Unterschieden im Zeitzyklus, besonders im Zyklus der Wochentage (aufgrund des Gesetzes der absoluten Einhaltung der Schabbatruhe). Die religiösen Unterschiede trugen dazu bei, dass sich bei den Christen ein Judenbild herauskristallisierte, in dem die Juden ein für allemal und unwiderruflich Fremde waren, für jede Integration unempfänglich.*"⁵⁵

Korte/Schäfers entwerfen folgende Ständeordnung des Mittelalters nach Hradil für die ländliche Feudalgesellschaft⁵⁶:

⁵⁵ Hervorhebung durch den Autor.

⁵⁶ Für die städtische Gesellschaft werden folgende Stände angeführt: 1. Patrizier (adlige bzw. geistliche Stadtherren und deren Ministeriale; Grundbesitzer ["Rentenadel"]); Fernhandelskaufleute; 2. Bürger (Handwerker, Krämer, Ackerbürger, Beamte); 3. unterständische Gruppen (unehrliche Berufe, niedere Bedienstete); 4. sozial Deklassierte. Auch bei dieser Ständeordnung kann man ein verfeinertes Gesellschaftsmodell nach Pfliegerl im obigen Sinne erstellen.

Ständeordnung im Mittelalter nach Korte/Schäfers

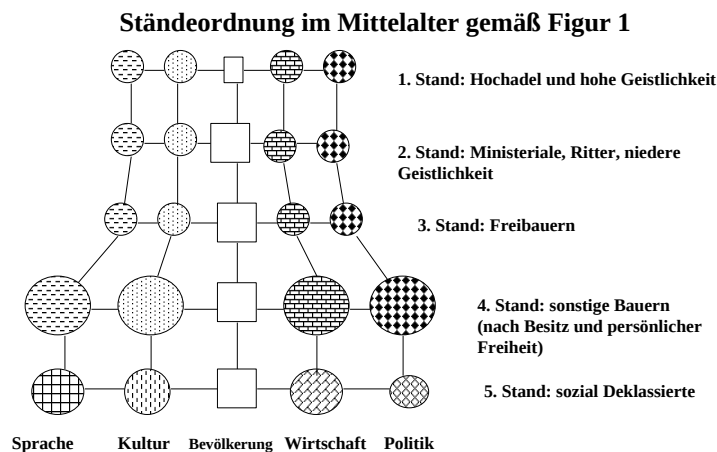


Wenn wir diese Ständeordnung im Sinne unserer Gesellschaftstheorie verfeinern, erhalten wir das umseitige Schema:

Wichtig ist dies vor allem deshalb, weil Karady überzeugend darstellt, *in welche Zwischenräume dieser Schichtung jüdische Gruppierungen im Rahmen der Modernisierung eindringen, um Positionen einzunehmen, für welche sie als "protobürgerliche" Gruppierungen schon vorher die typischen Qualifikationen entwickelt hatten.*

"Von dieser Pyramide unterscheidet sich die soziale und berufliche Schichtung der Juden in mehrfacher Hinsicht. Es gibt keine Entsprechung zum Adel, also auch keine Adelskultur. Es gibt keinen institutionalisierten und hierarchisch gegliederten Klerus, sondern einen freien Markt von Spezialisten der Religion, also auch keine abgesonderte 'kirchliche Kultur' und keine korporatistischen Interessengruppen des Rabbinats. Da es keine abhängigen Bauern gibt, besteht die breite Masse der aktiven jüdischen Bevölkerung aus kleinen 'Unabhängigen' aller Art – Händlern, Handwerkern, Halbpächtern, Pächtern, Schankwirten, Schnapsbrennern, Vermittlern von Pfandgeschäften und Pfandleihern –, aus ihren Angestellten und aus zeitweilig beschäftigtem Hilfspersonal, das keinen festen Beruf hat ('Luftmenschen'). An der Spitze der Wirtschaftshierarchie finden sich schließlich die überregionalen oder internationalen Finanziere, Kaufleute und Händler, die häufig (und das seit dem Mittelalter) den Fürsten oder dem Hochadel als privilegierte Geschäftspartner dienen. In manchen deutschen Staaten oder Städten (etwa Wien oder auch Berlin) wurde

[zumindest über lange Phasen der gemeinsamen Geschichte] fast nur diesen Juden ein Niederlassungsrecht gewährt."



Wir sind offensichtlich durchaus berechtigt, ein lila jüdisches (Sprache-Kultur-Wirtschaft-Politik)-System jeweils *außer, neben oder unter* dem grünen System und deutlich von diesem distanziert anzusetzen. Hierbei wurden aber die wichtigen ökonomischen Verbindungsstränge zum grünen System durch die heiklen und labilen Abhängigkeiten des lila Minoritätssystems bestimmt, welche ihrerseits von den Negativkräften der Mehrheit bedroht wurden.

4.2.2.6 Antisemitismus in der Neuzeit

An die Stelle religiöser Dämonisierungsstrategien trat die Vorstellung der "Weltverschwörung". Das Faktum der Diaspora führte zur bedrohlichen Vorstellung des "Weltjudentums" mit der Assoziation eines weltweiten jüdischen Zusammengehörigkeitsbewusstseins mit geheimen Zielen (ähnlich auch für Jesuiten, Freimaurer und andere Bünde).

Der Antisemitismus entwickelt in der Neuzeit Varianten, die wir in unserem Modell an den verschiedenen Faktoren sichtbar machen können, er hat seine im Rahmen der Vorurteile erarbeiteten Funktionen weiterhin beibehalten.

4.2.2.6.1 Wirtschaftlicher Antisemitismus nach Gamm

Der Eintritt einer größeren Zahl von Juden in das Wirtschaftsleben an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert zeichnete sich durch das Aufkommen eines neuartigen Unternehmertyps aus. Die Juden konnten, gleichsam durch jahrhundertlange Übung an kleinen Handelsobjekten trainiert, nun auch die großen Chancen erkennen, die sich in der liberalisierten Welt für Fabrikanten, Kaufherren und Großspekulanten, Börsenvertreter und Bankgründer boten. Erstmals wurde das Moment der scharfen Kalkulation, der Prosperität und der Rentabilitätsrechnung wirksam. Die neue Wirtschaftsform fand ihre Regulation durch Konkurrenz.⁵⁷ Wer billiger liefern konnte, erhielt die begehrten großen Heeres- und Marineaufträge, die Versorgung der Truppe mit Verpflegung, Bekleidung und Bewaffnung. Er durfte Festungen ausstatten und bei Feldzügen den Tross stellen, das Pferdegeschäft der Kavallerie betreiben oder die Armierung der Schiffe vornehmen.

Diese scharfe Konkurrenzerfahrung löste bei manchen "christlichen" Kaufleuten den antisemitischen Komplex aus, es sei nur deshalb so schlimm um die Wirtschaft bestellt, weil "die Juden" darin wirkten.

So begann der *wirtschaftliche Antisemitismus* im 19. Jahrhundert mit einer Reihe schwerer Verleumdungen gegen die Juden: unfaire Konkurrenten, volkswirtschaftliche Parasiten, ungehemmte Profitstreber, Ausbeuter, Zerstörer einheimischer und altdeutscher Arbeitsweisen, "artfremde" Werbungspraktiker usw. Die Wirtschaftsgeschichte bot Anlässe, diese Unterstellungen je nach Umständen aufzunehmen. Ein Hauptanlass war der "Börsenkrach" 1873.

Seinem Höhepunkt trieb der wirtschaftliche Antisemitismus in der Weimarer Republik zu. Ähnlich wie durch den Zusammenfall von Judenemanzipation und Industrialisierung wurden die Deutschen jetzt durch das Ende der alten ständischen Ordnung der noch keine etablierte Industriegesellschaft folgte verunsichert. Die großen Vermögensverluste durch Weltkrieg und Hyperinflation taten ein Übriges.

Die *Deklassierungsangst* des Kleinbürgertums griff um sich und man unterstellte den Juden, sie bildeten die heimliche Regierung und eigneten sich durch ihre Manipulationen das Vermögen des deutschen Volkes an. Die Tatsache, dass einige Minister jüdischer Herkunft in den Kabinetten der Weimarer Republik saßen, sollte als Beweis dienen.

Insbesondere wurde die Einwanderung von **Ostjuden** in die Weimarer Republik mit größtem Misstrauen beobachtet und mit dem antisemitischen Mechanismus beantwortet. Dieser Personenkreis sei von den einheimischen Juden ins Land gerufen worden und bereite den Aufbau der jüdischen Herrschaft in ganz Deutschland vor; es handle sich um Maßnahmen der jüdischen "Weltverschwörung".

⁵⁷ Karady bezeichnete oben die Juden daher als protobürgerliche Klasse.

Der Zustrom aus dem Osten erfolgte, weil sich dort nach dem Ende des Zarenreiches die freien Handelsmöglichkeiten bedeutend verschlechtert hatten. Die aus dem Osten kommenden Menschen, die teilweise noch im traditionellen Kaftan erschienen, verursachten zudem bei vielen Deutschen einen Furchtkomplex.

Die nationalistische Presse suggerierte in diesem Zusammenhang dem deutschen Volk Ängste vor einer "Überfremdung".

So wuchs sich der wirtschaftliche Antisemitismus zu einer stereotypen Größe aus: Herkommend aus dem Konkurrenzmotiv, aufgeladen mit Fremdenhass, stabilisiert durch die Ungunst wirtschaftlicher Umstände, entstand Existenzangst besonders der mittelständischen Bevölkerung im 19. und 20. Jahrhundert. Die Juden galten als internationale Finanzverschwörer, die sogar Inflation, Krisen und Kriege manipulierten, um sich zu Börsenherren aufzuschwingen: Ihr Ziel sei die Weltherrschaft.

4.2.2.6.2 Der politische und kulturelle Antisemitismus nach Gamm

Der religiöse Diabolus wurde zum politischen Weltverschwörer, zum sozialpsychologischen Widersacher. Damit ist zugleich der Wandel vom theologischen zum politischen Denken gekennzeichnet, die Unterscheidung der Zeitalter markiert und die allgemeine Interessenverlagerung umrissen.

Der politische Antisemitismus entstand in Deutschland nach der Reichsgründung von 1871. Sein Kennzeichen ist die Organisation. Die früheren judenfeindlichen Bestrebungen waren zusammenhanglos geblieben.

Die neue Formation aber brachte ihre eigene Systematik ein. Darum wurde sie gefährlicher als ihre Vorläufer, konsequenter und radikaler. Es lässt sich zeigen, dass fortan "Programme" aufgestellt, Vorschläge für eine "endgültige Lösung der Judenfrage" vorgebracht werden und Perspektivpläne aufkommen. Damit ist prinzipiell die faschistische Praxis vorweggenommen, in einem Verfahren kleiner Schritte die jüdische Minderheit auszulöschen. Freilich würden sich die "aristokratischen" oder "akademischen" Judenfeinde sehr dagegen verwahrt haben, etwa als "Radauantisemiten" verdächtigt zu werden. Auch wollten sie zumeist nur mit "legalen" Mitteln arbeiten und alles "ordentlich" und "vernünftig" eingeleitet wissen.

Die Organisation eines politischen Antisemitismus zeigte sich erstmalig im Jahre 1881. Damals legte Bernhard Foerster, der die Schwester Friedrich Nietzsches geheiratet hatte, dem Deutschen Reichstag eine Eingabe mit einer viertel Million Unterschriften vor. Hunderttausende mündiger Deutscher forderten darin eine Beschränkung der jüdischen Einwanderung und den Ausschluss der Juden von öffentlichen Ämtern, vor allem im Rechts- und Schulwesen. Man erklärte mit einem Wort die bürgerliche Emanzipation der Juden für einen politischen Irrtum mit schwerwiegenden Folgen, den es systematisch rückgängig zu machen gelte, um Schlimmeres zu verhüten.

Der politische Horizont wurde durch dieses Schriftstück festgelegt. Kurz gefasst, die Juden sollten ins Ghetto zurück, vielleicht noch unter Fremdenrecht geduldet werden, *aber an der Gestaltung des kulturellen und politischen Lebens keinen Anteil gewinnen.*

4.2.2.6.3 Der rassistische Antisemitismus nach Gamm

Diese neue Spielart der Judenfeindschaft wurde zur gefährlichsten und folgenreichsten Irrlehre, die im modernen Europa überhaupt entstand. Sie birgt in sich manche Züge, die sie als Säkularisationserscheinung kennzeichnen und ihr den Charakter einer Art Ersatzreligion verleihen.

Der rassistische Antisemitismus vermochte in so vielen Gemütern schwere Verwirrung hervorzurufen, weil er an die Wissenschaftsgläubigkeit des 19. Jahrhunderts anknüpfen konnte.

Da sich mittels einer "wissenschaftlichen" Rassenlehre die Judenfeindschaft scheinbar aus dem Bereich bloßer Überzeugungen erhob und sich objektivierte, verfochten viele mit geradezu priesterlichem Ernst die Unfehlbarkeit der neuen, angeblich auf "Forschung" beruhenden Doktrin, deren ideologischer Charakter ihnen entweder verborgen blieb oder bewusst übersehen worden war. Ein neuer rassistischer Wissenschaftsenthusiasmus kam auf.

Der rassistische Antisemitismus trat nicht sogleich mit seiner biologischen Begründung auf, sondern versuchte sich zunächst mit allgemeinen Bestimmungen jüdischer Merkmale.

Als eigentlicher Begründer der Rassenlehre und biologischen Geschichtsbetrachtung wirkte der Franzose Graf Gobineau (1816 – 1882). Sein Buch über "Die Ungleichheit der Menschenrassen" ist ein Versuch, Kulturgeschichte aus der biologischen Zugehörigkeit der jeweiligen Gruppen zu erklären und ihre "Blutmischung" zu berücksichtigen. Er vertrat den Gedanken, dass Anlagen unverändert bewahrt würden, sofern die "Rasse" sich rein erhalte. Vermische sie sich mit anderen, folge unfehlbar eine Minderung ihrer Qualität. Er unterschied zwei große Rassegruppen: die produktive und staatengestaltende "arische" Gruppe und die destruktive "hamitisch-semitische" Gruppe. Von den "Ariern" rühre alle Kultur her und darum hänge auch das Schicksal der Welt an ihrem biologischen Bestand.

Pauley weist auch auf Wilhelm Marr hin, der den Begriff "Antisemitismus" erstmals benutzte, da er von den bisherigen christlichen Argumenten gegen die Juden zum Bild einer verschlagenen, wurzellosen, verschwörerischen Rasse überging.

Eugen Dühring (1833 – 1921) vermittelte dem Antisemitismus einen weiteren Akzent. Er vollzog die erste nachchristliche rassistische Interpretation der Juden.

In der christlichen Welt hatte die Überzeugung gegolten, dass der sakramentale Gnadenempfang in Gestalt der Taufe in die neue christliche Existenz überführe und alles Frühere damit hinfällig sei. Die Taufe war Heilereignis für die Person, verwandelte sie und fügte sie dem "Neuen Bund" ein. Dühring dagegen betonte, dass am rassistischen Befund durch die religiöse Zeremonie nicht das mindeste geändert werde, sondern dass es eine unaufhebbare *blutsmäßige* Bestimmung des Menschen gebe. Ein Jude bleibe Jude, wie immer er sich entscheide, was immer er "äußerlich" an sich vollziehen lasse.

Dühring hat damit nicht nur prinzipiell die Entscheidungsfähigkeit des Menschen bestritten, sondern gleichzeitig den Propagandastil des Dritten Reiches vorgeformt, in dem das Rassendogma alle judenfeindlichen Einzelmaßnahmen steuerte.

Wie sich der Chor der rassistischen Antisemiten in der Folge verstärkte, kann nicht im Einzelnen aufgezeigt werden. Lediglich die Namen Paul de Lagarde (1827 – 1891), Ernest Renan (1823 – 1892), und H. St. Chamberlain (1855 – 1927) seien noch genannt.

4.2.2.7 Der Weg in die Vernichtung

Der Weg in die Katastrophe und die Katastrophe selbst sollen hier nur in den wichtigsten Stadien, im Wesentlichen nach Schubert, dargestellt werden, da es darüber reichhaltige Spezialliteratur gibt.

4.2.2.7.1 Wirtschaftliche Ebene

Am 1. April 1933 fand in Deutschland der Boykott jüdischer Geschäfte statt, der auch eine Diffamierung der jüdischen Mitbürger bedeutete. Am 7. April folgte das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, das alle jene Beamten ausschied, die jüdischer Abstammung waren oder die als politisch unzuverlässig galten. Vorläufig waren noch nicht jene Beamten jüdischer Abstammung betroffen, die im Weltkrieg gekämpft hatten oder deren Väter und Söhne im Weltkrieg gefallen waren. Der Weg zur Katastrophe begann zunächst mit kleinen Schritten.

4.2.2.7.2 Politisch-national-rassistische Ebene

Ein Paukenschlag waren dann die sogenannten Nürnberger Gesetze, die anlässlich des Parteitags der Freiheit am 15. September 1935 in Nürnberg beschlossen wurden. Es waren dies das Reichsbürgergesetz und das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre. Als Reichsbürger galten nur mehr "Staatsangehörige deutschen und artverwandten Blutes". Den Juden war somit das Bürgerrecht aberkannt. Ebenso wurde festgelegt, wer als "Mischling ersten Grades" und als "Mischling zweiten Grades" galt.

Bis Anfang 1938 war etwa ein Drittel der 500.000 deutschen Juden aus Deutschland emigriert. Die verbliebenen Juden waren organisiert in der "Reichsvertretung der deutschen Juden", an deren Spitze der Oberrabbiner von Berlin, Leo Baeck, stand. Als Folge der Okkupation Österreichs am 11. März 1938, durch die eine für den 13. März geplante Volksbefragung verhindert wurde, wurden die etwa 180.000 österreichischen Juden ebenfalls Opfer der nationalsozialistischen Judenpolitik. Die antijüdische Gangart wurde zusehends verschärft.

4.2.2.7.3 Eingriffe in die bürgerliche politische Identität

So kam es am 17. August 1938 zur "Zweiten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung der Familiennamen und Vornamen". Männliche Juden erhielten zusätzlich den Namen Israel und weibliche den Namen Sara.

Ein weiterer Meilenstein in der Verschärfung der Entrechtung der deutschen Juden war das Novemberprogrom. Der 17 jährige Herschel Grynszpan, dessen Eltern aus Deutschland nach Polen ausgewiesen wurden, erschoss in Paris den deutschen Gesandtschaftsrat Ernst von Rath am 7. November 1938. Daraufhin wurde ein Progrom organisiert, bei dem fast alle Synagogen des Deutschen Reichs in Brand gesetzt wurden. Jüdische Geschäfte und Wohnungen wurden zerstört und nahezu 100 Juden ermordet oder schwer verletzt.

4.2.2.7.3.1 Wirtschaftliche Ebene

Am 14. November erschien im Reichsgesetzblatt die "Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit" vom 12. November 1938. Die Höhe dieser Sühneleistung betrug eine Milliarde Reichsmark. Am 30. November 1938 wurde den jüdischen Rechtsanwälten die Gerichtspraxis entzogen, nachdem die Ärzte ihre Approbation schon am 30. September verloren hatten. Als "jüdische Krankenbehandler" durften sie nur mehr jüdische Patienten versorgen. Ebenso wurde Juden schon seit dem Sommer 1938 das Betreten öffentlicher Parkanlagen verboten. Die Bänke erhielten die Aufschrift "Nur für Arier".

Durch die Abtrennung des Sudetenlandes von der Tschechoslowakei als Folge des Münchner Abkommens im Herbst 1938 und durch vollkommene Liquidierung der Tschechoslowakei im März 1939 mit der Schaffung des Reichsprotectorats Böhmen und Mähren kamen auch die Juden dieser Länder unmittelbar unter deutsche Herrschaft. Bei Kriegsausbruch am 1. September 1939 waren trotz forcierter Auswanderung noch etwa 400.000 Juden im nationalsozialistischen Machtbereich.

4.2.2.7.3.2 Weitere politische Entrechtung und physische Bedrohung

Schon im Juni 1939 wurde die "Reichsvertretung der deutschen Juden" aufgelöst und dafür die "Reichsvereinigung der Juden" gegründet, die

unmittelbar der GESTAPO unterstellt war. Am 27. September 1939 schloss sich die Gründung des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) an. In dessen Rahmen ernannte man Adolf Eichmann zum "Geschäftsführer der Reichszentrale für jüdische Auswanderung". Am 24. November 1939 erging die Verordnung, dass an Juden keine Reichskleiderkarte mehr ausgegeben werden dürfe, und ab Januar 1940 erhielten die Lebensmittelkarten für Juden den Aufdruck "J", was eine erhebliche Minderung der zustehenden Lebensmittel bedeutete. Am 5. September 1941 folgte dann noch die Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden, der berühmte gelbe Stern mit der Aufschrift "Jude". Wurde bis dahin die Auswanderung der Juden forciert, so erging am 23. Oktober 1941 diesbezüglich ein generelles Verbot.

4.2.2.7.3.3 Ausdehnung auf Europa

Ziel der nationalsozialistischen Judenpolitik war es, Deutschland "judenrein" – wie man es nannte – zu machen. Diese Forderung wurde auf das besetzte Europa ausgedehnt. Da man nunmehr den Juden die Auswanderung nicht mehr gestattete, blieb der physische Mord die einzige Alternative. So fand am 20. Januar 1942 in Berlin die "Wannseekonferenz"⁵⁸ statt, bei der über die konkrete Durchführung der Ermordung der Juden beraten wurde. Ab 10. April musste auch noch an allen von Juden bewohnten Wohnungen ein "Judenstern" angebracht werden, am 24. April wurde Juden – außer mit Sondergenehmigungen – die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel untersagt und am 30. Juni verordnete das RSHA die Schließung aller jüdischen Schulen und erließ das generelle Verbot, jüdischen Kindern Unterricht zu erteilen. In Wien wurde die "Israelitische Kultusgemeinde" aufgelöst und an ihrer Stelle wurde am 18. Dezember 1942 der "Ältestenrat der Juden in Wien" gegründet.

4.2.2.7.3.4 Polen

Durch den Polenfeldzug im September 1939 kamen etwa weitere 2 Millionen Juden unter nationalsozialistische Herrschaft. Diese Juden sollten in den größeren Städten konzentriert werden. So kam es im Februar 1940 zur Gründung des Ghettos in Lodz (Litzmannstadt) und im November 1940 des Ghettos in Warschau. In diesen Ghettos gab es zunächst noch eine bescheidene Infrastruktur mit Judenrat, eigenem Ghattogeld etc. Durch Unterernährung und ungenügende Krankenversorgung sollte die "natürliche Sterblichkeit" gefördert werden. Zur Zeit der militärischen Siege der deutschen Wehrmacht im Jahre 1940 dachte man zunächst an eine territoriale "Lösung der europäischen Judenfrage". Man dachte dabei auch an die Insel Madagaskar, auf welche die Juden zwangsweise deportiert werden sollten.

⁵⁸ Philipp Burrin sieht einen Zusammenhang zwischen Hitlers Befehl zur systematischen Ermordung September/Oktober 1941 aller in seinem Herrschaftsbereich lebenden Juden und dem Scheitern des Ostfeldzuges (Presserezension des Buches: "Hitler und die Juden. Die Entscheidung für den Völkermord"). Eine Übersicht über die gesamten bisherigen Untersuchungen dieser Frage bietet Kershaw 1998, 148f.

4.2.2.7.3.5 Gesamtlösung

Mit dem Überfall auf die Sowjetunion am 21. Juni 1941 setzte die letzte mörderische Phase ein. Die berüchtigten Einsatzgruppen erschossen aufgrund des "Kommissarenerlasses" reihenweise Juden und Zigeuner. Am 31. Juli 1941 gab Göring an Heydrich die Weisung, "alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflussgebiet in Europa zu treffen". Im Oktober 1941 wurde die Todesstrafe über alle Juden verhängt, die ohne Genehmigung außerhalb der Ghettomauern angetroffen wurden. Ende 1941 waren für die Juden in Polen nicht mehr die zivilen polnischen Gerichte zuständig, sondern nur mehr die deutsche Polizei und die SS. Ab März 1942 wurden Auschwitz und andere Konzentrationslager in Vernichtungslager umgewandelt. Zur gleichen Zeit begann auch der Transport aus den Ghettos in diese Lager. Aufgabe des lokalen Judenrates war es, die verlangte Quote zum Abtransport bereitzustellen. Der Vorsitzende des Judenrates von Warschau, Adam Czerniakow, beging daraufhin Selbstmord. Dieses Ghetto, das auch das größte war, musste ab Juli 1942 täglich 6.000 Juden für die "Ostverschickung" bereitstellen. Sie kamen in das Vernichtungslager Treblinka. In den 10 Wochen von Ende Juli bis Mitte Oktober wurden so 310.000 Juden aus dem Warschauer Ghetto deportiert. In einem Rechenschaftsbericht an den Reichsführer SS Heinrich Himmler Ende 1942 hieß es, dass im Generalgouvernement 1.274.166 Juden "umgesiedelt" worden seien. Juden versuchten bisweilen Widerstand zu leisten und sich nicht nur wie Schafe auf die Schlachtbank führen zu lassen. Der bekannteste Aufstand war der im Warschauer Ghetto. Der Führer der Aufständischen, Mordechai Anielewicz, überlebte den Aufstand nicht.

4.2.2.7.3.6 Frankreich und Holland

Ab Juni 1942 begannen auch die Deportationen von Juden aus Frankreich und Holland nach Auschwitz. Im April 1943 wurden die letzten Juden Berlins nach Auschwitz gebracht. 1943/44 ereilte dieses Schicksal auch die sephardischen Juden in Saloniki. Im März 1942 stimmte der slowakische Staatspräsident Tiso, ein katholischer Priester, der "Umsiedlung" von 35.000 Juden aus der Slowakei zu. Sie wurden in die Vernichtungslager Auschwitz, Maidanek und Treblinka gebracht. Die Deportationen aus Rumänien fanden 1941 und 1942 statt. Ein Sonderphänomen bildeten bis Frühjahr 1944 die ungarischen Juden. Trotz schikanöser Maßnahmen auch seitens der ungarischen Behörden verhinderte der Reichsverweser Admiral Horthy das Ärgste. Durch die Machtübernahme seitens der Pfeilkreuzler und das Wirken Eichmanns und seiner Schergen in Ungarn ab dem Frühjahr 1944 wurde aber auch ein großer Teil der ungarischen Juden Opfer der nationalsozialistischen 'Endlösung'. 1944, als die militärische Niederlage sich immer deutlicher abzeichnete, wollte die SS noch mit den überlebenden Juden Geschäfte machen, indem zunächst knapp 4000 Menschen (Rudolph-Kastner-Transporte) in die Schweiz reisen durften und der aktive Zionist Joel Brand in den Nahen Osten geschickt

wurde, um mit den Engländern über ein Geschäft – Waren gegen Juden – zu verhandeln. Dass ein solches Geschäft nichts bringen konnte, war sowohl Kastner als auch Brand bekannt, sie suchten aber dadurch Zeit zu gewinnen.

4.2.8 Antisemitismus und Anti-Muslimismus

Im Anit-Muslimismus (im Folgenden AM) dem die muslimischen Migrantengruppen (im Folgenden MM) ausgesetzt sind, sind zwei Ebenen der Gründe maßgeblich.

- a) Der als Kultur-Konflikt zwischen dem Westen und den muslimischen Ländern geführte, tatsächlich aber als ökonomisch-politischer Machtkampf um Ressourcen ausgetragene Konflikt zwischen auf unterschiedlichen Evolutionsniveaus stehenden Staatengruppen, wo die eine im Würgegriff struktureller Gewalt der anderen Gruppe gehalten wird. Dies wird unter 4.3. näher ausgeführt.
- b) Der konkrete Sozialkonflikt zwischen den MM-Unterschichten etwa in Deutschland und Österreich mit allen darüber befindlichen Gruppen der "heimischen Gesellschaft".
- c) Die Faktoren in a) und b) sind überdies miteinander verschränkt.

Bei einem Vergleich der Vorgangsweise der Mehrheit gegen die Minderheit im AS und im AM fällt eine Vielzahl von Unterschieden auf, die hier wohl nur skizzenhaft umrissen werden können.

4.3.2.8.1 Aspekt des Staates

Die Juden hatten bis zur Gründung des Staates Israel als Folge des Holocaust über lange Zeit **keinen eignen Staat**, daher auch in ihrer Identität nicht jene Elemente, welche einem "normalen" Staatsbürger oder den Angehörigen einer ähnlichen politischen Einheit (Stammesfürstentum usw.) üblicher Weise zukommen. Sie hatten "kein politisches Rückgrat". Die Zugehörigkeit der Juden zu einer politischen Einheit war also von Bedingungen abhängig, die sich von denen "Einheimischer" unterschieden. Die heute lebenden Juden sind entweder Staatsangehörige eines bestimmten Staates, oder eines bestimmten Staates **und** des Staates Israel (Doppelstaatsbürger). Die außer Israel lebenden Juden haben zum Judentum selbst und zum Staat Israel unterschiedlichste Identifikationsvarianten entwickelt, der Staat Israel wiederum anerkennt die grundsätzliche Möglichkeit der rechtlichen Aufnahme aller in der Diaspora lebenden Juden als Staatsbürger in Israel.

Die Unterschicht-MM stammen alle aus bereits bestehenden Staaten, deren Staatsbürger sie sind, bis sie etwa in Deutschland oder Österreich eine neue Staatsbürgerschaft erhalten (mit oder ohne Beibehaltungsmöglichkeit) ihrer

alten Staatsbürgerschaft⁵⁹. Unsere Übersicht 3.3.1 der türkischen Organisationen in Österreich zeigt, dass der türkische Staat die MM in der Erhaltung ihres Türkentums zu unterstützen versucht, ihnen bei der Stabilisierung bestimmter Identitätsmuster (nicht nur aus idealistischen Motiven) "hilft". Derartige Angebote gab es für die Juden vor der Schaffung des Staates Israel nicht. In ihren labilen Lebenslagen und Bedrohungen bewahrten und entwickelten sie ihr Judentum ohne stabilisierende Hintergrundperspektiven eines Heimatstaates.

4.2.8.2 Aspekt der Wirtschaft

Der **wirtschaftlich** orientierte AS beginnt im Römischen Reich mit der für das System wichtigen Funktion des Handels und Kreditwesens, der Extension der Realwirtschaft in der Finanzwirtschaft, eine Situation, die sich im christlichen Hoch- und Spätmittelalter wiederholt und die nachfolgenden Jahrhunderte zuungunsten der Juden prägen sollte. (...) **Man sah in ihnen gefährliche Wirtschaftsmagnaten und Transaktionäre, unbarmherzige Eintreiber ihrer Guthaben, Schröpfungköpfe auf der wirtschaftlichen Substanz des Volkes**" (Gamm).

Der Eintritt der Juden in das Wirtschaftsleben an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert zeichnete sich durch das Aufkommen eines neuartigen Unternehmertyps aus. Die Juden konnten, gleichsam durch jahrhundertlange Übung an kleinen Handelsobjekten trainiert, nun auch die großen Chancen erkennen, die sich in der liberalisierten Welt für Fabrikanten, Kaufherren und Großspekulant, Börsenvertreter und Bankgründer boten.

So begann der *wirtschaftliche Antisemitismus* im 19. Jahrhundert mit einer Reihe schwerer Verleumdungen gegen die Juden: unfaire Konkurrenten, volkswirtschaftliche Parasiten, ungehemmte Profitstreber, Ausbeuter, Zerstörer einheimischer und altdeutscher Arbeitsweisen, "artfremde" Werbungspraktiker usw. Die Wirtschaftsgeschichte bot Anlässe, diese Unterstellungen je nach Umständen aufzunehmen. Ein Hauptanlass war der "Börsenkrach" 1872.

Der wirtschaftliche AS kann daher nicht über "hysterische Ängste, Erfindungen, Projektionen und Neidgefühle" erklärt werden, sondern es ist erforderlich, wie hier skizziert, konkret historisch zu analysieren, in welcher Form die "überlegenen" nicht-jüdischen Politik- und Wirtschaftseliten der jeweiligen Staatswesen, in Antertum Mittelalter und Neuzeit von der hochkompetenten und flexiblen internationalen jüdischen Finanz- und Handelelite zu profitieren versuchte, indem sie die existenzielle Schwäche des Judentums durch seine Staatenlosigkeit instrumentalisierte.

Dieses Vorurteil ist im AM, der den MM-Unterschichten entgegengebracht wird, in keiner Weise vorhanden. Hier nützen jedoch überlegene Wirtschaftssysteme

⁵⁹ Die Gruppe der Flüchtlinge und Asylwerber, die aus anderen Staaten fliehen, werden hier nicht untersucht.

die Schwäche der Entwicklungsländer, oft ehemaliger Kolonien aus, um billige Arbeitskräfte unter den unteren heimischen Schichten zu platzieren, deren Existenzgrundlage (Aufenthaltsrecht) möglichst labil gestaltet werden sollte. Da sich ihr Aufenthalt über 50 Jahre doch allmählich verfestigte, wird nunmehr ihre politische und ethische Unterwertigkeit im Wertekonflikt und die Bedrohung der Sozialsysteme durch Schmarotzertum angeprangert. Schließlich wird die Drohkulisse einer Abschaffung der heimischen Mehrheit durch ein Überhandnehmen der unterwertigen MM als Szenario konstruiert. Auch dieses Argument ist dem AS nicht fremd.

"Insbesondere wurde die Einwanderung von **Ostjuden** in die Weimarer Republik mit größtem Misstrauen beobachtet und mit dem antisemitischen Mechanismus beantwortet. Dieser Personenkreis sei von den einheimischen Juden ins Land gerufen worden und bereite den Aufbau der jüdischen Herrschaft in ganz Deutschland vor; es handle sich um Maßnahmen der jüdischen 'Weltverschwörung'"

Die Thesen Sarrazins sind nicht weit von derartigen Szenarien entfernt. Die Vorstellung, dass die Muslime an einer Machtübernahme in Europa arbeiten, ist bekannt. Houellebecq hat dies in seinem Roman „Submission“ ironisch reflektiert.

4.2.8.3 Aspekt der religiös-kulturellen Exklusivität (Ebene Kultur und Religion)

Nach unserem Dafürhalten stellt die Logik der Exklusivität, welche Judentum, Christentum und Islam jede für sich in Anspruch nehmen, eines der wichtigsten Narrative und Funktionshebel gegenseitiger feindlicher Ausschließung dar, welche dann in wirtschaftliche, kulturelle und politische Ebenen instrumentalisierend übertragen werden. Dieses Exklusivitätsnarrativ ist daher auch ein besonders wichtiger Behinderungsfaktor einer Evolution der betroffenen Sozialsysteme. Erst durch einen neuen Religionsbegriff jenseits dieser etablierten Religionssysteme sind hier Verbesserungen zu erwarten⁶⁰. Was besagt der Exklusivitätsanspruch konkret?

★ Der Monotheismus, die Ritualgesetze, Speise- und Reinheitsvorschriften erzeugten eine deutliche religiöse und **soziale Distanz** zur "heidnischen" Umwelt und bildeten einen Gegensatz zur fremden Götterwelt. "Dieser *eine* Gott hatte sich ausgerechnet palästinensische Stämme ausgesucht und sie zu einem *ausgewählten Volk* erhoben, indem er mit ihnen durch Moses am Sinai ein *Bundverhältnis* einging und *heilsgeschichtliche* Perspektiven für alle Völker öffnete" (Gamm).

✝ Das Christentum geht seinerseits davon aus, dass durch den universalen Aspekt Christi allen Völkern das Heil gebracht wurde und daher alle anderen

⁶⁰ Vgl. hierzu die Arbeit der Gruppe Or-Om: <http://portal.or-om.org/artinstallations/TheLastReligion.aspx> .

Religionslehren nicht mit dem Christentum auf einer Stufe stünden, woraus sich die Exklusivität des Christentums ergäbe.

☪ Der Islam schließlich hält Judentum und Christentum für degenerierte Stufen des Islam, die Rechtgläubigkeit sei daher nur in diesem gegeben, die Lehre des Propheten Mohammed sei die letzte Offenbarung, welche die verzerrten der früheren Propheten korrigiere.

Politisches Legitimationsinstrument Religion

Für bestimmte Aspekte des AS, des AM und auch anderer Anti-(n) etwa in Indien von entscheidender Bedeutung ist der Verschränkung von Religions- und Politiksystem (Verbindung von Staat und Kult).

Schon die Ablehnung des Kaiserkultes im Römischen Reich **bedeutete für das römische SKWP-System** einen Loyalitätsbruch, der **unabhängig vom wirtschaftlichen AS** eine negative Stimmung in System gegen die Juden provozierte.

Die christliche Vorherrschaft vollzog aber im Verhältnis zum früheren Kaiserkult eine wesentlich rigidiere Distanzierung und Ausschließung des Judentums:

Man erblickt zu Recht, insbesondere in den für die Antike typischen Formen der **politischen Struktur**, eines der wichtigsten und tragischsten Elemente in der Entwicklung des Antijudaismus. Die **mythische Reichsidee, der römische Kaiserkult**, das sakrale Pflichtopfer, alle waren sie Instrumente der Legitimitätsbegründung und Loyalitätsverfestigung. Waren zuerst nur die Juden diejenigen, die sich nicht anpassten, waren es jetzt auch die Christen. Mit der Anerkennung des Christentums (Mailänder Edikt 313 n. Chr.) und vor allem mit dem Codex Theodosianus im Jahr 438 n. Chr. und dem Erlass "Über die Juden" (553 n. Chr.) wurde die politisch soziale Stellung der Juden zur Mehrheitsbevölkerung in einem **sakral verfassten christlichen Staat entscheidend bestimmt (Ausschluss der Juden aus öffentlichen Ämtern und Verbot, Freie oder Sklaven zum Abfall vom Christentum zu bewegen)**. Der vom Judentum übernommene Erählungsanspruch wurde gegen das Judentum gekehrt.

Der sich christlich konsolidierende Staat übernahm die mythische Kaiseridee des heidnisch antiken Gemeinwesens. **"Das kaiserlich-christliche Regiment"**⁶¹ wurde als Abbild der himmlischen Herrschaft Gottes verstanden."

Antisemitismus ist daher in dieser Phase eine Folge der **Verchristlichung der Welt**, die zu einer konzisen Typisierung des Juden führte, die in der vorherigen Zeit offensichtlich nicht erfolgte. Sulzbach weist darauf hin, dass der christliche Antisemitismus im Gegensatz zur emotionalen Feindschaft seitens der Heiden einen *intellektuellen Vorgang* darstellt, **"eine logische Deduktion aus gegebenen Prämissen im Rahmen der christlichen Heilslehre"**. Als "Christusmörder", gelegentlich auch Gottesmörder, waren die Juden hinfort eindeutig definiert. Was sie an Vertreibung und Verfolgung hatten erfahren müssen, schien den Christen Beweis der Gerechtigkeit und des Zornes Gottes, der die Verwerfung des von ihm gesandten Messias ahndete.

⁶¹ Wie der Atlas über die Ideologiemilieus in Österreich in der Ersten Republik (unter Pf 01) zeigt, hatte diese Ideologie der Verbindung von Christentum mit weltlicher Herrschaft weit zurückreichende Wurzeln.

Hier handelt es sich jedoch um eine strukturelle Diskriminierung, welche in keiner Weise, wie Sarrazin meint, "hysterischen Ängsten, Erfindungen, Projektionen und Neidgefühlen" entsprang, sondern um eine sakral-politische strukturelle Ausschlussstrategie, welche **ALLE JUDEN**, die wirtschaftlich mächtigen und die bitterarmen in gleicher Weise traf. Wie Gamm richtig sagt: es handelt sich um eine logische Deduktion aus der christlichen Heilslehre und nicht etwa wie Sarrazin behauptet um hysterische Ängste, Erfindungen, Projektionen und Neidgefühle.

Im Rahmen dieses Koordinatensystems erfolgte dann die **wirtschaftliche Ausbeutung** der Juden im Mittelalter in der oben geschilderten Form.

Es ist mit Nachdruck festzuhalten, dass etwa das katholische Christentum zwar eine Verbesserung des theologischen Verhältnisses zum Judentum im Rahmen eines interkulturellen Dialogs versucht, wie aber Wolffsohn (in Fo 11, S. 69 f. im Aufsatz: Was eint oder was trennt "die Abrahamitischen Religionen") ausführt, sind die Grundkoordinaten der drei Religionen derart unterschiedlich, dass eine "Einigung" vor allem über das theologische Verhältnis der drei Religionen zueinander wohl kaum wahrscheinlich ist.

Ein typisches Überschneidungsproblem bildet folgende Vorgehen⁶²: Am 5. Februar 2008 gab der Heilige Stuhl überraschend folgende Neuformulierung Benedikts bekannt:

*„Oremus et pro Iudaeis. Ut Deus et Dominus noster illuminet corda eorum, ut agnoscant Iesum Christum salvatorem omnium hominum.
[Oremus. Flectamus genua. – Levate.]
Omnipotens sempiterna Deus, qui vis ut omnes homines salvi fiant et ad agnitionem veritatis veniant, concede propitius, ut plenitudine gentium in Ecclesiam Tuam intrante omnis Israel salvus fiat. Per Christum Dominum nostrum. Amen.“*

Die deutsche Übersetzung lautet:

*„Lasst uns auch beten für die Juden, auf dass Gott, unser Herr, ihre Herzen erleuchte, damit sie Jesus Christus erkennen, den Retter aller Menschen.
[Lasset uns beten. Beugtet die Knie. Erhebet Euch.]
Allmächtiger ewiger Gott, Du willst, dass alle Menschen gerettet werden und zur Erkenntnis der Wahrheit gelangen. Gewähre gnädig, dass beim Eintritt der Fülle aller Völker in Deine Kirche ganz Israel gerettet wird. Durch Christus, unseren Herrn. Amen.“*

Das katholische Christentum beweist aber etwa auch mit der Ansprache von Papst Benedikt XVI in Regensburg am 12.9.2006, dass es den **Islam** weiterhin als theologisch rückständig einstuft.

62 Zitiert nach Wikipedia

In dem bereits angeheizten Konflikt zwischen "Westen" und Islam hat die Rede zusätzliche Belastungen gebracht, die abgesehen von den direkten Zitaten gegen den Islam aus dem Jahre 1391 (Kaiser Manuel II Palaeologos) klar ersichtlich macht, dass der Papst dem Islam die im Christentum erfolgte Synthese zwischen griechischer göttlicher Logosvernunft und christlichem Glauben, der sich der (menschlichen) Vernunft verwehrt, erschließt, ausdrücklich abspricht und den Islam damit evolutionslogisch degradiert. Nicht mit dem Logos handeln sei dem Wesen Gottes zuwider. Auch nimmt der Papst an, dass im Christentum überwiegend die These von der Analogie zwischen der göttlichen und der menschlichen Vernunft anerkannt geblieben sei. (Es gibt also nicht eine Andersheit zwischen der Transzendenz und Andersheit Gottes und unserer Vernunft). Christlicher Gottesdienst ist Gottesdienst, der im Einklang mit dem ewigen Wort und unserer Vernunft steht (Röm. 12, 1).

Die Synthese zwischen biblischem Glauben und griechisch-philosophischem Denken, vermehrt um das Erbe Roms "hat Europa geschaffen und bleibt die Grundlage dessen, was man mit Recht Europa nennen kann."

Der Papst schildert dann eine 3-phasige Enthellenisierung (Reformation/Kant; liberale Theologie des 19. und 20. Jhdts./Harnack; naturwissenschaftliches Denken/Cartesianismus[Platonismus] und Empirismus; Aufhebung der hellenistischen Inkulturation des Christentums im interkulturellen Weiterbilden des Christentums).

Die Einladung an die anderen Religionen (Kulturen) geht daher für den Papst von seiner Synthese von Logos und Christentum aus. "In diesem großen Logos, in diese Weite der Vernunft laden wir beim Dialog der Kulturen unsere Gesprächspartner ein."

Vorweg ist festzuhalten, dass offensichtlich die Kenntnisse der islamischen theologischen Philosophie und vor allem der mystisch-philosophischen Traditionen im Vatikan nicht sehr hoch ist. Es gibt eine Reihe muslimischer Traditionen, die aufzeigen, worin die "Überlegenheit" des "letzten Propheten" Mohammed gegenüber den früheren bestanden hat. (Beispiel hier nur [Ib 70]). Auch finden sich im Islam, der ja auch das hellenistische Erbe verarbeitete, eine Vielzahl esoterischer Strömungen, die an Tiefe den vom Papst angedeuteten Bereichen in keiner Weise nachstehen.

Den in Europa lebenden Muslimen und daher auch den MM -Unterschichten wird daher hier wiederum ein politisch-religiöser Anti-Muslimismus präsentiert, von dem sie in ihren derzeitigen politisch-religiösen Lebensformen als minderwertig ausgeschlossen sind. Sie sind daher "eingeladen" sich diesem christlich-logischen Koordinatensystem anzupassen, da diese die Grundfesten Europas darstellten.

Es darf auch nicht übersehen werden, dass dieser religiöse Anti-Muslimismus deshalb sehr wirkungsmächtig ist, weil er als unterstützender Font und Folie für

das politisch-rechtliche Aufklärungsnarrativ fungiert, das den Muslimen das Fehlen einer Aufklärung zum Vorwurf macht. Wenn auch die Verbindung von Kult und Staat, zwischen Religion und politischem Systems seit der Aufklärung gelöst erscheint, so zeigen doch diese Argumentationsstränge, wie sehr ideologisch weiterhin das religiöse Element im Hintergrund des Narrativs wirksam bleibt.

Wir haben also zu beachten, dass die religiösen wie auch die politischen und wirtschaftlichen Konflikte, welche zwischen dem Christentum und dem Islam ausgetragen wurden, im Hintergrund des AM des Westens eine wichtige Rolle spielen.

So sind für die religiös-politische Dimension des AM in Österreich die machtpolitischen Konflikte mit dem Osmanischen Reich auch weiterhin prägend. Es würde zu weit führen, diese Entwicklungen hier nachzuzeichnen.

Wir weisen nochmals darauf hin, dass im Sinne der von uns präsentierten neuen Koordinatensysteme eine neue Vernunftreligion (ein neuer Logos), eine neue Politik- und Rechts-theorie und eine neue Theorie des Weltsystems vorliegen, in welcher sowohl dem päpstlichen Logos als auch der muslimischen Metaphysik eine Weiterbildung vorgeschlagen wird⁶³.

Interessant ist übrigens wie Reese-Schäfer⁶⁴ nachweist, dass Habermas einen Übergang vom Säkularismus zum Postsäkularismus vollzog, indem er etwa fordert, dass "auch die säkulare Seite einen Sinn für die Artikulationskraft religiöser Sprachen" bewahren müsse. Der freiheitliche, säkularisierte Staat zehrt von normativen Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Er könne nicht die kommunikative Intensität erbringen, die zur Bildung tiefgreifender ethischer Verbindlichkeiten erforderlich sei. "Der moderne Staat müsse daher auf ethische Überlieferungen traditionaler, vor allem religiöser Art zurückgreifen, denen er aber durch das weltanschauliche Neutralitätsgebot ständig zugleich den Boden entzieht " (Böckenförde-Paradoxon). Habermas scheint hier nach Reese-Schäfer die Variante eines beidseitigen Lernprozesses zu favorisieren, in dem "die Traditionen der Aufklärung und die religiösen Lehren sich zur Selbstreflexion auf ihre jeweiligen Grenzen nötigen." Im Rahmen des Begriffes der Postsäkularität sei für Habermas besonders das normative Postulat enthalten, wie gläubige und ungläubige Bürger miteinander umzugehen hätten. Religiösen Überzeugungen müsste in einem solchen Postulat auch aus Sicht des säkularen Wissens ein epistemischer Status zugestanden werden, der nicht schlechthin "irrational" sei. Auf die letztlich sehr unterschiedlichen Thesen zum Begriff der "Vernunft" bei Ratzinger und Habermas müssen wir hier nicht eingehen, da wir einen neuen Begriff der Göttlichen Vernunft vorstellen, der die bisherigen Begriffe des Logos evolutiv überschreitet.

⁶³ Vgl. unter 5 bis 7.

⁶⁴ In (Fo 11) im Aufsatz: Jenseits von Kulturkampf und Rückkehr der Religionen.

4.2.8.4 Aspekte des rassistischen AS

Wir wiederholen nochmals die Entwicklung des rassistischen AS, weil diese Position zeigt, **wie nahe sich etwa Sarrazin bereits wieder derartigen, fatalen Narrativen nähert.**

Diese neue Spielart der Judenfeindschaft wurde zur gefährlichsten und folgenreichsten Irrlehre, die im modernen Europa überhaupt entstand. Sie birgt in sich manche Züge, die sie als Säkularisationserscheinung kennzeichnen und ihr den Charakter einer Art Ersatzreligion verleihen.

Der rassistische Antisemitismus vermochte in so vielen Gemütern schwere Verwirrung hervorzurufen, weil er an die Wissenschaftsgläubigkeit des 19. Jahrhunderts anknüpfen konnte.

Da sich mittels einer "wissenschaftlichen" Rassenlehre die Judenfeindschaft scheinbar aus dem Bereich bloßer Überzeugungen erhob und sich objektivierte, verfochten viele mit geradezu priesterlichem Ernst die Unfehlbarkeit der neuen, angeblich auf "Forschung" beruhenden Doktrin, deren ideologischer Charakter ihnen entweder verborgen blieb oder bewusst übersehen worden war. Ein neuer rassistischer Wissenschaftsenthusiasmus kam auf.

Der rassistische Antisemitismus trat nicht sogleich mit seiner biologischen Begründung auf, sondern versuchte sich zunächst mit allgemeinen Bestimmungen jüdischer Merkmale.

Als eigentlicher Begründer der Rassenlehre und biologischen Geschichtsbetrachtung wirkte der Franzose Graf Gobineau (1816 – 1882). Sein Buch über "Die Ungleichheit der Menschenrassen" ist ein Versuch, Kulturgeschichte aus der biologischen Zugehörigkeit der jeweiligen Gruppen zu erklären und ihre "Blutmischung" zu berücksichtigen. Er vertrat den Gedanken, dass Anlagen unverändert bewahrt würden, sofern die "Rasse" sich rein erhalte. Vermische sie sich mit anderen, folge unfehlbar eine Minderung ihrer Qualität. Er unterschied zwei große Rassegruppen: die produktive und staatengestaltende "arische" Gruppe und die destruktive "hamitisch-semitische" Gruppe. Von den "Ariern" rühre alle Kultur her und darum hänge auch das Schicksal der Welt an ihrem biologischen Bestand.

Pauley weist auch auf Wilhelm Marr hin, der den Begriff "Antisemitismus" erstmals benutzte, da er von den bisherigen christlichen Argumenten gegen die Juden zum Bild einer verschlagenen, wurzellosen, verschwörerischen Rasse überging.

Eugen Dühring (1833 – 1921) vermittelte dem Antisemitismus einen weiteren Akzent. Er vollzog die erste nachchristliche rassistische Interpretation der Juden.

In der christlichen Welt hatte die Überzeugung gegolten, dass der sakramentale Gnadenempfang in Gestalt der Taufe in die neue christliche Existenz überführe und alles Frühere damit hinfällig sei. Die Taufe war Heilereignis für die Person, verwandelte sie und fügte sie dem "Neuen Bund" ein. Dühring dagegen betonte, dass am rassistischen Befund durch die religiöse Zeremonie nicht das mindeste geändert werde, sondern dass es eine unaufhebbare *blutsmäßige* Bestimmung des Menschen gebe. Ein Jude bleibe Jude, wie immer er sich entscheide, was immer er "äußerlich" an sich vollziehen lasse.

Dühring hat damit nicht nur prinzipiell die Entscheidungsfähigkeit des Menschen bestritten, sondern gleichzeitig den Propagandastil des Dritten Reiches vorgeformt, in dem das Rassendogma alle jüdenfeindlichen Einzelmaßnahmen steuerte.

Wie sich der Chor der rassistischen Antisemiten in der Folge verstärkte, kann nicht im Einzelnen aufgezeigt werden. Lediglich die Namen Paul de Lagarde (1827 – 1891), Ernest Renan (1823 – 1892), und H. St. Chamberlain (1855 – 1927) seien noch genannt.

Wir sollten bedenken, dass etwa Sarrazin ständig auf wissenschaftliche Forschungsergebnisse hinweist, wenn der die mangelnde Intelligenz bestimmter Völker, die genetische Präformierung und die Vererbungskoeffizienten von Intelligenz nachzuweisen versucht.

Die MM-Unterschichten erweisen sich infolge ihrer mangelnden sozialen Verankerung, Bildung, sozialen Position und "fremdartigen" Herkunft geradezu prädestiniert für derartige Behauptungen. Keine Frage: **Sarrazin verstärkt mit derartigen Thesen die Entwicklung rassistischer Argumente in der Bevölkerung.**

4.3. Rassistisches Multitasking im Anti-Türkismus (AT)

Der Anti-Türkismus richtet sich überwiegend nicht gegen "die Türken", obwohl sogar in der Zeitschrift "Die Stimme" von den "Türken" gesprochen wird. Die Rassismen richten sich überwiegend gegen **türkischstämmige** Österreicher, welche die österreichische Staatsbürgerschaft schon lange besitzen. Wir sprechen daher hier nicht von den Türken sondern von Türk-Österreichern (TÖ). Als Türken (T) bezeichnen wir nur jene Gruppe, die in Österreich lebt, ohne bereits die Staatsbürgerschaft erhalten zu haben.

Der Anti-Türkismus ist eine spezielle Unterform des unter 4.3.2 dargestellten Anti-Muslimismus (AM). Zu den reichen Funktionen, welche der AM im System der Mehrheitsgesellschaft erfüllt, vermag der Anti-Türkismus⁶⁵, (im Folgenden

⁶⁵ Der Antitürkismus speist sich in der BRD und in Österreich teilweise aus unterschiedlichen Quellen. In beiden Ländern wird den Türken grundsätzlich seit den ersten Gastarbeitertagen Unterwertigkeit und Primitivität attestiert. Abdel-Samad (S. 85 f.) erwähnt folgende Faktoren, welche das Verhältnis zwischen Biodeutschen und Türken zusätzlich belasten: Anlässlich der zweiten Ölkrise wurde mit dem Rückkehrgesetz für Rückkehrwillige eine „Türken-raus-Prämie“ angeboten, die von vielen Türken, die blieben, als Demütigung und Kränkung empfunden wurde. (Diese Kränkungen „linderte“ Erdoğan durch seine Hinwendung zu den Gedeemütigten). Nach der Wiedervereinigung, hatten die neuen Bundesländer Vorrang, die Gastarbeiterkinder mussten sich ganz hinten anstellen. Auch die Osis ließen die Türken spüren, dass sie nur „Stiefkinder“ sind. „Man kann als ehemaliger Türke mit Leib und Seele Deutscher sein und wird von der Mehrheitsgesellschaft doch als Außenseiter betrachtet. Auch wer sich Mühe gibt, wird nicht inkludiert, er bleibt der Fremde.

Es folgten brutalste Übergriffe von Rechtsextremen und Neonazis auf Ausländer, u.a. Türken; dies führte zu Verängstigung. Es kam zu Ausschreitungen der türkisch-nationalistischen Grauen Wölfe, von Kurden und deutschen Autonomen. Der 11. September brachte die nächste Stufe des

AT) noch einige hinzuzufügen. Unsere Analyse vermag **alle** in einer Gesellschaft vorhandenen Funktionen von Rassismusvarianten (oder Diskriminierungsstrategien) in einem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang darzustellen, wodurch gegenüber den zumeist punktuellen und partialen Analysen erhöhte empirische Präzision und Interdependenz erreicht wird. Welche Funktionen sind für den AT nachweisbar?

Die "Stimme" Zeitschrift der Initiative Minderheiten widmet der Frage "Warum die Türken?" ein eigenes Heft⁶⁶. Die in den Beiträgen punktuell erwähnten Funktionen tragen wir hier ebenfalls in unser Gesellschaftsmodell ein, wodurch alle Einzelfunktionen ihre systematischen Bezüge erhalten.

Von ähnlichen Analysen unterscheidet sich unsere Studie vor allem in den Vorschlägen zur Überwindung derartiger Rassismen. Unter 5.2. wird dargestellt, was es für jede der Funktionen **inhaltlich** bedeuten müsste, die Kräfte des Rassismus durch diejenigen eines universalistischen Humanismus zu ersetzen. Diese Prinzipien gelten daher auch für die Überwindung des AT.

4.3.1 a) Rollentheorie – Die Rolle der Türken

Die Rollentheorie kann für kritische Migrationstheorie nur dann herangezogen werden, wenn man nicht annimmt, dass jeder in der Gesellschaft gleichsam auf natürliche Weise eine Rolle zugewiesen erhält, die er dann auch spielt. Rollen werden einzelnen Personen und Gruppen oft im Rahmen struktureller Gewalt aufgezwungen, man wird gezwungen, minderwertige Rollen zu spielen, Fähigkeiten und Entwicklungshorizonte

gegenseitigen Vertrauensverlustes (Generalverdacht gegen Muslime). Die Sarrazin-Debatte und der **NSU Skandal** folgten als weitere Belastungen der Beziehungen.

Im Verhältnis zwischen Österreich und den Türken spielt im Hintergrund die Geschichte der Kämpfe zwischen den Habsburgerreich und den Osmanen eine nicht unbedeutende Rolle beim Negativbild der Türken.

65 Um den Anti-Christianismus und die Anti-Westmoderne der Muslime inhaltlich zu erschließen, sind die geschichtlichen Entwicklungen zwischen Islam und Christentum, vor allem seit der Zeit des westlichen Kolonialismus heranzuziehen. Vor allem die Segmente des Islamismus bildeten die extremen Haltungen aus.

Die Spannung zwischen Westmoderne und Antiwestmoderne haben wir gründlich in der Arbeit [9] Islam-Hybride. Imame und Integration. 2015. URL: <http://or-om.org/Imameundintegration.pdf> behandelt. Dies ist das Kräftefeld das sich mit dem Anti-Muslimismus der heimischen Bevölkerung trifft.

66 http://minderheiten.at/images/stories/stimme_78.pdf

verkümmern zu lassen, in Negativ-Rollen abgedrängt, inadäquate Persönlichkeitsprofile zu stabilisieren. In der hier benützten, von Habermas differenzierten Form, werden diese kritischen Reflexionen über gesellschaftliche Rollen in das Narrativ eingebaut.

In der österreichischen und deutschen Gesellschaft werden Rollen der autochthonen Mehrheitsbevölkerung bereits darüber formuliert, dass man den TÖ, DT und T bestimmte negative Kontrastrollen zuteilt.

4.3.1.1 a1) Rollentheorie – Repressionstheorem

Der Umstand, dass die interpretierten gesellschaftlichen Bedürfnisse nicht gänzlich in gesellschaftlich lizenzierte – als Rollen institutionalisierte – Wertorientierung umgewandelt werden können (Bedürfnisrepression), führt zu Tendenzen der Abgrenzung anderer von den Bedürfnisbefriedigungsmöglichkeiten (1. *Begrenzung des Zugangs zu sozialen Quellen und sozialer Macht*) bzw. zur bestrafenden Abstoßung derjenigen, welche die infolge der Repression erforderlichen Wertstrukturen nicht realisieren (2. *bestrafende Selbstreinigung und Selbstwerterhöhung*).

Der AT bietet für diese beiden Funktionen der Vorurteilsbildung äußerst günstige Möglichkeiten der Rollengestaltung. Eine der wichtigsten Thesen unserer Arbeit ist ja der Nachweis, dass besonders die beiden angrenzenden Schichten **über** der neuen Unterschicht der TÖ über ihre Interessenvertreter und politische Agitatoren auch der Mittelparteien den Zugang der TÖ zu sozialen Ressourcen und sozialer Macht begrenzen wollen. Umgekehrt wird dann den "integrationsunwilligen" TÖ eine Vielzahl von Zivilisationsmängeln vorgeworfen, um damit eine bestrafende Selbstreinigung und Selbstwerterhöhung zu erreichen. Diese 2. Funktion ist natürlich nicht auf die autochthonen Fach- und Hilfsarbeiterschichten begrenzt sondern reicht in "höhere" Schichten, in die "besten" politischen, publizistischen und religiösen Kreise. In der Gestaltung der Individual-Rollen dieser Schichten spielen die Negativ-Rollen der TÖ und T eine wichtige Rolle.

Die unter (Pf 77) ausgewerteten Umfragen wiesen für die T⁶⁷ besonders zwei Eigenschaften in erhöhtem Ausmaße nach: **schmutzig und primitiv**. Das galt für alle Gastarbeiter, für die T aber in höherem Maße. Mit der Verfestigung der Schichte der TÖ kamen als Negativ-Konnotation der **Islam** hinzu und in den letzten Jahren wird – unter Instrumentalisierung der historischen Dimension der Türkenbelagerungen die Eigenschaft "Türke" zu sein, als weiteres Negationselement eingesetzt.

4.3.1.2 a2) Rollentheorie – Diskrepanztheorem

Bereits die Definition von Rollen durch die Gesellschaft gelingt leichter, wenn negative Kontrastgruppen geschaffen und erhalten werden können, die zeigen, wie man es nicht machen soll (3. *Verdeutlichung der Rollendefinition durch Kontrastgruppen*). Durch stigmatisierende und kontrastierende Abstoßung anderer gelingt unter Umständen eine sichere und deutlichere Selbstdarstellung (4. *Identitätsfestigung durch Kontrasteffekte*).

[*Ausländer*: schmutzig-primitiv] → [*Muslime*: zivilisatorisch hinten geblieben, vormodern, vor-aufklärerisch, fanatisch, Unterdrückung der Frauen, usw.] → [*Türke*: unzivilisiert, grausam, wild, kriegerisch, fanatisch usw.] sind praktikable Vorstellungen für die Erzeugung negativer Kontrastgruppen.

Um umgekehrt Trivialisierungen und vereinfachende Gegenkontraste zu vermeiden ist es aber äußerst wichtig zu fragen, in welchem Ausmaße jeder einzelne Österreicher derartige Instrumentalisierungen von Klischees bei der Bildung welcher Gruppenidentitäten heranzieht und einsetzt. Man sollte daher in diffizileren Studien gerade diesbezügliche Abfragen unter Benützung der Elemente des Gesamtsystems durchführen. Ist das nicht eine zu komplizierte Forderung? Sicherlich nicht, wenn man bedenkt, dass jede Partei ständig Meinungsbefragungen in Auftrag gibt, welche so komplex wie Wählerstromanalysen sind.

4.3.1.3 a3) Rollentheorie – Rollendistanztheorem

⁶⁷ Damals waren die T noch nicht TÖ.

Die Art der Integration der Normen bestimmt die Rollendistanz. Die im Rahmen der Internalisierung der Normen erfahrenen Erziehungsprozesse und die im Laufe der Erhaltung eines Normenstandards entstehenden Spannungszustände führen zur Tendenz, andere, die diesen Standard nicht erfüllen, zum Ausgleich oder zur Spannungsentladung mit bestrafender Abstoßung zu belegen (*5. Ausgleichs- und Entlastungsprozesse, bedingt durch bestimmte Erziehungsmethoden und Gegensatzspannungen zwischen Überich und Es*). Besonders bei externalisierter oder neurotischer Überich-Bildung sind derartige Entlastungsfunktionen der Vorurteile relevant.

Selbst wenn man das Freud'sche Schema [Über-ich, Ich und Es] als selbst einem evolutiven Punkt westlicher Wissenschaftsbildung zugehörig und in diesen gebunden relativiert, ist doch die 5. Funktion der Ich- und Rollenbildung funktionell überzeugend und liefert auch im AT wertvolle analytische Hinweise. Bei welchen Gruppen der autochthonen Mehrheitsgesellschaft "externalisierte und neurotische Über-Ich-Bildungen" vorliegen, die zu einer verstärkten Abwertung der TÖ und T führen, ist zu untersuchen. Die Instrumente der Abwertung führen wir bei einer Reihe der Faktoren unter 4.3.3. an.

4.3.2 b) Familienstruktur

In der Familie werden jedem Mitglied Rollen zugewiesen, die sich stabilisieren. Auch hier werden unter Umständen Vorurteile zur Stigmatisierung eingesetzt, um im Rahmen einer bestimmten Rollenverteilung ein relatives Familiengleichgewicht herzustellen (*6. vorurteilsmäßige Rollendefinitionen und Verteilungen mit Stabilisierungsfunktion*). Hier erlernte Abgrenzungsmechanismen und -inhalte wirken auf die weitere Vorurteilsneigung einer Person besonders deutlich ein.

Allein im Bereiche der Theorie der Familienidentitäten wäre eine gesonderte, differenzierte Abhandlung erforderlich, die Probleme darzustellen. Im Gesellschaftssystem der Mehrheitsgesellschaft sind die Familientypen bereits nach gesellschaftlicher Schicht, Generationen usw. enorm unterschiedlich. Diese differenzierten

Muster in ihren Sozialisationsformen treffen auf die in der öffentlichen Wahrnehmung verdichteten Informationen über die rigiden, autoritären, repressiven Familienstrukturen der TÖ und T mit ihrer Familienehre, der andersartigen Erziehung sowohl der Knaben als auch der Mädchen. Wenn auch die starken **Familiensolidaritäten** der TÖ und T nicht unerkannt bleiben, so werden sie doch gegenüber den betont negativen, Unterdrückungsmechanismen eher nur in Fußnoten erwähnt. Ein weites Feld der Instrumentalisierungsmöglichkeit zur Überdeckung eigener familiärer Defizite und der Hebung des eigenen Selbstwertes.

4.3.3 c) Geschlechtsidentität

Die Emanzipationstheorien, die vorne erwähnt werden, zeigen, dass die gesellschaftlichen Rollen der Frau in bestimmten Bereichen weiterhin durch Diskriminatorik strukturell präformiert sind, die ein harmonisches Verhältnis von Mann und Frau verzerren (7. *Stabilisierung inadäquater Rollenbilder der Frau*). Die Gesellschaft konstituiert und stabilisiert inadäquate Geschlechterverhältnisse.

Auch hier tritt in der öffentlichen Wahrnehmung das Rollenbild der unterdrückten, einer Befreiung durch aufgeklärte westliche Männer bedürftenden (TÖ und T) Muslima in den Emanzipationsdiskurs. Kopftuchstreit, Zwangsverheiratung und die übrigen Parameter des Diskurses bilden ein weites Feld der Negativ-Aufladung des Verhältnisses zu TÖ und T. Erwähnt sei hier nur (St 08) als eine sehr seriöse Studie, welche versucht dem Umstand Rechnung zu tragen, dass im Rahmen interkultureller Untersuchungen und Diskurse enorm schwierige Hürden überwunden werden müssen, wenn man zu einer "adäquaten" Abwägung der Differenzen gelangen will. Jedes soziale Verhaltens- und Wertsystem impliziert eine "innere Rationalität und Logik. Wird dieses Wertsystem von außen, aus einer anderen Rationalität heraus dekonstruiert, zerstört diese Destruktion auch die Integration des involvierten Subjektes oder Gruppe in sein bisheriges System und soziales Umfeld. Von derartigen Überlegungen sind die meisten Personen der Mehrheitsgesellschaft noch weit entfernt.

Aus der Sicht unserer Interkulturalitätsthesen müssen darüber hinaus zusätzliche Ebenen der **Universalität** evolutiv eingeführt werden, um auch im Feld des Feminismus adäquate Erkenntnis- und Lebenshorizonte zu gewinnen.

4.3.4 d) Bezugsgruppen im weiteren Lebenszyklus

Bereits in Gruppen können verschiedenen Mitgliedern stigmatisierende Rollen zugewiesen werden, die für die Aufrechterhaltung der inneren Balance notwendig sind. Auch kommt bei Ausstoßungsprozessen einzelner Mitglieder zum Zwecke der Spannungsentladung in der Gruppe (Sündenbockstrategie) den Vorurteilen Bedeutung zu.

Gruppensolidaritäten (Gruppenidentitäten) werden häufig nur über deutliche (vorurteilsmäßige) Abgrenzung gegenüber anderen Gruppen erreicht (*8. Stabilisierung und Formulierung von Gruppenidentitäten durch Abgrenzung einzelner Mitglieder oder anderer Gruppen*).

Die Funktion der Vorurteile in diesem Bereich wird bei weiterer Differenzierung der Bezugsgruppen deutlich:

Gruppenidentität in der Herkunftsfamilie, bei Schulkollegen, in der Arbeits- und Freizeitwelt, Familienidentitäten, Identitäten im Alter, Schichtidentitäten, zeitweilige Massenidentitäten, national-völkische Identität, "rassische" Identität.

Hinzu kommen Gruppenidentitäten, die auf eine spezifische Ebene der Gesellschaft bezogen sind: kulturelle, religiöse, politische, ökonomische, auf Spezialgebiete der Sprache spezialisierte Gruppen (wissenschaftliche und künstlerische Schulen, Forschungsgruppen usw.).

Hier werden die Funktionalitäten des AT bei **Gruppen-Bildungen** thematisiert.

Abgesehen von so bekannten Phänomenen wie die Anti-Türken-Gangs unter Jugendlichen finden sich im System der

Mehrheitsgesellschaft "in allen Ecken und Enden" Gruppen, für deren Stabilisierung auch der AT dienlich ist.

4.3.5 e) Schichtidentitäten, bestimmt durch die Ebenen

"Höhere" Schichten grenzen sich gegenüber "niederen" Schichten vorurteilsmäßig ab, um sich als solche darzustellen und zu stabilisieren und die niederen Schichten vom Zugang zu ihren ökonomisch-politischen, aber damit auch kulturellen, sprachlichen und gesellschaftlichen Quellen auszuschließen (*9. vorurteilsmäßig artikulierte Abgrenzung anderer Schichten vom Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen*). Die "niederen" Schichten entwickelten im Rahmen der Hybridisierung (1.3.3.1.8) Gegenvorurteile, wobei wir zu bedenken haben, dass die Wechselprozesse nicht symmetrisch, sondern durch die Tendenz zur Herrschaft verzerrt sind (strukturelle Gewalt).

Eine Zentralthese unserer Migrationstheorie besagt, dass die Bildung neuer migrantischer Unterschichten unter den untersten Schichten der Mehrheitsgesellschaft den Schlüssel des "Integrationsproblems" in der BRD und in Österreich darstellt. Die Abgrenzungs- und Ausgrenzungskräfte, die an dieser Stelle des Systems gegen die TÖ und T am Werk sind, müssen daher besonders aufmerksam erkannt, **anerkannt** und analysiert werden. Die Nicht-Anerkennung und offene Behandlung dieser Problemzone mutet bisweilen geradezu geheimnisvoll an.

In der Wechselbeziehung zwischen den Ebenen mit den Schichten liegen signifikante Komponenten, wir wollen daher exemplarisch einige Bereiche besonders betrachten:

4.3.6 e1) Religion

Wir müssen sehen, dass einerseits nicht für alle Schichten einer Gesellschaft religiöse Systeme und vor allem religiös bestimmte Kulturwerte die gleiche Bedeutung besitzen (z. B. katholische Werte in den verschiedenen Schichten in Österreich, Schichtverteilung hinsichtlich des Kirchen-Volksbegehrens und fundamentalistischer Richtungen, Spannung zwischen

Reformjuden, konservativen und orthodoxen Richtungen, laizistische und fundamentalistische Strömungen des Islam auch in Österreich).

Vor allem aber sind gesellschaftlich jene Spannungen von Bedeutung, die zwischen den Vertretern unterschiedlicher Religionszugehörigkeit entstehen, wie sich diese auf verschiedene Schichten auswirken und wie sie unter Beachtung der Schichtstreuung politisch aktiviert werden können.

Beispiel 1: Unser Atlas in (Pf 01) zeigt, in welchen Zusatzdimensionen religiöse Ansätze in der Ersten Republik eingebettet waren. Ein monarchischer Katholizismus bei bestimmten Rechtsgruppierungen, ein republikanisch-ständetheoretischer, klerikaler Rom-Katholizismus anderer rechter Gruppen, die Los-von-Rom-Bewegungen deutscher Nationalisten und schließlich die Belebung nordischer Religionsvarianten stehen dem Atheismus und Antiklerikalismus der Marxisten gegenüber. Die Verteilung dieser Positionen auf die Schichten der Bevölkerung ist ebenso wichtig wie der Umstand, dass die meisten mit einem Antijudaismus und Antisemitismus gepaart waren. Umgekehrt bemühten sich die politischen Gruppierungen darum, besonders die ökonomisch labilisierten Schichten mittels religiöser Argumente zu manipulieren.

Die gesellschaftlichen Verbindungen zwischen den Ebenen Religion, Kultur, Wirtschaft und Politik in den Schichten des Gesamtsystems können für religiös-kulturell bestimmte und negativ fixierte Minoritäten explosive Ausmaße annehmen. Die Verantwortung der bestimmenden Führungspersönlichkeiten im Bereiche der Religion (z. B. Vatikan oder Bischöfe und Priester), der politischen Führer (Regierung und Parteiführer) sowie der führenden Kräfte in der Wirtschaft ist in diesem Bereich beachtlich. Die Erzeugung, Erhaltung und zeitweise Verstärkung religiös-kultureller Diskriminierung ist als einzelpsychische und kollektive Basis für politisch-wirtschaftliche Instrumentalisierung von Konflikten nach wie vor eines der bedeutendsten Mittel (9a. *Erzeugung, Erhaltung und zeitweise Verstärkung religiös-kultureller Diskriminierung*).

Die im AT hier wirksamen Kräfte müssen auf jeden Fall im übergeordneten Feld 4.3.2.8 des Anti-Muslimismus gesehen werden. Die Konkretisierung des AM im AT bedeutet für die TÖ und T eine zusätzliche Bedrohung, Belastung und Marginalisierung. Das Ablehnungspotential wird kumulativ verstärkt und konkretisiert.

In diesem Bereich werden in der "Stimme" aber auch in anderen kritischen Medien der MigrantInnen zu Recht die neuesten Entwicklungen des AT mit größter Sorge beobachtet und angeprangert.

Über das Vehikel einer manipulativen Wiederbelebung geschichtlicher Phänomene der Türkenbelagerungen – die heutige sei die dritte Türkenbelagerung Europas – wird eine Konfrontation zwischen dem **christlichen** Abendland und den wilden, **islamischen**, türkischen Feinden konstruiert⁶⁸. Bei der 2. Türkenbelagerung wurde nach diesem Narrativ das Abendland vor der Gefahr aus dem Osten gerettet. Es bildet sich damit ein Modell und Vorbild für die Abgrenzung des bedrohlich "Anderen". So wie damals – so auch heute. Von den politischen Eliten wird eine Angst vor Vereinnahmung suggeriert und dann bedient. Anachronistische Geschichtsaktualisierungen richten sich seit 1980 konkret gegen die Türken, als den "islamischen Feind". Bedrohungsgefühle entstanden vor allem durch verstärkte Zuwanderung und Familienzusammenführung und den internationalen islamischen Terror. "Instrumentalisierungen einer heroischen Vergangenheit unter Bezugnahme auf gegenwärtige migrations- und integrationspolitische Themen finden sich besonders in gesellschaftlichen Umbruchzeiten zur Stabilisierung einer als bedroht empfundenen 'Wir'-Identität in Abgrenzung von einem '(orientalischen) Anderen'". Historische Ablagerungen ermöglichen eine spätere Instrumentalisierung. Eine von uns unter 1.3.3.1.8 f. allgemein erarbeitete Hybriditätsstrategie erwähnen die Forscherinnen des DOC-Team Projektes bei den TÖ und T MigrantInnen. Die türkische community hat sich die Schlacht von 1683 positiv angeeignet. Die Türken waren schon früher da, wir sind nicht die ersten Türken in Wien. Die 2. Türkenbelagerung wird nicht als Niederlage sondern als ein Erfolg des damals mächtigen Osmanischen Reiches gesehen, das es sogar bis an die Tore von Wien gebracht hat." Im Gedächtnis der Mehrheitsgesellschaft verankerte hegemoniale Geschichtsversionen und damit verbundene negative

⁶⁸ Die Beobachtungen dieses Absatzes ergeben sich aus "Die Stimme" 78: Mythos 1963. Auf den Spuren eines Feindbildes. Silvia Dallinger, Judith Pfeifer, Johanna Witzeling: ÖAW-DOC-Team.

Stereotypisierungen werden hier mittels positiver Selbstaneignungen überschritten, um schließlich über 'hybriden Widerstand' ein neues Selbstbewusstsein zu schaffen."⁶⁹ Es entsteht daher eine Bedeutungsoffenheit für alternative Narrative, die auch für die türkische Minderheit identitätsstiftend und gemeinschaftskonstituierend ist. Die Benützung des Narrativs durch die katholische Kirche (250-jähriges Jubiläum der "Türkenbefreiung Wiens") wie auch durch die FPÖ (Wahlkampf 2009 Strache mit Kreuz) sind nur Einzelfacetten dieser AT-Zone. Die Forscherinnen monieren insbesondere eine Dekonstruktion vorhandener historischer Narrative und deren Zeugen (in Denkmälern, printmedialen Diskursen und Schulbüchern).

Cengiz Günay⁷⁰ ergänzt diese Überlegungen noch durch folgende Aspekte: Es gibt die guten In-Group Ausländer, welche die gleiche Sprache sprechen, dieselbe Hautfarbe besitzen, dem gleichen "Kulturkreis" angehören und es gibt die Out-Group-Ausländer mit negativen Merkmalen, eben die Türken. Sie gehören einem anderen "Kulturkreis" an, sie stellen ein "homogene Gruppe" dar, sie sind in Kultur und Religion verschieden, auch in Moral und Tradition. Ihre Lebensweise unterscheidet sich vom "Wir" der In-Group. Es kommt zu einer homogenisierenden **Orientalisierung der Türken**. Sie bilden damit die kulturelle Antithese zum europäisch- abendländischen "Wir". Wie wir an mehreren Stellen erwähnten kommt es auch hier zur Bildung des Selbstbildes des Österreichers der Mehrheitsgesellschaft zur Definition des "Wir" ethnozentristisch, nationalistisch, christlich-abendländisch). Günay erkennt weiter richtig, dass sich dadurch auf beiden Seiten einander ausschließende, statische, homogene Identitäten bilden.

⁶⁹ Vamik Volkan berichtet in Standard vom 30.4.2011: "Als türkischsprechender Mensch ist mir aufgefallen, dass dort (am Kahlenberg S.P.) unabhängig voneinander, viele türkische Einwanderer unterwegs waren. Ich fragte mehrere Gruppen, warum – und habe 16 mal die gleiche Antwort bekommen: 'Wissen Sie denn nicht, was das hier für ein Ort ist? Bei der zweiten Türkenbelagerung stand hier das Zelt des Großwesirs.' Diese türkischen Einwanderer verwenden ihren freien Tag, um am Kahlenberg ein wenig osmanischen Mythos zu schnuppern – der dort übrigens mit Niederlage verbunden ist. Ihre Identität ist noch nicht österreichisch genug, vielleicht weil sie gesellschaftlich Druck erleben."

⁷⁰ "Die Stimme" 78: Gastarbeiter-Fremde-Türken. Die Chronologie eines Diskurses.

Die Eigenschaften der Türken werden auf den Islam zurückgeführt. Es kommt zu einer religiös determinierten Trennlinie. Die Rhetorik wird vor allem von der ansonsten anti-klerikalen FPÖ bedient. Der globale islamkritische Diskurs bildet eine Hintergrundangst, die weiter geschürt wird. Man geriert als Verteidiger des Abendlandes wobei Wähler des katholisch-konservativen Lagers und Zuwanderer aus den Balkanstaaten (serbische Wähler) zu einer heiligen Allianz gegen die Türken zusammengeschweißt werden sollen. Die Türken füllen die abstrakte Gruppe der "Muslime" konkret und handfest aus.

4.3.7 e2) Politik – Ideologien

Die politische und soziologische Theorie befasst sich bekanntlich stark mit der Frage, mit welchen Mitteln gesellschaftliche Veränderungen durch neue Grundsätze erreicht werden sollen. In der Ersten Republik sehen wir etwa die Theorie des autoritären Ständestaates der Theorie der Vernichtung aller Klassen durch die Diktatur des Proletariats gegenübergestellt. Zweifelsohne hat jede der Theorien der anderen den Ideologievorwurf gemacht. Mises versuchte, dem Rassismusbegriff mit der Gegenüberstellung von *falscher* Ideologie und *richtiger* Wissenschaft beizukommen. Wann also ist Wissenschaft nicht ideologisch? Oder hat jede wissenschaftliche Theorie einen sie ideologisch verkürzenden Anteil?

Wir können etwa aus den Grundideen ableiten, dass evolutionslogisch im Atlas der Ersten Republik (unter Pf 01) die Ideologie des autoritären Ständestaates eine reaktive Rückwärts-Utopie darstellt, um eine Gesellschaft in einen bereits überlebten Zustand zurückzuführen. Der Marxismus wiederum ist eine radikale Vorwärts-Utopie, welche mit gegenüber den universalistischen Grundideen mangelhaften theoretischen Begriffen und mit exzessiv mangelhaften radikalen Mitteln mangelhaft ausgebildete gesellschaftliche Zukunftsstrukturen realisieren will. Beide besitzen daher ideologische Verkürzungen und Verblendungen.

Bekanntlich versuchen politische Eliten, politische Macht zu erlangen oder zu erhalten, indem sie bestimmte Schichten für ihre

Ideologien zu gewinnen versuchen. Die Ideologien instrumentalisieren diskriminatorische Elemente, mit denen existentielle Labilitäten der Schichten thematisiert werden (9b. *ideologisch verkürzende Diskriminatorik als Instrumentalisierung in einem politischen "Lager"*). Die ideologische Verkürzung besteht darin, dass mit diesem Ansatz die Komplexität des gesellschaftlichen Zustandes nicht adäquat behandelt wird.

Die unter 4.3.3.6 dargestellten Mechanismen und Instrumentalisierungen des AT sind eng mit der politischen Ebene verknüpft. Es wäre aber eher zu einfach, die politisch-religiöse AT-Agitation in Österreich allein der FPÖ zuzuschreiben. Da die SPÖ zum Teil um die gleichen Wählergruppen mit der FPÖ konkurriert und die ÖVP auch ein Abwandern von Kernwählerschichten zur FPÖ verhindern will, werden versteckte und offene Rechtsauslegungen des Argumentationsmaterials ebenfalls einen "gemäßigten" AT fördern.

Auf der politischen Ebene haben aber außer den Grünen alle Parteien eine weitere Variante des AT zu verantworten, der sich aus der leidlichen EU-Vollmitgliedschaftsdiskussion der Türkei ergibt. Hier stellt Günay richtig fest. Als 2004 die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen erfolgte, hat das Thema die FPÖ im EU-Wahlkampf 2004 negativ aufgegriffen. Die SPÖ hat aber sehr bald auch einen Schwenk zur gleichen Hardliner-Position durchgeführt, was wiederum den Druck auf die ÖVP-FPÖ-Koalition erhöhte, die Negativhaltung zu verstärken. Man muss allerdings festhalten, dass keineswegs nur in Österreich diese AT EU-Beitrittshaltung sich derart verstärkte, sondern dass auch in der BRD und in anderen Ländern die Ablehnung zunahm. In Österreich wurde sie aber auf den bisher behandelten Font historischer Vorbelastungen funktional aufgesetzt. Die SPÖ wollte mit ihren Schwenk auch wieder Teile ihrer Basis (also autochtone Fach- und Hilfsarbeiterschichten!) von der FPÖ zurückgewinnen. Die negativen Referenden über die EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden dominierte die "Türkeifrage" den politischen Diskurs. Es kam zu kulturalistischen Argumenten gegen die Türkeiaufnahme. "Die angebliche Nicht-Integrierbarkeit von türkischen Zuwanderern wurde als Argument für eine Nicht-Integrierbarkeit der Türkei in die EU herangezogen.

4.3.8 f) Innerpsychische Gegensätzlichkeit

Zwischen innerpsychischen Abwehrmechanismen und der Abstoßung negativ Stigmatisierter besteht ein deutlicher Zusammenhang. Die Psychologie kann daher eine Reihe von Vorurteilsfunktionen sichtbar machen (*10. Abspaltung negativer psychischer Inhalte auf andere; 11. Stigmatisierte als stabilisierende Bezugspunkte in den psychischen Ordnungs-, Abwehr- und Auswahlstrategien; 12. Hebung des Selbstwertes durch Kontrasteffekte*).

Hier kann für den AT auf die bisherigen Ausführungen verwiesen werden.

4.3.9 g) Konflikt- und Herrschaftsstrukturen in der Gesellschaft

Das Gebiet der Analyse von Herrschaftsstrukturen ist verzweigt und vielfältig. Eine These aus der Schule Luhmanns würde besagen:

Sozialer Konflikt entsteht, wenn unter der Bedingung des existentiellen Interesses Handelnde die Differenz ihrer Problemlösungsaktivitäten zum Thema der sozialen Interaktion machen. Herrschaft liegt vor, wenn angesichts bestimmter Probleme nicht adäquate, sondern unbestimmte (äquivalente) Problemlösungen angeboten und in Konflikten als verbindliche Lösungsstrukturen erzwungen und durchgesetzt werden (Krysmanski). In Konflikt- und Herrschaftsfronten kommt Vorurteilen sicher eine bedeutende Rolle zu (*13. vorurteilsmäßige Front- und Rollenbildung in sozialen Konflikten und Herrschaftsbalancen*).

Den LeserInnen wird es nicht schwer fallen, den von uns immer wieder dargestellten, und im öffentlichen Diskurs diskret unterdrückten sozialen Konflikt zwischen den neuen Unterschichten der TÖ- und T-Migranten und den heimischen Unterschichten der Fach- und Hilfsarbeiter als einen der wichtigsten Treibriemen des AT zu erkennen. Es kann auf den mit struktureller Gewalt durchsetzten Konflikt, diese völlig

unausgewogene Herrschaftsbalance zwischen Mehrheit und Minderheit verwiesen werden.

Ein kleines Gedankenexperiment: Nach 56 Jahren hat Österreich eine im Staatsvertrag eingegangene Verpflichtung der Gewährung bestimmter Rechte an eine **rechtlich anerkannte Minderheit**, immer noch mit demütigenden Verfahren durchsetzt, erfüllt. Die Türken sind keine rechtlich anerkannte Minderheit mit den für autochthone Volksgruppen zustehenden Mindestrechten⁷¹. Sie lebt weit mehr als die Slowenen in Kärnten ethnisch stratifiziert und unterdrückt als Unterschichte unter den heimischen Unterschichten. Der ethnisch-religiöse Kampf um die Realisierbarkeit bestimmter kultureller und religiöser Werte zeigt die künftigen Horizonte des Konfliktes zwischen schonungslos assimilativer Unterordnung und Selbstverleugnung und rechtlich anerkannter Realisierung ethnisch-religiöser und sprachlicher "Volkstums-Elemente".

Hinsichtlich dieser beiden Funktionen bieten die bisherigen Vorschläge genügend Anregungen.

4.3.10 h) Position des Staates in der Weltgesellschaft

Die völkisch-nationale Identität, Grundlage jeder staatlichen Solidarität, kann in bestimmten Situationen des Gesamtsystems (Bedrohung) so stark akzentuiert werden, dass gegenüber Außenfeinden oder inneren Minderheiten intensive Vorurteile entwickelt werden (16. *Betonung der national-völkischen [rassischen] Identität im Rahmen der Identitätsbehauptung*).

Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die Unterscheidungen Heckmanns zwischen Volk, Nation und ethnischen Gruppen bzw. Minderheiten.

⁷¹ Vgl. für Österreich: <http://www.bka.gv.at/site/3515/default.aspx> und <http://www.bka.gv.at/site/3516/default.aspx>.

Auch hier zeigt uns der Atlas und sein Material, dass die politischen Auffassungen über Volkszugehörigkeit in Verbindung mit dem Begriffen der Nation, des Nationalstaates und des Verhältnisses der ethnischen Minderheiten zur Mehrheits-gesellschaft keineswegs einheitlich waren (vgl. die 4 Gruppen: großösterreichisch, großdeutsch, deutschnational und kleindeutsch). Als der mit Unterdrückungsmechanismen stabilisierte Vielvölkerstaat infolge der Emanzipation einzelner Völker nicht mehr erhalten werden konnte, begann die Krise der völkischen und nationalen Identität Restösterreichs, dem man das Anschlussverbot auferlegt hatte.

Während man den Begriff des Volkes durch den Glauben an eine gemeinsame Herkunft, Gemeinsamkeiten von Kultur und Geschichte sowie ein Zusammengehörigkeitsbewusstsein zu legitimieren versucht, ist der Begriff der Nation sicher ein politischer Begriff. Da Volk und Nation nicht ident sind, entsteht die Variabilität des Begriffes der Nation. Bekanntlich werden in Österreich und Deutschland traditionsgemäß eher strenge Übereinstimmungen zwischen Volk und Nation gefordert, was für die Beziehungen ethnischer Minderheiten innerhalb des Nationalstaates ungünstige Folgen hat. Andererseits gilt in den USA und Frankreich etwa nicht diese starke Koppelung. Es können daher auch mehrere Ethnien eine Nation (etwa die amerikanische oder die französische) bilden.

Im erwähnten Heft der "Stimme" 78 betont vor allem Hakan Gürses in seinem Aufsatz: Warum nicht? Zum getürkten Bild von TürkInnen" den Aspekt der Funktion der Kontrastgruppen, zur Stabilisierung von Nationalismen.

"Der Nationalismus, Opium für das Volk auch im 21. Jahrhundert, bedarf solcher Gruppen als Gegenbilder, um sich selbst von seiner der Vernunft verpflichteten Seite zu zeigen." Die etablierten Stereotypen der Türken (negativ: machistisch, religiös, unbotmäßig, bildungsresistent, integrationsunwillig, nationalistisch, stolz usw.; positiv: fleißig, verrichten die Drecksarbeit, fortpflanzungsstark, gastfreundlich) geben ein ideales Feindbild für den Nationalismus der Einheimischen ab. Sie bieten eine ideale Basis für "rassistisches Multitasking" (S.P.). Sie

sind er Inbegriff des Ausländers, stets als Gastarbeiter sichtbar, Angehörige der untersten Gesellschaftsschichte und stammen aus einem islamischen Herkunftsland das sich aggressiv gegen das christliche Abendland verhält. Die hegemoniale Ideologie Europas ist der "Nationalismus mit aufgeklärtem Antlitz". Der moderne Nationalismus muss sich den BürgerInnen⁷² schmackhaft machen. Der Begriff der Nation allein genügt nicht:

Religiöses Element: der "islamische Fundamentalismus" kontrastiert mit dem säkularen Modell christlich-jüdischer⁷³ Prägung;

Nationalistisches Element: der eigene Nationalismus und religiöse Eurozentrismus erscheint humanitärer und zivilisierter.

Wir und das "Untere Andere": das "Andere" ist nicht als Subjekt wahrnehmbar sondern als Masse (unzivilisiertes und gewaltbereites Kollektiv von Unterschichtangehörigen).

Die TÖ und T verkörpern diese drei Eigenschaften ideal: religiös, national und schichtbezogen. Sie sind **radikal anders**.

Der österreichische Nationalismus braucht die TürkInnen, um sich zu legitimieren. Seine Botschaft lautet: "Wir sind auch eine Nation, aber eher klein (nicht so groß wie die Türkei), darum nicht nationalistisch und stolz (vielleicht ein wenig größenwahnsinnig, aber nur, wenn wir unter uns über unsere Welt-Rolle reden. Nie nach außen hin!). Wir sind auch religiös geprägt, aber christlich (nicht islamisch wie die Türken). Wir haben freilich auch bildungsferne Schichten (die wir gerne als Prolos bezeichnen und auslachen, aber wieder nur unter uns!). Denen geht's allerdings so weit ganz gut, sodass sie sich jedes Jahr einen Urlaub im Ausland (z.B. in der Türkei) leisten können. In Sachen Gleichstellung hapert's vielleicht auch bei uns ein bisschen, aber wir kennen dafür keine Zwangsehe (wie die Türken)."

⁷² Dazu gehören natürlich auch die TÖ!

⁷³ Das Wort "jüdisch" wurde von S.P. eingefügt, weil es gerne in diesem Zusammenhang benutzt wird. Das ist insbesondere in Österreich und der BRD dann bemerkenswert, wenn man bedenkt, was diese beiden Staaten im 20. Jahrhundert den Juden angetan haben.

5. Von Diskriminatorik zu Universalität

Wir erwähnten eingangs, dass wir die Arbeit in zwei Teile gliedern wollen. Der erste soll die Komplexität des Problems auf- und die Richtung anzeigen, wie "in allen Ecken und Enden des Systems" von Diskriminatorik zu Universalität übergegangen werden kann. Vom zweiten Teil wurde angenommen, dass er für viele Leser schon allein infolge seines Anspruches, Universalität an der absoluten Essentialität des Grundwesens abzuleiten, wenig interessant sein wird. Sie werden ein derartiges Unterfangen entweder für einen Legitimierungsversuch durch Regression in längst überholte Ideologien (Neo-Romantismen) beurteilen oder im postmodernen Sinne als die Wiedereinführung autoritärer Vereinheitlichungstendenzen. Eine Vielzahl anderer ablehnender Perspektiven sind denkbar. Es sollte hierbei jedoch bedacht werden, dass zwar die metaphysischen Systeme der Vergangenheit evolutionslogisch in bestimmter Hinsicht überholt sein könnten, dass aber eine *progressive Metaphysik*, deren Potentiale noch keineswegs erschlossen und noch weniger eingelöst sind, *möglich wäre*.

Für alle diese Leser sei im Folgenden skizzenhaft ein Vorschlag für den Übergang von Diskriminatorik zu Universalität vorgelegt. Dabei wird vorausgesetzt, dass der Leser zwar durchaus der Meinung ist, dass Universalität gesellschaftstheoretisch nicht seriös fundierbar sei.

Es sollte sich aber jedes Mitglied einer Gesellschaft, letztlich jeder Mensch dieser Erde, zumindest dem *Postulat* stellen können, dass es eine Struktur gesellschaftlicher Universalien gibt, die für alle Menschen in allen Systemen Geltung besitzen.

Ob, in welchem Ausmaß oder in welchen Evolutionsstufen sich derartige Universalien erarbeiten lassen, könnte dabei noch dahingestellt bleiben und dem letzten Teil überlassen werden, dem sich der Leser aber nicht aussetzen muss.

Eine Grundregel noch zur Frage des Verhältnisses von Universalität zu Pluralität und Komplexität: Wir sind nicht in der Lage zu sagen, dass wir ausschließlich Pluralität und Komplexität anerkennen, ohne die "einheitsstiftende" Frage nach Einheit und Universalität zu stellen oder als sinnlos abzutun. Eine derartige Position wäre nämlich selbst bereits wieder – um sinnvoll zu sein – "einheitsstiftend" und universell. Es ist daher zumindest erforderlich, sich stets gleichzeitig a) der Pluralität und der Komplexität zu stellen, sie nicht nur zu reduzieren, b) die Frage der Universalität nicht aufzugeben und sich ihr immer wieder zu nähern und sie zu vertiefen.

Der Leser wurde im ersten Teil gleichsam durch die "Mühle der Komplexität" der modernen Gesellschaft getrieben. Der Begriff der Komplexität selbst ist zu einem zentralen der modernen Gesellschaftstheorie geworden. Spezialisierung, funktionelle Differenzierung und Verwissenschaftlichung zeichnen moderne Gesellschaften aus. Bei Luhmann wird der Komplexitätsbegriff zentral. Komplexität ist die *Haupteigenschaft* moderner Gesellschaften. Die *Reduktion von Komplexität ist die Hauptaufgabe moderner Gesellschaftlichkeit*. Es besteht ein Zwang zur Selektion, zur Auswahl von Möglichkeiten.

Wir wollen hier auf die Kontroversen, welche die funktionalistischen Theorien Luhmanns auslösten, nicht eingehen.⁷⁴

Es wird uns mit einem einzigen Beispiel möglich sein, den Mangel des Zentralbegriffes der *Reduktion von Komplexität* aufzuzeigen. Wir sehen etwa in der Ersten Republik in Österreich Folgendes: Ohne Zweifel wurde die Komplexität des Systems dadurch enorm erhöht, dass die regierende(n) Partei(en) mit der Tatsache konfrontiert war(en), dass im System etablierte radikale Ideologien extreme, das System zerstörende Umwälzungen verfolgten. Die einen strebten einen diktatorischen, faschistischen, hierarchischen Ständestaat im Sinne der Nationalsozialisten an (vertikale Zwangsgliederung unter Beseitigung der

⁷⁴ Vgl. etwa Maciejewski Franz (Hg.): "Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie. Beiträge zur Habermas-Luhmann-Diskussion". Frankfurt am Main 1974. und unseren kritischen Beitrag unter 7.18.

"Arbeiterklasse"), die anderen eine klassenlose Gesellschaft unter Vernichtung aller kapitalistischen Klassen über die Diktatur des Proletariats (horizontale Gliederung).

Nach Luhmann hätten beide Ideologien eine Reduktion der bestehenden Komplexität, die durch den gegenseitigen Kampf der Ideologien und ihrer jeweiligen linken und rechten Flügel noch weiter verkompliziert wurde, erreicht. Beide hätten daher funktionell-struktural durch ihre gewaltsame Reduktion der Komplexität einen neuen Zustand hergestellt. Was tat die Regierung der Christlichsozialen? Sie verbot extreme Parteien und errichtete selbst eine "gemäßigte" Ständestruktur, leitete also eine andere Reduktion von Komplexität ein. Wir zeigten, dass die Juden so gut wie in allen gesellschaftlichen Lagern zur feindlichen Bedrohung, zur Ursache für die komplexen Probleme der Gesellschaft stilisiert wurden, wiederum eine Sinnleistung im Sinne der Reduktion gesellschaftlicher Komplexität! Nach Luhmann müsste man letztlich auch die Verfolgung und Vernichtung der Juden sogar noch in funktionalistischen Kategorien der Reduktion von Komplexität interpretieren können.

Der Leser wird leicht merken, dass uns die Frage weiter erhalten bleibt: Wann sind Gesellschaften "adäquat" strukturiert, wann ist die Reduktion von Komplexität derart, dass sie zu umfassender gesellschaftlicher Adäquanz der Strukturen und Funktionen führt.⁷⁵

⁷⁵ Ein weiterer zentraler Begriff Luhmanns ist die Unterscheidung von *adäquaten* Leistungen eines Systems und *äquivalenten*. "Herrschende sind diejenigen, die für gesellschaftliche Probleme nicht adäquate, sondern äquivalente Lösungen anbieten und sie in Konflikten als verbindliche Lösungen durchsetzen."

5.1 Grundideen der Universalität – Der ideale Bereich

5.1.1 Eingangsmotiv

Zu jener Zeit, als in Österreich die politischen Verhältnisse sich in der Ersten Republik zuspitzten, als sich extreme **Rechts- und Linksideologien** um Machterhalt und Machterwerb bemühten und die Protagonisten der politischen Eliten die labilisierten Schichten der Bevölkerung zu manipulieren versuchten, schrieb Popper sein Werk über die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Er wies darin mit leidenschaftlicher Präzision auf die Zusammenhänge zwischen bestimmten Philosophien und deren Ausprägung zu fatalen Ideologien hin. Vor allem in den Lehrgebäuden Platons und Hegels wies er Ansätze nach, die für die Staatstheorie und die Etablierung unzumutbarer Sozialzustände und Herrenideologien metaphysisch begründete Rechtfertigungen lieferten. Im Weiteren behandelt er mit schonungsloser Deutlichkeit die von Hegel stark beeinflussten Lehren Marxens. Popper gelangt in seiner eigenen Theorie zu einem *Glauben an die rationale Einheit der Menschheit* im Rahmen eines kritischen Rationalismus, der sich durch argumentatives Handeln und Falsifizierungsstrategien der wissenschaftlichen Wahrheit nähern will. Popper erkannte aber auch richtig, dass diese kritische Form des Rationalismus offen ihre Grenzen zuzugeben hat, dass sie nämlich auf einer *irrationalen Entscheidung* beruht "und in diesem Ausmaß auch eine gewisse Priorität des Irrationalismus anerkennt". Nun hat jedoch der kritische Realismus Poppers mit seinen Minimalannahmen an Metaphysik selbst seine bedeutenden Probleme. Wodurch sollten wir dazu legitimiert sein, die *eine* Theorie mit metaphysischen Annahmen für legitim zu halten, eine *andere* jedoch für unzulässig? Nach welchen Kriterien sollten wir vorgehen? Auch ist die Vorstellung, dass wir uns mit Poppers Wissenschaftskonzept zunehmend einer Verbesserung wissenschaftlicher Erkenntnis nähern sollten, hoch spekulativ. Ja, man könnte sogar sagen, dass die von Popper vorgeschlagene Bescheidung der menschlichen Erkenntnistätigkeit selbst *inhumane Züge* besitzt, weil sie die Evolution der Menschheit durch die Fesselung des Geistes

behindert. Kritik mangelhaften und inhumanen Essentialismus ist erforderlich. Strikte Ablehnung *jeglichen Essentialismus* kann jedoch selbst inhuman sein.

Der Schlag Poppers gegen bestimmte metaphysische Systeme war hart, aber wir müssen auch die Gründe bedenken. Popper hat nicht so sehr die Kategorien Platons und Hegels kritisiert; soweit wir sehen, hat er z. B. die frappante Abhängigkeit der Kategorien Hegels von jenen Kants nicht gewürdigt. Er hat aber diese Systeme an dem Umstand gemessen, dass ihre Theorien zum gesellschaftlichen Leben explizit totalitäre Ansätze enthielten, die zu Unterdrückung, Inhumanität und Verfestigung sozialer Ungerechtigkeit aufriefen. Im Rahmen der argumentativ fundierten Gemeinschaft der WissenschaftlerInnen sollte daher die Geltendmachung der folgenden Überlegungen selbst diskursiven Eingang in der Wissenschaft finden dürfen.

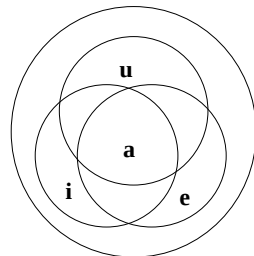
Vorschläge zur Überführung von Diskriminatorik in Universalität können sinnvoll nur gemacht werden, wenn universalistische Ideen als Orientierungshilfe skizziert werden. Für alle, die sich der progressiven Metaphysik des letzten Teiles nicht öffnen wollen, mögen die folgenden Ideen und Strukturen als utopische Entwürfe gelten, die zu eigenen weiteren Überlegungen führen, im Sinne einer erweiterten Aufklärung neue Wege der Evolution zu finden und die "Schleier der Zukunft" derart zu lüften, dass nicht wieder die Landung in Ideologien erfolgt.

Im Standard vom 22./23. Jänner 2011 findet eine Einschaltung wie folgt folgendes Statement in den Mund geegert: "Ich will in einer Welt leben, in der kein Mensch illegal ist, weder Grenzen noch Nationen existieren, jede/r das Recht auf Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit hat." Eine Utopie, die in keiner Weise näher ausgeführt wird und angesichts der Zustände im Weltsystem in ihrer Einfachheit ebenso überzeugend wie verstörend sein muss. Wenn man nur für ein einziges Sozialsystem die realen Gegebenheiten wie in unserem Modell ansetzt und dann die Spannungen zu allen anderen Systemen im Weltsystem mitbertrachtet, dann muss man sich fragen, inwieweit diese formale Aufhebungsidee aller erwähnten Differenzen irgendwelche praktikable Bedeutung besitzen sollte.

Wir versuchen im Folgenden materielle, inhaltliche Ideal-Parameter für eine harmonische Weltgesellschaft jenseits aller Diskriminierung zur Prüfung vorzulegen. Vielleicht kann dieser Ansatz auch der obigen Formal-Utopie eine Anregung sein.

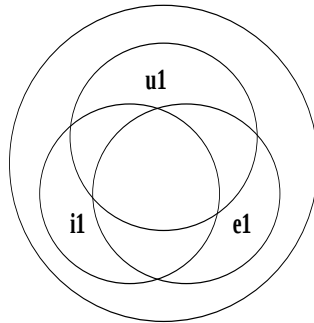
5.1.2 Grundlagenkatalog

1. Die Menschheit ist eine Menschheit, die im unendlichen Grundbau der absoluten, unendlichen Essentialität *u* in sich, in den unendlichen Grundwesen des Geistes *i* und der Natur *e* die unendliche innere Synthese *a* darstellt.



Die Menschheit dieser Erde ist darin ein endliches Glied. Die Herstellung der gesellschaftlich allharmonischen Einheit aller Glieder der Menschheit unter sich und in Vereinigung mit den unendlichen Grundwesen *u*, *i* und *e* kann und soll ausgebildet werden. Die Grundlage der Harmonien und Balancen liegt in der existenziellen Verankerung aller Lebewesen in der Unendlichkeit der absoluten Essentialität *u* und der relativen Unendlichkeit der Grundwesen *i* und *e* und in den (mathematischen) Stufungen der Unendlichkeiten.

2. Aus dieser Struktur sind grundsätzliche Rechte aller Menschen in religiöser, geistiger und leiblicher Hinsicht anzuerkennen. Das Ur-Ich des Menschen *u1* steht über Geist *i1* und Leib *e1*.



Geist und Leib stehen nebeneinander und sind mit der absoluten Essentialität über das Ur-Ich verbunden. Es besteht die Möglichkeit der Ausbildung bisher unentwickelter Harmonien und Balancen zwischen u1, i1 und e1 bei gleichzeitig hochgradiger Individualität, die erst in den dargestellten Parametern erreicht werden kann. Alle strukturellen und funktionellen Verhältnisse aller Menschen zum essentiellen Grundwesen und zueinander (unabhängig von Geschlecht, Alter, Rasse, Stamm, Volk, Nation usw.) ist *reine Nebenordnung*. Daraus ergibt sich eine klare *formelle und materielle Rechtsgleichheit*, die alle Privilegierung einzelner Menschen (unabhängig von Geschlecht, Alter, Rasse, Stamm, Volk, Nation usw.) hinsichtlich aller Ressourcen im absoluten Grundwesen u, in Geist i und Natur e ausschließt. Es besteht die Möglichkeit der Ausbildung bisher unentwickelter Harmonien und Balancen zwischen allen menschlichen Einheiten bei gleichzeitig hochgradiger Individualität, die umgekehrt erst über die Einführung der erwähnten Parameter erreichbar ist. Die Grundlage der Harmonien liegt in der existenziellen Verankerung aller Lebewesen in der Unendlichkeit der absoluten Essentialität und in den (mathematischen) Stufungen der Unendlichkeiten.

3. Sind in einem einzelnen Sozialsystem (Staat usw.) diese Prinzipien eingeführt, werden die derzeitigen allgegenwärtigen diskriminatorischen Spannungen, Konflikte und Strukturen

zunehmend eliminiert und durch Strukturen von Synthese, Ausgleich, Harmonie und Balance bei hochgradiger Individualität, Pluralität und Polymorphismus ersetzt. Die Utopie eines solchen Gesellschaftsmodells müsste etwa eine Nebenordnung aller Schichten beinhalten. Auch die Minoritäten sind bei Aufrechterhaltung maximaler multikultureller Pluralität undiskriminiert integriert.

4. Die Überleitung aller diskriminatorisch strukturierten menschlichen Beziehungen in diese Universalität darf ausschließlich nur durch **gute und friedliche Mittel** erfolgen. Politische Gewalt, psychischer und physischer Terror, Umsturz, List, Intrige, politische Instrumentalisierung und Ideologisierung und alle ähnlichen negativen Mittel sind auszuschließen.

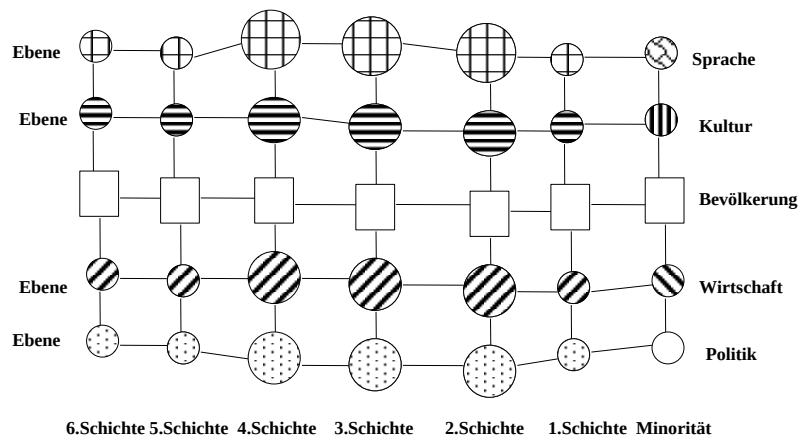
5. Die obigen Grundideen stellen evolutionslogisch bisher in der Wissenschaft nicht entwickelte Grundsätze dar. Es sind Prinzipien der Allharmonie und Synthese. Ihre Verwirklichung ist *grundsätzlich möglich. Es gibt aber kein ehernes Gesetz, dass sie tatsächlich einmal verwirklicht werden. Denn dies hängt allein davon ab, ob gesellschaftliche Einheiten, vom Einzelmenschen bis zu Staatenbünden, sich dafür entscheiden, sie zu verwirklichen. Jedenfalls sind sie bekannt und jeder kann sich danach orientieren.* Ohne prophetische Gabe, allein aus dem Vergleich zwischen den geschichtlichen Gegebenheiten und den Grundideen, wird aber klar, dass die Nichtbeachtung derselben die Menschheit ständigem Leid, Kampf, radikalen Ideologien, Vernichtungsbedrohung und Krieg aussetzen wird. Das Ausmaß der diskriminatorischen Dimension ebenso wie die globale Sensibilität für das Problem nehmen derzeit im Weltsystem zweifelsohne zu.

Die Grundsätze 1 bis 4 bilden den ideellen Rahmen und Maßstab für den Vergleich mit jeglicher geschichtlicher Diskriminatorik. Hierbei ist das auf der nächsten Seite dargestellte Schema maßgebend:

Wir haben vorne Diskriminatorik folgend definiert:

Vorurteilsmäßig artikulierte, abwertende Einstellungen (Vorurteilstheorie), die durch differenzierte Mittel im Verhalten (Interaktionstheorie) mobilisiert werden und zu einer sprachlich-kulturell-wirtschaftlich-politisch asymmetrischen, inadäquaten Fixierung (Theorie der sozialen Symmetrie und Harmonie) von Einzelpersonen oder Gruppen führen, welche hierdurch eine Beschädigung ihrer Ich-Identität erleiden.

Schichtaufbau ohne Diskriminatorik



Die Diskriminierungstheorie müsste in folgendem Rahmen erstellt werden:

5.1.3 Gesellschaftsmodell

Das erarbeitete Modell in Figur 1 liefert jene Faktoren und Interdependenzen zwischen denselben, die eine ausreichend

fundierte Analyse der Systemzusammenhänge in einer postindustriellen Gesellschaft ermöglichen.

5.1.3.1 Vorurteilttheorie

Die Theorie, eingebettet in das Gesellschaftsmodell, zeigt in ausreichender Differenzierung den Zusammenhang zwischen Makroebenen (z. B. ideologiekritische Ansätze, Legitimationspotentiale in politischen, religiösen, kulturellen, wirtschaftlichen und sprachlichen Untersystemen) und zu den Mikroebenen der sozialpsychologischen Ansätze.

5.2 Universalität und Funktionen der Diskriminatorik

Die Vorurteilsforschung hat sich zumeist um die Erarbeitung einzelner Funktionen der Vorurteile bemüht, wobei die Ergebnisse durch den Beobachtungsrahmen zumeist beengt wurden. Die Funktion der Vorurteile ist für jeden Faktor gesondert beschreibbar und hierin sehr vielgliedrig. Die Funktionen bei jedem Faktor der Ich-Identität hängen jedoch mit allen anderen Faktoren wechselseitig zusammen.

Wir müssen daher die Diskriminierungstheorie *in allen Funktionen* in einem Sozialsystem betrachten und zusätzlich die dynamischen Wechselwirkungen zwischen allen diesen Funktionen beobachten.

Skizzenhaft gewinnen wir aus den einzelnen Faktoren der Ich-Identität, die wir vorne entwickelten, die folgenden *16 Funktionen von Diskriminierung*, die über das Gesellschaftsmodell in Figur 1 miteinander zu verknüpfen sind. Für jede dieser Funktionen wollen wir den Übergang in die Ideen der Universalität andeuten. Letztlich voll verständlich können sie nur nach Durcharbeitung des letzten Teils dieser Arbeit sein.

5.2.1 a) Rollentheorie

5.2.2 a1) Rollentheorie – Repressionstheorem

Der Umstand, dass die interpretierten gesellschaftlichen Bedürfnisse nicht gänzlich in gesellschaftlich lizenzierte – als Rollen institutionalisierte – Wertorientierung umgewandelt werden können (Bedürfnisrepression), führt zu Tendenzen der Abgrenzung anderer von den Bedürfnisbefriedigungsmöglichkeiten (*1. Begrenzung des Zugangs zu sozialen Quellen und sozialer Macht*) bzw. zur bestrafenden Abstoßung derjenigen, welche die infolge der Repression erforderlichen Wertstrukturen nicht realisieren (*2. bestrafende Selbstreinigung und Selbstwerterhöhung*).

5.2.2.1 Verhältnis der Funktion 1 zu den Grundideen

Wenn der individuelle und gesellschaftliche Wille zur Herstellung der Grundideen gegeben ist, wird der Zugang zu den Ressourcen im absoluten Grundwesen, in Geist und Natur als den allgemeinen Lebensbedingungen nicht limitierend einseitig verschoben, sondern durch komplizierte Abstimmungsprozesse ständig und zunehmend allgemein ausgeglichen und balanciert. Soziale Macht dient dann nicht mehr primär zur Regulierung des Ausschlusses bestimmter Gruppen vom Zugang und von der Verfügung über gesellschaftliche Ressourcen, sondern wird überwiegend zur Maximierung eines gesellschaftlichen Ausgleichs eingesetzt. Individuelle Strukturen, die über das Repressionstheorem formuliert sind, werden durch entsprechend geänderte psychologische und physische Strukturen ersetzt, die über das Ur-Ich ständig gestärkt und ausgeglichen werden. Individuelle Identität wird mit kollektiven Identitäten im Sinne der Grundideen abgestimmt.

5.2.2.1.2 Verhältnis der Funktion 2 zu den Grundideen

Werden die innerpsychischen Strukturen im Sinn der Grundideen abgestimmt, vor allem das derzeit häufig nur spurenhafte ausgebildete Ur-Ich u1 ausgebildet und als regulierende Über-Instanz entwickelt, wird gegenüber allen anderen sozialen Einheiten, Mitmenschen in Familie, Arbeitswelt, Schichten usw. die

bestrafende Selbstreinigung und Selbstwerterhöhung als psychischer Stabilisierungsfaktor funktionell immer weniger nötig. Über die Verbindung mit den Ur-Bereichen der absoluten Essenz u, Geist i und Natur e bilden sich zwischen mehreren Menschen integrative Identitätsstrukturen aus.

5.2.3 a2) Rollentheorie – Diskrepanztheorem

Bereits die Definition von Rollen durch die Gesellschaft gelingt leichter, wenn negative Kontrastgruppen geschaffen und erhalten werden können, die zeigen, wie man es nicht machen soll (*3. Verdeutlichung der Rollendefinition durch Kontrastgruppen*). Durch stigmatisierende und kontrastierende Abstoßung anderer gelingt unter Umständen eine sichere und deutlichere Selbstdarstellung (*4. Identitätsfestigung durch Kontrasteffekte*).

5.2.3.1 Verhältnis der Funktion 3 und 4 zu den Grundideen

Im Falle der Herstellung der integrativ-kollektiven Identitätsmilieus im Sinne der Grundideen (Universalnormen) wird die Rollendefinition in der Gesellschaft inhaltlich relevant verändert. Gesellschaftlichkeit wird nicht mehr in diesem Maße über kontrastierende Ausgrenzung anderer stabilisiert, sondern der soziale Basisbezug auf die Verbindung der Gesellschaftlichkeit zum unendlichen Grundwesen, zu Geist und Natur sowie die allgemeine Anerkennung der Basisrechte aller Menschen in diesen Parametern gewährleistet eine psychische Inklusionspsychologie anderer Gruppen. Die Anerkennung gleicher Basisrechte, die über die heutigen Menschenrechtskataloge weit hinausreichen, impliziert aber auch die Anerkennung des Rechtes auf maximale Individualentwicklung aller anderen. Identitätsfestigung erfolgt eher über die zunehmende Integration der Lebenssphären anderer und nicht durch deren Ausschluss und Negation.

5.2.4 a3) Rollentheorie – Rollendistanztheorem

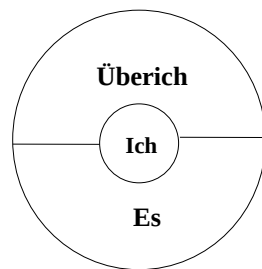
Die Art der Integration der Normen bestimmt die Rollendistanz. Die im Rahmen der Internalisierung der Normen erfahrenen Erziehungsprozesse und die im Laufe der Erhaltung eines Normenstandards entstehenden Spannungszustände führen zur Tendenz, andere, die diesen Standard nicht erfüllen, zum Ausgleich oder zur Spannungsentladung mit bestrafender Abstoßung zu belegen (*5. Ausgleichs- und Entlastungsprozesse, bedingt durch bestimmte Erziehungsmethoden und Gegensatzspannungen zwischen Überich und Es*). Besonders bei externalisierter oder neurotischer Überich-Bildung sind derartige Entlastungsfunktionen der Vorurteile relevant.

5.2.4.1 Verhältnis der Funktion 5 zu den Grundideen

Im Modell Freuds erfolgt eine starke Betonung der psychischen Leistungen des *Ich* zur Bewältigung der körperlichen Triebe, wobei die gesellschaftlichen Erziehungsstandards die Instanz des *Überich* ausbilden. Kultur, Moral und Religion erscheinen in seinem Modell als Sublimierungen von Triebverzichten, also letztlich inhaltlichen Verschiebungen und Kreationen im Rahmen der Unterdrückungsprozesse physischer Kräfte des *Es*.

Bei Einführung der Universalideen erweisen sich die Freud'schen Parameter als zu eng. Durch die Entwicklung des Ur-Ich u1 und die Anerkennung der gleichberechtigten Nebenstellung von Geist i1 und Leib e1 unter dem Ur-Ich ergeben sich neue Integrationen, Balancen und Synthesen. Diese definieren die kulturellen und religiösen Leistungen der Gesellschaft neu und anders (*Überich-Funktionen bei Freud*). Sie ergeben eine Nebenordnung von Geist und Leib und damit im Weiteren der bei Freud als Ich und Es bezeichneten Bereiche. Hieraus ergeben sich neue Formen der religiösen, körperlichen und geistigen Gesundheit, Normalität und gesellschaftlicher Ausgeglichenheit.

Modell Freuds



5.2.5 b) Familienstruktur

In der Familie werden jedem Mitglied Rollen zugewiesen, die sich stabilisieren. Auch hier werden unter Umständen Vorurteile zur Stigmatisierung eingesetzt, um im Rahmen einer bestimmten Rollenverteilung ein relatives Familiengleichgewicht herzustellen (*6. vorurteilsmäßige Rollendefinitionen und Verteilungen mit Stabilisierungsfunktion*). Hier erlernte Abgrenzungsmechanismen und -inhalte wirken auf die weitere Vorurteilsneigung einer Person besonders deutlich ein.

5.2.5.1 Verhältnis der Funktion 6 zu den Grundideen

Wir zeigen, dass die Familienidentitäten weitgehend von der Schichtzugehörigkeit der Familie geprägt werden. Die Sozialisation in Unterschichtfamilien ist durch den Umstand der Unterprivilegierung und durch diskriminierende Abstoßung seitens höherer Schichten sowie durch entsprechende materielle Defizite gekennzeichnet. Dies fördert einerseits die Bildung entsprechend gestörter Identitätsbildungen, begünstigt aber auch die Tendenz zu abwertender Stabilisierung anderer Familienmitglieder oder rassistischer Abgrenzung anderer Unterschichten.

Mit Einführung der Universalnormen wird der Diskriminierungseffekt zwischen den Schichten allmählich durch Ausgleich der Ressourcendifferenzen nivelliert. Durch Behebung derartiger Verzerrungsstrukturen wird die Möglichkeit der Neubalancierung der internen Familienstrukturen erleichtert, womit wiederum die externen diskriminatorischen Funktionen, z. B. gegenüber anderen Schichten, ihre Bedeutung verlieren können.

5.2.6 c) Geschlechtsidentität

Die Emanzipationstheorien, die vorne erwähnt werden, zeigen, dass die gesellschaftlichen Rollen der Frau in bestimmten Bereichen weiterhin durch Diskriminatorik strukturell präformiert sind, die ein harmonisches Verhältnis von Mann und Frau verzerren (*7. Stabilisierung inadäquater Rollenbilder der Frau*). Die Gesellschaft konstituiert und stabilisiert inadäquate Geschlechterverhältnisse.

5.2.6. 1 Verhältnis der Funktion 7 zu den Grundideen

Aus den Universalideen ergibt sich, dass Mann und Frau hinsichtlich des Ur-Ichs u1, hinsichtlich Geist i1 und Leib e1 völlig gleich strukturiert und mit gleichen Fähigkeiten ausgestattet, nebeneinander stehen. Innerhalb dieser strukturellen Gleichheit und Nebenordnung besteht eine Gegenähnlichkeit, also eine Differenzierung des Gleichen in zwei innere Teile, die von der einen Grundstruktur nach innen differenziert, völlig gegenähnlich ist. Aus dieser Gliederung nach innen ergibt sich bei gleicher Grundstruktur das Gesetz der antithetischen Individualisierung in geistiger und leiblicher Hinsicht, die zu entsprechenden Individualrechtssphären führt. Aus dieser Differenzierung im Zusammenhang mit der übergeordneten gleichen Grundstruktur ergeben sich nun bei gleichzeitiger maximaler Individualisierung die unendlichen Möglichkeiten der Harmonisierungen männlicher und weiblicher Tätigkeiten in allen Bereichen. Dies gilt für alle gesellschaftlichen Einheiten, Funktionen und Strukturen. Die Grundideen gewährleisten daher einerseits die Beseitigung der Diskriminierung, führen aber andererseits auch zur Ausbildung

integrativer Prozesse der Herstellung neuer Balancen und Synthesen.

5.2.7 d) Bezugsgruppen im weiteren Lebenszyklus

Bereits in Gruppen können verschiedenen Mitgliedern stigmatisierende Rollen zugewiesen werden, die für die Aufrechterhaltung der inneren Balance notwendig sind. Auch kommt bei Ausstoßungsprozessen einzelner Mitglieder zum Zwecke der Spannungsentladung in der Gruppe (Sündenbockstrategie) den Vorurteilen Bedeutung zu.

Gruppensolidaritäten (Gruppenidentitäten) werden häufig nur über deutliche (vor-urteilsmäßige) Abgrenzung gegenüber anderen Gruppen erreicht (*8. Stabilisierung und Formulierung von Gruppenidentitäten durch Abgrenzung einzelner Mitglieder oder anderer Gruppen*).

Die Funktion der Vorurteile in diesem Bereich wird bei weiterer Differenzierung der Bezugsgruppen deutlich:

Gruppenidentität in der Herkunftsfamilie, bei Schulkollegen, in der Arbeits- und Freizeitwelt, Familienidentitäten, Identitäten im Alter, Schichtidentitäten, zeitweilige Massenidentitäten, national-völkische Identität, "rassische" Identität.

Hinzu kommen Gruppenidentitäten, die auf eine spezifische Ebene der Gesellschaft bezogen sind: kulturelle, religiöse, politische, ökonomische, auf Spezialgebiete der Sprache spezialisierte Gruppen (wissenschaftliche und künstlerische Schulen, Forschungsgruppen usw.).

5.2.7.1 Verhältnis der Funktion 8 zu den Grundideen

Es ist offensichtlich, dass die gleichzeitige Pluralität von Identitäten vor allem in modernen Gesellschaften der Person

hochkomplexe psychische Integrationsleistungen abverlangt, die auch nicht immer funktionell ausreichend erbracht werden können. Dies geht schon daraus hervor, dass gleichzeitig zu realisierende Identitäten inhaltlich nicht ausreichend kompatibel sind. Die inhaltlichen Kontraste und Widersprüche führen zu psychischen Störungen.

Werden nun etwa in einer Familie die obigen Universal-Kategorien in der Erziehung eingeführt, das Kind aber in Schule und Arbeitsumwelt mit einer Gesellschaft konfrontiert, wo diese Grundideen nicht gelten, so müsste dieses Kind miteinander nicht kompatible Identitäten aufbauen, die z. B. einerseits universalistisch, andererseits aber diskriminatorisch strukturiert sind. Diese Überlegung zeigt, dass eine Gesellschaft erst dann von diskriminatorischen Elementen wirklich befreit werden kann, wenn für alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens im Gesellschaftsmodell die universalistischen Grundnormen eingeführt worden sind. Kulturelle, religiöse, politische, ökonomische, sprachliche, kommunikative, wissenschaftliche und künstlerische Subsysteme, sie alle bedürfen einer universalistischen Grundabstimmung.

Es erhebt sich die Frage: Führt nicht eine solche Koordinierung zu einer Reduktion der derzeit reich ausgefächerten Pluralität, der Vielfältigkeit der sozialen Individualitäten? Wäre dies nicht, ähnlich wie in der ehemaligen Sowjetunion, eine Reduktion des hochkomplexen Systems, die alle gesellschaftlichen Bereiche durch eine Grundabstimmung mit dem Marxismus-Leninismus koordinierte und integrierte?

Zum einen zeigen die Grundideen, wie auch im letzten Teil dargestellt wird, die mangelhafte Partialität des Marxismus-Leninismus. Zum anderen erweisen sich auch die meisten Positionierungen in allen gesellschaftlichen Bereichen der westlichen Demokratien als partiell und damit teilweise mangelhaft, verzerrt und inadäquat. Die Systeme sind mit einer Welt vergleichbar, in der die meisten Menschen eine Mathematik anwenden, die nirgends ganz richtig ist. Einmal sind die Ergebnisse der Additionen mangelhaft, dann wieder diejenigen anderer Grundrechnungsarten. Die axiomatischen Systeme lösen

einander ab, bleiben aber irgendwo letztlich nicht fundierbar und stehen in diskriminatorischer Abgrenzung gegeneinander. Wenn man in solchen Systemen die "richtige" Mathematik einführt, gibt es anfangs wohl Umstellungsschwierigkeiten, aber eines tritt mit Sicherheit nicht ein: eine Verminderung der Möglichkeit zu Vielfalt, Pluralität, zu Polymorphismus und individueller Differenzierung in allen Bereichen. Ganz im Gegenteil: Durch die Beziehung der endlichen Mathematik auf ihre unendlichen und absoluten Grundlagen in der Ur-Essentialität erhalten alle Endlichkeiten der Mathematik erst ihre reale Fundierung, eine neue Positionierung und die Möglichkeit neuer Synthesen mit anderen Teilen der Mathematik. Dies gilt in ähnlicher Weise für alle gesellschaftlichen Bereiche, ihren Bezug auf die Grundideen und die Pluralisierung von Identität.

5.2.8 e) Schichtidentitäten, bestimmt durch die Ebenen

"Höhere" Schichten grenzen sich gegenüber "niederen" Schichten vorurteilsmäßig ab, um sich als solche darzustellen und zu stabilisieren und die niederen Schichten vom Zugang zu ihren ökonomisch-politischen, aber damit auch kulturellen, sprachlichen und gesellschaftlichen Quellen auszuschließen (*9. vorurteilsmäßig artikulierte Abgrenzung anderer Schichten vom Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen*). Die "niederen" Schichten entwickelten Gegenvorurteile, wobei wir zu bedenken haben, dass die Wechselprozesse nicht symmetrisch, sondern durch die Tendenz zur Herrschaft verzerrt sind (strukturelle Gewalt).

5.2.8.1 Verhältnis der Funktion 9 zu den Grundideen

Aus den Grundideen ergibt sich, dass vertikale Schichtung letztlich diskriminatorische Elemente enthält. Den Schichtaufbau ohne Diskriminatorik haben wir vorne skizziert, er müsste horizontal sein. Allerdings wäre das Endergebnis nicht eine klassenlose Gesellschaft im Sinne des Marxismus, sondern eine funktionell auch nach Berufen und Tätigkeiten hochdifferenzierte Gesellschaft mit einem integrative, abstimmende und balancierende

Leistungen erbringenden Staat (Rechtsordnung) bei optimaler Individualisierung der inneren Einheiten, Faktoren, Strukturen und Funktionen der Gesellschaft (Ebenen, Schichten, usw.). Das Privateigentum ist nicht abgeschafft, aber die Eigentumsrechte aller sind gesamt-gesellschaftlich balanciert bei grundsätzlicher Gleichheit der Verteilung der Ressourcen. Alle gesellschaftlichen Einheiten, Strukturen, Institutionen über der Einzelperson besitzen ihnen zukommende individuelle Eigentumsrechte, die zur Erfüllung ihrer im Gesamten abgestimmten Funktionen und Aufgaben erforderlich sind.

In der Wechselbeziehung zwischen den Ebenen mit den Schichten wollen wir exemplarisch einige Bereiche besonders betrachten:

2.3.9 e1) Religion

Wir müssen sehen, dass einerseits nicht für alle Schichten einer Gesellschaft religiöse Systeme und vor allem religiös bestimmte Kulturwerte die gleiche Bedeutung besitzen (z. B. katholische Werte in den verschiedenen Schichten in Österreich, Schichtverteilung hinsichtlich des Kirchen-Volksbegehrens und fundamentalistischer Richtungen, Spannung zwischen Reformjuden, konservativen und orthodoxen Richtungen in Israel, laizistische und fundamentalistische Strömungen des Islam in der Türkei).

Vor allem aber sind gesellschaftlich jene Spannungen von Bedeutung, die zwischen den Vertretern unterschiedlicher Religionszugehörigkeit entstehen, wie sich diese auf verschiedene Schichten auswirken und wie sie unter Beachtung der Schichtstreuung politisch aktiviert werden können (religiös-kultureller Antisemitismus in vorherrschend christlich oder muslimisch geprägten Systemen, Konflikt zwischen Katholiken und Protestanten in Nordirland, Konflikte zwischen Hindus und Moslems in Indien usw.).

Beispiel 1: Unser Atlas zeigt, in welchen Zusatzdimensionen religiöse Ansätze in der Ersten Republik eingebettet waren. Ein monarchischer Katholizismus bei bestimmten

Rechtsgruppierungen, ein republikanisch-ständetheoretischer, klerikaler Rom-Katholizismus anderer rechter Gruppen, die Los-von-Rom-Bewegungen deutscher Nationalisten und schließlich die Belebung nordischer Religionsvarianten stehen dem Atheismus und Antiklerikalismus der Marxisten gegenüber. Die Verteilung dieser Positionen auf die Schichten der Bevölkerung ist ebenso wichtig wie der Umstand, dass die meisten mit einem Antijudaismus und Antisemitismus gepaart waren. Umgekehrt bemühten sich die politischen Gruppierungen darum, besonders die ökonomisch labilisierten Schichten mittels religiöser Argumente zu manipulieren.

Die gesellschaftlichen Verbindungen zwischen den Ebenen Religion, Kultur, Wirtschaft und Politik in den Schichten des Gesamtsystems können für religiös-kulturell bestimmte und negativ fixierte Minoritäten explosive Ausmaße annehmen. Die Verantwortung der bestimmenden Führungspersönlichkeiten im Bereiche der Religion (z. B. Vatikan oder Bischöfe und Priester), der politischen Führer (Regierung und Parteiführer) sowie der führenden Kräfte in der Wirtschaft ist in diesem Bereich beachtlich. Die Erzeugung, Erhaltung und zeitweise Verstärkung religiös-kultureller Diskriminierung ist als einzelnpsychische und kollektive Basis für politisch-wirtschaftliche Instrumentalisierung von Konflikten nach wie vor eines der bedeutendsten Mittel (9a. *Erzeugung, Erhaltung und zeitweise Verstärkung religiös-kultureller Diskriminierung*).

Beispiel 2: Der religiös-politische islamische Fundamentalismus hat auch in der Türkei seine Wurzeln im Unterlegenheitsgefühl gegenüber den Modernisierungsniveaus des Westens. Die politisch-soziale Ausrichtung der Türkei im Rahmen der EU-Assoziation wurde durch die Verzögerungstaktik der EU unter Hinweis auf die religiös-kulturelle Distanz der Türkei, die nicht dem "Christenklub" angehöre, durch das Kurdenproblem und Menschenrechtsverletzungen plötzlich gestoppt. Dies verstärkte die Entwicklung der islamisch-fundamentalistischen Partei, die immer gegen die Annäherung an die dekadenten christlichen Systeme eingestellt war. Besonders in den ärmsten Bevölkerungsschichten, die durch den mangelnden Anschluss an die EU noch geringere Perspektiven besitzen, wurde ihr Einfluss

bereits so groß, dass die Gefahr bestand, sie könnte auf demokratischem Wege ihre politische Macht dazu nützen, die ohnehin labile Struktur der Demokratie in der Türkei zu zerschlagen und durch religiös fundierte politische Strukturen zu ersetzen. Durch Druck des Militärs wurde der Einfluss der Partei reduziert.

5.2.9.1 Verhältnis der Funktion 9a zu den Grundideen

Auch alle etablierten Religionssysteme sind im Sinne der obigen Grundideen weiterzubilden. Es besteht kein Zweifel daran, dass alle Religionen durch Persönlichkeiten gegründet wurden, welche durch Einsicht in die Bereiche der absoluten Essentialität u1 eine Weiterbildung gesellschaftlicher Einheiten anstrebten. Nicht alle dieser Systeme strebten die Universalisierung auf die gesamte Menschheit an. Zwei Aspekte sind zu unterscheiden. Es ist uns nicht möglich zu eruieren, ob und wie weit die Religionsgründer tiefere Einsichten in die Verhältnisse der unendlichen Essentialität zu allen endlichen Systemen in sich hatten. Es ist nicht auszuschließen, dass sie Teile ihrer Erkenntnisse nicht veröffentlichten (Geheimtraditionen). Auch dasjenige, was sie öffentlich verkündeten, ist jedoch in den verschiedenen Sozialsystemen durch die Verbindung der religiösen Ebene mit der politischen in seinen Inhalten schwer verformt worden. Die Versöhnung der Religionen (etwa Judentum, Christentum und Islam) wird sich äußerst schwer gestalten, da die inhaltlichen Inkompatibilitäten gerade in der Frage der gesellschaftlichen Vorgaben äußerst groß sind. Von diesen Fragen unabhängig, stellen die universellen Grundideen einen neuen Standard menschlicher Religiosität dar, mit dessen Realisierung sofort begonnen werden könnte, aus dem sich aber auch alle etablierten Religionssysteme einzeln und in ihren Abstimmungsversuchen die Grundlagen ihrer Weiterbildung holen könnten.

5.2.10 e2) Politik – Ideologien

Die politische und soziologische Theorie befasst sich bekanntlich stark mit der Frage, mit welchen Mitteln gesellschaftliche Veränderungen durch neue Grundsätze erreicht werden sollen. Im Atlas sehen wir etwa die Theorie des autoritären Ständestaates der Theorie der Vernichtung aller Klassen durch die Diktatur des Proletariats gegenübergestellt. Zweifelsohne hat jede der Theorien der anderen den Ideologievorwurf gemacht. Miles versuchte, dem Rassismusbegriff mit der Gegenüberstellung von

falscher Ideologie und *richtiger* Wissenschaft beizukommen. Wann also ist Wissenschaft nicht ideologisch? Oder hat jede wissenschaftliche Theorie einen sie ideologisch verkürzenden Anteil?

Wir können etwa aus den Grundideen ableiten, dass evolutionslogisch im Atlas die Ideologie des autoritären Ständestaates eine reaktive Rückwärts-Utopie darstellt, um eine Gesellschaft in einen bereits überlebten Zustand zurückzuführen. Der Marxismus wiederum ist eine radikale Vorwärts-Utopie, welche mit gegenüber den universalistischen Grundideen mangelhaften theoretischen Begriffen und mit exzessiv mangelhaften radikalen Mitteln mangelhaft ausgebildete gesellschaftliche Zukunftsstrukturen realisieren will. Beide besitzen daher ideologische Verkürzungen und Verblendungen.

Bekanntlich versuchen politische Eliten, politische Macht zu erlangen oder zu erhalten, indem sie bestimmte Schichten für ihre Ideologien zu gewinnen versuchen. Die Ideologien instrumentalisieren diskriminatorische Elemente, mit denen existentielle Labilitäten der Schichten thematisiert werden (9b. *ideologisch verkürzende Diskriminatorik als Instrumentalisierung in einem politischen "Lager"*). Die ideologische Verkürzung besteht darin, dass mit diesem Ansatz die Komplexität des gesellschaftlichen Zustandes nicht adäquat behandelt wird.

So ist der rassistische und ökonomische Antisemitismus zwar ideologisch funktionell für Kleinhändler, Gewerbetreibende und reizvoll für deklassierte und arbeitslose Akademiker. Die Vorstellung der Deklassierung aller kapitalistischen Klassen im Marxismus wiederum konnte bei der Arbeiterschaft instrumentalisiert werden. Die dahinter stehenden ökonomischen Probleme werden durch derart verkürzte Ansätze nicht gelöst.

5.2.10.1 Verhältnis der Funktion 9b zu den Grundideen

Die obigen Grundideen stellen eine Maßeinheit dar, mit der ideologische Verkürzung oder Verzerrung beurteilt werden kann. Die Kühnheit dieser Feststellung kann jedem Leser zur Prüfung

überantwortet werden. Umgekehrt hat auch jeder die Möglichkeit, diese Feststellung selbst als Verblendung erhaltende oder erzeugende ideologische Behauptung zu bewerten.

5.2.11 f) Innerpsychische Gegensätzlichkeit

Zwischen innerpsychischen Abwehrmechanismen und der Abstoßung negativ Stigmatisierter besteht ein deutlicher Zusammenhang. Die Psychologie kann daher eine Reihe von Vorurteilsfunktionen sichtbar machen (*10. Abspaltung negativer psychischer Inhalte auf andere; 11. Stigmatisierte als stabilisierende Bezugspunkte in den psychischen Ordnungs-, Abwehr- und Auswahlstrategien; 12. Hebung des Selbstwertes durch Kontrasteffekte*).

5.2.11.1 Verhältnis der Funktion 10 bis 12 zu den Grundideen

Hier kann auf die Ausführungen zu den vorigen Funktionen hingewiesen werden. Grundsätzlich sei noch festgehalten, dass der Begriff einer psychischen Gegensätzlichkeit natürlich in den unzähligen psychologischen Theorien nach deren philosophischen Grundannahmen unterschiedlich erkannt wird. Dies hat *unmittelbare Folgen* für alle gesellschaftlichen Anwendungen derselben, von der Einzeltherapie bis zu Gesundheits- und Sozialprojekten. Zum Teil werden durch die Verengungen der psychologischen Theorien, diejenigen Freuds erwähnten wir oben, die Menschen in Gefängnissen gehalten. Der Begriff der Gegensätzlichkeit hat in den Grundideen eine neue Bedeutung. Das Verhältnis von Ur-Ich u1, Geist i1 und Leib e1 ergibt neue Gegensätze, aber auch Harmonien, Balancen und Synthesen zwischen den drei Bereichen. Eine Umgestaltung der Psyche und Physis in diesem Sinne führt, bei allen Gesellschaftsmitgliedern erreicht, zu völlig neuen Einstellungen zur Diskriminatorik.

5.2.12 g) Konflikt- und Herrschaftsstrukturen in der Gesellschaft

Das Gebiet der Analyse von Herrschaftsstrukturen ist verzweigt und vielfältig. Eine These aus der Schule Luhmanns würde besagen:

Sozialer Konflikt entsteht, wenn unter der Bedingung des existentiellen Interesses Handelnde die Differenz ihrer Problemlösungsaktivitäten zum Thema der sozialen Interaktion machen. Herrschaft liegt vor, wenn angesichts bestimmter Probleme nicht adäquate, sondern unbestimmte (äquivalente) Problemlösungen angeboten und in Konflikten als verbindliche Lösungsstrukturen erzwungen und durchgesetzt werden (Krysmanski). In Konflikt- und Herrschaftsfronten kommt Vorurteilen sicher eine bedeutende Rolle zu (*13. vorurteilsmäßige Front- und Rollenbildung in sozialen Konflikten und Herrschaftsbalancen*). Betrachten wir die drei "Lager" im Atlas der Ersten Republik, so sehen wir, wie sich ideologisch verzerrte Konflikte, verteilt auf die verschiedenen Schichten, entwickelten. Es war ein Kampf um *Erhalt oder Erwerb der Macht bei Labilisierung des Gesamtsystems*, wobei wiederum politisch-ökonomische Ideologien eingesetzt wurden, um das Bestehen des Systems mit einem autoritären Ständestaatsmodell gegenüber den radikalen Rechts- und Linksideologien zu erhalten (Eliminierung radikaler Parteien und Beseitigung der demokratischen Verfassung).

5.2.12.1 Verhältnis der Funktion 13 zu den Grundideen

Eine im Sinne der obigen Grundideen gestaltete Gesellschaft ist sicherlich in einer demokratischen Struktur etabliert. Es ist aber nicht möglich, die Grundideen einzuführen, wenn die Verfassung auf den Ideen des Rechtspositivismus ruht. *Es müssten auf demokratischem Weg* die neuen Grundideen in den Bereichen Gesetzgebung, Gerichtsbarkeit und Verwaltung etabliert werden. Die bestehenden verfassungsmäßigen Grundrechte, die übrigens mit rechtspositivistischen Grundsätzen weder legitimierbar noch aus diesen ableitbar sind, wären auf demokratischem Weg durch die neuen zu ersetzen. Die gesamte Struktur der einfachen Gesetze wäre über diese neuen Grundparameter in allen gesellschaftlichen Belangen umzugestalten.

Das derzeitige *formale* Prinzip der Demokratie kann zwar die Basis für eine allmähliche Einführung der obigen Universalien sein, ist aber überhaupt kein Schutz dagegen, dass sich Gesellschaften in Richtung auf ideologische Rechts- oder Linksextremisierung hin labilisieren und damit die Demokratie selbst aushöhlen oder beseitigen.

Vorurteilen kommt aber auch bei der Ablenkung akuter sozialer Konfliktpotentiale von den Krisenherden auf andere Bereiche (Gruppen) unter Aktivierung latenter Vorurteilsinhalte Bedeutung zu (*14. Ablenkungsfunktion von anderen Konfliktherden*). Die Erhöhung von Konfliktpotentialen auf einer Ebene der Gesellschaft kann auf anderen Ebenen die Vorurteilsstrukturen und -intensitäten beeinflussen (*15. Identitätsbehauptungen gegen Identitätsverlust*).

Hinsichtlich dieser beiden Funktionen bieten die bisherigen Vorschläge genügend Anregungen.

5.2.13 h) Position des Staates in der Weltgesellschaft

Die völkisch-nationale Identität, Grundlage jeder staatlichen Solidarität, kann in bestimmten Situationen des Gesamtsystems (Bedrohung) so stark akzentuiert werden, dass gegenüber Außenfeinden oder inneren Minderheiten intensive Vorurteile entwickelt werden (*16. Betonung der national-völkischen [rassischen] Identität im Rahmen der Identitätsbehauptung*).

Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die Unterscheidungen Heckmanns zwischen Volk, Nation und ethnischen Gruppen bzw. Minderheiten.

Auch hier zeigt uns der Atlas und sein Material, dass die politischen Auffassungen über Volkszugehörigkeit in Verbindung mit dem Begriffen der Nation, des Nationalstaates und des Verhältnisses der ethnischen Minderheiten zur Mehrheits-gesellschaft keineswegs einheitlich waren (vgl. die 4 Gruppen: großösterreichisch, großdeutsch, deutschnational und kleindeutsch). Als der mit Unterdrückungsmechanismen

stabilisierte Vielvölkerstaat infolge der Emanzipation einzelner Völker nicht mehr erhalten werden konnte, begann die Krise der völkischen und nationalen Identität Restösterreichs, dem man das Anschlussverbot auferlegt hatte.

Während man den Begriff des Volkes durch den Glauben an eine gemeinsame Herkunft, Gemeinsamkeiten von Kultur und Geschichte sowie ein Zusammengehörigkeitsbewusstsein zu legitimieren versucht, ist der Begriff der Nation sicher ein politischer Begriff. Da Volk und Nation nicht ident sind, entsteht die Variabilität des Begriffes der Nation. Bekanntlich werden in Österreich und Deutschland traditionsgemäß eher strenge Übereinstimmungen zwischen Volk und Nation gefordert, was für die Beziehungen ethnischer Minderheiten innerhalb des Nationalstaates ungünstige Folgen hat. Andererseits gilt in den USA und Frankreich etwa nicht diese starke Koppelung. Es können daher auch mehrere Ethnien eine Nation (etwa die amerikanische oder die französische) bilden.

Wir zeigten vorne, dass in den Identitätsmilieus der Juden in der Ersten Republik eine bestimmte Gruppe sich als jüdisches Volk empfand, das einen jüdischen Nationalstaat in Palästina gründen wollte, während sich andere Juden dem österreichischen (oder deutschen) Volk und der deutschen oder österreichischen Nation zugehörig fühlten.

5.2.13.1 Verhältnis der Funktion 16 zu den Grundideen

Die Universalien der Grundnormen gehen von der Einheit der Menschheit aus. Für die gesamte Menschheit gelten bestimmte Grundrechtskataloge. Die Differenzierung in Völker, Nationen und Nationalstaaten ist in diesem Universalismus keineswegs zu vernichten oder zu überwinden. Der Weltstaat hat aber eine Verfassung zu entwickeln, in welcher das Verhältnis aller Völker, Nationen und Nationalstaaten zueinander nach den Grundsätzen der *Nebengliederung* erreicht wird, womit die einseitige Privilegierung, Vormacht und Dominanz einzelner Staaten oder Staatengruppen, wie sie heute üblich ist, ausgeschlossen wird.

5.3 Grundlagen der Minderheitenpolitik

Auch die Grundlagen der Minderheitenpolitik innerhalb eines Nationalstaates sind nach den Prinzipien des Grundrechtskataloges zu verbessern. Eine ausreichend differenzierte Darstellung der zu berücksichtigenden Faktoren enthält Figur 4. Als Metaprinzipien gelten die universellen Grundideen.

Wir unterscheiden bekanntlich zwei Gruppen von Minoritäten:

- a) Minderheiten, die aus einem anderen Herkunftsstaat kommen und mit ihm noch rechtliche Beziehungen aufrechterhalten wollen;
- b) Minderheiten, die zu einem anderen Bezugsstaat keine Verbindungen mehr besitzen.

In beiden Fällen ist das Typische der Minderheit der individuelle und kollektive Identitätskonflikt, der in Figur 4 dargestellt wurde, verbunden mit dem Umstand des negativen Ausgrenzungsdruckes der Mehrheitsgesellschaft und deren Negativformulierung. Die Minderheit bildet im Wesentlichen mehrere miteinander in Konflikt befindliche Gruppen mit unterschiedlichen Identitätsstrategien im Grundkonflikt.

Die evolutive Überwindung besteht in der rechtlichen Implementierung der universellen Grundwerte. Dies führt zu der oben erwähnten *Nebenordnung aller Schichten und damit auch der Subkultur der Minderheit*. Bei Bestehen der universellen gesellschaftlichen Grundrechte ist das Spezifische des Bezugskonfliktes zwischen den (Sprache-Kultur-Wirtschaft-Politik)-Werten der grünen Mehrheit und den (Sprache-Kultur-Wirtschaft-Politik)-Werten der lila Minderheit als *eigene soziologische Gegebenheit zu berücksichtigen. In diesem Konflikt ist der Minderheit und ihren Individuen die größtmögliche Wahlmöglichkeit und auch individuelle Variationsmöglichkeit von Identitätsbildungen und -veränderungen zuzugestehen, ohne dass seitens der Mehrheit oder der Minderheit sozialer oder politischer Druck auf den Einzelnen ausgeübt wird. Dem Umstand, dass die Mehrheitsgesellschaft bisher die Minderheit negativ formuliert und unterdrückt hat, ist in der politischen Behandlung des Problems*

durch besondere Förderung der genannten Identitätspaletten aktiv Rechnung zu tragen.

Dieser Grundsatz wird, ohne die gesamte Konfliktsituation, die wir für die Subkultur der Minorität erarbeiteten, zu berücksichtigen und ohne Referenz auf unseren universellen Grundrechtskatalog etwa bei Bauböck (in Waldrauch 2000) rudimentär behandelt:

Einfache Integration:

- a) Egalisierende Integration: reine Assimilation in Richtung der Mehrheitswerte;
- b) transnationale Integration: Berücksichtigung rechtlicher Bindungen an das Herkunftsland.

Komplexe Integration:

- a) Protektive Integration: individueller Schutz vor Diskriminierung;
- b) affirmative Integration: Anerkennung unterschiedlicher kultureller Bindungen und Bedürfnisse als:
 - b1) kollektiver Diskriminierungsschutz: affirmative action Programme;
 - b2) Etablierung kultureller Minderheitenrechte.

Zur Erreichung dieser Ziele ist allen Minderheiten die maximale Möglichkeit politischer Selbstdefinition und Selbstvertretung zu gewähren. Die paternalistische "Betreuungs"haltung politischer Parteien und NGOs, welche über die Identitätskonzepte der Minderheiten verfügen, ist universalistisch zu überwinden.

5.3.1 Der Rassenbegriff

Wir definierten oben Rasse folgendermaßen:

Rassismus umfasst Ideologien und Praxisformen auf der Basis der Konstruktion von Menschengruppen als Abstammungs- oder Herkunftsgemeinschaften, denen kollektive Merkmale zugeschrieben werden, die implizit oder explizit bewertet und als nicht oder nur schwer veränderbar interpretiert werden.

Die universalistischen Grundideen ergeben, dass alle Menschen primär über ihre Position in der absoluten Essenz u, Geist i, Natur e und im Weiteren in der unendlichen Menschheit bestimmt sind. Daraus ergeben sich Rechte und Bewertungen jenseits aller Rassen, soweit man den Begriff überhaupt benutzen will. Die Einheit der Menschheit und die Vollziehung ihrer Allsynthese im Sinne der obigen Universalien führt auch, wenn man sich des

Begriffes bedienen will, zu einer Rassensynthese. Aus dem Verhältnis der Universalien zu den gesellschaftlichen Positionen rassistisch formulierter Diskriminatorik ergibt sich auch der Weg, Diskriminierung allmählich zu überwinden.

5.3.2 Vor lauter Bäumen kein Wald?

Wir haben in den bisherigen Teilen die zeitgenössischen Theorien über Diskriminatorik und darin die Rassismustheorien gleichsam systemtheoretisch relativiert. Der Leser wird am Ende sagen: "Wenn wir die Fragen in dieser Komplexität und Differenzierung analysieren, entgleitet uns das Thema gänzlich. Wie soll man aus derartigen Modellvorgaben konkrete Handlungsmaximen gewinnen?"

Diesem Argument ist entgegenzuhalten, dass eine diskriminatorische Gefahr der Systemanalyse gerade darin besteht, die Vielzahl der Dimensionen und Ebenen der Probleme im System zu Gunsten höherer theoretischer Griffigkeit zu reduzieren. Diese Reduktionsleistungen hinsichtlich der Komplexität können aber sehr leicht in schwere ideologische Verzerrungen nach links oder rechts führen. Ist nicht unser Atlas über die Erste Republik in Österreich ein beredtes Beispiel für derartige gefährliche Reduktionsversuche in ideologisch unterschiedliche Richtungen? Wir müssen uns daher offensichtlich *der hohen Komplexität stellen*, die wohl auch die Folge höherer Freiheitsniveaus aller Individuen im System ist, also selbst als positives Evolutionsprodukt zu sehen ist. Wir müssen uns aber, um Labilisierungsgefahren in Richtung auf ideologische Verzerrungen zu vermeiden, die Dimension der *Universalität stets offen lassen*, um evolutive Zukunftsschritte nicht zu versperren. Selbst dann, wenn wir mit theoretischen Problemen konfrontiert sind. Erst die Aufrechterhaltung des Diskurses zwischen Universalität und Komplexität kann das Absinken der gesellschaftlichen Niveaus in dumpfe pragmatische Bereiche verhindern, welche das Entstehen ideologischer Destabilisierung fördern.

6 Der universalistische Humanismus – eine neue Aufklärung

6.1 Einleitung

Wir haben den vorigen Teil mit einem Hinweis auf Poppers heftige Kritik metaphysischer Systeme abgeschlossen. Er weist darin Positionen nach, welche für das gesellschaftliche und politische Leben verheerende Folgen zeitigten. Es soll nicht geleugnet werden, dass ähnliche Überlegungen dazu führten, dass der Autor dieser Zeilen sich darum bemühte, die philosophischen Schriften eines Universaldenkers wieder bekannt zu machen. Zum einen geht es darum, dass auch bei noch so heftigen Versuchen keine wissenschaftlich präzise Möglichkeit besteht, eine metaphysische Begründung der Wissenschaft und damit der Politik und Soziologie auszuschließen. Keine auch noch so zurückgenommene theoretische Position, wie etwa jene Poppers, kommt ohne metaphysische Annahmen aus. Umgekehrt ist auch nicht auszuschließen, dass es eine *progressive Metaphysik* gibt, welche gerade jene Verzerrungen, inhumanen Fehleinschätzungen und brutalen Ansätze nicht besitzt, die bisherigen Denkschulen anhaftete. Im Sinne der "unbegrenzten Kommunikationsgemeinschaft aller Menschen", die Apel als diskursives Postulat aufstellte, wäre zu wünschen, dass eine Auseinandersetzung mit der Grundwissenschaft Karl Christian Friedrich Krauses angeregt wird.

Wenn wir hier die Lehren eines so gut wie vergessenen deutschen Philosophen wiederum vorstellen, so ist natürlich als Erstes zu fragen, weshalb er in Deutschland überhaupt keinerlei Beachtung fand.⁷⁶ Nun sind auch im Wissenschaftsbetrieb diskriminatorische Prozesse üblich und manche Philosophien sind gleichsam ihrer Zeit voraus. Wir möchten aber hier ein Gedankenexperiment durchführen: Popper war im Wissenschaftsbetrieb für einen offenen argumentativ bestimmten Diskurs auch bezüglich gesellschaftlicher Formationen und ihrer Sozialtechnik. Wie hätte er sich zu den Theorien Krauses hinsichtlich der rationalen Einheit

⁷⁶ Sein Einfluss in Spanien in Form des Krausismo, einer Bewegung der sozialen Modernisierung von 1850 bis 1900, war allerdings beachtlich.

der Menschheit, hinsichtlich der Fundierung universaler Grundrechte aller Menschen, hinsichtlich der Eigentumsordnung, der Organisation des Staates, des Menschheitsstaates und vor allem hinsichtlich der friedlichen und guten Mittel zur Erreichung dieser Ziele gestellt? Hätte ihm nicht die Kritik Krauses an Platon und Hegel gezeigt, dass es progressive, evolutionslogisch völlig neue metaphysische Positionen geben kann, *die keiner Rechts- oder Linksideologie Material liefern können*? Wir hoffen, dass auch ein kritischer Rationalist in diesem Kapitel, im Rahmen der von ihm zugelassenen Argumente, Anregungen für soziale Veränderungen finden kann. Vielleicht ist es sogar möglich, einen metaphysischen Zugang zu eröffnen.

6.2. Der Aspekt einer neuen Aufklärung

In der Frankfurter Schule⁷⁷ wird die von uns im ersten Teil in ihrer Komplexität dargestellte Gesellschaft als Gesamtheit, als eine im Zustande der Verblendung gefangene, gesehen. Wir erinnern hier nochmals an die Ansätze Claussens im Kapitel über das Ich und das Andere, wo er von den Grenzen der Aufklärung spricht.

Wir stellen nochmals fest:

Wenn Claussen vom emanzipatorischen Horizont der Philosophie Hegels spricht, so ist hier festzuhalten, dass die emanzipatorische Reichweite der Grundwissenschaft Krauses sowohl über die Horizonte Hegels weit hinausreicht als auch die materialistisch-historische Dimension der aufklärerischen Momente bei Marx und Freud überschreitet. Durch die aufklärerischen erkenntnistheoretischen Analysen Krauses wird die begriffliche Verhaftung Hegels in der Philosophie Kants aufgedeckt und eine über Hegel hinausgehende Struktur der göttlichen Rationalität erschlossen, welche den Gegensatz von *Allgemeinem und*

⁷⁷ In Pfliegerl 1990, 267 f. wird die Ästhetik Adornos kritisiert, welche das Bestehende als einen durch die gesellschaftliche Produktion unter Privateigentum an den Produktionsmitteln bedingten Verblendungszusammenhang darstellt. Adorno geht hier jedoch auch gegen die mathematisch-logischen Schulen des logischen Empirismus und schließlich auch gegen den Allgemeinbegriff selbst vor.

*Besonderem bei Kant und Hegel relativiert und vor allem für den Menschen eine Identitätstheorie erschließt, bei der das Andere, die Objektwelten und alle anderen Subjekte nicht mehr als das Negativ-Andere, als diskriminierende Funktion der Bildung von Identität möglich, zulässig und erforderlich erscheinen. Die menschliche Identität ist hier mit der göttlichen verbunden und damit universalisiert, ohne dass hierbei der von Claussen bei Hegel erkannte universale *Zwang* an eine spiegelbildliche Verkehrung in einer Verkehrs- und Wahrnehmungsweise einer verzerrten Welt geknüpft bliebe und ohne dass die Individuen und Völker instrumentell gefasst würden.*

Natürlich muss materialistische Sicht im Sinne Marxens jeden Bezug auf göttliche Rationalität selbst als ideologische Verzerrung erkennen, aber es ist umgekehrt erkenntnistheoretisch nicht auszuschließen, dass dem Menschen die unendliche und absolute Rationalität Gottes in einer *emanzipatorisch neuen Form* erkennbar wird, wodurch nicht nur die Kategorien menschlicher Identitätsbildung, sondern auch die Formen menschlicher Sozialität über die von Marx und Hegel kritisierten Verblendungs- und Entfremdungszusammenhänge, aber auch über die bei Marx und Freud bestehenden umgekehrten Verzerrungen der Humanität hinaus entwickelt werden, *ohne dass die emanzipatorischen Potentiale des Marxismus wiederum restaurativ zum Negativ-Anderen würden und einer Verdrängung zum Opfer fielen.*

Wir können dies im Rahmen unseres Farbgleichnisses etwa folgend formulieren: Wenn wir im grünen System leben, sind alle unseren Gedanken über das System selbst grün. Wir sind also grün verblendet. Die Grundfrage bleibt daher: Wann sehen wir farblos, wann sehen wir frei von der Grünheit im System?

Wir werden versuchen zu zeigen, dass die meisten der bisherigen Theorien der Emanzipation aus dem Grünen selbst nicht ganz frei sind von den Färbungen des Systems.⁷⁸

⁷⁸ Zum mangelhaften Versuch der Befreiung in der Ästhetik Adornos siehe etwa: Pfliegerl 1990, 272.

6.2.1 Gibt es Universalität?

Unsere Darstellung zeigt einige Facetten der Frage nach *universellen* Kriterien menschlicher Gesellschaftlichkeit, die mit der Frage nach einer harmonischen Weltgesellschaft gleichzusetzen ist. Gibt es einen *wissenschaftlichen Weg*, solche Universalien zu finden? Oder müssen wir – wie uns die Postmoderne nahe legen will – auf jegliche Allgemeingültigkeit der Begrifflichkeit selbst zu Gunsten heterogener Ordnungen des Differenten verzichten? Hat der *europäische* Geist in seiner Tradition der epistemischen Rationalität irgendetwas zur Universalität der Rationalität beitragen können oder gerät er heute in Konkurrenz mit anderen Rationalitätsentwürfen, wobei dann alle nach den postmodernen Postulaten miteinander umzugehen hätten? Wir glauben, dass die Postmoderne bestimmte "epistemologische Stellen" der europäischen Denktradition selbst nicht ausreichend berücksichtigt und daher in Mängel verfällt, die sie anderen anlastet.

Offensichtlich ist es auch heute noch als Folge geschichtlicher Erfahrung für den "europäischen Geist" schwierig, sich der Anregung zu nähern, dass es eine undogmatische Möglichkeit der Begründung der menschlichen Rationalität in der göttlichen geben kann.⁷⁹ Mit dieser Möglichkeit, die hier wiederum aufgezeigt wird, steht und fällt jedoch trotz der bedenklichen Erfahrungen, die mit einigen der bisherigen Entwürfe in dieser Richtung gemacht wurden (wir verweisen auf die katastrophalen Auswirkungen der arischen Rassenreligion der NS-Zeit wie auf die metaphysischen Theorien des dialektischen Materialismus in seinen stalinistischen Ausprägungen), auch die logische Möglichkeit der Begründung einer Universalität der planetaren menschlichen Gesellschaftlichkeit. Aus der hier dargestellten Universalität heraus erweist sich aber dann auch, dass diese nicht eine des *europäischen Geistes* oder des Geistes eines Volkes oder einer Rasse oder Religionsgemeinschaft sein kann, wenn auch manche

⁷⁹ Wir haben auf die redlichen Auseinandersetzungen Poppers mit Platon und Hegel und seine Skepsis gegen jegliche Metaphysik hingewiesen, die sich aus den unzumutbaren Sozialpositionen dieser Denker ergab, welche Generationen von Ideologien mit Material versorgten.

europäische Theoretiker ihren Teil zur Gewinnung der Universalität beitrugen.

Wenn es Universalität gibt, kann sie nicht aus einem nationalen oder kontinentalen Geist, aus dem Geist eines einzelnen Religionssystems oder einer Rasse oder eines Volkes entstehen, aus diesem abgeleitet oder auf diesen zurückgeführt werden, sondern muss als planetare Universalität alle kontinentalen Aspekte in sich enthalten, aber auch alle in ihrer Neuheit überschreiten. Wenn daher im letzten Teil in deutscher Sprache die Grundlagen der göttlichen Kategorialität dargestellt werden, die ein "Deutscher" (Krause) vorlegte, so darf dies doch in keiner Weise mit kulturellen, religiösen, nationalen oder rassistischen Zusammenhängen verbunden werden. *Diese Grundlagen gehören allen Menschen aller Sprachen, Kulturen, Rassen und Religionen.* Sie dürfen daher niemals als Instrument von Überlegenheitsdenken, Ausgrenzungen, Unterdrückungen usw. eingesetzt werden, was ihr Inhalt auch ausdrücklich verbietet. Beispiel: Die weiter unten dargestellte "Philosophie der geraden Linie" gilt für alle Menschen, unabhängig von Rasse, Religion oder Volk.

Diese Rationalität ist natürlich auch in der Lage, alle jene Einwände gleich selbst aufzuführen, welche ein Standpunkt, der durch postmodernes oder ähnliches Denken, durch die Position eines historischen Religionssystems oder durch einen nationalen oder rassistischen Ansatz begrenzt ist, gegen sie vorbringen wird: Man wird diese Rationalität als Totalisierung, spekulatives Einheitsdenken mit Tendenz zu kategorialer Zwangsherrschaft, bedrohliche Allheitsphantasmen, gleichmacherische Universalität, verschwörerische Ideen mit Herrschaftsanspruch, Flucht vor der Komplexität moderner Gesellschaftlichkeit oder ähnlich bezeichnen.

Wenn postmoderne und ähnliche Schulen ihre eigenen Postulate und Annahmen nur einigermaßen ernst nehmen und realisieren wollen, müssten sie diese neue Rationalität zumindest als Heterogenes, Differentes und Anderes in "ihrem Ganzen" anerkennen, sie müssten sie im Rahmen der formalen Prinzipien der "reinen" Transversalität ihrer Vernunft wenigstens prüfen.

Nun hat sich auch in der Gegenwartsphilosophie die Vorstellung *universal-rationaler* Geltungsansprüche in Form der von jeder Theorie der Rationalität menschlicher Kommunikation vorausgesetzten *Rationalität des kommunikativen Diskurses* erhalten (Apel, Habermas).⁸⁰ Die Prüfung des universalen *Wahrheitsanspruches* einer Hypothese setzt nach Apel prinzipiell eine *ideale Argumentations- und Kommunikationsgemeinschaft* voraus.

"Im Argumentieren können wir – selbst wenn wir nur Hypothesen aufstellen – nicht darauf verzichten, Ansprüche auf jene *universale* Wahrheit zu erheben, die für jedermann gültig sein soll und folglich für jedes mögliche Mitglied des unbegrenzten 'Systems' einer idealen Kommunikationsgemeinschaft akzeptierbar sein muss."

Auf dieses Konzept einer "konsensual-kommunikativen Rationalität" kann hier nicht eingegangen werden. Nur Folgendes sei zum Universalitätsanspruch gesagt:

Die apriorische Voraussetzung und Bedingung der Möglichkeit des erwähnten universalen Wahrheitsanspruches stellt in dieser Form insoweit bereits eine evolutionslogische Hemmung der Entwicklung der menschlichen Vernunftkonzepte dar, als ihr Wahrheitskonzept, wie wir hier zeigen, dann überholt ist, wenn für den Menschen eine Verankerung der Rationalität in der göttlichen Rationalität möglich ist, durch welche sie dann aber auch inhaltlich anders bestimmt wird.

Die These, dass Wahrheit als ein Grenzwert oder Ideal universaler intersubjektiver Gültigkeit konzipiert sei, der oder das durch einen *unendlichen Fortschritt der Forschung zu erreichen wäre*, ist selbst insoweit dogmatisch, als die Wahrheit dieser These selbst – um argumentativ sinnvoll und wahr zu sein – eben aus dem approximativen Fortschrittsprozess bezüglich der Wahrheit immer

⁸⁰ Vgl. hierzu auch den Versuch bei Münch 1998: "... das Partikulare bestehender Traditionen nicht im abstrakt Universellen aufgehen zu lassen, sondern in einem Verweben eines Flickenteppichs einzelner Traditionen die Kluft zwischen den Traditionen zu schließen." Auch dies ist sicher eine Reflexionsebene der Untersuchung, die sich bereits jenseits jeder Tradition und des Universellen befinden müsste!

schon herausgenommen, also eine jenseits jeder Evolution wahre These sein und bleiben müsste. Diese These über die Wahrheit könnte daher selbst durch konsensual-kommunikative Argumentation nicht mehr verändert werden. Insoweit ist sie, auf sich selbst bezogen, dogmatisch (Problem der selbstreferentiellen Konsistenz). Ihre Legitimierung durch sich selbst kann nicht gelingen, weil sie den Implikationen widerspricht, die sie für den Geltungsanspruch von Wahrheit erhebt. Welche Kriterien hätten wir, um die These selbst als wahr zu sichern. Ist sie nicht schon ein vorweggenommenes Wahres oder ein Wahres, das jeder Evolution der menschlichen Rationalität immer entzogen wäre? Wäre sie aber umgekehrt, wie wir es sehen, eine nur auf ein bestimmtes Evolutionsniveau bezogene wahre These, könnte und müsste sie sich in einer anderen Evolutionsphase ändern.

Die Annahme, dass es für die Auffindung der Wahrheit von Erkenntnissen einer Kommunikationsgemeinschaft bedürfe, die durch Konsens gleichsam die Wahrheit zunehmend regulativ auffinden wird, ist insoweit sachlich teilweise unrichtig, als bei Gegebensein eines unendlichen und unbedingten Grundwesens die Wahrheitskriterien sich aus den inhaltlichen Implikationen der unendlichen Essenz und ihrer inneren Gliederung ergeben müssten. Ist eine solche Grundlage existent und für den Menschen grundsätzlich auch erkennbar, ergeben sich daraus andere Folgerungen für die Wahrheit in der wissenschaftlichen Forschung. Gegenüber denjenigen Bestimmungsfaktoren, welche die Wahrheit der Erkenntnis oder der Aussage *vom Gegenstand der Erkenntnis* her zu erfahren hat, ist der linguistisch-konsensuale Aspekt der Erkenntnis sicherlich nachrangig. Die Wahrheit des Erkannten ist hinsichtlich ihres Inhalts keineswegs eine Funktion der Kommunikationsgemeinschaft. Der Konsens der Kommunikationsgemeinschaft ist für die Wahrheit des Inhaltes nicht konstitutiv.

Das Ideal einer unbegrenzten Kommunikationsgemeinschaft enthält *in sich* aber auf jeden Fall – trotz der dargestellten Mängel – das Gebot, auch die mit diesen Zeilen von einem Mitglied *in dieser Kommunikationsgemeinschaft der Argumentierenden* vorgebrachten Argumente in Rahmen ihrer eigenen Grenzen zu prüfen. Dies könnte nach den eigenen Annahmen dieser

Kommunikationsgemeinschaft dazu führen, dass sie sich im Sinne der Prinzipien der Grundwissenschaft zwar nicht aufhebt, wohl aber hinsichtlich ihres transzendentalpragmatischen, kommunikativen Vernunftkonzeptes und dessen universalen Geltungsansprüchen selbst überholt, weiterbildet und vollendet.⁸¹ Im Sinne unserer obigen Ausführungen ist davon auszugehen, dass im Rahmen der dargelegten Grundlagen der unendlichen und unbedingten Prinzipien der göttlichen Vernunft alle bisherigen Vernunftkonzepte aller Kulturen evolutionslogisch ihren Platz einnehmen, aber eben auch zu fragen ist, ob sie die "letzten" oder "höchsten" Formen der Evolution der menschlichen Vernunft erreicht hätten. Hierbei sind eben auch alle bisherigen

⁸¹ Wie steht es nun mit der selbstreferentiellen Konsistenz der Sätze unseres Buches, bezogen auf den linguistischen Aspekt der kommunikativen Vernunft bei Apel?

Alle Sätze dieses Buches gehören dem System der Sprache der Grundwissenschaft an, deren Semantik durch die Erkenntnisse der Grundwissenschaft, deren Syntax durch die Struktur der Wesenheiten und Wesen an und in dem unendlichen und unbedingten Grundwesen und deren Pragmatik durch die Endschau der Entwicklung der Menschheit nach der Lebenslehre der Grundwissenschaft bestimmt wird.

Diese Sätze sind gegenüber allen bisherigen Kultur- und Sozialsystemen so weit systeminvariant, dass sie in der Lage sind, Grundlage einer wissenschaftlichen, universellen Rationalität darzustellen, die ihrerseits universelle Prinzipien für Wissenschaft, Kunst und Sozialität im planetaren Sinne bilden kann. Dieser Hinweis erfolgt hier, um wenigstens die Möglichkeit der Prüfung dieser Behauptung neuerlich im Wissenschaftsbetrieb zu eröffnen.

Es kann hier der Einwand vorgebracht werden, das als neu festgestellte Grundsystem sei ja nur in unserer üblichen Sprache beschreibbar, setze also eine grüne Systemsprache, unsere Umgangs-sprache, voraus (pragmatisch-linguistisches Argument); diese Sätze müssten verstanden werden und setzten bereits wieder ein sozial vorgeformtes Sprachverständnis voraus (hermeneutischer Aspekt); kurz, die konsensual-kommunikative Rationalität Apels sei unhintergehbare Bedingung dieser Sätze. Dazu ist zu sagen: Diese Zeilen in einer grünen Systemsprache, einer systemmit-bedingten Sprache abgefasst, sind Anleitung, Hinweis, bestimmte bereits nicht mehr der Sprache der jeweiligen Gesellschaft angehörende Erkenntnisse und Gedanken anzuregen. Diese Sätze sind aber für die Erkenntnisse der Grundwissenschaft nicht konstitutiv und sie bedürfen auch zu ihrer Begründung nicht eines kommunikativen Konsenses. Wohl aber ist zur Einführung dieser Erkenntnisse erforderlich, dass es gelingt, sie in der Kommunikationsgemeinschaft aller Menschen über konsensual-kommunikative Prozesse bekannt zu machen und die Gesellschaft nach ihren universalen Prinzipien weiterzubilden.

Hier sei auch auf das Konzept einer interkulturellen Vernunft bei Mall hingewiesen, das jedoch aus Platzgründen nicht behandelt werden kann.

Vernunftkonzepte, die von *göttlichen Grundlagen der menschlichen Vernunft* ausgingen, mit der Grundwissenschaft zu *vergleichen*. Dieser Vergleich stellt eine wichtige künftige Aufgabe der interkulturellen Vernunftdiskussion dar. Noch sind hier im Wissenschaftsbetrieb Schätze anderer Kulturen erst spärlich erschlossen. Im Weiteren wird auf bestimmte okkulte Systeme, die ebenfalls göttliche Grundlagen einschließen, verwiesen.

Die Theorie der interkulturellen Vernunft, deren interne Mängel hier nur skizziert werden, bildet einerseits wie die These Apels eine Behinderung für weitere Evolutionsschritte der Vernunftdiskussion, sie kann aber die interkulturelle, planetare These der Vernunft, die sich aus der Grundwissenschaft ergibt, selbst in ihrem eigenen Bezugssystem als eine interkulturelle Lehre prüfen und sich in dieser selbst weiterbilden. Dabei wird sie auf die Ideen und die Ideale einer allharmonischen Planetenmenschheit stoßen. Eine Lehre, die infolge ihrer Beziehungen zur göttlichen Vernunft *allgegenwärtig* ist, an kein Volk und keinen Punkt der Erde gebunden und doch geeignet, die Grundlage für ihre harmonische Vollendung als Planetenmenschheit zu bilden. Wir wissen daher nicht, an welchem Ort der Erde sie im interkulturellen Diskurs Anerkennung und Umsetzung erfahren wird.

6.2.1.1 Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Universalität

"Hier die Wahrheit, die, einmal gefunden, den Anspruch erhebt, für alle und immer gültig zu sein. Dort ein Versuch, eine solche Wahrheitssuche als verdeckte Operation zugunsten der Mächtigen zu entlarven. Der Philosoph gegen den Sophisten – das ist ein früherer Fall, in dem der *Universalismus* die Schlüsselrolle spielt." Hakan Gürses

Wir unternehmen einen Versuch, Teile des gegenwärtigen Universalismus-Diskurses zu skizzieren und neue Perspektiven

anzudeuten. Hierbei benützen wir – im Griff aus der Fülle⁸² – Zitate einiger Autoren, die durch die Läuterungen kritischer Machttheorie hindurch mühsam versuchen, die Idee der Universalität

- a) entweder trotz aller selbstreferentieller Probleme der Begriffsbildung⁸³ vorsichtig zu bewahren (Balibar);
- b) eher bereits im machtheoretischen Gestrüpp zynisch zu relativieren (Gürses) oder
- c) als strategischen Universalismus zu retten (Sternfeld).

6.2.1.1.1 Etienne Balibar

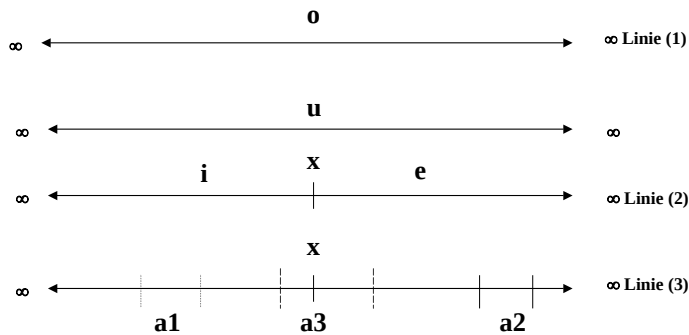
Zwischen diesen beiden Dichotomien, meiner eigenen von *intensiv versus extensiv* und Walzers Dilemma eines Universalismus des „*allumfassenden Gesetzes*“ versus eines „*wiederholender Universalismus*“, gab es sowohl offensichtliche Verbindungen als auch bemerkenswerte Differenzen, die interessanter werden würden, wenn ich hier versuchte, eine Diskussion zu eröffnen und sie vor allem mit konkreten Themen wie dem Nationalismus speisen würde. Aber wir haben dafür jetzt keine Zeit. Lassen Sie mich deshalb einfach in eher formaler Weise zeigen, dass solche Dichotomien, asymmetrische ebenso wie symmetrische, oder, falls Sie dies vorziehen, deskriptive ebenso wie normative, unausweichlich werden, sobald man wirklich in die Diskussion über den Universalismus einsteigt. Sie sind ein guter Hinweis darauf, dass jede/r SprecherIn (und jede Aussage) des Universalen *innerhalb*, und nicht *außerhalb* des Feldes von Diskursen und Ideologien verortet ist, die er/sie/es untersuchen will.

Zusätze S. P.: Balibar ist selbst eindeutig im Bereich der Hegel-Marx'schen Logik gebunden. Wie wir aber unter 7.24 kurz skizzieren, besteht eine bedenkliche und die Bedeutung Hegels beträchtlich schwächende Tatsache darin, dass Hegel die von Kant aus der **formalen Logik** abgeleiteten und bereits triadisch strukturierten Kategorien dynamisierte und damit in dessen kategorialen Verhaftungen verblieb. Wie wir aber an mehreren Stellen aufzeigten (z.B. 7.12 usw.) sind die Inhaltslogik Hegels und ihre Mängel überwindbar. Für den Universalismus-Diskurs bedeutet dies jedoch, dass es einen Erkenntnisstandpunkt geben kann, der es ermöglicht das Universale nicht nur innerhalb der Grenzen begrenzter Ideologien und Diskurse zu

⁸² Wir zitieren aus http://eipcp.net/transversal/0607/folder_contents .

⁸³ Der Widerspruch sei bereits Teil der Definition des Universalen.

erkennen, deren Grenzen man kritisch untersuchen will. Wieder wollen wir dies mit der schon so oft bemühten Linien-Parabel kurz andeuten.



Die etablierten Theorien der Universalität sind je ein Segment in Linie (3), z. B. als $a1$, $a2$, $a3$ usw.

Die *Wissenschaft von der geraden Linie* enthält alle – auch universalistischen – Teilsysteme in der Linie (3) als Teilsegmente *in sich*. Sie erkennt vor allem einerseits, ausgehend von der Linie (1), alle Teilsysteme in sich nach einer logischen Gliederung (Deduktion), sie kann aber auch von einem Teilsegment in Linie (3) ausgehend, nach oben oder zur Seite blicken (Intuition) und sich und alle anderen Teilsysteme neben sich mit den unendlichen Grundlagen der Linie (1) vereint erkennen. Was jedoch besonders wichtig ist: Es wird wohl niemand auf die Idee kommen, sich deshalb für "auserwählt" oder gegenüber anderen als überlegen zu betrachten, weil er die "Wissenschaft der geraden Linie" erkennt. Das wäre etwa ähnlich absurd wie die Vorstellung, dass jene Erwählte seien, welche den pythagoreischen Lehrsatz verstehen. Die Neue Universalität geht also von unendlichen und unbedingten Begriffen aus, die nicht AUSSER sich, wohl aber alles und damit alle bisherigen "partikularen" Universal-System IN sich enthalten!

So kann vielleicht bildlich gezeigt werden, wie unsinnig es wäre, sich deshalb, weil man die Grundwissenschaft erkennt, als "auserwählt" zu betrachten. Keine Person, kein Volk, keine Gemeinschaft darf sich mit derartigen Überlegungen auf die Wesenlehre berufen. Sie ist weder eine deutsche Lehre noch eine europäische, sie ist nicht einmal eine

planetare, sie gilt bekanntlich in allen Planetensystemen des Weltalls gleichermaßen. Sie ist aber in der Lage, alle bisherigen Universalismus-Systeme friedlich in sich zur Vollendung zu bringen, ähnlich wie die "Wissenschaft von der geraden Linie" alle unendlich vielen Teilsysteme in sich enthält und jedem seinen Platz lässt. Das Universale wird in der Wissenschaft von der geraden Linie nicht als etwas Begrifflich-Partiales erkannt, das durch diese Partialität seiner Begrifflichkeit nur ein Innen umreißt und erfasst, außer dem ein anderer Rest bleibt, der als Negation und Anderes die Ideologisierung des begrifflich erfassten Partial-Universalen im Innen nachweist, sichtbar macht und damit relativiert. Im Neuen Universalen gibt es kein Außen, weil der oberste Begriff, als absolut unendlicher Begriff kein Außen außer sich hast, sondern nur Gegenheit IN sich!

Es kann kein Zufall sein, dass viele, vielleicht die meisten Diskurse über den Universalismus und das Universale selbst eine widerlegende Form, das, was die Griechen *elenchos* nannten, annehmen, indem sie nicht so sehr sagen, was das Universale *ist*, sondern was es *nicht* oder *nicht nur ist*. Es gibt keine Metasprache der Universalität, und der sicherste Weg, die Universalität eines universalistischen Diskurses zu zerstören, ist, wie bereits Hegel wusste, zu behaupten, sie böte die Metasprache der Universalität. Es gibt Möglichkeiten der Verschiebung und der strategischen Wahl unter den Kategorien, die der Unterscheidung antithetischer Formen des Universalismus einen spezifisch erklärenden oder injunktiven Wert geben. Diese Kategorien einzuordnen und auch zu zeigen, wie sie gleichzeitig sehr alt sein und regelmäßig erneuert werden können, würde bedeuten, eine spekulative Geschichte der Universalität und der Universalitäten zu entwerfen, in die sich zu begeben verlockend ist, weil dies mehr Licht in einige aktuelle Kontroversen bringen könnte.

Zusätze S. P.: Der Satz : " Es gibt keine Metasprache der Universalität, und der sicherste Weg, die Universalität eines universalistischen Diskurses zu zerstören, ist, wie bereits Hegel wusste, zu behaupten, sie böte die Metasprache der Universalität." Ist im Sinne der Metapher der geraden Linie unrichtig. Denn die Metasprache für alle bisherigen partiellen, sozial etablierten Sprachen ergibt sich aus der Struktur der geraden Linie an und in sich. Um diese Struktur sprachlich präzise zu fassen, muss man die bisherigen Sprachen und auch Hegels Theorie der Sprache überschreiten. Die Metasprache der Universalität ergibt sich in unserer Metapher aus der Universalität der unendlichen geraden Linie an und in sich. Die universale Metasprache muss strukturell der Universalstruktur der geraden Linie An und In sich folgen. Um alle bisherigen Kategoriensysteme, die bei der Schaffung von Universalitäten benutzt wurden, adäquat zu untersuchen, sind sie im neuen Kategoriensystem der Universalität, die wir präzise als Or-Om-Heit bezeichnen, als teillirige Sonderfälle ausweisbar.

Es geht dabei um die *Institution* des Universalen, oder sogar die Institution des Universalen als *Wahrheit*, was demzufolge die zusätzliche Schwierigkeit mit sich bringt, dass ihm nicht *von innen* widersprochen werden kann, d. h. auf der Basis seiner eigenen Logik oder Voraussetzungen. Nicht, weil es von einer äußeren Autorität oder Macht aufgezwungen wäre, die Widerspruch oder Ablehnung *verbieten* würde, sondern weil der Widerspruch bereits Teil der Definition der Universalität selbst ist.

Zusätze S. P.: Ob die Institution des Universalen als **Wahrheit** möglich ist, hängt natürlich von den epistemischen Schulen ab, in denen die Frage – gleichsam durch Brillen mit eigenem Schliff und eigener Farbe – behandelt wird, ab. Es gibt bekanntlich eine Unzahl von Wahrheitstheorien. Zurück zur Linienmetapher: Gibt es die unendliche Linie (1)? Ist die Aussage, dass es sie gibt, wahr? Die moderne Mathematik lehnt den Begriff des Aktual-Unendlichen bekanntlich ab. Noch mehr lehnt die moderne Mathematik den Begriff des Absolut-Unendlichen (ein Unendlich Großes) ab. Wenn aber die moderne mathematische Logik derartiger Begriffe ablehnt, dann kann natürlich der Philosoph kaum mit Unendlichkeiten operieren, welche für eine Überwindung der Grenzen der derzeitigen Universalismus-Diskurse erforderlich sind. Es könnte aber sein, dass eben in diesem mathematisch-logischen Axiomen, wie auch in den Unendlichkeitstheoremen im Hegel-Marx'schen Sinn inhumane Beschränkungen liegen, weil damit auch der Universalismus-Begriff schon im Bereich des Kategorialen in finsternen Verliesen der Sozialität gefesselt bleibt.

Die Wahrheit eines Universalen, das nach unseren Ausführungen in einer Unbedingten und Absoluten Essentialität begründet wird, kann nur dann gesichert werden, wenn die Unbedingt-Absolute Essentialität dem Menschen grundsätzlich erkennbar ist. Ob und unter welchen Umständen dies möglich ist, wird unter 7.2. angedeutet.

3) Zum Schluss möchte ich auf die dritte Idee zurückkommen, die vielleicht von allen die prekärste ist, ohne die aber meiner Meinung nach jede Auseinandersetzung mit dem Universalismus zwecklos ist: Es ist dies die *gewaltsame Seite*, die der Institution des Universalen innewohnt. Noch einmal, ich bestehe darauf, dass diese Gewalt eine immanente, und nicht eine zusätzliche ist. Sie ist nicht etwas, für das wir den schlechten Ruf, die Schwächen oder Zwänge verantwortlich machen können, die auf den TrägerInnen der universalistischen Institution lasten, da es die Institution selbst oder ihre historische Bewegung ist, die diese zu ihren TrägerInnen macht. Ich habe bereits zu Beginn darauf hingewiesen, dass wir gelernt haben, dass die Kluft zwischen Theorie und Praxis, die umso instabiler ist, wenn es um eine Umsetzung von Theorie in Geschichte und Politik geht, und dass vor allem die perversen Auswirkungen des Ausschlusses, die aus dem Prinzip der Inklusion selbst entstehen, kein Zufall sind. Nicht etwas, das uns dazu bringen könnte zu sagen, „Versuchen wir es noch einmal und dieses Mal werden wir die dunkle Seite der Universalität vermeiden.“ Doch die zu ihren Bedingungen der Möglichkeit gehörende immanente Gewalt des Universalen ist auch Teil ihrer Bedingungen der *Unmöglichkeit* oder

Selbstzerstörung; es ist, wie Derrida sagen würde, ein „Quasi-Transzendentes“. Die dunkle Seite ist somit Teil der Dialektik selbst; sie ist Teil der *Politik des Universalen* (ein Ausdruck, den ich, wobei ich mich von einigen zeitgenössischen AutorInnen wie Charles Taylor distanzieren, nicht mit einer *Politik der Universalität* im Gegensatz zur Idee einer „Politik der Differenz“ gleichsetze, weil eine „Politik der Differenz“ *auch* eine Politik des Universalen ist). Nun kann der immanente gewaltsame Ausschluss, der der Institution oder der Umsetzung des Universalen immanent ist, verschiedene Formen annehmen, die nicht gleichwertig sind und nicht nach der gleichen Politik verlangen. Eine soziologische und anthropologische Perspektive wird auf der Tatsache bestehen, dass die Herstellung einer bürgerlichen Universalität gegen Diskriminierung und Unterdrückung in den Formen von Recht, Bildung und Moral die Definition von *Modellen des Menschlichen*, von *Normen des Sozialen* impliziert. Foucault und andere haben unsere Aufmerksamkeit darauf gelenkt, dass das Menschliche das „Nicht-Menschliche“, das Soziale das „Asoziale“ ausschließt. Dies sind Formen des *inneren Ausschlusses*, die das, was ich „intensiven Universalismus“ nennen würde, sogar noch mehr betreffen, als den „extensiven Universalismus“. Sie sind nicht an das Territorium, das *Imperium*, gebunden; sie sind mit der Tatsache verbunden, dass die Universalität des/r BürgerIn, oder des/r menschlichen BürgerIn sich auf eine Gemeinschaft bezieht. Doch eine politische und ethische Sichtweise, die wir mit der Idee oder Formel einer „Gemeinschaft ohne Gemeinschaft“, oder ohne *bereits bestehende* Gemeinschaft, verbinden können, muss sich wiederum mit einer anderen, an sich mit der Universalität verbundenen, Form der Gewalt auseinandersetzen. Es ist dies die Gewalt, die von ihren TrägerInnen und AktivistInnen gegen ihre GegnerInnen, und vor allem gegen ihre *internen GegnerInnen*, d. h. potenziell alle „KetzerInnen“ innerhalb der revolutionären Bewegung, ausgeübt wird. Viele PhilosophInnen – sei es, dass sie selbst GegnerInnen oder glühende VerfechterInnen des universalistischen Programms und Diskurses waren, wie Hegel in seinem Kapitel über „Terror“ in der *Phänomenologie* oder Sartre in der *Kritik der dialektischen Vernunft* – haben auf dieser Beziehung insistiert, die eindeutig damit verknüpft ist, dass gewisse Formen des Universalismus die logische Eigenschaft der „Wahrheit“ verkörpern, also keine Ausnahme dulden. Wenn wir die Zeit hätten, oder vielleicht in der Diskussion, sollte es unsere Aufgabe nun sein, die aus dieser Tatsache zu ziehenden politischen Konsequenzen zu untersuchen. Ich habe von einem quasi-Weberschen Begriff der „Verantwortung“ gesprochen.[\[14\]](#)

Zusätze S. P.: Hier behandelt Balibar einen eminent wichtigen Punkt: Es geht um die gewaltsame Seite, die dem Universalen (stets?) immanent innewohnt, gewisse Formen des Universalismus verkörpert die logische Eigenschaft der "Wahrheit" und duldeten daher keine Ausnahme. Es ist dies die Gewalt, die von ihren TrägerInnen und AktivistInnen gegen ihre GegnerInnen, und vor allem gegen ihre *internen GegnerInnen*, d. h. potenziell alle „KetzerInnen“ innerhalb der revolutionären Bewegung, ausgeübt wird.

Um in der Metapher der unendlichen Linie zu bleiben. Ein kategorialer Grund für diese immanente Gewalt liegt eben darin, dass die bisherigen Begriffe des Universalen nur Partial-Universales umfassten, also Partialbereiche in Linie (3). Darum wird immer wider das neben und über dem Partial-Universale Andere als feindlich, behindernd und das Universale begrifflich Negierende erkannt, und als ketzerisch gewaltsam bekämpft. Wenn aber das Universale kategorial als kategoriale Ableitung an und in der unendlichen und nach innen absoluten Linie (1) erkannt wird, dann kann es keine Gewalt gegen das Andere (das Ketzerische) geben weil ALLES in der Linie enthalten ist, und die begriffliche Erkenntnis aller Teilbegriffe in Begriff der Linie (1). Die neue Universalität ist all-umfassend. Daher wird aber auch andererseits immer wider betont, dass diese Universalität, wie wir sie unter 5. bis 7. entfalten nur mit guten und friedlichen Mitteln und niemals mit List, Gewalt oder Zerstörung hergestellt werden dürfen. Man kann es auf die Kurzformel bringen: Erst wenn die Universalität kategorial all-umfassend (or-om-heitlich) erkannt wird, wird die bisherige immanent gewaltsame Seite der Universalität aufgehoben und überwunden. Natürlich ist auch die Grundwissenschaft und ihre Universalität im Sinne Balibars eine Ideologie, sie bietet aber auch ihm und anderen begrifflich neue Horizonte jenseits von Kant-Hegel-Marx. Diese Grundwissenschaft besteht aber auf jeden Fall den Lackmustest der immanenten Gewaltfreiheit gegenüber **allen anderen Ideologien**, die in ihrem Sinne immanente teillirige innere Teilsysteme in ihr selbst darstellen. Die Inhalte der Verantwortung, welche Balibar einfordert, sind im Sinne der neuen Universalität unter 7.5 formuliert.

Verantwortung wäre hier nicht einfach *Gesinnung* gegenübergestellt, sondern eher allgemein den *Idealen* selbst, den *Ideologien*, die ein universalistisches Prinzip und Ziel implizieren. Eine Politik der Menschenrechte hat in dieser Hinsicht typischerweise mit einer Politik der Institutionalisierung einer universalistischen Ideologie, und davor noch mit einem Ideologisch-Werden des Prinzips zu tun, das existierende Ideologien stört und herausfordert. Universalistische Ideologien sind nicht die einzigen Ideologien, die absolut gesetzt werden können, aber sie sind sicherlich jene, deren Umsetzung eine Möglichkeit radikaler Intoleranz oder innerer Gewalt bedeutet. Es ist nicht das Risiko, auf das sich einzulassen man vermeiden sollte, weil es eigentlich unvermeidlich ist, aber es ist das Risiko, das bekannt sein muss und den TrägerInnen, SprecherInnen und Handelnden des Universalismus eine unendliche Verantwortung auferlegt.

6.2.1.1.2 Hakan Gürses

Ontologischer, epistemologischer und ethischer Universalismus: transkulturelle Konzeptionen von Subjekt, Wahrheit und Handeln. Dieser Trias des

vernunftbezogenen **Allgemeinen** steht eine Vielzahl von verstreuten Einwänden gegenüber, die auf den Vorrang des **Partikularen** pochen, ein Recht auf Kultur einfordern und die Kontextualität von Subjekt, Wahrheit und Handeln postulieren. Dass diese widerständige, in großen Teilen der Welt jedoch machterhaltende Rede an den „historischen Diskurs des Rassenkriegs“ (Foucault) [\[12\]](#) erinnert, ist wohl kein Zufall, wollte Foucault mit seiner genealogischen Beschreibung doch auf zeitgenössische Nachläufer dieses Diskurses hindeuten. Damals wie heute haben wir es mit universalistischen, herrschenden, nivellierenden Sieger-Reden auf der einen, mit partikularistischen, kolonisierten, aufbegehrenden Diskursen von Besiegten auf der anderen Seite zu tun. Was Foucault „römische Geschichte“ nennt, ist hier die von Menschenrechten flankierte westliche Rationalität; was dort als „Rassenkrieg“ (später: Klassenkampf) begriffen wurde, die treibende, unterirdisch schwelende Kraft hinter dem Frieden von Verträgen, ist hier der hegemoniale Kampf, den Subalterne und Minderheiten gegen die Macht des Eurozentrismus, des neuen Imperiums oder gegen die Mehrheit führen. Die von Differenz und Identitätspolitik motivierte „Rehistorisierung der Vergessenen“ nimmt heute den Platz ein, den einst – so Foucault – die „jüdische Geschichte“ für sich beansprucht hatte.

Und doch ist gegenwärtig *keine* der beiden Positionen, weder der westliche Universalismus noch der mannigfaltige Partikularismus, in ihrer bisherigen Form gefragt. Wir werden Zeuginnen und Zeugen einer Auflösung: nicht so sehr der des Universalismus – das hatten wir bereits in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erlebt –, sondern seiner Widersacher: des Kulturrelativismus, des Partikularismus und des Minoritären. Die Krise der „neuen sozialen Bewegungen“ und der „postmodernen Moralitäten“ zieht nun eine *Wiederkehr des Universalismus* nach sich, diesmal als versöhnliche *Position der Mitte*. Nicht mehr das autonome Subjekt mit seiner allgemeingültigen Wahrheit und seinen kulturtranszendenten moralischen Werten spricht die universalistischen Zauberformeln. Paradoxerweise tut dies nun das mehrfach dezentrierte, eingebettete, kontextualisierte Subjekt mit seinem fragmentierten Wissen und seiner Skepsis gegenüber der Moral. Weniger mit der abendländischen Konzeption der Vernunft, dafür aber mit dem *Hausverstand* ausgestattet, sagt es uns, dass *wir* den Universalismus nun selber bräuchten. Müde von den Strapazen des aufreibenden Partikularismus, mahnt es *uns* vor einer Indifferenz gegenüber dem Leid in der globalisierten Welt ebenso wie vor der Vereinnahmung durch den Neoliberalismus. In der Tat erfahren Menschen vielerorts von Staatswillkür geprägte Unterdrückung, konfessionelle Gewalt und Diskriminierung. Und in der Tat ist „Ethno“ en vogue – auf dem Markt der Moralitäten, der Identitäten und der Waren gleichermaßen.

Durchaus auch theorieimmanente Gründe hat die Suche nach einem *neuen* Universalismus. Denn beide Pole dieses Wettstreits führen in ihrer logischen Konsequenz bestenfalls auf Holzwege. Der relativistisch-partikularistische Lehrsatz etwa, *alles* sei relativ, ist paradoxerweise eine Aussage mit Universalitätsanspruch – und das ist seit der Antike bekannt. Ein Paradoxon ist es aber auch, dass die Behauptung, die Wahrheit und die Menschenrechte seien

allgemeingültig, selbst weder *verifizierbar* noch *falsifizierbar* ist und somit eine Behauptung bleibt – davon einmal abgesehen, dass jeder Universalismus wenn nicht auf partikuläre Interessen, so zumindest auf kulturell geformte Vorstellungen zurückgeht.

Zusätze S.P.: Gürses thematisiert die Aktualisierung einer Universalismussuche weniger als Revitalisierung der universalistischen Zauberformeln des autonomen Subjekt mit seiner allgemeingültigen Wahrheit und seinen kulturtranszendenten moralischen Werten sondern das mehrfach dezentrierte, eingebettete, kontextualisierte Subjekt mit seinem fragmentierten Wissen und seiner Skepsis gegenüber der Moral scheint den Universalismus zu suchen. "Weniger mit der abendländischen Konzeption der Vernunft, dafür aber mit dem *Hausverstand* ausgestattet, sagt es uns, dass *wir* den Universalismus nun selber bräuchten. Müde von den Strapazen des aufreibenden Partikularismus, mahnt es *uns* vor einer Indifferenz gegenüber dem Leid in der globalisierten Welt ebenso wie vor der Vereinnahmung durch den Neoliberalismus." Sehr treffend ist die nicht immer anerkannte Paradoxie erwähnt, dass jeder realivistisch-partikularistische Ansatz sich selbst nur als relativ und partikular bezeichnen dürfte, was ihm jede theoretische und praktische Brauchbarkeit entzöge. Wenn er aber behauptet, alles sei relativ, dann ist dies gerade nicht mehr relativ sondern universal oder auch absolut. Ob andererseits die Behauptung, dass die Wahrheit der Menschenrechte allgemeingültig sei, verifizierbar sei, rührt tatsächlich an bekannte kritische erkenntnistheoretische Fragen. Wir versuchen auch hier zu zeigen, dass die bisherigen eurozentristischen Menschenrechtspostulate evolutive Mängel aufweisen, und skizzieren im Rahmen einer neuen Universalitätsstruktur einen neuen Humanismus. Ob diesem neuen Universalismus Wahrheit zukommen kann, haben wir bereits oben angedeutet. Wenn man von der Metapher der geraden Linie ausgeht, dann ist die Universalität in einer unbedingten und unendlichen Essentialität abzuleiten und erhält dort neue, keineswegs eurozentristische, oder machtsstrategische inhaltliche Bestimmungen, die in den bisherigen Narrativen nicht erkannt werden konnten. Diesen abgeleiteten Inhalten kann aber natürlich nur dann Wahrheit zukommen, wenn einer unbedingten und unendlichen Essentialität Wahrheit zukommt. Dies wiederum ist nur dann möglich, wenn jedem Menschen grundsätzlich die Erkenntnis dieser Essentialität möglich ist. Im Kapitel 7 werden derartige Möglichkeiten angedeutet. Selbst wenn man aber diesem neuen Universalismus die Begründung in der unbedingten und unendlichen Essentialität nicht zusprechen kann oder will, weil man dies für zu verstiegen hält, ist damit die Möglichkeit nicht auszuschließen, dass die Inhalte dieser neuen Grundlagen im Sinne eines **strategischen Universalismus** praktische Ideale zur Behebung sozialen Unrechts Anwendung finden.

Die Liste der neuen Universalismen, die der Hausverstand als versöhnliche, vermittelnde Auswege aus Aporien, politischen Vereinnahmungen, segmentierenden und entsolidarisierenden Identitätspolitik sowie aus ethischer Indifferenz vorschlägt, ist relativ lang: Wir finden darauf einen „wiederholenden Universalismus“ (Walzer), einen „Universalismus als Horizont“ (Laclau), einen

„strategischen Universalismus“ (Gilroy), ein „Restaging the Universal“ (Butler), eine „singuläre Universalität“ (Badiou) oder einen „universellen Universalismus“ (Wallerstein).[\[13\]](#)

Zusatz S.P.: Wir dürfen hier unseren Or-Om-Universalismus als weitere Variante anbieten.

Kritik am Universalismus

An den berühmten Satz von Marx lässt die Lage denken, weltgeschichtliche Tatsachen und Personen würden sich vielleicht doch im Hegelschen Sinne wiederholen, aber das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce[\[14\]](#). Der neue Universalismus des Hausverstands, den gerade kritische Geister vorschlagen, hat etwas Farcehaftes an sich.

Eine binäre Struktur lässt sich jedenfalls nicht auf diese Weise überwinden. Was solcherart „entsorgt“ wird, der Partikularismus, erinnert an die „Aufhebung“ der bipolaren Welt – mit dem Ergebnis, dass wir es nun mit nur einer allmächtigen Universalmacht zu tun haben, die im Namen der Freiheit, der Demokratie und der Menschenrechte Kriege führt. Das Aufgehobene hat die Aufhebung überlebt; der Universalismus ist mit all seiner Macht zurück. Was hier als Lösung angeboten wird, wirft dieselben Fragen erneut auf, um deren Lösung es ging.

Zusatz S.P.: Es ist ja möglich, einen Universalismus zu suchen, der keine allmächtige Universalmacht darstellt, die im Namen der Freiheit, der Demokratie und der Menschenrechte Kriege führt und strukturelle kulturelle und soziale Gewalt eben mit dem Kanon ihrer Universalprinzipien legitimiert, sondern einen Universalismus, der infolge seiner evolutiven Neuheit alle bisherigen machtgetränkten Universalismen relativiert und letztlich zu deren Auflösung in neuen Sozialformationen führen muss; allerdings nicht wieder mit der von Balibar erwähnten dunklen Seite, indem der neue Universalismus eine Vernichtung seiner Feinde, der evolutiv überholten Universalismen herbeiführt und nicht wieder indem sich der neue Universalismus mit etablierter Macht verbindet, seine Anhänger sich zu Dienern der Mächtigen dieser Welt machen, und die Essenz des Neuen derart pervertiert und zur Heuchelei wird.. Gesucht ist also ein Universalismus, der nicht alte Inhalte in neuem Gewand offeriert.

Was tun, wenn der Partikularismus wahrlich keine haltbare Position ist und der *neue* Universalismus letztendlich *der* Universalismus in *neuem Gewand* zu sein scheint?

Gehen wir zum Anfang zurück, zum Sophisten und Philosophen: Trasymachos verwies auf den Universalismus des partikularen Interesses, auf eine moralische

Heuchelei, auf den Willen zur Wahrheit, der den Mächtigen in die Hände spielte. Was aber Trasymachos dieser Ethik entgegensetzte, war kein partikularistischer Wertekanon. Er hat keine *andere* Macht zu rechtfertigen gesucht; er war kein Partikularist, kein Kulturrelativist; es ging ihm nicht einmal um das Besondere. Er war ein **Diagnostiker und Kritiker**. In seinem Versuch der **Entlarvung** finden wir den Gestus der modernen Intellektuellen wieder – was ihnen der Universalismus in rezenter Zeit (durch Diffamierung der kritischen Tätigkeit als „nützliche Idiotie im Dienste der Diktatoren“) streitig macht.

Es geht weder darum, einen wie auch immer gearteten Partikularismus zu verteidigen oder dem Kulturrelativismus das Wort zu reden, noch geht es darum, durch strategische Tricks dem Universalismus seinen machthungrigen Geist auszutreiben oder einem „wahren“ Universalismus, der noch kommen mag, den Weg zu bereiten. Der Gestus des Sophisten ist einfach: Es geht um die *Kritik des Universalismus*, unabhängig davon, ob dieser als Rede der Mächtigen auftritt oder als Wille zur Macht in der Rede der Aufbegehrenden. Die Schwierigkeit, die intellektuelle Kompetenz erfordert, liegt darin, den jeweiligen Modus einer solchen Universalismuskritik zu entwickeln oder zu bestimmen, vorhandene kritische Wege zu beschreiten oder neu zu bahnen: damit das Kritisierte nicht – wie oft auch – der Kritik das eigene Spiegelbild aufprägt, damit die Universalismuskritik nicht zu einem *Partikularismus* wird. Denn das ist der Ursprung jedes späteren Universalismus.

Zusatz S.P.: Der Gestus des Sophisten: Liegt nicht auch in diesem Gestus, in dieser intellektuellen Kompetenz, die Universalismus und Partikularismus in gleicher Weise als machtschwangere und herrschaftsträchtige gesellschaftliche Akkumulationen kritisch überholen will und entlarvt, dem Gestus, der sich bei seinem kritischen Zugriff seine Finger von beiden rein halten möchte, eine Art **begriffloser Schwebezustand** vor, der mit seinem zynischen Flügelschlag einen Meta-Universalismus repräsentiert. Einen Meta-Universalismus, welcher in seiner "Reinheit", die aber nicht frei von **inhaltlicher Essentialität** etwas Neues darstellt, welches sich im Universum der etablierten Sprachstrukturen aller bisherigen Sprachen und deren Kategorien nicht ausdrücken kann und darf, einen "begrifflosen"⁸⁴ Begriff in den Diskurs einführt. Ob damit doch einem "wahren" Universalismus, der noch kommen mag, irgendwie der Weg gebahnt würde, einem Universalismus, der im Zeichen eines neuen Begriffes, einer neuen Logik und eines neuen Humanismus stünde, welcher keinen machthungrigen Geist mehr besitzt, wollen wir offen lassen.

Mir wäre es lieber, wir würden die Rückkehr des Sophismus feiern als jene des Universalismus. Auch als Farce.

⁸⁴ Begrifflos im Sinne etablierter Sprachen und ihrer Begriffe.

6.2.1.1.3 Nora Sternfeld

Der Universalismus von der anderen Seite

Vor dem Hintergrund der Hegemonietheorie Ernesto Laclaus stellt sich die Frage nach dem Universalismus neu. Laclau formuliert die Differenz zwischen Universalismus und Partikularismus als eine Spannung, die zu keiner der beiden Seiten hin aufgelöst werden kann. Er weist in diesem Sinne puren Partikularismus zurück und adressiert die Notwendigkeit einer Universalität, die allerdings eine radikale Neudefinition erfährt. So stellt er fest, dass „das Universelle nichts anderes ist, als ein zu einem bestimmten Zeitpunkt dominant gewordenes Partikulares“^[10]. Indem die Hegemonietheorie Laclaus darauf verweist, dass es keinen Ort der Gesellschaft gibt, von dem aus sie als Ganzes begründbar, als Totalität fassbar wäre, bleibt der Ort, an dem die Universalität begründet wäre, ebenso leer wie umkämpft. Universalität bleibt als Dimension erhalten, ohne dass sie je von einem Partikularismus ausgefüllt werden könnte. Sie ist die Leerstelle, die Politik ermöglicht. Das Universelle wird so zum „unvollständigen Horizont“ der partikularen Kämpfe, ebenso unmöglich wie ermöglichend. Aus der Perspektive Laclaus muss sich jeder Partikularismus, wenn er auf Hegemonie zielt, für seine Kämpfe dieses universalistischen Horizonts bedienen. Und genau dies tut L'Ouverture, wenn er „Freiheit und Gleichheit“ zu seiner Sache macht. Laclau legt dementsprechend das Augenmerk auf jene ermöglichende Seite des Universalismus, die ihn zur Basis der Reklamation von Rechten macht. Wesentlicher Bestandteil dieser Kämpfe ist eine Infragestellung der hegemonialen Verhältnisse, die die Definitionsmacht über den Universalismus innehaben: Das heißt, was bis dahin als universal galt, wird nun als partikular angegriffen. Genau in diesem Sinne ließen sich vielleicht auch die oben referierten Kritikpunkte feministischer und postkolonialer Theorien lesen, die das Konzept des „Universalismus“ selbst und zwar im Namen seiner Ungleichheit diskreditieren. Weniger in den Blick der politischen Theorie ist dabei die Frage geraten, welche Produktivität in der bewussten Einnahme einer universalistischen Perspektive hinsichtlich möglicher Solidarisierungen mit anderen politischen Kämpfen besteht.

Zusatz S.P.: Die Annahme Laclaus, dass es keinen Ort der Gesellschaft gibt, von dem aus sie als Ganzes begründbar, als Totalität fassbar wäre und damit der Ort, an dem die Universalität begründet wäre, ebenso leer wie umkämpft bliebe, ist natürlich bereits nur dann sinnvoll, wenn sie selbst **jenseits** der historischen Weiterbildung von Universalismen die als partikular entlarvt werden, und Partikularismen, die nunmehr die Stelle von Universalismen einnehmen usw. steht. Diese Annahme fungiert daher als "echt universal", und wäre aus dem Wechselspiel von Partikularem und stets absetzbarem Universalem herausgenommen, dem Wechselspiel entzogen, wäre gerade eine solche **totalisierende** Sicht, welche die Gesellschaft und alle Gesellschaften als Ganze im Griff hätte. Gerade eine solche Art der universalen Sicht wird aber oben von

Laclau ausdrücklich ausgeschlossen. Es zeigt sich daher: Dasjenige, was den Anderen nicht zugestanden wird, setzt Laclau selbst als unhintergebares Totales.

Wir erwähnten bereits oben, dass es aus dieser Paradoxie einen Ausweg geben könnte, den wir mit der Metapher der geraden Linie umschreiben. Eine Sicht des Ganzen könnte es geben, so wie man eine Sicht auf das Ganze der Linie vollziehen kann. Man sieht die Linie (1), IN dieser 2 Linien i und e sind, beide noch unendlich lange und schließlich endliche Teillinien in Linie 3. Wenn man aber das Ganze erkennt, so ist klar, wir können auch bei einer unendlich langen Lebensdauer nicht alle Teillinien in Linie (1) erkennen und nicht alle ihre Beziehungen zueinander und zu den "darüber" befindlichen Unendlichkeiten. Aber die Gesamtstruktur der Linie in ihrer Gliederung nach innen ist uns unmittelbar einsichtig. Ähnlich könnte es auch mit der Erkenntnis des Ganzen der Welt sein, was in Kapitel 7 angedeutet wird. Wie schon einmal erwähnt, dieser Universalismus ist nicht der Handlanger hegemonialer Machtstrukturen, sondern er wird, wenn er umgesetzt wird alle jene historisch möglichen Machtstrukturen überwinden, die auch mit der Theorie Laclaus nicht überschreitbar sind, weil er in bestimmten kategorialen Begrenzungen verharrt.

Strategischer Universalismus

Mitte der 80er Jahre entwickelte die postkoloniale Theoretikerin Gayatri Spivak das Konzept eines „strategischen Essentialismus“. Ihr ging es dabei darum, trotz und in Anbetracht der Kritik der poststrukturalistischen Theorie an jeglichem Essentialismus, Möglichkeiten für eine aktuelle und konkrete politische Praxis offen zu halten. Der Begriff „strategisch“ wurde bei Spivak sozusagen zu einer Handlungsoption: die Eröffnung einer Möglichkeit eines Handelns, das weder hinter die dekonstruktive Kritik zurückgeht, noch – in Anbetracht von allem, das es grundsätzlich aufzulösen, zu hinterfragen und zu bedenken gibt – ohnmächtig bleiben muss. Der Begriff des Strategischen als Handlungsoption könnte nun auch bei einer Neudefinition des Universalismus dienlich sein. Wurde dieser nämlich zurecht sowohl in seiner enthistorisierenden, wissenschaftstheoretisch-philosophischen als auch in seiner verkürzten, vereinnahmenden und ausschließenden politisch-rechtlichen Dimension diskreditiert, so stellte sich trotzdem gerade mit dem Zusammenbruch der großen Universalismen zunehmend die Frage nach der Möglichkeit und Unmöglichkeit von Solidaritäten – nach gemeinsamen Kämpfen und Allianzen ebenso wie nach so etwas wie jenem „unvollständigen Horizont“, von dem Ernesto Laclau schreibt. Vor diesem Hintergrund kann der Universalismus vielleicht eine neue strategische Dimension erhalten – und zwar nicht als Selbstzweck, sondern im Hinblick auf eine politische Praxis.

Nicht als erkenntnistheoretisches Modell und auch nicht als abstrakter politischer Rechtsbegriff, sondern in konkreten aktivistischen und marginalisierten Kämpfen und Diskursen wurde der Universalismus in den letzten Jahren wieder neu

thematisiert. Es gibt aktivistische Praxen, die den Universalismus gewissermaßen neu denken, die eine „strategisch universalistische“ Perspektive einnehmen, ohne hinter die berechtigten Kritikpunkte zurückzugehen. Es wird bereits „strategisch universalistisch“ gehandelt. Fallen und Probleme, Möglichkeiten und Gefahren gemeinsamer politischer Horizonte werden im Aktivismus im Hinblick auf gemeinsames Handeln abgesteckt und diskutiert. Die Frage nach dem Universalismus stellt sich im Spezifischen. Und genau dort wird deutlich, dass es gute Gründe geben kann, mehr zu wollen, als bloß „für sich selbst zu sprechen“, nämlich Teilhabe an der Definitionsmacht. Und ist es nicht gerade jene universalistische Perspektive, die marginalisierten Positionen klassischerweise abgesprochen wurde und wird?

Zusatz S. P.: Die von uns dargestellte universalistische Perspektive ist selbst im derzeitigen erkenntnistheoretischen, rechtstheoretischen wie auch im politisch aktivistisch-praktischen Diskurs äußerst marginalisiert, verschwiegen und unterdrückt. Sie besitzt derzeit keinerlei Teilhabe an der Definitionsmacht in den Machtstrukturen dieser Erde aber auch nicht bei den Unterdrückten. Den Mächtigen würde sie die Grundlage ihrer Macht entziehen, den Marginalisierten und Unterdrückten sind ihre Horizonte vielleicht zu weit entfernt und die erlaubten Mittel zur Durchsetzung ihrer Ideen und Ideale zu friedlich und ineffizient, um das Unrecht zu beheben.

6.2.2. Universalistischer Humanismus im Neoidealismus

Münch behandelt eine diskursethische Variante von Universalität:

"Aus der Summe der in der Welt gebotenen Waren und Dienstleistungen ergibt sich auf jeden Fall weder ein Konzept des guten Lebens noch ein Konzept der gerechten Ordnung. Die Suche nach diesen Konzepten ist genau der Gegenstand einer vierten Schule zum Verstehen und Erklären internationaler und globaler Kooperation. Es handelt sich dabei um den neoidealistischen Ansatz, dessen Anfänge auf Kants Idee eines Weltbürgertums als Basis der Föderation von Republiken zurückgehen. Die von Jürgen Habermas entwickelte Diskursethik führt diesen Ansatz auf dem heutigen Diskussionsniveau fort (Habermas; Jahn; Jachtenfuchs; Schmalz-Bruns; Herz; Haas). Das Heranreifen durch Bildung und Aufklärung befähigt die Bürger zur gemeinsamen Reflexion über das gute Leben und die gerechte Ordnung. Innerhalb einer republikanischen Verfassung lernen sie, ihre Rechte gegenseitig zu respektieren. Insofern als Aufklärung sie auf den Stand eines *universellen*

Menschentums hebt, werden sie auch befähigt, die Geltung *universeller Menschenrechte*⁸⁵ einzusehen.

Aufklärung setzt Diskurse voraus, in denen jedermann/frau Behauptungen aufstellen und Kritik an Behauptungen üben darf und nur solche Behauptungen als vorläufig gültig betrachtet werden, die systematischer Kritik standgehalten haben. Sofern Diskurse in eine Tradition des guten Lebens eingebettet sind und diese nicht in Frage stellen, dienen sie der gegenseitigen Verständigung darüber, was 'Fortsetzung des traditionell guten Lebens unter veränderten Bedingungen' heißt. Greifen sie über alle Tradition hinaus, dann fragen sie nicht mehr nach dem guten Leben, von dem es je nach Tradition verschiedene Varianten geben kann, sondern nach der gerechten Ordnung jenseits aller Ideen des guten Lebens. Dazwischen liegen alle Konkretisierungen der Gerechtigkeit, die zwar von universellen Maßstäben ausgehen, real aber immer in vorhandene Tradition des guten Lebens eingebettet sind. In diesem Sinne existiert keine universell gültige Idee der Gerechtigkeit real, sondern immer nur eine Konkretisierung der Idee im Bett einer partikularen Tradition. Um Gerechtigkeit zu verwirklichen, müssen deshalb Traditionen vorhanden sein, in die sie eingebettet wird. Einbetten heißt aber nicht 'unterwerfen', weil universelle Gerechtigkeitsideen darauf hinwirken, die engen Grenzen ihres Bettes zu sprengen und näher an den Gehalt der universellen Ideen heranzuführen.

Mit der Tradition des guten Lebens haben wir die erste Bedingung genannt, auf die jede Verwirklichung von universellen Gerechtigkeitsideen angewiesen ist, weil sie sonst keine Achtung finden. Das heißt vor allem, daß die moralische Globalisierung im Sinne der Verwirklichung von globaler Gerechtigkeit nicht zum Erfolg kommen kann, wenn es ihren intellektuellen Verfechtern nicht gelingt, die Idee der globalen Gerechtigkeit so mit den in den einzelnen nationalen Gesellschaften vorhandenen Traditionen des guten Lebens zu verknüpfen, daß diese nicht einfach zerstört werden, sondern eine Fortsetzung auf einer neuen Ebene finden. *Globale Sozialpolitik* kann nur dann Wurzeln schlagen, wenn nationale Sozialpolitik dafür nicht preisgegeben werden muss, sondern statt dessen in einen umfassenden Kontext gestellt wird. Außerdem ergeben sich aus abstrakten Gerechtigkeitsmaßstäben überhaupt noch keine Hinweise auf gutes Leben. Solche Hinweise können nur aus gewachsenen und eingelebten Traditionen geschöpft werden. Man mag sich insofern zwar auf globale Gerechtigkeitsmaßstäbe einigen können, wie wir überhaupt leben wollen, lässt sich jedoch auf globaler Ebene nicht abstrakt bestimmen. Es kann nur aus vielen einzelnen Traditionen in einem langen Prozess zusammenwachsen. Es handelt sich dabei nicht um ein Aufheben des Partikularen im Universellen, sondern um das Verweben eines Flickenteppichs einzelner Traditionen, so daß die Klüfte zwischen den Traditionen in dem Sinne überbrückt werden, daß man sich gegenseitig überhaupt verstehen und in seinem kulturellen Eigenleben respektieren kann, dabei aber die Traditionen fortbestehen können."

⁸⁵ Hervorhebungen durch den Autor.

Einerseits wird die Erarbeitung abstrakter Ideen für globale Gerechtigkeit nicht für möglich gehalten, zum anderen wird auch das Problem gesehen, dass abstrakte Ideen bestehenden partikularen Traditionen nicht aufgezwungen werden können. Auch die Spannung zwischen der universell gültigen Idee der Gerechtigkeit und den historisch-realen Traditionen wird genau erkannt. Die Vorstellung des "Verwebens eines Flickenteppichs einzelner Traditionen, so dass die Klüfte zwischen den Traditionen in dem Sinne überbrückt werden, dass man sich gegenseitig überhaupt verstehen und in seinem kulturellen Eigenleben respektieren kann", ist selbst bereits wiederum ein abstraktes Metakonzept, das jenseits der Traditionen steht. Es handelt sich um eine operative Idee der Universalität, *die sich aber nicht den enorm schwierigen Fragen der **Inhalte** der Traditionen und deren Überwindung in einer globalen Harmonie stellt.*

Im Übrigen gelten auch die Einwände, die vorne gegen Habermas und Apel vorgebracht wurden.

Aufbau der globalen Menschheit

Menschheitsbund			
1) Grund- personen	2) Tätigkeiten	3) Grund- formen	4) Äußere Geselligkeit
Erdmenschheit	Wissenschaft	Rechtsverein (Staat), polit. System, Gesetzgebung, Verwaltung, Gerichtsbarkeit	Verein der Menschheit mit dem Grundwesen
Verein von Staaten (Völkern)	Kunst	Religion	Verein der Menschheit mit der Natur
Staat (Volk, Nation), Minderheiten	Verein von Wissen- schaft und Kunst; Unterglieder: Wirtschaft, Technik, Kommunikationsform	Tugend (Ethik)	Verein der Menschheit mit Geistwesen
Stammverein		Schönheit (Ästhetik)	Verein der Menschheit mit Verein von Geistwesen/Natur
Stamm, Tribalismus	Erziehung		Verein der Menschheit mit Verein Grundwesens mit Verein von Geist und Natur
Familienverein, Großfamilien- verbände			
Freie Geselligkeit, Gruppen, Vereine			
Freundschaft			
Familie			
Einzel mensch, Mann, Frau			

7 LITERATUR

Aus Platzgründen wird hier nur auf Publikationen des Autors verwiesen, in welchen sich ausführliche Hinweise auf Hintergrundliteratur finden. Im Text wird auf die Nummer z.B. [3] der Publikation verwiesen. Weiterhin ist eine hybride Sammlung von Publikationen angefügt, welche als Hintergrundmaterial dienen.

- [1]Edition: Karl Christian Friedrich Krause: Vorlesungen über das System der Philosophie. Reprint Edition 1828. Breitenfurt 1981. URL: <https://books.google.de/books?id=r0PJwVEM3-gC>
- [2]Gastarbeiter zwischen Integration und Abstoßung. Wien-München 1977. leicht lesbar unter URL: <http://issuu.com/or-om/docs/gastarbeiter> und als PDF -File gratis downloadbar unter URL: http://or-om.org/gastarbeiter_small.pdf
- [3]Die Aufklärung der Aufklärer. Universalistische Ideologie- und Rassismuskritik. Frankfurt am Main, Berlin, Wien, New York 2001.
- [4]Ist Antisemitismus heilbar? Zur Bearbeitung einer fatalen Tradition. Frankfurt am Main, Berlin, Wien, New York 2001.
- [5]Beschäftigungs- und Aufenthaltsrechte integrierter türkischer Staatsangehöriger. Rechtslage und derzeitige Umsetzung des Assoziationsabkommens EU-Türkei. Wien 1998. URL: <http://issuu.com/or-om/docs/beschluss>
- [6]K.C.F. Krauses Urbild der Menschheit. Richtmaß einer universalistischen Globalisierung. Kommentierter Originaltext und Weltsystemanalyse. Frankfurt am Main, Berlin, Wien, New York 2003.
- [7]50 Jahre Anwerbeabkommen Türkei – Österreich. Ein korrekatives Narrativ. Wien 2014. URL: <http://or-om.org/50JAAT.pdf>
- [8]GastarbeiterInnen-Denkmal. Online Hypertext Manual für Migrationstheorie Antirassismus und einen Universalistischen Humanismus 2015. URL: <http://or-om.org/GADELANG.pdf>
- [9] Islam-Hybride. Imame und Integration. 2015. URL: <http://or-om.org/Imameundintegration.pdf>
- [–10] Der Kulturator. Ein Migrationsroman. Kostenloses E-Book 2015. URL: <http://or-om.org/kulturator.pdf>

Hybride Sammlung von Publikationen

- (Ap 73) Apel, Karl-Otto: Transformation der Philosophie. Frankfurt am Main 1973.
- (Ap 96) Apel, Karl-Otto/Kettner, Matthias (Hg.): Die eine Vernunft und die vielen Rationalitäten. Frankfurt am Main 1996.
- (Ar 55) Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Frankfurt am Main 1955.

- (As 15) Aslan, Ednan u.a.: Imame und Integration. Wien 2015.
- (As 17) Ednan Aslan u.a.: Muslimische Diversität. Wien 2017. Unter https://www.yenivatan.at/wp-content/uploads/alsan.kolb_yildiz_muslimische.diversita%CC%88t.2017.pdf auch direkt zugänglich.
- (Au 82) Aurobindo, Sri: Das Ideal einer geeinten Menschheit. Gladenbach 1982.
- (Au 87) Aurobindo, Sri: Die Offenbarung des Supramentalen. Pondicherry 1987.
- (Be 02) Beck, Ulrich: Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter. Frankfurt am Main 2002.
- (Bl 87) Bluestone, Natalie Harris: Women and the ideal society. Oxford, Hamburg, New York 1987.
- (Br 10) Bratić, Ljubomir: Politischer Antirassismus. Wien 2010.
- (Bu 09) Bunzl, John/Hafez, Farid (Hg.): Islamophobie in Österreich. Innsbruck, Wien, Bozen 2009.
- (Cl 94) Claussen, Detlev: Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus. Frankfurt am Main 1994.
- (Da 00) Davy, Ulrike: Die Integration von Einwanderern. Band 1: Rechtliche Regelungen im Europäischen Vergleich. Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung. Wien 2000.
- (Da 34) D'Alveydre, Saint Ives: L'Archéomètre. Paris 1934.
- (Da 99) Davidowicz, Klaus S.: Kabbalah. Geheime Traditionen im Judentum. Eisenstadt 1999.
- (Da 11) Daimagüler, Mehmet Gürcan: Kein schönes Land in dieser Zeit. Das Märchen von der gescheiterten Integration. München 2011.
- (Di 79) Dilacompagne, Christian/Girard, Patrick: Über den Rassismus. Stuttgart 1979.
- (Di 99) Dierksmeier, Claus: "Krause und das 'gute' Recht", Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie (Vol. 85, 1999, S. 77).
- (Di 03) Dierksmeier, Claus: Der absolute Grund des Rechts. Stuttgart-Bad Cannstatt 2003.
- (Do 02) Documenta 11_Plattform 5: Ausstellungskatalog. Kassel 2002.
- (Dü 02) Dürrschmidt, Jörg: Globalisierung. Bielefeld 2002.

- (Er 99) Erler, Hans/Koschel, Ansgar (Hg.): Der Dialog zwischen Juden und Christen. Frankfurt, New York 1999.
- (Es 01) Esser, Hartmut: Integration und ethnische Schichtung. Mannheim 2001.
- (Fa 99) Fassmann, Heinz/Matuschek, Helga/Menasse, Elisabeth (Hg.): abgrenzen, ausgrenzen, aufnehmen. Klagenfurt 1999.
- (Fe 00) Fernández, Francisco Querol: La filosofía del derecho de K. Ch. F. Krause. Madrid 2000.
- (Fo 11) Foroutan, Naika/Abou Taam Marwan/Esser/Jost (Hg.): Zwischen Konfrontation und Dialog. Der Islam als politische Größe. Wiesbaden 2011.
- (Gi 82) Gilbert, Martin: Endlösung. Die Vertreibung und Vernichtung der Juden. Ein Atlas. Reinbeck bei Hamburg 1982.
- (Gi 89) Giese, Cornelia: Gleichheit und Differenz. München 1989.
- (Go 98) Golomb, Jacob (Hg.): Nietzsche und die jüdische Kultur. Wien 1998.
- (Go 02) Gosepath, Stefan/Merle, Jean-Christoph (Hg.): Weltrepublik. Globalisierung und Demokratie. München 2002.
- (Gö 31) Gölpinarli, Abdülbaki: Melamilik ve Melamiler. Istanbul 1931.
- (Ha 81) Habermas, Jürgen: Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt am Main 1981.
- (Ha 90) Harding, Sandra: Feministische Wissenschaftstheorie. Hamburg 1990.
- (Ha 04) Ha, Kien Nghi: Ethnizität und Migration Reloaded. Kulturelle Identität, Differenz und Hybridität im postkolonialen Diskurs. Berlin 2004.
- (Ha 08) Haller, Max: Die Österreichische Gesellschaft. Sozialstruktur und Sozialer Wandel. Frankfurt am Main 2008.
- (He 92) Heckmann, Friedrich: Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie interethnischer Beziehungen. Stuttgart 1992.
- (He 02) Herz, Dietmar/Jetzlsperger, Christian/Schattenmann, Marc (Hg.): Die Vereinten Nationen. Frankfurt am Main 2002.

- (Hö 98) Höffe, Otfried: Vernunft und Recht. Bausteine zu einem inter-kulturellen Rechtsdiskurs. Frankfurt am Main 1998.
- (Ib 70) Ibn`Arabi, Muhji`d-din: Das Buch der Siegelringsteine der Weisheits-sprüche. Graz 1970.
- (IB 07) 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht 2001-2007. Klagenfurt 2007.
- (IB 11) Integraionsbericht 2011. Vorschläge des Expertenrates. Wien 2011
- (Jo 98) Jochum, Richard: Komplexitätsbewältigungsstrategien in der neueren Philosophie: Michel Serres. Frankfurt am Main 1998.
- (Ka 91) Kanitschneider, Bernulf: Kosmologie. Geschichte und Systematik in philosophischer Perspektive. Stuttgart 1991.
- (Ka 99) Karady, Victor: Gewalterfahrung und Utopie. Juden in der euro-päischen Moderne. Frankfurt am Main 1999.
- (Ke 98) Kershaw, Ian: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick. Reinbeck bei Hamburg 1998.
- (Ki 04) Kien Nghi Ha: Ethnizität und Migration Reloaded. Berlin 2004.
- (Kl 99) Klotz, Johannes/Wiegel, Gerd (Hg.): Geistige Brandstiftung? Die Walser-Bubis-Debatte. Köln 1999.
- (Kn 99) Knorr ab Rosenroth: Kabbalah denudata. Englische Übersetzung von S. L. Mac Gregor Mathers 1887. Reprint: Montana, U.S.A. 1999.
- (Ko 00) Korte, Hermann/Schäfers, Bernhard: Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie. Opladen 2000.
- (Ko 85) Kodalle, Klaus-M. (Hg.): Karl Christian Friedrich Krause (1781-1832). Hamburg 1985.
- (Ko 87) Konuk, Ahmed Avni: Fusûsu'l Hikem. Tercüme ve Şerhi. Istanbul 1987.
- (Mi 76) Mîsrî, Niyâzî: Dîvânî Serhi. Kommentiert durch Seyyid Muhammed Nûr. Istanbul 1976.
- (Mi 99) Miles, Robert: Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs. Hamburg 1999.
- (MI 11) Migration & Integration: Zahlen, Daten, Indikatoren 2011. Wiien 2011.

- (Mu 99) Much, Theodor/Pfeifer, Karl: Bruderzwist im Hause Israel. Judentum zwischen Fundamentalismus und Aufklärung. Wien 1999.
- (Mü 98) Müller, Ernst (Übers.): Der Sohar. Das heilige Buch der Kabbala. München 1998.
- (Mün 98) Münch, Richard: Globale Dynamik, lokale Lebenswelten. Frankfurt am Main 1998.
- (Na 01) Nagl-Docekal, Herta: Feministische Philosophie. Frankfurt am Main 2001.
- (Or 96) Orden Jiménez, Rafael V.: Las habilitaciones filosóficas de Krause. Madrid 1996.
- (Or 98) Orden Jiménez, Rafael V.: El sistema de la filosofía de Krause. Madrid 1998.
- (Or 98a) Orden Jiménez, Rafael V.: Sanz del Río: Traductor y divulgador de Krause. Madrid 1998.
- (Pa 77) Papus: Die Kabbala. Schwarzenburg 1977.
- (Pf 77) Pflegerl, Siegfried: Gastarbeiter zwischen Integration und Abstoßung. Wien-München 1977.
- (Pf 90) Pflegerl, Siegfried: Die Vollendete Kunst. Zur Evolution von Kunst und Kunsttheorie. Wien-Köln 1990.
- (Pf 01) Pflegerl, Siegfried: Die Aufklärung der Aufklärer. Frankfurt am Main, Berlin, Wien, New York 2001
- (Pf 01a) Pflegerl, Siegfried: Ist Antisemitismus heilbar? Frankfurt am Main, Berlin, Wien, New York 2001.
- (Po 79) Poliakov, Léon: Über den Rassismus. Stuttgart 1979.
- (Po 01) Polylog, Zeitschrift für interkulturelles Philosophieren: Hybridität. Heft 8/2001. Wien 2001.
- (Ra 96) Rasuly-Palczek, Gabriele (Hg.): Turkish Families in Transition. Frankfurt am Main 1996.
- (Ra 10) Rabinovici, Doron: Andernorts. Berlin 2010.
- (Re 98) Reiter, Margit: Das Verhältnis der österreichischen Linken zu Israel im Kontext mit Nationalismus und Antisemitismus. Dissertation Universität Wien 1998.
- (Ro 88) Rosenzweig, Franz: Der Stern der Erlösung. Frankfurt am Main 1988.
- (Ru 08) Rupnow, Dirk (Hg.): Pseudowissenschaft. Konzeptionen von Nichtwissenschaftlichkeit in der Wissenschaftsgeschichte. Frankfurt am Main 2008.
- (Sc 57) Scholem, Gershom: Die jüdische Mystik in ihren Hauptströmungen. Zürich 1957.

- (Se 11) Sezgin, Hilal (Hg.): Manifest der Vielen. Deutschland erfindet sich neu. Berlin 2011.
- (Si 74) Siegfried, Klaus-Jörg: Universalismus und Faschismus. Das Gesellschaftsmodell Othmar Spann's. Wien 1974.
- (St 08) Zwangsfreiheiten. Multikulturalität und Feminismus. Wien 2008
- (St 09) Strasser, Sabine: Bewegte Zugehörigkeiten. Wien 2009.
- (St 14) Stöger, Georg, Hahn Sylvia: 50 Jahre Österreichisch-Türkisches Anwerbeabkommen. Salzburg 2014.
- (Ta 00) Taureck, Bernhard H. F.: Nietzsche und der Faschismus. Leipzig 2000.
- (Ti 96) Tibi, Bassam: Im Schatten Allahs. Der Islam und die Menschenrechte. München 1996.
- (Tr 00) Treibel, Annette: Einführung in soziologische Theorien der Gegenwart. Opladen 2000.
- (Tr 07) Trojanow, Iliya und Hoskoté, Ranjit: Kampfabsage. Kulturen bekämpfen sich nicht-sie fließen zusammen. München 2007.
- (Tr 08) Treibel, Annette: Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht. Weinheim und München 2008.
- (Ur 01) Ureña, Enrique M.: Philosophie und gesellschaftliche Praxis. Stuttgart-Bad Cannstatt 2001.
- (Ur 91) Ureña, Enrique M.: K. C. F. Krause. Stuttgart-Bad Cannstatt 1991.
- (Ur 99) Ureña, Enrique M. (Hg.): La actualidad del Krausismo en su contexto Europeo. Madrid 1999.
- (Wa 90) Waldenfels, Bernhard: Der Stachel des Fremden. Frankfurt am Main 1990.
- (Wa 00) Waldrauch, Harald: Die Integration von Einwanderern. Band 2. Ein Index legaler Diskriminierung. Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung. Wien 2000.
- (Wa 04) Waldrauch, Harald, Sohler, Karin: Migrantenorganisationen in der Großstadt. Entstehung, Strukturen und Aktivitäten am Beispiel Wien. Wien 2004.
- (We 34) Weber, Max: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. Tübingen 1934.

- (We 07) Weiss, Hilde: Leben in zwei Welten. Zur sozialen Integration ausländischer Jugendlicher der zweiten Generation. Wiesbaden 2007.
- (We 95) Welsch, Wolfgang: Vernunft. Frankfurt am Main 1995.
- (We 01) Welthaus Bielefeld: Atlas der Weltentwicklungen. Wuppertal 2001.
- (We 02) Westphal, Christian: Von der Philosophie zur Physik der Raumzeit. Frankfurt am Main 2002.
- (Ze 03) Zeilinger, Anton: Einsteins Schleier. Die neue Welt der Quanten-physik. München 2003.

